



Zwischen Wunsch und Instituierung

Teilhabende Ethnografie urbaner Politiken in der Prekarität

Universität Hamburg

Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Dissertation

Zur Erlangung der Würde der Doktorin der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

(gemäß der Promotionsordnung vom 08. November 2000)

vorgelegt von

Efthimia Panagiotidis

aus Hamburg

Hamburg, 2019

Erstgutachterin: Prof. Dr. Marianne Pieper
Zweitgutachterin: Prof. Dr. Sabine Hess
Vorsitz: Prof. Dr. Kai-Uwe Schnapp

Datum der Disputation: 07.05.2018

*Für alle,
die das Projekt LUX & Konsorten möglich gemacht haben.*

Danksagung

Herzlich bedanken möchte ich mich bei meinen politischen Freund*Innen für die zahlreichen Gespräche sowie die ermunternden und auch drängenden Worte, die zur Fertigstellung dieser Arbeit beigetragen haben.

Ein besonderer Dank gilt meinen Gutachterinnen, deren berechtigte Kritik zur notwendigen Neufassung dieser Arbeit geführt hat.

Danken möchte ich außerdem den zwei Frauen, die diese Arbeit redigiert bzw. korrigiert haben und während der anstrengenden Überarbeitungsphase in den letzten Monaten mich immer wieder mit ihren aufmunternden Worten unterstützt haben.

Ein großer Dank geht an meine Schwester und meinen Bruder für das stete Engagement in jeder Notlage.

Meinem lieben Sohn und meinem Lebensgefährten danke ich für ihre Geduld und verspreche, mehr Zeit mit ihnen zu verbringen.

Inhaltsverzeichnis

Grafikverzeichnis	5
Foto-Quellenverzeichnis	5
I. Einleitung	6
II. INHALTLICHE UND METHODOLOGISCHE SPEZIFIZIERUNGEN	16
1 Bewegungsgeschichtliche Kontextualisierung des Forschungsfeldes	16
1.1 Situierung in der Prekarisierungs-Debatte aus der <i>Euromayday</i> -Perspektive	19
1.2 Lokalisierung in den „Recht auf Stadt“-Kämpfen	31
1.3 Durchquerung der ordnungspolitischen Arrangements	44
2 Theoretische Sensibilisierung zur Frage der Organisation prekärer Selbstständigkeit	46
2.1 Risiken und Absicherungsideen selbstständiger Arbeit	47
2.2 Genossenschaftliche Netzwerk-Kooperation bei selbstständig Arbeitenden	50
3 Teilhabende Ethnografie	57
3.1 Situativ entfaltete Wissensverschränkungen	59
3.2 Partiale Erzählungen statt homogenisierender Theoriebildung	66
3.3 Übersetzungsfadenspiel einer offenen Assoziierung	71
III. (RE)KONFIGURATION DES ETHNOGRAFISCHEN DATENMATERIALS	76
4 Problematisierungen eines Gefüges partialer Verbindungen	76
4.1 Selbstständige beanspruchen „ins Recht gesetzt zu werden“	76
4.2 Reproduktionskosten senken durch günstige Gewerberäume	85
4.3 Urbane Vielschichtigkeit (er)leben	89
4.4 Gesellschaftlich relevantes Wissen gestalten und verbreiten	92
4.5 Das Versprechen vom „sozialen Überschuss“	96
4.6 Verräumlichung der sozialen Frage in der Prekarität	101
5 Engagierte (Re)Konfigurationen: Mixtur urbaner Interventionen	104
5.1 Verhüllungs-Aktion	105
5.2 „Beteiligungsstreik“ der neuen Selbstständigen	112

5.3	Das Gespräch durch die Stadt tragen	119
5.4	Besetzungs-Party: Klärung der Eigentumsverhältnisse.....	124
5.5	Revue passieren lassen: „Gegenplanung Altona“	132
5.6	„Full House“: Einstiegs-Fest in den Grundstückspoker	147
5.7	Den orangen Warnwesten folgen	153
6	Eigeninitiative Mobilisierung und Gestaltung	160
6.1	Assoziation <i>LUX & Konsorten als</i> Selbstorganisation der Selbstständigen.....	160
6.2	Genossenschaft <i>flux eG</i> als Organisation der Selbstverwaltung	166
6.3	Die Vielfalt der Sprecher*Innenpositionen	182
IV.	SCHLUSS	189
	Literaturverzeichnis.....	196
	Datenverzeichnis	209
	Eidesstattliche Versicherung	211

Grafikverzeichnis

Grafik 1: „Reformulierte Übersetzungsmomente“	74
Grafik 2: Postkarte Vorder- und Rückseite – Aktion, Januar 2011	111
Grafik 3: Einladung Veranstaltung im Altonaer Museum, Dezember 2011	133
Grafik 4: Einladung Aktion 01. September 2012.....	153
Grafik 5: „LUX & Konsorten – Aktions-Repertoire“	156
Grafik 6: „Arbeits- und Organisationsmodi“, Dezember 2014.....	171
Grafik 7: „flux Organisationsstruktur“, Januar 2015	175

Foto-Quellenverzeichnis

1. Transparent auf dem Electrolux-Gebäude (Rasande Tyskar, Flickr)	Titelseite
2. Transparent und Statements auf Container (Rasande Tyskar, Flickr)	62
3. Electrolux-Verhüllung (Quelle unbekannt)	105
4. Auftakt zum Adventskalender des Leerstandsmelders (Theo Bruns)	105
5. Riesenweste (Rasande Tyskar, Flickr)	106
6. Gruppenfoto (Rasande Tyskar, Flickr)	106
7. Plakate (Theo Bruns)	106
8. Zwei Plakate (<i>LUX & Konsorten</i> -Homepage)	119
9. Plakat auf Mauer (Theo Bruns)	119
10. Fahrrad-Tour (Theo Bruns).....	119
11. Plakat auf dem Gelände	119
12. „Treppe des Ruhms“ (<i>LUX & Konsorten</i> -Homepage)	121
13. Raumpatrouille mit „Full House“-Transparent ((<i>LUX & Konsorten</i> -Homepage)	147
14. „Agentur für Ausgleich“-Transparent (Efthimia Panagiotidis)	148
15. Spruch „Aurelis“ (Rasande Tyskar, Flickr)	149
16. Riesentransparent (Rasande Tyskar, Flickr)	150
17. Konsort*Innen mit orangen Warnwesten	153

Fotos von Rasande Tyskar, <https://www.flickr.com/search/?text=lux%20konsorten>
[20.01.2019]

Foto 8, 12, <https://www.lux-und-konsorten.de/archives/313.html> [20.01.2019]

Foto 13, <https://www.lux-und-konsorten.de/> [20.01.2019]

I. EINLEITUNG

„Das Problem kann nicht gelöst werden, indem man eine Ideologie mit einer anderen bekämpft. Es wird nur gelöst, indem man eine materielle Alternative entwickelt. Wenn es uns gelingt, wirklich eine solche materielle Alternative durchzusetzen, werden es die Frauen in erster Linie selbst sein, die entscheiden, was sie denken, was sie kaufen, welches Leben sie wählen, ob sie sich verheiraten oder nicht, ob sie Kinder oder keine und wie viele sie haben möchten. Wir dürfen nicht den Hochmut hegen mit unserer Phantasie oder unserer Intelligenz einen neuen Kanon der ‚perfekt feministischen Frau‘ aufzustellen, sondern wir müssen alles daran setzen, die materiellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich das Leben aller Frauen ändern kann, so daß sie nicht gezwungen sind, nicht zu wählen, sondern wählen können.“ (Frauen in der Offensive 1974: 129)

Das oben angeführte Zitat aus den feministischen Kämpfen der „Lohn für Hausarbeit“-Kampagne der 1970er Jahre mag im Kontext einer Forschung über die politische Selbstorganisation prekärer Selbstständiger zu Beginn des 21. Jahrhunderts zunächst befremdlich wirken. Die Leser*In mag sich fragen: Was kann dieser fast 50 Jahre alte Lohnkampf mit dem aktuellen Kampf heutiger Unternehmer*Innen zu tun haben? Für mich ist das Zitat aus zwei Gründen aktuell: Zum einen wird darin die Frage der Reproduktion verhandelt, die sich als wesentliches Thema meiner Arbeit herauskristallisierte. Zum anderen berührt es eine spezifische *Art* der Politisierung: Die Lohnforderung entwickelte die Gruppe „Lotta Feminista“ im Kontext der theoriepolitischen Auseinandersetzung innerhalb der autonomen Klassenkämpfe im Italien der 1960er und 1970er Jahre aus der Perspektive des „Operaismus“ (Birkner/Foltin 2006: 23). Der Slogan „Lohn für Hausarbeit“ (Wolf-Graaf 1981; Eckmann 1978; Prescod-Roberts 1978; Bock/Glökler 1978; Dalla Costa/James 1973) stellte eine Konkretisierung der gestellten Forderung nach einem „garantierten Lohn für Alle, unabhängig von der Arbeit“ dar, bei der es darum ging, die Kämpfe Aller – der Fabrikarbeiter*Innen, der Arbeitslosen, der Rentner*Innen, der Hausfrauen und der Jugendlichen – zu vereinen.¹ Die Kampagne hatte weniger eine tatsächliche Entlohnung der Hausarbeit zum Ziel, sondern implizierte eher eine Verweigerung dieser, um so die fordistische Arbeitsteilung und die darin unsichtbar gemachte, unbezahlte Hausarbeit anzugreifen (vgl. Federici 1977). Sie adressierte also insbesondere diejenigen Formen der Arbeit, „die aus den üblichen Repräsentationsschemata der Arbeiterbewegung und deren Vorstellungen von einer Dominanz der Lohnarbeit herausfielen“ und verdeutlichte, dass

¹ Autonomie: Materialien gegen die Fabrikgesellschaft, Neue Folge, Nr. 12, Modell Italien: Revolutionäre Bewegungen am Ende? 1983: 28, URL: <http://turinreise.blogspot.eu/files/2010/03/1-Sozialbewegung-u-Autonomia-1.pdf> [20.01.2019]

die Organisierung eines Kampfes sich „an einer Vielzahl von Subjekten gesellschaftlicher Veränderung“ zu orientieren habe (Panagiotidis 2004: 194). In diesem Reproduktionskampf wurden die unterschiedlichen Lebensalltage der Beteiligten nicht vereinheitlicht, zumal es laut Argumentation der Kampagne Frauen gebe, die Kraft ihrer Politisierung die Reproduktions-Bastion der Familie verließen, andere wiederum die Hausarbeit nicht verweigern konnten oder auch wollten. Dieser scheinbaren Unvereinbarkeit vielfältiger und auch kontroverser Existenzweisen begegneten die Aktivistinnen der „Lohn für Hausarbeit“-Kampagne nicht mit einem moralisch-aufklärerischen Impetus. Sie betonten, dass es nicht darum ginge, auf die Einsicht einzelner über ihr sogenanntes „falsches Bewusstsein“ zu setzen und somit den Frauen erneut mit Gewalt zu begegnen. Vielmehr sollten, wie im Anfangszitat formuliert, die *materiellen* Bedingungen geschaffen werden, damit die Isolierung der Frauen innerhalb der eigenen vier Wände durch den gemeinsamen Reproduktionskampf aufgehoben wird und so zunächst durch eine Kollektivierung eine Verminderung der unsichtbaren bzw. die Zurückweisung der unbezahlten Hausarbeit erreicht werden kann. Ziel war also die Veränderung der konkreten Lebensbedingungen, so dass die Frauen schließlich selbstständig für ihre Interessen eintreten und ihre spezifische Lebensweise ausgestalten können. Die dieser Arbeit zugrunde liegende Sichtweise auf die von mir untersuchte Initiative ist inspiriert durch eben dieses spezifische Verständnis einer bewegungspolitischen Mobilisierung, in dem sich das Gemeinsame darauf beschränkt, die „materielle[n] Voraussetzungen“ zu schaffen, um so Individuen überhaupt erst in die Lage zu versetzen, verschiedene (Entscheidungs-)Freiräume entwickeln zu können. Angelehnt an die Fokussierung auf die Analyse der Kämpfe der gesellschaftlichen Arbeiter*Innen innerhalb und außerhalb der Fabrik in der operaistischen Perspektive (Balestrini/Moroni 1994; Wright 2005) spezifiziert sich meine Fragestellung auf die *Organisierung von prekären Selbstständigen* innerhalb der gegenwärtigen „biopolitischen Produktion“ (Hardt/Negri 2002: 37ff.).

Das Konzept der „biopolitischen Produktion“ entwickelten die (post)operaistischen Autoren Michael Hardt und Antonio Negri (2002) in einer Relektüre der Foucaultschen Machttechnologien der „Biomacht/Biopolitik“, die sich anhand einer ersten Anpassung als Disziplinierung des gelehrigen, nutzbringenden Körpers auf der Ebene von Institutionen durchsetzte, sowie mittels einer zweiten Anpassung sich auf die staatlich organisierte Regulierung der Bevölkerung richtete (Foucault 1983; 1999). Diese Machtkonzeption scheint den Autoren vielversprechend, um den „historischen, epochalen Übergang zu verstehen“, der sich von der „Disziplinargesellschaft“ (Foucault 1994[1976]) zur „Kontrollgesellschaft“ vollziehe, in die eine indirekte Kontrolle als „Modulation“ bzw. als „unbegrenzter Aufschub“ stets aktivierend wirke,

so dass Mensch „nie mit irgend etwas fertig wird: Unternehmen, Weiterbildung, Dienstleistung sind metastabile und koexistierende Zustände“ (Deleuze 1993: 257). Insbesondere gelte es dabei „die Produktionsmittel und Produktivkräfte der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu entdecken und mit ihnen die Subjektivitäten, die das soziale Leben ausmachen“ (Hardt/Negri 2002: 37). Das Ziel bestehe darin, „die Dynamik und das schöpferische Verhältnis zwischen materieller Produktion und gesellschaftlicher Reproduktion konkret zu begreifen“ (ebd.: 44). Im ökonomischen Prozess der eingeleiteten „Informatisierung“ (ebd.: 295ff.) würden, so die Autoren, nicht einfach Waren produziert, „sondern auch Subjektivitäten“, überhaupt soziale Verhältnisse, Bedürfnisse, Intellekte und Körper (ebd.: 46f.). In diesem Sinne verorten sie die „biopolitische Fabrikation der Ordnung [...] in den immateriellen Verbindungsstellen der Produktion von Sprache, Kommunikation und des Symbolischen“ (ebd.: 47). Insofern rückt auch der Begriff der „immateriellen Arbeit“ (ebd.: 300ff.) als dominierende Art und Weise der Arbeitsorganisation entlang der drei folgenden Dimensionen in den Fokus: Auf der Ebene der „kommunikativen Arbeit“ zeichne sich die Fertigung von Gütern innerhalb der informatisierten, industriellen Produktion durch die kundenorientierte Dienstleistungsform aus, so dass die darin notwendig verrichtete materielle Arbeit sich mit immaterieller Arbeit vermischt; die zweite Ausrichtung der „symbolisch-analytischen“ Arbeit beziehe sich auf die kreative, intelligente oder routinierte Handhabung von Informationen und Symbolen, in welchen eine Verschiebung hin zur abstrakten Arbeit stattfinde, zumal durch die Computerisierung der Produktion die Unterschiede zwischen konkreten Arbeiten tendenziell verschwinden; schließlich wird der Aspekt der „affektiven Arbeit“ hervorgehoben, durch die zwischenmenschliche Begegnungen und Beziehungen hergestellt würden und deren Immaterialität dadurch entstehe, dass auch, wenn diese Arbeit „körperlich und affektiv“ sei, „ihre Produkte unkörperlich und nicht greifbar sind: ein Gefühl des Behagens, Wohlergehens, Befriedigung, Erregung oder Leidenschaft“ (ebd.: 304). In Rückbezug auf die seit den 1970er Jahren formulierte feministische Kritik an der mit der industriellen Produktion eingeführten geschlechtlichen Arbeitsteilung nehmen die Autoren somit den affektiven Anteil der Hausarbeit auf, der in feministischen Analysen als „Fürsorgearbeit“ im Kontext der Familie und Erziehung vielfach thematisiert wurde und betonen: „Was wirklich neu ist, ist der Grad, in dem die affektive Arbeit produktiv für das Kapital gemacht und in weiten Bereichen der Ökonomie verallgemeinert wurde.“ (Hardt 2002: 4) Die Autoren verabschieden somit, so Marianne Pieper, „den an industrieller Lohn- und Erwerbsarbeit orientierten und formierten Arbeitsbegriff“, wodurch schließlich auch die damit einhergehende „Trennung von Arbeits- und Freizeit, von (bezahlter) Produktions- und (unbezahlter) Reproduktionsarbeit implodiert“ (Pieper 2007: 228).

Diese tendenzielle Ununterscheidbarkeit zwischen der Sphäre der Produktion und der der Reproduktion zeichnet auch das entgrenzte Verhältnis von Arbeit und Leben der in *LUX & Konsorten* organisierten Selbstständigen aus. Ihre Selbstständigkeit umfasst die Bereiche: Bildungs- und Sozialarbeit, Moderation, Organisationsentwicklung, Buchhaltung, Möbeldesign und Holzarbeiten, freie Kunst und Wissenschaft, Instrumentenbau, Medienarbeit, Visuelle Kommunikation, Grafik, Journalismus, Verlagsarbeit, Druckerei, Motorradwerkstatt, Polsterei, Friseursalon, Schneiderei, Umsonstladen und Konsumgenossenschaft. Bei genauer Betrachtung dieser Arbeitsfelder nimmt die (Zusammen)Arbeit der Consort*Innen immaterielle Züge an, sogar im Falle ihrer handwerklich orientierten (Dienst)leistungen. In ihrer Arbeit verbinden sich „unterschiedliche Typen von Know-how: intellektuelle Fähigkeiten, manuelle Fertigkeiten und unternehmerische Initiative“, die, so Maurizio Lazzarato, die immaterielle Arbeit auszeichnen, welche sich in „unmittelbar kollektive Formen, Netzwerke und Ströme“ konstituiert (Lazzarato 1998b: 61). Die Verschiebung hin zur immateriellen Arbeit birgt jedoch eine Tücke, die Lazzarato wie folgt ausführt:

„Die Tatsache, daß immaterielle Arbeit Subjektivität und (ökonomischen) Wert zur gleichen Zeit produziert, zeigt, wie die kapitalistische Produktionsweise unser Leben durchdrungen und hergebrachte Unterscheidungen – Ökonomie, Macht, Wissen – niedergerissen hat. Der Prozess gesellschaftlicher Kommunikation ist mitsamt seinem Hauptinhalt, der Produktion von Subjektivität, unmittelbar produktiv geworden.“ (ebd.: 58)

Demnach sei der postfordistische „Ordnungsruf“: „Seid Subjekte der Kommunikation“ sehr „weit davon entfernt, den Antagonismus zwischen Hierarchie und Kooperation, zwischen Autonomie und Kommando auszulöschen“ (Lazzarato 1998a: 42f.). Daraus folgt: „*Der Produktionsprozess der Kommunikation hat die Tendenz, unmittelbar zum Verwertungsprozess zu werden.*“ (Lazzarato 1998b: 59, Herv. i. O.) Dass mit der biopolitischen Produktivität das gesamte Leben in Wert gesetzt werde, hält auch Pieper fest, jedoch unter der wichtigen Qualifizierung, dass sich in ihr ebenso „eine Subjektivität [entfaltet], die nicht vollständig im Verwertungsprozess aufgeht, sondern diesen gleichsam übersteigt“ (Pieper 2013: 121), zumal sich in dieser Prekarisierung² „die Ambivalenz einer neu gewendeten Biomacht/Biopolitik [zeige], die einerseits durch ein neues Ausbeutungsregime, andererseits aber auch durch die Neukonstituierung einer dissidenten Kraft gekennzeichnet sei“ (ebd.: 121). Auch Lazzarato

² Der aus dem Französischen abgeleitete Begriff „*précaire*“ bedeutet „durch Bitten erlangt; widerruflich; unsicher, heikel“ (<https://www.duden.de/rechtschreibung/prekaer> [20.01.2019]). Darüber hinaus „findet sich ein Hinweis auf das römische Recht: Das *Prekarium* umfasst eine auf ‚Bitte hin erfolgende Einräumung eines Rechts, das keinen Rechtsanspruch begründet‘.“ (Motakef 2015: 5, Herv. i. O.). Bezogen auf unsichere Arbeitsverhältnisse verweist der Begriff der Prekarisierung auf „die Ausbreitung unsicherer Beschäftigungsverhältnisse“ und die stete Zunahme von Arbeitenden, „die kein reguläres Normalarbeitsverhältnis haben“ (Klenner 2011).

formuliert an anderer Stelle, dass es „die Möglichkeit und den Ort einer radikalen Autonomie der immateriellen Arbeit in ihren produktiven Synergien zu entdecken“ gelte. Eine Akzentuierung solcher Momente der Autonomie innerhalb der biopolitischen Produktion bedeutet für ihn, „in der kontinuierlichen Abfolge der Modelle sozialer Reproduktion die Unterbrechung aufzuspüren, den Bruch zu finden“ (Lazzarato 1998a: 51). Vor diesem Hintergrund fokussiert sich mein Untersuchungsblick auf die spezifische Art und Weise der politischen Organisation, mithilfe derer die selbstständigen Konsort*Innen versuchten, die Arbeit und ihr Leben unter prekären Bedingungen selbstständig zu gestalten und so innerhalb des Kontextes der Hegemonie der immateriellen Arbeit und des neuen Regimes der biopolitischen Produktion gemeinsam organisierte Auswege aus der Prekarität zu entwickeln.

Der an die Einleitung anschließende Teil der vorliegenden Arbeit zu den inhaltlichen und methodologischen Ausführungen (II) beginnt mit der Situierung des untersuchten Projektes *LUX & Konsorten* zunächst in der Geschichte der *Euromayday*-Bewegung, die den Anspruch der „Verbindung des eigenen Lebens mit dem politischen Aktivismus gegen Prekarisierung“ hegte (Birkner/Foltin 2006: 170). Die theoretische Nähe zu den postoperaistischen Ansätzen sowohl von „Lotta Feminista“, Hardt und Negri sowie von Lazzarato, war, so Martin Birkner und Robert Foltin, nicht zufällig, da die „Immaterialisierung der Arbeit [...] zugleich den Dreh- und Ausgangspunkt sowohl der Transformation des gegenwärtigen Kapitalismus als auch des widerständigen Prekariats dar[stellte]“ (ebd.: 171). Die in der *Euromayday*-Bewegung entstandene politische Subjektivität ging

„von der Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse aus, ohne sich aber orthodox-gewerkschaftliche Positionen zu Eigen zu machen: ihr geht es nicht um die Schaffung von gut abgesicherten Vollzeit-arbeitsplätzen, sondern um die Umgestaltung der Prekarisierung zu Gunsten der Prekarisierten. Das Ziel sind nicht mehr und fixe Jobs, sondern weniger, dafür selbstbestimmte flexible Arbeit. Es geht nicht um die protektionistische Abschottung von Arbeitsmärkten gegen ‚Billiglohnkonkurrenz‘ und neokeynesianische Umverteilung und Re-Regulierung, sondern um das Recht auf Bewegungsfreiheit für lebendige Arbeit und eine Bewegung der Aneignung.“ (ebd.)

In Umkehrung der „politischen Perspektive“ eines viktimisierenden Verständnisses der Prekarisierten als (selbst)ausgebeutete Klasse eines sogenannten Prekariats, wendete, so Pieper, die *Euromayday*-Bewegung „den Begriff ‚Prekariat‘ synkretistisch und artikuliert[e] ihn offensiv als Kampfbegriff.“ (Pieper 2013: 111) In diesem Sinne bezog sich Prekarisierung „keineswegs nur auf spezifische Arbeitsverhältnisse und die Entgarantierung von Arbeitsplätzen, sondern auf komplexe, fragmentierte Verortungen und ungesicherte Existenzweisen sowie auf gestufte bzw. eingeschränkte Zugänge zu Rechten und zu Teilhabechancen an nationalstaatli-

chen Sicherungssystemen.“ (ebd.) Somit bot der Ausdruck des Prekariats „angesichts heterogener, schwer zu vereinheitlichender singularer Lebensformen und Existenzbedingungen als strategischer Einsatz“, die Möglichkeit, „die radikal gewandelten politischen Bedingungen, die Transformation des Produktionsregimes ebenso wie die damit einhergehenden ungesicherten Existenzbedingungen zur Kenntnis [zu] nehmen.“ (ebd.: 112) Im nächsten Schritt der Situierung werden die „Recht auf Stadt“-Kämpfe dargestellt, die auf die Praxis von *LUX & Konsorten* einwirkten. Mit einer Vielfalt von politisierenden Formaten und parallel dazu geführten Gesprächen mit der Bezirkspolitik schaffte es die Initiative der Selbstständigen zwei Jahre lang, ihr Anliegen *Günstiger Gewerberaum selbstgemacht* im zentralen Stadtviertel Hamburg-Altona zum öffentlichen Politikum zu machen. Die zentrale Forderung an die Stadt, eine kommunale Fläche für einen gemeinsamen Gewerbehof für Selbstständige vermietet zu bekommen, konnte am Ende zwar nicht in der zunächst gewünschten Form realisiert werden. Jedoch nahm der Kampf der Selbstständigen eine überraschende Wende. Zusammen mit dem *Frappant*-Verein, eine aus der Heterogenität „gewachsene Gemeinschaft“ der „kulturellen Produktion“, die „für die selbstbestimmte Schaffung und Bereitstellung von bezahlbarem Arbeitsraum sowie für neue Muster der Raumeignung“³ steht, gründete der lose Zusammenhang von Selbstständigen, die sich in dem Projekt *LUX & Konsorten* zusammengefunden hatten, im Oktober 2013 die Genossenschaft *flux eG*, welche nach langwierigen Verhandlungen mit der Stadt schließlich im Februar 2015 eine ehemalige Kaserne in Hamburg-Altona kaufte. In diesem Gebäude waren die *Frappant*-Mitglieder nach ihrer Vertreibung aus der Großen Bergstraße untergebracht. Während dieser Zwischennutzung bezogen sie die Hälfte der ehemaligen Kaserne und konnten sich die günstigen Mieten durch einen Nebenkostenzuschuss von der Hamburger Behörde für Kultur, Sport und Medien (BKSM) leisten. Der befristeten Nutzung folgte anschließend die Option seitens der Kulturbehörde, das gesamte Gebäude zu kaufen. So kam *LUX & Konsorten* als potentieller Kaufpartner ins Spiel und zog nach dem Kauf phasenweise in der weiteren, noch ungenutzten Hälfte des insgesamt sanierungsbedürftigen Gebäudes ein. Der oben angesprochenen Vertreibung des *Frappant*-Vereines aus dem *Frappant*-Komplex in der Großen Bergstraße folgten mehrere Zwischennutzungen und die damit verbundene Gründung der „Recht-auf Stadt“-Bewegung 2009. Dieser Prozess sowie die bereits vorher existierende Hamburger *Euromayday*-Bewegung, in der viele Konsort*Innen

³ Die Beschreibung stammt aus der Selbstdarstellung des *Frappant e.V.* auf der Homepage: <http://frappant.org/frappant-e-v/philosophie> [20.01.2019]

fast zehn Jahre lang aktiv die Frage der Prekarität in Form von Paraden sichtbar gemacht hatten, werden im **ersten Kapitel** der *bewegungsgeschichtlichen Kontextualisierung* des *LUX & Konsorten*-Projektes genau rekonstruiert.

Eine *theoretische Sensibilisierung zur Frage der Organisation in der Selbstständigkeit* erfolgt im **zweiten Kapitel**. Dabei rekurriere ich vor dem Hintergrund dargestellter Risiken für selbstständig Tätige (Bögenhold/Fachinger 2012; Bührmann 2012) auf vorhandene Überlegungen zur Frage der Organisation in der Prekarität (Candeias 2008; Bologna 2006). Anschließend stelle ich die spezifischen Herausforderungen der Vernetzung von Selbstständigen dar sowie das Potential, diese produktiv in genossenschaftliche Projekte aufzunehmen (Bolsinger 2011). Vor dem Hintergrund, dass sich die von mir untersuchte Initiative *LUX & Konsorten* am Ende tatsächlich für die Gründung einer Genossenschaft entschied, veranschauliche ich am Ende des Kapitels die Unternehmensform in ihren grundlegenden Werten (Blome-Drees et al. 2015; Münkner 2014; Hill/Doluschitz 2014; Klemisch/Vogt 2012).

Die Untersuchung und Analyse des Organisationsprozesses von *LUX & Konsorten* erläutere ich im **dritten Kapitel** *Teilhabende Ethnografie*. Dabei beleuchte ich die eigenen Erlebnisse aus den urbanen Interventionen, die Statements und die Gespräche mit meinen Mitstreiter*Innen sowie die produzierten Dokumente über und zu den Aktionen von *LUX & Konsorten* kritisch. Die analytische Darstellung der Ereignisse orientiert sich an der wissenschaftlichen Reportage im Stil der qualitativen Stadtforschung der „Chicago School“ (Hennig 2012; Schubert 2007; Löw 2001). In gewisser Hinsicht zeugt meine ethnografische Haltung von dem „Chicago Touch“ (Lindner 2004: 114, Herv. i. O.), der Robert E. Parks Forschungsmaximen „Go into the district“, „Get the feeling“, „Become acquainted with people“ folgt und sich mit Neugier und einer unvoreingenommenen, nicht distanzierenden „Kunst des Sehens“ urbanen Alltagssituationen annähert (ebd.: 117). „Der *Chicago touch* lebte von der Intimität mit dem Gegenstand“ und impliziert ein empirisches Verständnis der „Erkenntnisproduktion“, die „bei der leiblichen, persönlichen Involvierung ins Feld an[setzte]“ (Bethmann/Niermann 2015: 13, Herv. i. O.). Bei dieser Art von Involvierung wird „engaging“ in zweifacher Hinsicht erfasst: „1. engagement als gesellschaftspolitische Intervention durch Forschung und 2. engagement als Involvierung ins Untersuchungsfeld im Vollzug der Forschung.“ (ebd.: 11) Durch meine teilhabende Ethnografie, die sich insbesondere dadurch auszeichnet, dass ich von Anfang an, genau wie alle anderen Konsort*Innen, Teil des untersuchten Feldes war, gilt es nicht nur ein Gespür für die Relevanz der beobachteten Ereignisse zu bekommen und diese niederzuschreiben, sondern auch, das mitten im Geschehen erlebte „feeling“ über den erfahrenen Politisierungsprozess hinauszutragen.

Die Darlegung meiner Auseinandersetzung mit dem Material beginnt mit den methodologischen Implikationen meiner involvierten Wissensproduktion und der Begründung der daraus entstehenden Analyseperspektive des „situierten Wissens“ (Haraway 1995a; 1995b), die sich aus meinen spezifischen „Verschränkungen“ (Barad 2013) im untersuchten Projekt *LUX & Konsorten* ergaben. Im nächsten Schritt erörtere ich die in der „Akteur-Netzwerk-Theorie“ (ANT) entwickelten „vier Übersetzungsmomente“ (Callon 2006a), welche die Untersuchung von fragilen und sich verändernden Netzwerkbeziehungen ermöglichen. Diese formuliere ich unter Berücksichtigung der Forschungsperspektivierung der „Analytik des Werdens“ (Pieper 2016; Pieper/Panagiotidis/Tsianos 2011) um und nutze sie als Orientierungsrahmen für die Darstellung des analytisch herausgearbeiteten Organisationsprozesses des netzwerkartigen Geflechtes der Selbstständigen in *LUX & Konsorten*.

Der dritte Teil der empirischen Analyse zur *(Re)Konfiguration des ethnografischen Datenmaterials* (III) beginnt mit der Komposition der partialen Perspektiven der einzelnen Konsort*Innen. Somit erarbeite ich im **vierten Kapitel** anhand der erhobenen individuellen Statements zum Engagement im Projekt *Günstiger Gewerberaum selbstgemacht* ein Sample an Themen, welche die diversen Facetten der *Problematisierung* durch die Selbstständigen durch eine zunehmende Ökonomisierung ihres Lebens, aufgrund von steigenden Mietpreisen im Stadtzentrum, umreißen: Die Frage der Reproduktionsbedingungen der selbstständigen Unternehmungen, die Vereinbarkeit von Arbeit und gesellschaftlichem Engagement, eine „Soziale Architektur“ entgegen der Vorstellung von Stadt als einem Unternehmen, die Verknappung bestimmter Wissens- bzw. Bildungsarbeit und das Versprechen eines sozialen Überschusses durch Freiräume in der anvisierten Produktionsstätte der Selbstständigen – diese Themen verdichten sich im Anschluss an die Problematisierung zu der These der *Verräumlichung der sozialen Frage*. Diese wird durch die Praxis der Konsort*Innen entlang einer *Mixtur urbaner Interventionen* ausgetragen. Der langwierige Kampf und Organisationsprozess von *LUX & Konsorten* wird in seiner Beharrlichkeit und in den erlebten Verquickungen anhand der Chronik der Aktionen im Zeitraum von Dezember 2010 bis September 2012 im **fünften Kapitel** kartiert. Nach der anfangs dargestellten Problematisierung der Bedrohung der eigenen Gewerbe, aus der durch die Forderung nach günstigen Gewerbemieten eine Einbindung der Selbstständigen in die Assoziation *LUX & Konsorten* folgte, welche in der Aushandlungszone mittels Aktionen ausgetragen wurde, schließt die Analyse im **sechsten Kapitel** mit der Frage nach der Mobilisierung der verbündeten Selbstständigen. Die Erarbeitung des in der Mobilisierung impliziten Themas der Repräsentativität erfolgt durch einen Umweg, indem ich zunächst auf die Arbeitsweise der Selbstständigen während ihrer Selbstorganisation im *LUX &*

Konsorten-Projekt und der daraus entwickelten Form der Selbstverwaltung im sich anschließenden Projekt der Genossenschaft eingehe. Erst durch die Darstellung dieser Phasen der Selbstorganisation, die schließlich in der genossenschaftlichen Selbstverwaltung kulminieren, können die spezifischen Sprecher*Innen-Konstellationen nachvollzogen werden, die in abwechselnden, vielstimmigen Besetzungen die Forderung nach günstigem Gewerberaum in der Öffentlichkeit kundgaben.

Diese herausgearbeitete Vielstimmigkeit und der Anspruch an direkte Teilhabe und Einflussnahme auf die Stadtpolitik tangiert das von Hardt und Negri eingebrachte Konzept der „Multitude“, die „sich aus einer Reihe von Singularitäten zusammen[setzt]“, wobei die Autoren unter Singularität ein „gesellschaftliches Subjekt“ verstehen, „dessen Differenz sich nicht auf Gleichheit zurückführen lässt, eine Differenz also, in der die Verschiedenheit bestehen bleibt.“ (Hardt/Negri 2004: 117) Die Multitude entfalte sich, so Negri, entlang von drei Dimensionen: Erstens gehe es um die Multitude im Sinne eines „Ensemble[s]“ und „einer Vielfalt von Subjektivitäten“, welche „sich in gewisser Weise arrangieren“ (Negri 2004: 14). Zweitens spricht der Autor „von Multitude als einer sozialen Klasse (und nicht mehr von der Arbeiterklasse, um auf die Erfahrungen der Veränderung der Arbeit im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus hinzuweisen, auf den Übergang der Hegemonie der materiellen Arbeit zu der der immateriellen Arbeit).“ (ebd.: 18) Drittens gehe es um die Potentialität eines demokratischen Projektes innerhalb der biopolitischen Produktion, in dem sich „Freiheit und Arbeit in der Produktion des Gemeinsamen, *Communien* verbindet.“ (ebd., Herv. i. O.) Die angesprochene Freiheit sei, so Hardt und Negri, „nichts Naturgegebenes; sie entsteht allein dadurch, dass man fortwährend Hindernisse und Grenzen überwindet.“ (Hardt/Negri 2004: 248) Insofern gelte es, „die Aktivität der singulären Akteure als Matrix der Freiheit und Vielfalt jedes Einzelnen [zu] betrachten. Damit wird Demokratie zum direkten Objekt: Sie lässt sich nicht mehr in liberaler Manier als Einschränkung von Freiheit bewerten, sondern bedarf der Radikalisierung ohne die geringsten Abstriche bei Freiheit und Gleichheit“ (ebd.: 247). Diese Produktion des Gemeinsamen sei „ein öffentliches Interesse, das nicht in den Händen der Bürokratie liegt, sondern von der Multitude demokratisch verwaltet wird.“ (ebd.: 232) Sie werde also weder „von einer zentralen Kommando- und Überwachungsinstanz gesteuert“ noch resultiere sie „aus einem spontanen Einklang zwischen Individuen“, sondern entstehe vielmehr „im Raum *dazwischen*, im sozialen Raum der Kommunikation“ (ebd.: 249, Herv. i. O.). Das Gemeinsame, dessen Existenzbedingung die Multitude sei, konstituiere sich durch den Überschuss, welcher in den kooperativen sozialen Interaktionen nicht vom Kapital ange-

eignet werde. „Um entstehen zu können bedarf die Multitude“ jedoch „eines politischen Projekts“, in dem „sich Widerstand in Revolte verwandelt, denn „Verelendung mag zu Wut, Empörung und Widerstand führen, eine Revolte jedoch entsteht nur auf der Grundlage [...] eines Surplus an Intelligenz, Erfahrung, Wissen und Begehren.“ (ebd.: 239) Die präsentierte Vieltimmigkeit des sich in den temporären Besetzungen ausdehnenden Versammlungskreises des heterogenen Zusammenschlusses der Selbstständigen im *LUX & Konsorten*-Projekt wäre insofern anschlussfähig an die Idee, „dass die Multitude die ausschließende und begrenzende Logik von Identität/Differenz durch die offene und expansive Logik von Singularität/Kommunalität ersetzt. [...] Niemand ist zwangsläufig ausgeschlossen, gleichzeitig aber ist es nicht garantiert, dass auch alle miteingeschlossen sind: Die Ausweitung des Gemeinsamen ist eine Sache der Praxis, der Politik.“ (ebd.: 252)

Die spezifische politische Organisationspraxis in *LUX & Konsorten* wird am Ende der Arbeit zusammenfassend anhand der von mir reformulierten vier ANT-Übersetzungsmomente der *Problematisierung* und *Einbindung* der netzwerkartigen Akteur*Innen, der *Aushandlungszonen* durch den Mix an Interventionen im öffentlichen Raum und zuletzt der *Mobilisierung der Verbündeten* durch eine vieltimmige Präsentation des *LUX & Konsorten*-Projektes dargestellt (IV). Dabei greife ich die die Analyse durchziehende Thematik der in unterschiedlichen Kontexten wiederholt und kontrovers auftauchenden Partikularinteressen auf und gehe schließlich auf das konstituierende Vermögen des in *LUX & Konsorten* entstehenden Transformationsprozesses der *Instituierung* ein. Das mit der Gründung der Genossenschaft *flux eG* einhergehende konstituierende Vermögen verweist auf die von Hardt und Negri angesprochene Produktion des Gemeinsamen, in dem die Selbstständigen, in Abkehr von einer staatlichen Fürsorge, selbst für die materielle Absicherung ihrer Existenz sorgten, dadurch, dass sie die Reproduktionskosten ihrer Selbstständigkeit durch günstige Gewerbemieten innerhalb des selbstverwalteten, demokratischen genossenschaftlichen Projektes minimierten.

II. INHALTLICHE UND METHODOLOGISCHE SPEZIFIZIERUNGEN

1 Bewegungsgeschichtliche Kontextualisierung des Forschungsfeldes

Die unmittelbare Entstehungsgeschichte der hier untersuchten Initiative *LUX & Konsorten* ist wesentlich begründet in sozialen Bewegungen wie dem europäischen *Euromayday*-Netzwerk einerseits und den „Recht auf Stadt“-Kämpfen in Hamburg andererseits. Viele der Gründer*Innen und Teilnehmer*Innen der Initiative nahmen aktiv Anteil an Platzierung, Gestaltung und Programmatik der beiden Netzwerke in lokalen wie transnationalen Kontexten. Zudem verfügte eine große Anzahl der Beteiligten zu Beginn der Initiative über umfangreiche, teilweise bereits jahrzehntelange Biografien in diversen subkulturellen, nachbarschaftlichen und politischen Milieus und Netzwerken in Hamburg, Norddeutschland, der Republik und transnationalen Räumen. In diesen Umgebungen sammelten sie eine Vielzahl von Kompetenzen, Kontakten, Knowhow, Kampferfahrungen und Vertrauen für ihre Unternehmung(en). Darüber hinaus verfügten Mitglieder des Projektes *LUX & Konsorten* unterschiedlich intensiv auch über eine Menge Möglichkeiten der Multiplikation ihrer Anliegen in ihren professionellen gewerblichen Tätigkeiten, sowohl angestellt als auch selbstständig.

Die *Euromayday*-Bewegung begann Anfang der 2000er Jahre einen Suchprozess für einen kritischen und widerständigen Umgang mit den unterschiedlichen Risiken der Prekarität. Mit dem Aufruf „Wir sind prekär“ startete die *Euromayday*-Bewegung ihren Protest mit einer spektakulären Parade in Mailand am 1. Mai 2001, dem internationalen Kampf- und Feiertag der Arbeiter*Innenbewegungen. Ausgehend von einer Kritik der gewerkschaftlichen Repräsentation des in der Regel *weißen*, männlichen Arbeiters sowie der ritualisierten Protestformen sozialer Bewegungen war der spielerische Umgang programmatisch für und bei der Suche nach passenden Interventions- und Repräsentationsformen von neuen sozialen Akteur*Innen, die sich nicht mehr in den sozial- und migrationspolitischen sowie bürgerrechtlichen Strukturen der postfordistischen Gesellschaften repräsentiert fühlten. Mit Erfolg verbreiteten sie in Europa ihr Anliegen, prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse sichtbar zu machen. Im Herbst 2004, so Marion Hamm, „erklärten mehrere Gruppen auf einem Gegenforum zum Europäischen Sozialforum ihre Absicht, im nächsten Jahr nicht nur europaweit EuroMayDays durchzuführen, sondern vor allem ein transeuropäisches Netzwerk aus Bewegungen und Kollektiven zu formen, das für soziale Rechte eintreten sollte.“ (Hamm 2007) Dies Vernetzung setzte eine Mobilisierung in Gang, durch die „2006 bereits in zwanzig europäischen Metropolen EuroMayDay-Paraden statt[fanden].“ (Motakef 2015: 120) In Deutschland fand die erste *Euromayday*-Parade mit dem Motto „Ein Sonntag für globale Rechte“ am 1. Mai 2005 in

Hamburg statt. Vorbereitet wurde die Parade überwiegend von Akteur*Innen aus der *hamburg umsonst*-Gruppe und den bundesweit agierenden antirassistischen Netzwerken, die sich 2004 in der Kampagne *Gesellschaft für Legalisierung*⁴ zusammengeschlossen hatten. Im Anschluss an die gewerkschaftliche 1. Mai-Demo gingen 3.000-4.000 Menschen in vielfältigen Kostümen durch die Hamburger Innenstadt und versuchten mit auf Sprechblasen geschriebenen Slogans wie „Wie streike ich als Ich-AG?“, „Kein Bock auf noch 'n Minijob? Klau zurück“ oder „No lager. For freedom of movement“ für die Themen Prekarisierung, Migration und Aneignung zu sensibilisieren (*Euromayday Hamburg 2005*).

Die Hamburger *Euromayday*-Bewegung stellte ein politisches Projekt dar, das eine Leerstelle besetzte in einem Alltag, in dem das gesamte Leben entgarantiert wurde. Die spezifische Sicht auf Prozesse der Prekarisierung wird im folgenden Abschnitt (1.1) aus der Betrachtung der Lebensrealitäten der *Euromayday*-Akteur*Innen dargestellt, welche sich nicht immer mit dem arbeitssoziologischen Verständnis der Prekarität deckt. Wie die folgende Rekonstruktion zeigen wird, können viele *Euromayday*-Akteur*Innen weder einer homogenisierten Armutsgruppe noch den im Niedriglohnbereich exkludierten Lohnarbeiter*Innen zugeordnet werden. Auf der Grundlage ihres spezifischen Wissens aus vergangenen politischen Erfahrungen suchten sie nach Möglichkeiten, aus der Ohnmacht herauszutreten und eine Postulierung der Verelendung sowie Skandalisierungspolemiken über deregulierte Arbeitsverhältnisse zu überschreiten: Ein performatives Schlüpfen in verschiedene Superhelden-Figuren, wie etwa die der „Superflex“ oder der „Spidermum“, symbolisierte verborgene Stärken, aus denen es gemeinsam zu schöpfen galt, um sich den Risiken in der Prekarität zu stellen (Panagiotidis 2007).

Nach neun Jahren Hamburger *Euromayday*-Paraden fand allerdings eine inhaltliche Verschiebung statt. Bei der 1. Mai-Parade 2010 wurde das Thema der Prekarisierung von Arbeit und Leben mit „Recht auf Stadt“-Kämpfen verknüpft. Damit fand eine Verlinkung der Prekarität mit verräumlichten Kämpfen gegen städtische Umstrukturierungs- und Gentrifizierungsprozesse statt, wie der damaligen Pressemitteilung der Parade zu entnehmen ist:

„Stadt geht los – Euromayday 2010
Mayday Mayday

⁴ An der Kampagne der *Gesellschaft für Legalisierung* (<https://www.zag-berlin.de/antirassismus/archiv/pdf/zag44/14gesellschaft.pdf> [20.01.2019]) beteiligten sich u.a. Akteur*Innen aus dem *Respect Netzwerk*, der *Flüchtlingsinitiative Brandenburg*, der *medizinischen Flüchtlingshilfe*, von *Mujeres de esta tierra*, *Mujeres sin rostro*, *Elixier-A*, dem *Polnischen Sozialrat e.V.*, *kein Mensch ist illegal* und dem antirassistischen Netzwerk *Kanak Attak*, in dem auch die Verfasserin dieser Arbeit involviert war. (http://www.d-a-s-h.org/dossier/09/04_unter_euch.html [20.01.2019])

Auch an diesem 1. Mai werden wir wieder auf den Straßen feiern. Gemeinsam mit tausenden anderen Prekären werden wir ein weiteres Mal unsere persönlichen Geschichten erzählen, die viel zu lange unsichtbar geblieben sind, und ein weiteres Mal die Fragen stellen, die viel zu selten gestellt werden: Woher kommt morgen mein Geld? Welche Jobs gehen ohne Pass? Was ist wenn ich krank werde? Wo bleibt der Scheck für das Grundeinkommen? Wie streike ich als Arbeitslose? Was kommt nach dem nächsten Projekt? Wie würde ich gern leben? Und dennoch wird an diesem 1. Mai alles anders sein. Im letzten Jahr haben wir den Beginn einer neuen Bewegung erlebt, die die fest gefügten Verhältnisse zum Schwingen gebracht hat. Es geht nicht mehr um den Wunsch nach einem anderen Leben, sondern darum dies tatsächlich möglich zu machen.

Vom Recht auf Stadt für alle

Ob der Rückkauf des Gängeviertels oder der Baustop für die Moorburgtrasse: Noch vor einem Jahr hatte kaum jemand diese Erfolge für möglich gehalten. Die Stadt der Investoren hat deutliche Risse bekommen. [...] Verrückt – Die Stadt ist unsere Fabrik

Was Alice fordert ist klar. Zumindest fürs erste. Aber was sind eigentlich deine Fragen, deine Wünsche und vor allem deine Forderungen? Machen wir eine Parade auf der die Zahl der Wünsche nur von der Zahl der Forderungen übertroffen wird. Machen wir eine Betriebsversammlung im Unternehmen Stadt. Eine Betriebsversammlung ohne Stellvertreter, ohne Maßhalteappelle und vor allem ohne den Zwang sich auf eine einheitliche Forderung zu einigen.

Für eine Inflation der Fragen, Wünsche und Rechte.

Wir sehen uns. Wir sind unter euch.“ (Pressemitteilung vom *Euromayday* 2010 in Hamburg)

Spätestens bei der Versammlung am 1. Mai 2012 an den Expresshallen in der Harkortstraße wurde der Bezug zum Projekt *LUX & Konsorten* durch die Verräumlichung des Kampfes gegen die Prekarität ersichtlich, die sich in dem *Euromayday*-Motto „Bitte Platz nehmen“ ausdrückte. Über die thematische Verlinkung hinaus führte die personelle Überschneidung von Akteur*Innen, die sowohl im *Euromayday*- als auch im „Recht auf Stadt“-Netzwerk aktiv waren und Erfahrungen aus der Besetzung der Hafenstraßen-Häuser mitbrachten, zu einer gelungenen Ansammlung eines breiten Wissensvorrates; hilfreich, um ein Projekt wie *LUX & Konsorten* zu starten. Vor diesem Hintergrund werde ich in dem zweiten Kapitelabschnitt (1.2) näher auf die verschiedenen Hamburger Initiativen eingehen, die in der Hamburger Innenstadt, aber vor allem in dem Stadtviertel Altona, in dem auch *LUX & Konsorten* agierte, ihre Kämpfe um Arbeits- und Freiräume führten. Die Rekonstruktion dieser „Recht auf Stadt“-Initiativen erfolgt weniger über eine umfassende Darstellung der Projekte, sondern vielmehr über Bezugspunkte zum untersuchten Projekt *LUX & Konsorten*, durch die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu letzterem deutlich werden. Das Ziel des zweiten Kapitelabschnittes besteht somit darin, einen besseren Einblick in die Situierung der Initiative innerhalb des Handlungskontextes der sozialen Bewegungen in diesem Zeitraum zu geben, um nachvollziehbar werden zu lassen, aus welchen Kämpfen heraus *LUX & Konsorten* gegründet wurde und innerhalb welchen soziopolitischen Umfeldes sein Aktionsradius angelegt war. Abschließend

erfolgt eine rückblickende Darstellung der Handlungserwägungen der unterschiedlichen bewegungspolitischen Akteur*Innen in den Verhandlungen mit stadtpolitischen Vertreter*Innen (1.3).

1.1 Situierung in der Prekarisierungs-Debatte aus der *Euromayday*-Perspektive

Die Hamburger *Euromayday*-Bewegung trat für einen umfassenden Begriff von Prekarität ein, unter dem sich eine Unmenge an Forderungen aus den verschiedenen entgrenzten Lebens- und Arbeitsrealitäten versammelten. Das Anliegen, für ein breites Begriffsverständnis einzutreten, um einen gemeinsamen Artikulationsraum für heterogene Anliegen zu schaffen, kollidierte jedoch mit dem sozialwissenschaftlichen Anspruch, das Phänomen der Prekarität von der Vorstellung eines Normalarbeitsverhältnisses her zu präzisieren, wie sich in den folgenden Ausführungen zeigen wird.

In seiner Arbeit *„Die Metamorphosen der Sozialen Frage“* betont der französische Soziologe Robert Castel, dass Prekarisierung keineswegs eine marginale Dynamik darstellt: „Wie der Pauperismus des 19. Jahrhunderts im Herzen der Dynamik der ersten Industrialisierung verankert war, so ist auch die Prekarisierung ein zentraler Prozess, der von den neuartigen technologisch-ökonomischen Erfordernissen der Entwicklung des modernen Kapitalismus in Gang gehalten wird.“ (Castel 2000: 357) Die Prozesse der Prekarisierung konzentrieren sich, so der Autor, auf drei Kristallisationskerne. Die „Destabilisierung der Stablen“, die erstens den drohenden „Absturz“ bezeichne, von dem ein „Teil der integrierten Arbeiterklasse“ sowie der „abhängig Beschäftigten der kleinen Mittelklasse“ gefährdet ist. Ein „Sich-Einrichten in der Prekarität“, das zweitens auf das Sich-Arrangieren mit einer Mobilität verweist, die aus dem „Alternieren zwischen Erwerbsarbeit und Inaktivität“ sowie „dem provisorischen Durchwursteln“ besteht, welches durch die „Ungewissheit des nächsten Tages gekennzeichnet ist“ (ebd.: 358). In der Prekarisierung wird drittens ein „Platzmangel in der Sozialstruktur“ (ebd.: 359) postuliert. Plätze werden dabei als Positionierungen verstanden, die „an gesellschaftliche Nützlichkeit und öffentliche Anerkennung geknüpft sind“: Die Position der „Überzähligen“ kommt Menschen zu, die „in einer Art gesellschaftlichem no man’s land herumtreiben, die nicht integriert und zweifelsohne auch nicht integrierbar sind“ (ebd.). Dieses prekäre Ringen der Mittelklasse um soziale Inklusion analysiert Castel auch entlang eines formalen Rasters, das die postfordistische Arbeitsgesellschaft in mehrere metaphorisch konstruierte „Zonen sozialer Kohäsion“ (ebd.: 13) einteilt: Neben der „Zone der Integration“ innerhalb von Normalarbeitsverhältnissen und einem soliden Eingegliedertsein in soziale Beziehungen gibt es die

„Zone der Entkoppelung“ bei Gruppen, die weitgehend von regulärer Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind. Dazwischen breitet sich eine instabile „Zone der Verwundbarkeit“ aus, die aus einer Kombination heterogener diskontinuierlicher Beschäftigungen und der fragilen Unterstützung durch ein näheres soziales Netz besteht. Diese Einteilung sei allerdings kein statisches Modell, mit dem Individuen den jeweiligen Zonen ein für alle Mal zugeordnet werden sollen (vgl. ebd.). Die Frage nach der Erfindung von Praktiken des Durchquerens, die den Übergang von einer Zone zur anderen ermöglichen oder auch verhindern bzw. die Subjekte ermächtigen, einen praktischen Umgang mit der Prekarität zu finden, stellte sich auch im Kontext der *Euromayday*-Bewegung. Die Verletzlichkeit und die Risiken drückten sich unter den Akteur*Innen im Hamburger *Euromayday*-Kreis unterschiedlich aus: Den damals Studierenden, vor allem aus dem Umfeld der Umsonst-Gruppe, stand eine Zukunft der „Generation Praktikum“ bevor, in der sie nach dem Studium als prekäre Wissensarbeiter*Innen in einem Projekt nach dem nächsten diskontinuierliche befristete Projekt-Stellen antreten oder in einer Reihe minder- bis unbezahlter Praktika unterkommen würden. Diejenigen wiederum, die sich in der Selbstständigkeit bewegten, und zum großen Teil später das Projekt *LUX & Konsorten* initiierten, nutzten beispielweise Förderungen der Ich-AG-Maßnahmen der 2003 verkündeten „Agenda 2010“, um ihre Kleinunternehmen zu gründen. Die Absicht des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder (SPD), mit der Programmatik der „Agenda 2010“ zu einem „Befreiungsschlag aus[zuh]olen“, stieß durch das konkrete Vorhaben der Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen „den Arbeitsmarkt durch ‚Flexibilisierung‘ zu beleben“, bundesweit auf breiten Widerstand bei vielen, die darin den „befürchteten Sozialabbau“ voraussahen. Für die *Euromayday*-Akteur*Innen, für die eine (Vollzeit)Anstellung keine reale Option darstellte, boten jedoch die auch von ihnen als kritisch zu bewertenden Ich-AG-Förderungen für Existenzgründungen eine Chance, den nächsten Schritt zu wagen und überhaupt erst einmal ihre Kleinunternehmung zu ermöglichen oder sicherzustellen.

Von einer merkwürdigen „Schwebelage“, in der sich prekär Beschäftigte befinden, sprechen auch der Arbeitssoziologe Ulrich Brinkmann, Klaus Dörre und ihre Mitarbeiter*Innen in ihrer Untersuchung über die Ursachen, das Ausmaß, die sozialen Folgen sowie die „subjektiven Verarbeitungsformen“ prekärer Arbeit (Brinkmann/Dörre u. a. 2006). „Einerseits haben sie den Anschluss an die ‚Zone der Normalität‘ noch immer vor Augen und müssen alle Energien mobilisieren, um den Sprung vielleicht doch noch zu schaffen. Andererseits sind permanente Anstrengungen auch nötig, um einen dauerhaften sozialen Abstieg zu vermeiden.“ (ebd.: 61). Diese Bedrohung gehe oft mit einer „blockierten Lebensplanung“ (ebd.: 58) einher, die durch

den Mangel gekennzeichnet ist, dass prekär Beschäftigte über geringe Möglichkeiten verfügen, eine längerfristige, halbwegs realistische Lebensplanung zu entwickeln. Der weitreichende Wandel innerhalb der Arbeitswelt ist somit primär über Unsicherheit und materielle Not charakterisiert, doch bewirkt prekäre Arbeit, so die Autor*Innen, auch „Anerkennungsdefizite“ und eine „Schwächung der Zugehörigkeit zu sozialen Netzen“, die unabdingbar sind, um sich in der Prekarität zurechtzufinden (ebd.: 59). Trotz einer solchen Drohung sozialer Abkopplung verweisen die Forscher*Innen auf ein Phänomen, das sie als „(Des-)Integrationsparadoxon“ (ebd.) bezeichnen. Desintegration bedeutet hier nicht etwa einen linearen, sich beständig verstärkenden Prozess des Zerfalles, denn sogar in der „Zone der Prekarität“ erfolgt eine Einbindung. Diese findet aber nicht „mehr über primäre (reproduktive und qualitative), sondern über tradierte oder neu erzeugte sekundäre Integrationspotentiale“ (ebd.: 59) statt, wie zum Beispiel die Tätigkeit der „Zuverdienerin“ oder das pragmatische, illusionslose Pendeln zwischen Leiharbeit und Arbeitslosigkeit, wie der Fall der informell „arbeitenden Arbeitslosen“ zeigt (ebd.). Die Wissenschaftler*Innen unterscheiden zudem zwischen prekärer und flexibler Arbeit: „Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind stets flexibel: doch längst nicht alle Formen flexibler Beschäftigung erweisen sich zugleich als prekär.“ (ebd.: 61) Demnach kompensieren Freelancer oder Selbstständige (IT-Spezialist*Innen, Werbefachleute, etc.) das Sicherheitsrisiko, das ihre Arbeit birgt, durch den „subjektiven Freiheitsgewinn“ (ebd.: 60), der mit der Abwesenheit hierarchischer Arbeitsstrukturen und Zwänge verbunden werde. Sie können, so die Autor*Innen, im Gegensatz zu prekär Beschäftigten aufgrund ihrer Qualifikationen oder sonstiger Ressourcen gut die nicht entlohnten Lebensphasen überbrücken. Der größte Unterschied bestehe vor allem darin, dass die flexibel Beschäftigten sich mit ihrer Arbeit identifizieren, in ihren Aufgaben aufgehen und nach Professionalisierung streben. Mögliche „Desintegrationseffekte“ seien somit nicht in der prekären Beschäftigung begründet, sondern resultieren eher „aus dem Streben nach Professionalität und Selbstverwirklichung, das mit Arbeitswut, Leistungsdruck, Stress, Beeinträchtigung des Privatlebens, Entspannungsunfähigkeit, blockierten Aufstiegsmöglichkeiten und Diskontinuitätserfahrungen bei der Projektarbeit einher geht“ (ebd.). Spätestens bei dieser Abkopplung flexibler Freelancer-Tätigkeiten von der prekären Arbeit wird deutlich, dass in den Ausführungen der Arbeitssoziolog*Innen Prozesse der Prekarisierung aus der Logik klassischer Lohnarbeitsverhältnisse gedacht werden, in der Prekarisierung eher als Armut begriffen wird, welche durch Deregulierungsprozesse entstehe und somit überwiegend den mangelnd qualifizierten, niedrig entlohnten oder illegalisierten Arbeiten zugeschrieben wird. Neue Selbstständige sind jedoch nicht automatisch Hochverdiener*Innen, die sich selbstverständlich gegen die Unsicherheit sowohl gegen-

wärtig als auch im Alter absichern können. Gerade die Lebensrealität der Hamburger *Euromayday*-Akteur*Innen zeigte zudem, dass die in diesem Kontext selbstständig Tätigen nicht nur die Risiken und Engpässe zu kritisieren versuchten, sondern auch um kleine Ausweigerungen haben. Durch die Nutzung der Ich-AG-Förderungen fand eine temporäre Art der Legalisierung ihrer Kleinunternehmen statt, die übergangsweise mit bedingten Absicherungen wie zum Beispiel einer Krankenversicherung verbunden war. Hier wird also der Bedarf deutlich, einen verengten Arbeitsbegriff von Prekarität zu hinterfragen. Die angedeutete „Schwebelage“ erachte ich im *Euromayday*-Umfeld weniger als eine Art der Selbstaktivierung innerhalb der Erwerbsarbeitsverhältnisse mit dem Wunsch, wieder in ein geregeltes Normalarbeitsverhältnis eingegliedert zu werden. Der Euphemismus eines durch Flexibilisierung „belebten“ Arbeitsmarktes in der „Agenda 2010“ war im Alltag der *Euromayday*-Akteur*Innen spürbar. Insofern litten sie nicht unter einer Verblendung durch ein falsches Bewusstsein ihrer Lage. Flexible Tätigkeiten waren ihnen bekannt und vor dem Hintergrund ihrer niedrigen Einkommen konnte schon erahnt werden, dass die aktivierenden Arbeitsmarktreformen weniger ein Versprechen beinhalteten als vielmehr einen Kompromiss in Aussicht stellten, die Erosion der Arbeitsverhältnisse auf der Ebene von Niedriglohnarbeit auszutarieren. Diese Lebensrealitäten stellten schließlich auch die Erfahrungsgrundlage dar, die sie dazu führte, ihre Prekarität öffentlich auf die Straße zu tragen, und über die Kritik an einem sich abbauenden Sozialstaat hinaus, der für sie nur bedingt eine Option der Absicherung darstellte, nach neuen Auswegen aus dem sich ausbreitenden Absturz der prekären (Mittel)klassen zu suchen. Der Versuch, diese Komplexität der prekären Selbständigkeit mit geringem Einkommen zu erfassen, führte mich dazu, Prekarität weniger aus der Perspektive klassischer Lohnarbeit herzuleiten, sondern Prozesse der Prekarisierung eher als situative Arrangements innerhalb der gegebenen, entgrenzten Lebens- und Arbeitsbedingungen zu untersuchen, die spezifische Formen der Subjektivierung erfordern.

Der Einsatz von Subjektivität wird auch beim Konzept der „Subjektivierung von Arbeit“ (Moldaschl/Voß 2002, Schönberger/Springer 2003, Lohr/Nickel 2005), allerdings in einer eingeschränkten Weise, als zunehmender Zugriff auf Subjektivität in den Arbeitsprozessen, diskutiert. Der Aspekt der Subjektivität wird innerhalb dieses Ansatzes insbesondere durch die drei industriesoziologischen Thesen des Konzeptes vom „verberuflichten Arbeitskraftunternehmer“ als der „neue[n] Grundform der Ware Arbeitskraft“ erläutert (Pongratz/Voß 1998: 131). Die Autoren Hans J. Pongratz und G. Günter Voß gehen erstens davon aus, dass betriebliche Fremdkontrolle durch verstärkte „Selbstkontrolle“ der Arbeitskraft ersetzt werde, die einer selbstorganisierte Planung, Steuerung und Überwachung der eigenen Arbeit durch

die Beschäftigten entspricht (ebd.: 140f.) . Dieser Prozess verändere das Verhältnis zur eigenen Arbeitskraft als Ware: So sprechen die Autoren zweitens von der „erweiterten [...] Selbst-Ökonomisierung von Arbeitskraft“ (ebd. 142). Darunter verstehen sie, dass der Arbeitende als Akteur „sein einziges zur Subsistenzsicherung [...] nutzbares ‚Vermögen‘ (das Vermögen zu arbeiten) hochgradig gezielt und dauerhaft auf eine potentielle wirtschaftliche Nutzung hin entwickelt und verwertet“ (ebd.). Aus diesen beiden Thesen erfolge drittens eine Selbstrationalisierung von Arbeitskraft die mit einer „Verbetrieblichung der Lebensführung“ einhergehe (ebd.: 150). Diese bewirke eine Veränderung des gesamten Lebenszusammenhangs der Beschäftigten, denn es gelte nun, den Alltag und das Leben „effizienzorientiert zu strukturieren“ und einer „bewussten rationalen Durchorganisation“ zu unterziehen (Voß/Weiß 2005: 70). Auch bei der Debatte um die „Subjektivierung von Arbeit“ bleibt also der Analysefokus auf der Sphäre der Erwerbsarbeit als entgrenztem Ort, dessen Verwertungslogik sich auf das gesamte Leben ausweitet, wenn zum Beispiel postuliert wird: „Erfolgreiche Frauen können unter entgrenzten Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen keine Kinder haben – Mütter dort nicht erfolgreich sein“ (Voß/Weiß 2005: 86). Die Fragen nach der Reproduktion der Gesellschaft sowie eine multiperspektivische Sicht auf die Zwänge und Autonomiedefizite unbezahlter Arbeit bleiben ausgeklammert. Einige Studien aus dem Bereich der Geschlechterforschung nahmen diese Probleme und Kritiken auf und untersuchten beispielsweise bei Alleinselbstständigen den Zusammenhang zwischen Erwerbsarbeit und Leben mit dem Fokus auf individuelle Marktbehauptungsstrategien und reflexive Grenzziehungen zwischen den Bereichen von Arbeit und Leben (Gottschall/Henninger 2005). Dennoch bleiben auch in diesen Untersuchungen die beiden Sphären der Arbeit und des Lebens der binären Trennungslogik zwischen Öffentlichem und Privatem verhaftet. Von dieser Problematik ausgehend und zugreifend auf die schon seit den 1970er Jahren formulierte feministische Kritik an dem herkömmlichen Arbeitsbegriff, wurde die Perspektive formuliert, statt von der „Subjektivierung der Arbeit“ innerhalb des Bereiches der Arbeit zu sprechen, soll eher die „Produktion von Subjektivität“ (Pieper/Panagiotidis/Tsianos 2009) in situierten und verkörperten Arbeits- und Geschlechterarrangements in den Analysefokus rücken. Die Produktion von Subjektivität im Postfordismus verweist dabei auf eine Verwundbarkeit, also die Erfahrung, einer Flexibilität ohne Schutz ausgesetzt zu sein, eine Überaktivität, die die Erfahrung der ständigen Verfügbarkeit bezeichnet, Rastlosigkeit, die das ständige Ausgesetztsein einer Fülle von Kommunikation, Interaktion und Kooperation ausdrückt und eine affektive Erschöpfung, die auf die emotionale Ausbeutung hinweist – alles Dimensionen, die auch die Lebensrealitäten der *Euromayday*-Akteur*Innen betreffen. In diesem Sinne schließt die Produktion von Subjektivität „nun auch all jene Bereiche ein, die traditionellerweise nicht als ‚Erwerbsarbeit‘

galten. Damit wird nun das Alltagsleben – das Verhältnis von Arbeit und Leben – zum Epizentrum sozialer Transformationsprozesse und sozialer Konflikte“ (vgl. Pieper/Atzert/Karakayali/Tsianos 2007: 304). Nun könnte dieser Verflechtung von Arbeit und Leben vorgehalten werden, sie affirmiere geradezu die Entgrenzung von Arbeit, welche es doch zu skandalisieren gelte. Aus einer arbeitssoziologischen, vielleicht auch gewerkschaftlichen Logik, die ihre Analysen und ihr politisches Handeln aus der Lohnarbeit heraus denken, mag dies zutreffen. Doch aus der Perspektive von prekären Selbstständigen, deren Alltag durch einen fließenden Übergang von Arbeit und Leben gekennzeichnet ist, oder auch von Angestellten, die nicht nach punktgenau acht Stunden den Stift zur Seite legen und in eine von der Arbeit unberührte Freizeit übergehen, kann es nachvollziehbar sein, nicht nur bei einer Skandalisierungspraxis stehen zu bleiben. Die Hinnahme gelebter Übergänge zwischen Arbeit und Leben kann auch derart gedeutet werden, dass nicht nur an eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie appelliert wird, sondern eine in der Praxis zu verfolgende Vereinbarkeit der unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbereiche als Ausgangspunkt genommen wird, in der die im Alltag auftauchenden grenzwertigen Momente es sich dann auch im Konkreten zu kritisieren und zu verändern lohnt. Dieser Gedanke vermag auch die Sicht der *Euromayday*-Akteur*Innen nachvollziehbar zu machen, die vehement dafür eintraten, nicht politische Lösungen gegen Unsicherheit in der Prekarität *vorzugeben*, sondern ihre Politik an dem Alltag der diversen prekären Lagen anzusetzen. Damit war der Anspruch verbunden, über die engen Vorstellungen linker aktivistischer Zusammenhänge hinauszutreten. So spezifiziert die *Euromayday*-Hamburg-Mitstreiterin und spätere *LUX & Konsortin*, Meike Bergmann, in einem Interviewgespräch:

„Die radikale Linke ist nicht unser Kompass. Uns interessiert in der Politisierung des Alltäglichen, etwas möglich zu machen, einen Ausweg aus dem Alltag zu finden und ein Fenster für (gesellschaftliche) Veränderungen aufzustoßen. [...] Die Stolpersteine einer europäischen Organisation im Euromayday zeigen jedoch, dass Programmatik über gemeinsame Forderungen noch keine Bewegung hervorbringt. Es braucht mehr: Austausch über unsere Erfahrungen, eine Verständigung über die verschiedenen Einsätze, die wir bereit sind zu bringen, und zu guter Letzt eine Definition der Kampfzone, in der wir uns bewegen wollen. Das ist die Subjektivität in der Prekarität.

Der Euromayday setzt das Gemeinsame nicht voraus, sondern versucht es zu schaffen: durch Befragungen und Untersuchungen wie die “Mir reicht’s nicht”-Kampagne, durch Diskussionen mit anderen Prekären, Selbstständigenstammtischen und FreundInnenversammlungen und nicht zuletzt die Paraden.“

(Stützle 2009)

Diese an der „militanten Untersuchung“⁵ des Aktionsprojektes von *Precarias a la deriva*⁶ (2004; 2007) orientierte Selbstforschung sollte also einen kollektiven Austauschraum initiieren, in dem gemeinsam Antworten gegen die Einschränkungen der sich ausbreitenden Prekarisierung gefunden werden können. Prekarität sei nicht der vorhandene gemeinsame Nenner, der alle Prekären verbinde, sondern das Produkt eines Suchprozesses, in dem der „offene[n] Streit über Glauben und Praxis“ zwischen den unterschiedlich von Prekarität Betroffenen möglich ist (Butler 2009: 430). „Neue Formen der Subjektivierung“ sollten erforscht werden, so meine Stellungnahme in dem „Interview mit den OrganisatorInnen des Hamburger Euromaydays 2006“, in dem jede beteiligte Person „sich selber als politisch Aktive in die Untersuchung miteinbezieht.“ (ak 2006) Im Unterschied zum universitären Kanon, wo Forschungen – mit wenigen Ausnahmen – über andere erfolgen und nicht die eigene Person miteinbeziehen sollen, wurde im *Euromayday*-Kontext durch die Selbstbefragungen das heterogene Spektrum der prekären Lebenslagen untersucht. Oder wie es meine Mitstreiterin Bergmann ausdrückte:

„Dies ist eine Gleichzeitigkeit von Wissensproduktion, Aufbau von Kooperation und aktivierender Untersuchung. Aktivierend in dem Sinne, dass man anfängt sich überhaupt über bestimmte Dinge einen Kopf zu machen. Ich bringe meine eigenen Fragen mit ein und tausche meine Erfahrungen mit anderen aus. Dabei geht es nicht um eine akademische Wissensproduktion. Vielmehr soll dieses Wissen aus gewissen Institutionen, wie Universitäten, rausgebracht werden. Es ist immer die gleiche Aktion, die wir versuchen zu machen: Kommunikationsräume zu öffnen, Wissen zu transferieren und sich in diesem Prozess auch zu verändern und neue, weitere Fragen zu formulieren.“ (ebd.)

⁵ Der Begriff der „militanten Untersuchungen“ geht auf die im operaistischen theoriepolitischen Kontext durchgeführten, aktivierenden Arbeiterbefragungen in den 1960er Jahren zurück. Antonio Negri weist darauf hin, dass „die Praxis der Mituntersuchung (con-ricerca)“ nichts anderes bedeutete „als die Möglichkeit, über die Befragung den Grad an Bewusstheit und Bewusstsein bezüglich der Prozesse herauszufinden, in die die ArbeiterInnen als Subjekte der Produktion eingebunden waren.“ (Negri 2003) Dadurch erfolgte einerseits eine Beschreibung „des Produktionszyklus, in der Identifikation der Funktionen, die jeder und jede einzelne innerhalb dieses Zyklus übernimmt“. Andererseits wurde durch die Mituntersuchung „auch eine allgemeine Bewertung des Ausmaßes an Ausbeutung“ festgestellt und somit eine gemeinsame „Bewertung der Fähigkeit seitens der ArbeiterInnen, aufgrund des Bewusstseins um diese Ausbeutung innerhalb des Maschinensystems und der Kommandostruktur darauf zu reagieren. Auf diese Weise eröffnet die Mituntersuchung in dem Maße, in dem die Forschung vorankommt, Perspektiven des Kampfes in der Fabrik, definiert Linien und Dispositive hinsichtlich möglicher Kooperationen außerhalb der Fabrik und wird in diesem Sinne fortgesetzt.“ (ebd.)

⁶ Die Initiative *Precarias a la deriva* entstand „aus dem feministischen Sozialzentrum La Eskalera Karakola in Madrid“ und stellte mit ihrer Praxis, die sich zwischen Forschung und Aktivismus bewegte, eine „Antwort auf den Generalstreik in Spanien im Juni 2002“ dar (*Precarias a la deriva* 2004). Vor dem Hintergrund, dass dieser Generalstreik die „fragmentierte, informelle und unsichtbare Arbeit nicht repräsentierte“ und diese Tätigkeiten „weder von den Gewerkschaften, die den Streik ausgerufen hatten, noch von der diesen auslösenden Gesetzgebung berücksichtigt“ wurden, „beschloss eine Gruppe von Frauen, den Streiktag zusammen zu verbringen, gemeinsam durch die Stadt zu ziehen, die klassische Streikpostenkette in eine Streikpostenuntersuchung umzuwandeln und mit Frauen über ihre Arbeit und ihr Leben zu sprechen: Streikst du? Warum? Unter welchen Bedingungen arbeitest du? Welche Instrumente stehen dir zur Verfügung, um mit dir ungerecht erscheinenden Situationen umzugehen? [...] Aus dieser ersten tastenden Erfahrung entstand der Impuls zu einem kontinuierlichen Forschungsprojekt. Es war klar, dass wir ein Instrumentarium brauchen, um über die neuen Arbeitsformen zu sprechen und in ein Arbeitsfeld zu intervenieren“ (ebd.).

Dieses stets verfolgte Anliegen, einen Wissenstransfer und transversale Kommunikationskanäle über die eigenen Kreise hinaus zu schaffen, bedeutet zum einem, nicht nur als betroffene Personen interviewt zu werden, sondern auch die Position der Fragesteller*Innen zu beziehen. Dieser Perspektivwechsel zielt weniger auf eine Gleichheitsidee. Wie auch Isabell Lorey betont, bezieht sich das „Prekäresein“ nicht auf das „was alle zu Gleichen macht [...], sondern das, was alle *teilen*.“ (Lorey 2012: 33) Jenseits einer „existenzielle[n] Gleichheit“ bedeutet das Geteilte „das zugleich scheidend und verbindend ist, [...] eine relationale Differenz, eine geteilte Verschiedenheit. [...]; es ist vielmehr etwas, das im politischen und sozialen Handeln erst hergestellt wird.“ (ebd.: 34) Der Hamburger *Euromayday* stellte somit eine Suchbewegung dar, in der es die Möglichkeit gab gleichberechtigt in Prozesse einzugreifen und diese zu gestalten. Es ging darum vielfältige subjektive Erfahrungen der in unterschiedlichen Feldern arbeitenden Prekären in verschiedenen Diskussions- oder Workshop-Formaten zusammenzubringen. Aus dieser Verdichtung vielschichtiger Verletzbarkeiten sollten dann gemeinsam die weiteren politisierenden Schritte entschieden werden: „Mit der Prekarisierungsdebatte wollen wir nicht alle gleichmachen, sondern erhoffen gleichen Zugang zu geben, um debattieren zu können. Es geht darum, dass Kommunikationsräume eröffnet werden, indem diese verschiedenen sozialen Subjekte sich Bewegungsspielraum erkämpfen und aneignen“, so ein weiterer Organisator der Hamburger *Euromayday*-Parade (ak 2006). Dieser Anspruch, eine Homogenisierung in der Repräsentation zu unterbinden, wurde beispielweise im ersten Aufruf 2005 durch ein Sample unterschiedlicher Textformate eingelöst. Einerseits waren in kleinen Zeitungsschnipseln unterschiedliche Stories zu lesen, die unterschiedliche Themen wie „Prekäre Situationen im Haushalt [...]“, „Prekäre Plastikwelt [...]“, „Prekäre Arbeit bei der Hotelkette Accor [...]“ oder „Prekäre Lage an den Außengrenzen der europäischen Union [...]“ aufgriffen. Andererseits wurde unter der einen abstrakten Fragestellung nach den „globalen Rechten“ eine Vielzahl an konkreten Fragen formuliert:

„Wir haben eine Frage: Die Frage nach den globalen Rechten. Es sind diese prekären Verhältnisse, die das immer wieder aufs Neue aufwerfen: Woher kommt mein Geld? Wie sicher ist mein Arbeitsplatz? Reicht das Geld für den Kita-Platz? Welche Jobs gehen ohne Pass? Was ist, wenn ich krank werde? Wie will ich wohnen? Wie finanziere ich mein Studium, was mache ich danach? Warum denke ich ständig an Arbeit? Weshalb macht der Kerl nicht den Haushalt? Wie würde ich gerne leben? (Ausschnitt aus dem Aufruf zum Hamburger *Euromayday* 2005)

Einen solchen selbstorganisierten Prozess der Politisierung in der Prekarität aus so unterschiedlichen Bereichen in eine gewerkschaftliche Vertretungspolitik einzuspeisen, wurde somit aus der Hamburger *Euromayday*-Perspektive als sehr schwierig erachtet. Es überrascht

auch wenig, dass Themen wie undokumentierte migrantische Arbeit damals eher im Fachbereich „Besondere Dienstleistungen“ bei ver.di thematisiert wurden. Dort wagte ein Gewerkschaftssekretär in Hamburg, das Pilotprojekt des US-amerikanischen Organizing-Modells in die deutsche Gewerkschaftslandschaft einzubringen. Kontakte zu und zwischen den sozialen Netzwerken in der Stadt, die Affinität zu Community Organizing, Workers Centers und transnationaler Organisierung ermöglichten ihm die personellen und politischen Kontakte für dieses Projekt. Die gewerkschaftliche Öffnung über die Kernlohnbereiche hinaus, um sich prekären nicht organisierten Branchen zu widmen, erlebte ich aus eigener Erfahrung als Organizerin im ersten „Organizing-Projekt“ von ver.di im Sicherheitsgewerbe 2006. Das Organizing-Modell baute in Abgrenzung „zum gewerkschaftlichen Service-Modell, das sich letztlich auf Rechtsberatung und VertreterInnenpolitik konzentriert [...] auf einer breitbandigen Strategie auf“, die auf eine umfassende Aktivierung und Mobilisierung der Beschäftigten firmenübergreifend erfolgen sollte (Panagiotidis 2006b). Das Pilotprojekt zeigte vielversprechende Erfolge und wurde verlängert, doch ich stieg mit wertvollem Wissen nach dem ersten halben Jahr freiberuflicher Arbeit bei ver.di aus. Meine Stärke lag nicht darin Mitglieder zu werben, auch wenn ich die institutionelle Notwendigkeit dieser Fokussierung auf Mitgliederwerbung für die Fortsetzung und Verankerung des Organizing-Projektes in der Organisation ver.di durchaus nachvollziehen konnte. Mich faszinierte jedoch die Kombination der unterschiedlichen Vorgehensweisen im Organizing-Prozess: die direkten Face-to-Face-Gespräche mit den prekär Tätigen, eine Identifikation der anzugehenden Konflikte, die Recherche der Beziehungsstrukturen der darin involvierten Akteur*Innen und vor allem, die Formulierung bestimmter Ziele in einem bestimmten Zeitraum anzuvisieren. Daraus resultierte auch mein Wunsch „Ideen der Organizing-Kampagne in die politische Arbeit sozialer Netzwerke zu übertragen.“ (ebd.) Die Herausforderung bestand jedoch darin, diese Ideen für einen Organisationsprozess in ein heterogenes Feld wie das des *Euromayday*-Kontextes zu übersetzen, ohne auf ein Feindbild mittels einer vereinfachten kapitalismuskritischen Rhetorik zurückzugreifen, welches zu Zuspitzungs- und Mobilisierungszwecken der Kampagne attackiert wird. Eine weitere Schwierigkeit sah ich in der Vielzahl der Ressourcen, die notwendig sind, um so einen Organisationsprozess bei Prekären, die vereinzelt an verschiedenen Orten tätig waren, zu führen. Die Übersetzung einer Organizing-Kampagne in das *Euromayday*-Umfeld zeigte sich als hartes Unterfangen. Gerade durch den Anspruch auf eine Vielzahl an aus den verschiedenen entgrenzten Lebens- und Arbeitsrealitäten versammelten Forderungen, wird auch die Weigerung in Hamburger *Euromayday*-Diskussionen nachvollziehbar, sich unter dem hierarchisierenden Begriff eines mehr oder weniger abgehängten Prekariats als aktualisierte

Form einer einheitlichen kollektiven Identität von prekären (Lohn)arbeiter*Innen zu subsumieren (vgl. Pieper 2013, Machart 2013, Motakef 2015). Durch die Performativität der Unterschiedlichkeit setzten sich die *Euromayday*-Paraden auch von gewerkschaftlichen Demonstrationen ab, die jedes Jahr unter einer klassischen Formation, wenn auch unter einem jährlich neuen, aber stets gemeinsamen Slogan, am 1. Mai auf die Straße gingen. Der Anspruch auf Repräsentation der Vielheit, die nicht zugunsten eines gemeinsamen Arbeitskampfes im Postfordismus vereinheitlicht werden sollte, stellte ein wichtiges Charakteristikum der Bewegung der Prekären dar. Von einer „Unmöglichkeit der Vereindeutigung“ sprechen auch Brigitta Kuster, Isabell Lorey, Katja Diefenbach und Marion von Osten in ihren Ausführungen über „ein kleines postfordistisches Drama“ und heben die Offenheit im Begriff der Prekarisierung hervor, welche durch die „Unmöglichkeit, ein identitäres ‚Wir‘ festzuschreiben“ das Potential beinhaltet, „Verbindungen zu anderen Gruppierungen – beispielweise im Kontext des ‚Euromayday‘ einzugehen (Kuster et al.: 2006: 12). Eine Sensibilisierung für eine umfassende Prekarisierung war durch die Paraden erfolgreich erreicht, doch wie sah der Organisationsprozess der „postidentitären Bewegung“ (Machart 2013: 220) darüber hinaus aus?

Die Kampagne „Mir reicht's ... nicht!, dass alle wissen, dass sie prekär sind und sich trotzdem nichts ändert!“ war 2007 ein Versuch, im Hamburger *Euromayday* in eine nächste Etappe der Organisation zu treten. Nach mehreren Gesprächen über die „prekären Arrangements“ mit „Kulturproduzentinnen, Praktikanten, Putzfrauen und Aufsichten“ verfassten die *Euromayday*-Akteur*Innen eine „erste Erklärung“, die dann auf der Documenta12 vorgestellt und „in der Form des öffentlichen Redigierens“ mit folgender Ansage fortgeschrieben werden sollte: „Wir sind dem Versprechen der Prekarität auf der Spur. Uns geht es darum, die Wünsche und Konflikte der Prekären aus dem Verborgenen zu holen und damit die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass sich wirklich etwas ändert.“ (Archiv labournet 2012) Aus meiner Perspektive funktionierte diese Kampagne auf der Documenta aufgrund der mangelnden zeitlichen Ressourcen der Beteiligten nur bedingt. Ich erinnere mich, wie wir in einer kleinen Gruppe überlegten, wer sich vorstellen könne, einige Monate vor der Documenta ausschließlich dafür zu arbeiten. Diese Verbindlichkeit konnte keine*R zusagen, zumal sie nicht dem Multitasking-Arbeiten entsprach, in das wir verstrickt waren und es zudem keine Gelder für einen bezahlten Kampagnen-Job gab. So agierten wir während unseres Aufenthaltes bei der Documenta in Kassel eher auf einem „low-level“ der Wissensgenerierung mit Veranstaltungen und einem Workshop, in dem ich mein Wissen aus dem Organizing Projekt, insbesondere den Ablauf der One-to-One-Gespräche, an meine *Euromayday*-Mitstreiter*Innen weitervermittelte. Als ein

positiver Effekt dieses Wissenstransfers kann in der Retrospektive die Tatsache gedeutet werden, dass zwei der *Euromayday*-Akteur*Innen und -Teilnehmer*Innen des Workshops zu den One-to-One-Gesprächen in der nächsten Phase des Organizing-Projektes angestellt wurden und heute Gewerkschaftssekretär*Innen sind. Für eine Forcierung des Bewegungsprojektes einer Organisierung der Prekären reichte die Kampagne „Mir reicht's ... nicht!“ jedoch leider nicht aus.

Ein weiterer Organisierungsversuch des „Freundeskreises prekärer Wissensarbeiter*Innen“, der sich regelmäßig neben den größeren *Euromayday*-Treffen in Hamburg traf, war zwar sehr wertvoll als Raum zum Erfahrungsaustausch, jedoch gelang es auch hier nicht, eine Übersetzung der Versammlung der Freund*Innenkreise in eine gesellschaftliche Versammlung zu erzielen. Der erste Versuch in die Öffentlichkeit zu gehen, gestaltete sich in der Form einer Soiree. Zu dieser perfekt organisierten festlichen Abendgesellschaft kamen viele zusammen, doch es zündete kein Funke. Mir brachte der durchaus gesellige Abend sogar weniger als der im Vergleich dazu viel lebendigere und reichhaltigere Erfahrungsaustausch im kleineren Freund*Innenkreis. Auch diese Treffen liefen jedoch langsam vor dem Hintergrund aus, dass viele der beteiligten Akademiker*Innen an diversen, bundesweit verteilten Universitäten eine Anstellung fanden. Auch ich traf 2008 die Entscheidung, eine auf fünf Jahre befristete Stelle als „Lehrkraft für besondere Aufgaben“ an der Universität Hamburg anzunehmen. Die Stelle war insofern prekär, als dass sie nicht die klassischen Aufstiegschancen einer akademischen Karriere bot, sondern mit einem hohen Lehrdeputat nur auf Lehre ausgerichtet war. Mich sprach die Tätigkeit sehr an, konkret qualitative Sozialforschung zu lehren. Die finanziellen Einbußen durch die Teilzeit waren insofern für mich hinnehmbar. Zum einen bedeutete die Teilzeitbeschäftigung eine Art Grundeinkommensabsicherung nach zwei Jahren sporadischen Einkommens durch Vorträge. Zum anderen hatte ich durch die halbe Stelle weiterhin genug Zeit, um meine Arbeit in den politischen Projekten fortzusetzen. Darüber hinaus litt aber die Fortsetzung meiner Dissertation unter meiner neuen beruflichen Tätigkeit, da ich in diesem prekären Arrangement den dafür typischen Verlust der Fokussierung auf nur eine Sache am eigenen Leib erfuhr – später noch dynamisiert durch meine Mutterschaft. Diese Entwicklungen zeigten, dass die Anrufung, innerhalb des *Euromayday*-Netzwerks eine kollektive Organisierung in der Prekarität zu schaffen, an ihre Grenzen gekommen war. Eine Organisierung prekärer Wissensarbeiter*Innen schien gescheitert zu sein, zumal sie bzw. wir vereinzelt, wenn auch unter prekären Konditionen, wieder in den Institutionen unterkamen. Zugleich

wuchs bei den prekären Selbstständigen aus dem *Euromayday*-Umfeld das Unbehagen darüber, nicht nur politisch auf der Stelle zu treten, sondern vermehrt durch die immer teurer werdenden Arbeitsräume in Bedrängnis zu geraten.

In dieser Zeit kam es innerhalb der *Euromayday*-Kreise zur Diskussion des Slogans „die Stadt ist unsere Fabrik“. In einem Artikel in der Zeitschrift *Analyse und Kritik* wird in einem Selbstinterview seitens eines *Euromayday*-Initiators der Kontext wie folgt argumentiert:

„Wenn der halbe Lohn für die Miete draufgeht, dann reden wir auch über städtische Einkommensfragen. [...] Es ist nicht zufällig, dass sich der ganze städtische Diskurs um das Kreative und das Wissen als Standortfaktor dreht. Weil es nämlich um einen Standort geht, an dem ein Leben, mit dem ich oder andere einverstanden sind, zur (Überlebens-)Kunst gemacht wird.

Es sind genau die Leute, die ‚keine Zeit‘ und keine Erholungsorte haben, das schlechte Geld für gute Arbeit, das ständig auf Achse sein, zu gut und bis zum Überdruß kennen, um ewig so weitermachen zu können. Deshalb werden soziale und kulturelle Fragen räumlich gestellt. Es braucht Orte, an denen das verhandelt wird. Orte, an denen das produziert wird. Orte, an denen das öffentlich wird.

Manche empfinden den Begriff der (‚die Stadt ist unsere‘) Fabrik als Provokation, weil sie damit nur Abscheu, Unterwerfung und den Stumpfsinn der Lohnarbeit verbinden. Aber das – stumpfsinnige Arbeit, Unterwerfung bei AuftraggeberInnen, Abscheu erregende Missstände – erleben wir auch in den ‚Wow-wie-kreativen-und-selbstbestimmten‘ Tätigkeiten.

Die Fabrikallegorie fragt altmodisch: Wenn die Stadt zur Produktions- und Konsumzone mutiert ist, wer hat das Kommando über die Arbeit und wie sieht ProduzentInnenmacht oder Selbstverwaltung aus?“ (John 2010)

Dieses Motto nahm nicht alle Beteiligten mit. Auch bei mir löste der gut klingende Spruch ambivalente Assoziationen aus. Als Kind, das im Umfeld einer sogenannten Gastarbeiter*Innen-Familie aufwuchs, erinnerte mich der Begriff der Fabrik an die Eltern, die in Schichten im Akkord arbeiten oder den Imperativ, der mich meine ganze Schulzeit begleitete: „Du wirst keine Arbeiterin wie wir, die knochenbrechende stupide Arbeit verrichtet“. Nun war ich inzwischen prekäre Wissensarbeiterin in Form einer „Lehrknechtin“ geworden und das Argument des Mitstreiters, dass in den neuen Bereichen der selbstbestimmten Wissens- und Kreativarbeit ebenfalls Selbstunterwerfung herrsche und die miserablen Zeitröte befristeter Projekte an der Qualität der Arbeit nagten, war nachvollziehbar. Schließlich wurden genau diese Aspekte in den vergangenen Jahren im *Euromayday*-Kontext thematisiert. Dennoch blieb ein Unbehagen bezüglich der in dieser Argumentation sich verstärkenden defensiven Rhetorik der elenden Bedingungen, zumal gerade *Euromayday* diese Art der Skandalisierungspolitik zu überwinden suchte. Überzeugender fand ich wiederum die Fragen, die der Mitstreiter hervorhob: „Wenn die Stadt zur Produktions- und Konsumzone mutiert ist, wer hat das Kommando

über die Arbeit und wie sieht ProduzentInnenmacht oder Selbstverwaltung aus? Wo findet die Betriebsversammlung im Unternehmen Stadt statt und welches Branding drücken wir der Marke Hamburg bis zur Unkenntlichkeit auf?“ (ebd.) Die hier implizierte Machtfrage, die sich prekären Arbeiter*Innen stellt, erachtete ich als den neuralgischen Punkt, um die Metapher der Stadt als unserer Fabrik für die prekären Arbeits-, Lebens- und Wohnverhältnisse zu aktualisieren. Insofern wurde auch die thematische Verschiebung anschlussfähig, durch die sich die Produktion des Gemeinsamen in der Hamburger *Euromayday*-Bewegung seit 2008 auf die verräumlichten Kämpfe in der Stadt hinwendete. Eine Antwort von „oben“ auf die neoliberale Deregulierung war das seit Ende der 1990er diskutierte Konzept der „Flexicurity“ (Keller/Seifert 2008; Kronauer/Linne 2006), welches beanspruchte, Fragen der sozialen Sicherheit unter der zunehmenden Arbeitsmarktflexibilität zu thematisieren, jedoch an seiner Umsetzung zu scheitern drohte (Tichy 2014). In der Debatte um Flexicurity wurde bei den „neuen“ Selbständigen (z. B. Beratungstätigkeiten, Franchisenehmer)“ darauf hingewiesen, dass sie „pflichtversichert sein [sollten], da für sie diese ‚Wohlstandsvermutung‘ aufgrund der tatsächlichen Einkommensverhältnisse nicht unterstellt und daher das Risiko der ‚Altersarmut‘ nicht definitiv ausgeschlossen werden kann“ (Keller/Seifert 2002: 103). Zwar wurde hiermit zutreffend ein zukünftiges Risiko angesprochen, doch das vom Normalarbeitsverhältnis her gedachte Flexicurity-Konzept wurde teilweise von *Euromayday*-Kreisen zurückgewiesen, da sie nach Alternativen zur Prekarität nicht erst im hohen Alter suchten. Eine Antwort sowohl auf die unbefriedigende regierungspolitische Idee der Flexicurity als auch auf die teils defensive Logik des „Stadt als Fabrik“-Konzeptes, das jedoch über die Verräumlichung der Kämpfe ebenfalls neue Möglichkeiten konstitutiver Macht eröffnete, wurde in gewisser Hinsicht im Projekt *LUX & Konsorten* gefunden, und könnte als *Flexispaciality* bezeichnet werden. Flexispaciality wird hier verstanden als die flexible Neuzusammensetzung städtischer Bodenressourcen, indem über Fragen des (kollektiven) Eigentums im Kontext neoliberaler Stadtentwicklungspolitiken neu nachgedacht wird. Anders formuliert: die mangelnde Antwort einer kollektiven Absicherung in der Prekarität wird beantwortet mit der Senkung der Reproduktionskosten durch den Anspruch auf günstigen Mieten für die Orte selbständiger Arbeit.

1.2 Lokalisierung in den „Recht auf Stadt“-Kämpfen

Die Frage der Unterbringung vertriebener Kulturproduzent*Innen spitzte sich im Hamburger Zentrum vor allem im Stadtviertel Altona zu, das seit Anfang der 2000er Jahre im Rahmen stadtentwicklungspolitischer Sanierungskonzepte der „Sozialen Stadt“ aufgewertet werden sollte. Speziell die Große Bergstraße wurde zum Ort, an dem sich Gentrifizierungs-Effekte

der Vertreibung, Zwischennutzungen und Aneignungskämpfe durchkreuzten. In den 1970er Jahren entstand in der Großen Bergstraße ein in Europa einmaliges Projekt mit dem sogenannten Frappant-Komplex, einem „Betonklotz“ der Nachkriegsmoderne, in dem Einkaufen, Wohnen, Flanieren, Ausgehen und Essen verbunden wurden, so Sylvia Necker (2014). In dem Frappant-Gebäude mietete sich 1973 auch der Karstadt-Konzern ein, der nach 25 Jahren schließlich auszog. Der Abstieg der einst berühmten Einkaufsmeile war mangels infrastruktureller Investitionen seitens des Bezirks Altona nicht aufzuhalten. Zu Beginn dieser Umbrüche wurden im Jahr 2005 Künstler*Innen und Architekt*Innen im „Forum Altona“ in der Großen Bergstraße zur Zwischenvermietung untergebracht. Doch die inzwischen etablierten Kunst- und Galerieorte wurden vier Jahre später gekündigt und kamen daraufhin im benachbarten Frappant-Gebäude unter. Dieses stand, großer Bemühungen des Bezirks Investoren zu finden zum Trotz, seit Jahren leer. Seit den 1990er Jahren wechselte das Gebäude die Eigentümer*Innen, ohne dass eine Nutzung dort florieren konnte. (vgl. ebd.) „CDU-Politiker fädelten schließlich ein Treffen mit Ikea-Vertretern ein. Das war 2008“, so die ins Viertel gezogene Journalistin Nicola Meir in ihrer Rekonstruktion der Ereignisse einige Jahre später (Meir 2014). Doch was passierte mit den Künstler*Innen? In dem ereignisreichen Jahr 2009 breitete sich ein Netz an sozialen Aneignungskämpfen aus (vgl. John 2010). Die involvierten Künstler*Innen versuchten sich ihre Rechte in der Stadt zu nehmen, während eine Zwischennutzung der nächsten folgte:

„Einige Künstler zogen mit dem Verein frappant.org in ein Ausweichquartier. Andere führten den Kampf für eine ‚Stadt für alle‘ weiter. Eine gesellschaftliche und architekturgeschichtliche Debatte um das ‚frappant‘ wurde einfach nicht geführt. Stattdessen schienen der Kampf verloren und ein anderes Projekt erfolgsversprechender: die Gängeviertel-Initiative.“ (Necker 2014)

Die zuletzt zitierte Initiative verkündete auf dem am 22. und 23.08.2009 organisierten Hoffest⁷ die „Kulturelle Inbesitznahme des Gängeviertels“, welchem auch ein Abriss drohte. Die Zusammensetzung der Vielen, die immer mehr wurden, wird auf der Homepage der Initiative wie folgt beschrieben:

„Die Beteiligten kommen aus unterschiedlichen freien Szenen, aus den verschiedensten aktiven und ehemaligen Off-Orten, sogar zum Teil aus dem etablierten Kulturmilieu. Gemein ist den meisten dieser Akteure, dass sie die prekären Arbeits- und Lebensbedingungen in der Kultur- und Kreativwirtschaft erfahren haben bzw. diesen ausgesetzt sind.“ (Breckner/Ziehl et al. 2011: 47)

⁷ Detaillierte Ausführungen zum Hoffest können dem Projektbericht „temporär & prekär. Akteure des Gängeviertels im Spannungsfeld von Nutzerinteressen und Stadtentwicklungspolitik in Hamburg“ (Breckner/Ziehl et al. 2011) der HafenCity Universität Hamburg entnommen werden.

Durch diese gemeinsame Erfahrung der Prekarität begann im historischen Gängeviertel ein langer Kampf der Bewahrung von Kunst- und Freiräumen im Hamburger Stadtzentrum. Der immer noch andauernde Prozess der Aneignung soll an späterer Stelle genauer dargestellt werden, zumal die Abwägung und Reflexion der im Gängeviertel geführten Kämpfe in die Aktionspraxis der untersuchten Initiative *LUX & Konsorten* einging. Im Folgenden soll erst einmal der Weg des anderen Teiles der Bewegung, der sich im Frappant-Komplex auf der Großen Bergstraße formierte, nachgezeichnet werden.

Das von Necker zitierte Ausweichquartier, in dem der *Frappant-Verein* untergebracht wurde, war der letzte Ankunftsort am Ende einer langen Geschichte von Umzügen von einer Zwischennutzung zur anderen, wie der Chronologie der „Entstehung des Frappant e.V. von der Großen Bergstraße zur Viktoria-Kaserne“ auf der Homepage des Vereines⁸ zu entnehmen ist: Nach der Festlegung von Altona-Altstadt als Sanierungsgebiet im Jahr 2005 bekamen „etwa 50 Kreative mit 4-wöchigen Mietverträgen, die sich in 10 Einheiten organisier[t]en“, die leerstehenden Räume des damaligen „Forums Altona“ zur Verfügung gestellt. Als sie dann im April 2009 aus dem zu sanierenden „Forum Altona“ ausziehen und in dem Frappant-Komplex unterkommen mussten, wurde der Verein *Frappant e.V.* gegründet, „der die Interessen der einzelnen Einheiten gemeinschaftlich ver[trat].“ (Frappant e.V.) Im Mai wuchs die Anzahl auf ca. 120 Vereinsmitglieder an: „Ein Viertel stammt aus der Atelieregemeinschaft SKAM e.V., die nach 17 Jahren ihre Arbeitsräume in dem ehemaligen Bowlingcenter an der Reeperbahn verliert und den Tanzenden Türmen von Teherani weicht.“ (ebd.) Parallel zum Kauf des Frappant-Komplexes im Juli 2009 durch den IKEA-Möbelkonzern renovierte der *Frappant-Verein* im Sommer ein Stockwerk des jahrelang leerstehenden Gebäudes: „Am 1. August wird die 400 qm große Ausstellungsfläche eröffnet. Zur Vernissage kommen 800 Gäste. Gründung der Anwohnerinitiative Kein-Ikea-in-Altona und Anmeldung des Bürgerbegehrens gegen Ikea.“ (ebd.) In einer Zeit, in der viele Hamburger*Innen in Form von Bürger*Innenbegehren ihren Protest gegen stadtentwicklungspolitische Projekte formulierten, beispielsweise zur Erhaltung von Grünflächen, formierte sich auch der Widerstand gegen die erste innerstädtische Filiale des IKEA-Möbelhauses in der Großen Bergstraße in Altona in Form eines Bürger*Innenbegehrens (vgl. Tiedemann/Rebaschus 2010). Mit Bekanntwerden des Einzuges von IKEA an der Stelle des Frappant-Gebäudes entflammte ein Streit im Viertel. Die Ikea-Gegner*Innen befürchteten hohen Verkehrslärm und die Vertreibung vieler Gewerbetreibender, die dem Konkurrenzdruck des IKEA-Möbel- und Gastronomiebetriebes nicht standhalten würden. Der

⁸ Frappant e.V.: <http://www.frappant.org/ueber-uns/geschichte/> [20.01.2019]

Protest wurde durch „Adbusting“⁹ auf die Straße getragen: Auf großen blau-gelben Plakaten waren Sprüche zu lesen wie „Hej, Ikea, du wohnst hier nicht“, „Ikea auf die Elbphilharmonie“ oder noch drastischer: „Ikea vermöbeln“ (Hamburger Morgenpost 2009). Viele *Euromayday*- und später *LUX & Konsorten*- Aktivist*Innen brachten sich in dem Protest gegen den Bau von IKEA ein. Sie waren nicht an vorderster Stelle in der Initiative „Kein Ikea in Altona!“ aktiv, doch agierten sie in Freund*Innenkreisen an der Peripherie der Hauptakteur*Innen und unterstützten den Protest gegen IKEA mit einer großen Party in dem ehemaligen Frappant-Block im Winter 2009. In diesem Rahmen betraten viele der Gründer*Innen von *LUX & Konsorten* ein für sie neues Terrain: Sie kamen mit Bezirkspolitiker*Innen in Kontakt und lernten, wie die Kommunikation mit der Bezirkspolitik funktionierte. Dieser Protest mündete jedoch in einer Niederlage. Die Befürworter*Innen, unter ihnen viele alteingesessene Einzelhändler*Innen, teilten die Furcht vor der Vertreibung nicht. Im Gegenteil, sie versprachen sich durch den Einzug von IKEA eine Aufwertung der Straße, die ihren Geschäften durch die potentielle Laufkundschaft zum Aufschwung verhelfen würde. Der Einzelhandelsverband „EinkaufsCity Altona“ meldete vor diesem Hintergrund das „Pro-Ikea-Bürgerbegehren“ an. Der Streit nahm sein Ende mit dem Bürgerentscheid, bei dem unter der Beteiligung von 43,5 % das „Pro-Ikea-Bürgerbegehren“ im Januar 2010 eine deutliche Zustimmung von 77,16 % erhielt. Eine Entscheidung, die auch die Politik sehr begrüßte (Hamburger Abendblatt 2010). Ende November wurde, so die Darstellung des *Frappant-Vereines* weiter, die Zwischennutzung des Frappant-Gebäudes in der Großen Bergstraße von der damaligen Eigentümerin, der Immotrading GmbH, nach einer Reihe von zweimonatigen Mietverträgen dann auch beendet (vgl. Frappant e.V.). Der *Frappant e.V.* erhielt am 30.11.2009 die Kündigung und trat daraufhin mit der Stadt in Verhandlungen über eine alternative Unterbringung ein. Trotz Kündigung entschied der Verein sich, unter widrigen Bedingungen wie einer nicht funktionierenden Heizung weiter im Frappant-Komplex zu bleiben. Im Dezember folgte die Räumungsklage. In den nächsten Monaten, konkret im Februar 2010, zeichnete sich in den Verhandlungen mit der Stadt die ehemalige „Viktoria-Kaserne“ als neuer Zwischennutzungsort ab. So kam es am 22. März zur Übergabe des Frappant-Gebäudes an die Immotrading. Die Sprinkenhof AG

⁹ „Adbusting“ stellt „eine Form der Kommunikationsguerilla“ dar, die als „kreative Konsumkritik verstanden werden“ kann. Die Praxis von Adbusting äußert sich „meist im Kopieren von Ästhetik und Strategie großer Werbekampagnen“, indem die Gestaltung der ursprünglichen Werbung genutzt wird, jedoch die Botschaft der Werbung zerstört „und durch Verfremdung für eigene Zwecke vereinnahmt“ wird. Durch diese visuelle „Deonstruktion von akzeptierten Originalen entstehen neue Aussagen: Gesellschaftliche Normen, Gebrauchsgegenstände oder Sehgewohnheiten werden verfremdet, neu bearbeitet und somit in Frage gestellt. Ziel ist es, hintergründliche, verborgene Missstände zum Vorschein zu bringen und eine generelle Sensibilisierung gegenüber der Werbung und der von ihr kommunizierten Bilder und Werten.“ <https://culturalhacking.wordpress.com/glossar/> [20.01.2019]

(SpriAG; zentrale gewerbliche Immobiliengesellschaft der Freien und Hansestadt Hamburg) wollte jedoch in der ehemaligen Kaserne „die im Vergleich viel kleinere Nutzungsfläche nur zu einer wesentlich höheren Miete zur Verfügung stellen.“ (ebd.) Die Behörde für Kultur, Sport und Medien (BKSM) sicherte dann dem Verein „einen Nebenkostenzuschuss zu. Dieser und der mit ImmoTrading und Ikea geschlossene Räumungsvergleich gibt dem *Frappant* e.V. den finanziell nötigen Spielraum, um den Mietvertrag für die einjährige Nutzung der Viktoria-Kaserne abzuschließen. 110 von 130 Mitgliedern ziehen in die neuen Räume um.“ (ebd.) Im April 2010 wurden schließlich die Ausstellungsräume des *Frappant-Vereines* eröffnet. Die subventionierte Unterbringung in der ehemaligen Kaserne stellte jedoch erneut eine Zwischenlösung dar, zumal die Förderung durch die Kulturbehörde auslaufen würde. Aufgrund dieses provisorischen Zustandes kam es dann seitens des *Frappant-Vereines* am 12.02.2013 zum ersten Treffen mit der Initiative *LUX & Konsorten*, um die Option auszuloten, die ehemalige Kaserne zusammen zu übernehmen.¹⁰ Es folgten daraufhin viele Fusionsgespräche, bis dann am 14.10.2013 die Genossenschaft *flux eG* gegründet wurde und in Verhandlungen mit der Finanzbehörde und der Kulturbehörde einstieg, um die inzwischen unter Denkmalschutz stehende ehemalige Kaserne zu kaufen mit dem Ziel, dauerhaft bezahlbare Gewerberäume im aufgewerteten Stadtviertel Altona-Altstadt zu gewähren.

Das Projekt von *LUX & Konsorten* entstand also innerhalb einer Reihe von vielfältigen Kämpfen in der Stadt, die über die Aktionen der Akteur*Innen im Frappant-Gebäude hinausgingen. Am 15.09.2009 gründete sich im *Centro Sociale*¹¹ das „Recht auf Stadt“-Netzwerk. Unter Rückgriff auf das 1968 formulierte gleichnamige Konzept des Soziologen Henry Lefebvre (2016[1968]) beanspruchte dieses Bündnis eine demokratische Teilhabe an dem sich verändernden urbanen Leben. Laut Selbstbeschreibung auf der Webseite des Hamburger „Recht auf Stadt“-Netzwerkes möchten die involvierten Initiativen „sich für bezahlbaren Wohnraum, nichtkommerzielle Freiräume, die Vergesellschaftung von Grund und Boden, eine neue demokratische Stadtplanung und die Erhaltung von öffentlichen Grünflächen einsetzen; für das Recht auf Stadt für alle Bewohner*innen – ob mit oder ohne Papieren. Gegen Gentrifizierung, Repression, neoliberale Stadtentwicklung und geschlossene Grenzen.“¹² Das

¹⁰ Wie es dazu kam, dass *LUX & Konsorten* das Treffen wahrgenommen hat und mit dem *Frappant-Verein* fusionierte, um die ehemalige Kaserne zu kaufen, ist genau der Gegenstand dieser Arbeit und wird dann in den drei Analysekapiteln (4-6) detailliert dargestellt.

¹¹ Das politische und soziokulturelle *Centro Sociale* wurde 2008 im zentral gelegenen Hamburger Schanzenviertel aus dem Wunsch heraus gegründet, „nicht-kommerzielle Räume für unterschiedlichste Veranstaltungen ohne Verzehrzwang und Eintrittsgeld“ zu haben. Laut Geschichte des Zentrums geht es den darin involvierten Gruppen darum, „Freiraum für Aktionen und Aktivitäten von und für Menschen aus der engeren und weiteren Nachbarschaft“ zu bieten. (<https://www.centrosociale.de/geschichte-des-centros> [20.01.2019])

¹² <http://www.rechtaufstadt.net/about.html> [20.01.2019]

Label „Recht auf Stadt“ bildet seitdem die Klammer bzw. einen relevanten Referenzpunkt für viele Hamburger Organisationsprozesse. So nahmen sich im Oktober 2009 mit der Veröffentlichung des Manifestes „Not In Our Name, Marke Hamburg!“¹³ auch etliche Künstler*Innen ihr Recht auf Stadt. In dem Schriftstück wehren sich die Initiator*Innen gegen ihre Vereinnahmung als „kreative Klasse“, die einen Anwerbefaktor im Konkurrenzkampf der Metropolen darstellen soll. Ihnen passt die Diversitäts-Rhetorik nicht, in der die Stadt Hamburg als „ein widerspruchsfreies, sozial befriedetes Fantasieland mit Elbphilharmonie und Table-Dance, Blankenese und Schanze, Agenturleben und Künstlerszene wird. Harley-Days auf dem Kiez, Gay-Paraden in St. Georg, Off-Kunst-Spektakel in der Hafencity, Reeperbahn-Festival, Fanmeilen und Cruising Days“ angepriesen wird (ebd.). Sie weigern sich als „Marketing-Kategorie“ verwertet zu werden, indem sie als die Vorzeige-Künstler*Innen einer „bunten, frechen, vielseitigen“, internationalen und weltoffenen Hafenstadt fungieren, wenn sie zugleich in ihren Vierteln eine Mietpreis-Steigerung und den steten Wegfall von Sozialwohnungen bemerken, die, in ihren Augen, die „wachsende Stadt“ zu einer segregierten „Stadt, wie im 19. Jahrhundert [mache]: Die Promenaden den Gutsituieren, dem Pöbel die Mietskasernen außerhalb“ (ebd.). Sie sehen es nicht ein, sich „beim Werbefeldzug für die ‚Marke Hamburg‘“ einzureihen, in der Kultur „zum Ornament einer Art Turbo-Gentrifizierung werden“ soll, damit „aus ehemaligen Arbeiterstadtteilen, dann ‚Szeneviertel[n]‘, werden“ (ebd.). Sie kritisieren, dass die Hamburger Kulturbehörde „längst integraler Bestandteil“ einer „Eventisierungs-Strategie“ geworden sei, die für Projekte wie die überbezahlte Elbphilharmonie einen großen Anteil ihrer Fördergelder ausbebe, welche „nach Fertigstellung bestenfalls eine luxuriöse Spielstätte für Megastars des internationalen Klassik- und Jazz-Tourneezirkus“ werde und so die Stadt ein „Leuchtturmprojekt“ baue, „das dem Geldadel ein Fünf-Sterne-Hotel sowie 47 exklusive Eigentumswohnungen zu bieten hat und dem gemeinen Volk nur eine zugige Aussichtsplattform übrig lässt.“ (ebd.) Ihr Leben wiederum erschwert sich in der „wachsenden Stadt“, da es für sie kaum die Möglichkeit gäbe „halbwegs bezahlbare Ateliers, Studio- und Probenräume zu finden, oder Clubs und Spielstätten zu betreiben, die nicht einzig und allein dem Diktat des Umsatzes verpflichtet sind.“ (ebd.) In dieser Gegenüberstellung sehen sie die widersprüchliche Anrufung: „Wir sind willkommen. Irgendwie. Einerseits. Andererseits hat die totale Inwertsetzung des städtischen Raumes zur Folge, dass wir – die wir doch Lockvögel sein sollen – in Scharen abwandern, weil es hier immer weniger bezahlbaren und bespielbaren

¹³ <https://nionhh.wordpress.com/about/> [20.01.2019]

Platz gibt.“ (ebd.) So betonen sie wiederholt, dass sie ihr Kreativitätsvermögen nicht im „Profit Center für die ‚Wachsende Stadt‘“ hergeben wollen, denn ihr Leben zeichne sich durch eine andere Haltung aus:

„Wir haben in dieser Stadt immer Orte aufgesucht, die zeitweilig aus dem Markt gefallen waren – weil wir dort freier, autonomer, unabhängiger sein konnten. Wir wollen jetzt nicht helfen, sie in Wert zu setzen. Wir wollen die Frage ‚Wie wollen wir leben?‘ nicht auf Stadtentwicklungs-Workshops diskutieren. Für uns hat das, was wir in dieser Stadt machen, immer mit Freiräumen zu tun, mit Gegenentwürfen, mit Utopien, mit dem Unterlaufen von Verwertungs- und Standortlogik.“

Wir sagen: Eine Stadt ist keine Marke. Eine Stadt ist auch kein Unternehmen. Eine Stadt ist ein Gemeinwesen. Wir stellen die soziale Frage, die in den Städten heute auch eine Frage von Territorialkämpfen ist. Es geht darum, Orte zu erobern und zu verteidigen, die das Leben in dieser Stadt auch für die lebenswert machen, die nicht zur Zielgruppe der ‚Wachsenden Stadt‘ gehören.“ (ebd.)

In dem Manifest wird der schon in den Kämpfen von *Frappant* und Gängeviertel verzeichnete Mangel an Freiräumen für die alternative Stadtkultur expliziert. In direkter Adressierung an die „Standortpolitiker“ wird die Ablehnung der Bedrohung artikuliert, Kultur einer Verwertungslogik zu unterziehen. In einer Feindbild-Rhetorik wird die Stadt mit ihrer neoliberalen Politik angegriffen, in Zusammenschluss mit profitorientierten Großinvestor*Innen ein harmonisierendes Stadtbild kosmopolitischer Vielfalt zu fördern. Das Manifest endet mit der eindeutigen Weigerung gegenüber der Vereinnahmung von Kulturproduzent*Innen im ökonomisierenden Diskurs als „Kreative Klasse“. Inwiefern „die Künstler die klarsichtigen Helden der Gegenwart, die Politiker allesamt verantwortungslos und ‚Teil von Immobilien-Verwertungs-koalitionen‘“ seien, stellt Sigrid Berenberg (2009) infrage und unterzieht entgegen dieser kritisierten Pauschalisierung einige Projekte einer differenzierten Beurteilung: Das Gängeviertel schneidet bei der Autorin gut ab, da die Künstler*Innen dort einen in Hamburg „einzigartigen Ort unserer Geschichte“ zu bewahren beanspruchen und sie zwar „auch preiswerten Raum zum Arbeiten“ suchen, jedoch – so die Betonung der Autorin – „im Gängeviertel Zeichen setzen“ und „nicht sich persönlich dauerhaften Raum dort erkämpfen“ wollen (ebd.). Als eine ambivalent zu betrachtende Grauzone erachtet sie die Lage um den Frappant-Komplex, denn dort hätten seit Jahren der Bezirk und ein Teil von Anwohner*Innen über die Wiederbelebung der Großen Bergstraße beraten, aber mangels Finanzierung ihres Konzeptes konnte ihr Anliegen einen „Ort kultureller und sozialer Nutzung“ zu schaffen, schwer vorangebracht werden. Inwiefern es schließlich als gut zu bewerten sei, dass die Stadt das Künstlerhaus FRISE in Ottensen an die dort ansässigen Künstler*Innen verkauft und nicht als „städtisches Künstlerhaus mit Künstlerstipendiaten unterhalten“ habe, sei offen (vgl. Berenberg 2009). Diese Problematisierungen zeigen für mich die Komplexität der multiplen Bewertungsperspektiven auf

ein Geschehen, und es stellt sich an der konkreten Struktur des Manifestes zum einen die Frage nach der Durchschlagkraft der polemischen Rhetorik einer „qualifizierten Imagebeschmutzung“ (Twickel 2010: 101), die überspitzt Missstände auf den Punkt zu bringen versucht, um die Öffentlichkeit aufzurütteln. Zum anderen taucht, wie bereits für den *Euromayday*-Kontext formuliert, die Frage nach der Praxis auf, die *nach* einer Sensibilisierung folgt, wie auch eine*r der Manifest-Autoren bemerkt: „Der Streik [...] fängt mit dem Kampf um Diskurshoheit an. Die ist – zeitweilig und immer mal wieder – herzustellen. Schwieriger ist der nächste Schritt: die Eigentumsfrage.“ (ebd.). Eine Frage, die ich insofern wichtig finde, weil von ihr weder die Beteiligten in *LUX & Konsorten* noch die Akteur*Innen im Gängeviertel verschont blieben, wie sich im Folgenden zeigen wird.

Zurück also zur letzten Station im Gängeviertel: Seit August 2009 kämpft die Initiative „Komm in die Gänge“ für „städtische und geistige“ Freiräume. (Gängeviertel e.V.)¹⁴ Ihr Anspruch ist es, das Viertel vor dem „Verfall und Abriss zu retten und um in der Hamburger Innenstadt einen Raum zu schaffen, in dem Neues entstehen kann.“ (ebd.) Neben einem breiten kulturellen Programm, das für weltweites Ansehen sorgte, traten die Akteur*Innen in einen langwierigen Verhandlungsprozess mit der Stadt über die Mitgestaltung des Gängeviertels ein. Nach dem Wochenende der Besetzung tauchten Politik- und Verwaltungsvertreter*Innen vor Ort auf: „Ebenfalls kamen nun die Vertreter der Hauseigentümer und -verwaltung und wollten die Häuser wieder verschließen, zum Teil sogar mit Stahltores zuschweißen. Diese Maßnahmen konnten jedoch von Seiten der Aktivisten durch Sitzblockaden friedlich verhindert und eine Duldung erwirkt werden.“ (Breckner/Ziehl et al.: 59) Es folgte eine spannende Zeit, in der die Positionierung der Beteiligten unklar war. Die Initiative hatte schon während der Ausrufung der kulturellen Inbesitznahme Verhandlungsgespräche angeboten, auf die dann die Stadt auch eingegangen war. Ihrerseits versuchte letztere sofort „Nutzungsvereinbarungen“ zu schließen, „die u.a. Räumungs- und Vollstreckungsklauseln enthielten“. Damit waren nicht alle auf Anhieb einverstanden, wie eine Aktivistin aus dem Gängeviertel in einem Interview mitteilte:

„Ich war total dagegen, überhaupt eine Zwischennutzungsvereinbarung mit der Stadt zu unterschreiben – was ja schon am Dienstag nach der Besetzung geschah. Weil ich die Angst hatte, dass man auf diese Weise den politischen Gegensatz zur städtischen Politik nicht mehr thematisieren kann, weil man sich auf einen Kooperationsweg begibt und gemeinsame Sache machen muss. Damit war ich nicht alleine. Aber ich bin undogmatisch genug, um heute sagen zu können, dass diese softe Schwiegermuttertraum-Strategie anfangs gut funktioniert hat.“ (Twickel 2010: 93)

¹⁴ Gängeviertel e.V.: <https://das-gaengeviertel.info/> [20.01.2019]

Dieser taktische Schachzug, sich auf die Stadt zuzubewegen, war in der ersten Phase Teil des Verhandlungsziels „die FHH [Freie und Hansestadt Hamburg; EP] zum Rücktritt von den Verträgen mit dem niederländischen Investor Hanzevast zu bewegen, konkrete Verhandlungen mit der Initiative über deren Alternativkonzept zu führen sowie die Option das Viertel für einen symbolischen Euro der Stadt abzukaufen und selbst zu verwalten.“ (Breckner/Ziehl et al.: 59) Die Gespräche wurden auf Wunsch der Freien und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die federführende Kulturbehörde, die Finanzbehörde, die Sprinkenhof AG und die SAGA (SAGA Unternehmensgruppe, kommunales Wohnungsunternehmen in Hamburg), im Rahmen eines Mediationsverfahrens geführt, „um die Herstellung ordnungsgemäßer Zustände zu erreichen“ und eine Annäherung zwischen den beiden Parteien zu ermöglichen (ebd.: 60). Die Kulturbehörde verfolgte anfangs die Strategie, der Initiative Ausweichflächen anzubieten. Diese Option kam jedoch nicht in Frage, wie eine weitere Aktivistin aus dem Gängeviertel betonte, zumal sie

„bewusst ins Herz der Stadt, in die City gegangen [seien]. Mit der klaren Aussage: Wir wollen nicht in die Randgebiete, in irgendwelche Ecken, die jetzt bitteschön zu gentrifizieren sind. [...] Uns war wichtiger zu sagen: Die Stadtentwicklung hier läuft aus dem Ruder. Das an einem zentralen Ort, in einem Denkmal klarzustellen – deutlicher kann man es nicht machen.“ (Twickel 2010: 93)

In der Zwischenzeit arbeiteten die Gängeviertel-Akteur*Innen intensiv weiter an der Konzeptualisierung ihrer eigenen Ideen über die Nutzung des Viertels, wie auch dem Projektbericht „temporär & prekär“ zu entnehmen ist:

„In den ersten Wochen nach der Inbesitznahme hat sich die Gemeinschaft im Gängeviertel weitergehend mit dem eigenen Konzept befasst und diese erste Konzeptidee ausgebaut zu einem Nutzungskonzept. In Workshops wurden Bedarfe für mögliche Raumnutzungen ermittelt und diskutiert, das Konzept so weiter verfeinert. Anfang Oktober 2009 wurde das Nutzungskonzept in einer Präsentation im Gängeviertel der Öffentlichkeit und der Presse vorgestellt.

Wichtiger Bestandteil der Konzeptpräsentation waren dabei auch die Forderungen der Initiative an die FHH (u.a. Rückkauf vom Investor, Winterfestmachung der Gebäude, Anhandgabe des Areals, Zeit für die Erarbeitung eines Finanzierungskonzepts, Kommunikation auf Augenhöhe).“ (Breckner/Ziehl et al. 2011.: 54)

In der Folge der Verhandlungen fing ein „Pokerspiel“ zwischen Stadt und dem Investor an. Auch wenn die Stadt inzwischen mit dem Gedanken spielte, das Gängeviertel von Hanzevast zurückzukaufen, konnte sie wegen hoher Konventionalstrafen nicht aus dem Vertrag mit dem Investor zurücktreten. Also spielte sie auf Zeit und wartete darauf, „dass der Investor aufgrund bestehender finanzieller Schwierigkeiten das Vorhaben nicht mehr realisieren kann und selbst den Vertrag rückabwickelt.“ (ebd.: 60) Es folgte eine schwierige Phase für die Gängeviertel-Initiative. Ende Oktober 2009 zahlte der Investor doch eine weitere Rate und damit

mussten „zwei Gebäude des Gängeviertels, die Druckerei und die Fabrik, vertragsgemäß an den Investor über[gehen]“ (ebd.). Eine schwierige Entscheidung, die wieder taktisches Kalkül und das Vertrauen darauf beanspruchte, auf diese Weise das ganze Gebäude zu bekommen, bewegte schließlich die Gängeviertel-Akteur*Innen dazu, die zwei großen Veranstaltungsorte zu räumen, „[i]m Gegenzug verpflichtete sich die FHH dazu, alles ihr Mögliche zu tun, um das Viertel vom Investor zurück zu bekommen“ (ebd.: 61). Am 26.10.2009 wurde der Gängeviertel-Verein gegründet. „Dieser sollte von nun an als Vertragspartner der FHH fungieren und die Bereitschaft signalisieren, als Gemeinschaft Verantwortung zu übernehmen und sich institutionell weiter zu entwickeln.“ (ebd.) Im Dezember 2009 erfolgte endlich der Rückabwicklungsvertrag der Stadt mit dem Investor Hanzevast und die Verhandlungen gingen, so Breckner/Ziehl et al., unter der Federführung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU), aber auch mit Vertreter*Innen „des Bezirksamtes Mitte, der Kulturbehörde, des Denkmalamtes, der Finanzbehörde und der Hausverwaltungen“ in eine neue Phase über, in der es um die Verständigung über die drängende Sanierung und die Zukunftsperspektiven des Viertels ging (ebd.). Die Akteur*innen im Gängeviertel verfeinerten ihr Konzept weiter, vor allem, um „die eigene Position in Verhandlungen mit der Stadt [zu] stärken und die selbstorganisierte Realisierbarkeit [zu] prüfen.“ (ebd.: 54) Es wurde viel Energie darauf verwendet, der Stadt die eigenen Ideen und Hintergründe nachvollziehbar zu machen, zumal zwischen der Initiative und der BSU/FHH „deutliche Interessenunterschiede, Verständnisschwierigkeiten und unterschiedliche Lösungsansätze lagen“ (ebd.: 56). Am 10.04.2010 wurde dann das „Zukunftskonzept [...] der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) und allen interessierten Hamburgern vorgestellt“, das – so die Erklärung der Gängeviertel-Akteur*Innen – „unsere Motivationen und Ziele [...] unsere Vorstellungen zur Nutzung der Gebäude sowie unser bauliches Konzept [enthielt]. Das Dokument ist die Grundlage für unsere weiteren Arbeitsschritte und die Verhandlungen mit der Stadt Hamburg.“¹⁵ Die „Vision der zukünftigen Entwicklung des Gängeviertels“ sei durch folgende Leitziele im Zukunftskonzept festgehalten: „Offenheit und breite Zugänglichkeit für alle“, „Selbstbestimmung und -gestaltung des eigenen Lebensumfelds“, „Lebhafter Diskursraum für künstlerische und gesellschaftliche Fragen“, „Vielfalt der Lebensentwürfe und der kulturellen Perspektiven“, „Freiräume für künstlerische und kulturelle Entwicklung“, „Gemeinschaftliches Leben ohne Verwertungsdruck und gegenseitige Verdrängung“ sowie schließlich die „Wiederbelebung des Charakters des historischen Viertels“ (ebd.: Punkt 3.1). Die Inhalte lassen erahnen, woher die Schwierigkeiten in

¹⁵ <https://das-gaengeviertel.info/gaengeviertel/zukunftskonzept.html> [20.01.2019]

den Gesprächsverhandlungen rührten und welche Übersetzungsleistungen zwischen einer Behörden- und Bewegungskultur vonnöten gewesen sind. Bemüht um kommunikative Anschlussfähigkeit hat die Gängeviertel-Initiative schon recht früh

„eine Gruppe von Personen bestimmt, die im Auftrag der Gemeinschaft Gespräche mit der FHH führen sollten. Dabei wurde darauf geachtet, dass sich die Gruppe in Kompetenzen, Fachkenntnissen und sozialen Fähigkeiten ergänzt. Es waren daher nicht nur Künstler, die am Verhandlungstisch saßen, sondern auch Architekten und Stadtplaner.“ (Breckner/Ziehl et al.: 58)

Die Verhandlungsgruppe sorgte für einen Wissenstransfer in zwei Richtungen, erstens nach außen für die Ziele und Forderung der Initiative einzutreten und zweitens nach innen die Verhandlungspositionen stets ins Viertel zurückzutragen und abzustimmen. Zugleich suchten sie den regen Austausch und gingen in Beratung mit Rechtsanwält*Innen und anderen Initiativen, Personen, aber auch Institutionen in der Stadt. Nach einigen Monaten gründete sich parallel zum Verein im November 2010 auch die „Gängeviertel Genossenschaft 2010 eG“, aus dem Bedarf „einer funktionierenden Gemeinschaft“ heraus, „die sich dauerhaft für das Funktionieren des soziokulturellen Quartiers engagiert“ und damit „die Genossenschaft langfristig die Verwaltung der Häuser im Gängeviertel übernehmen“ sollte (ebd.: 63). Ein Jahr später, im September 2011, kam es nach den Neuwahlen in Hamburg, aus denen die alleinige Regierungsübernahme der SPD erfolgte, zu einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem Gängeviertel und der Stadt. Das Hamburger Stadtmagazin berichtete:

„Anfang September 2011 hat die Senatskommission für Stadtentwicklung und Wohnungsbau das Gängeviertel als Sanierungs- und Stadtumbaugebiet festgelegt. [...] Das Integrierte Entwicklungskonzept sieht den Erhalt der historischen Bausubstanz vor und will das Gebiet zu einem lebendigen innerstädtischen Quartier mit günstigen Mieten und Schwerpunkt auf preiswerten Nutzungen im künstlerischen Bereich entwickeln. Langfristige soziokulturelle Nutzungen, preiswerte Wohnungen und Wohnateliers sowie preiswerte Gewerberäume sollen geschaffen werden.“¹⁶

Beim zum Sanierungsgebiet erklärten Gängeviertel wird im „Rahmen der Integrierten Stadtteilentwicklung“ (RISE), die Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg steg als „Treuhand und Sanierungsträger“ eingesetzt und die Akteur*Innen vom „Gängeviertel mit eigener, aber unbezahlter Baukommission am Prozess beteiligt.“ (Bruhs 2018)¹⁷

¹⁶ <https://www.hamburg-magazin.de/hamburg-entdecken/sehenswertes/artikel/detail/gaengeviertel-ein-freiraum-fuer-alle.html> [20.01.2019]

¹⁷ Am 14.01.2018 saß ich gemeinsam mit Theo Bruns auf dem vom *Centro Sociale* organisierten Workshop zum Thema „Pachten, kaufen, mieten, besetzen?“. Während ich als Vorstandsmitglied der *flux eG* über den Prozess der Verhandlungen zum Kauf der Ex-Kaserne mit der Stadt Hamburg berichtete, stellte Theo Bruns die verschiedenen Etappen der Verhandlungen und die damit einhergehenden Eigentumsoptionen und Ziele des Gängeviertels dar. Die zitierten Informationen stammen aus dem unveröffentlichten Vortragsmanuskript von Theo Bruns.

Das ehrenamtliche Engagement lief nicht selten auf eine 50-Stunden-Woche hinaus und barg für die Beteiligten zum einen immense Potentiale:

„Die Motivation für diese Form der Do-it-yourself Raumproduktion lässt sich wie folgt beschreiben: Es ist die Chance einen urbanen und Identität stiftenden Ort selbstbestimmt und kollektiv zu gestalten, Ideale zu eben und dabei die Möglichkeit zum Probieren und Experimentieren zu haben, ohne ein Scheitern des Ganzen oder in Teilbereichen kategorisch ausschließen zu müssen.“ (Breckner/Ziehl et al. 2011: 64)

Zum anderen stellte es eine harte immaterielle Währung für einen sich derart in die Länge ziehenden Einsatz dar. Im folgenden Jahr, im Mai 2012, wurden Architekt*Innen beauftragt „die ersten drei Häuser: Kupferdiebehaus, Jupi-Haus, Fabrik“ zu sanieren (Bruns 2018). Anfang 2015 kam es jedoch „beim Bezug des Kupferdiebehauses [...] zum Konflikt, weil die Steg Einzelmietverträge abschließen“ wollte, also „keine Vermietung über die Genossenschaft“ stattfinden sollte. Daraufhin wurde im Februar ein „Planungsstopp durch das Gängeviertel“ bewirkt, der mit einem „Rücktritt vom Sanierungsbeirat“ einherging (ebd.). Es folgten erneut Gespräche zwischen dem Gängeviertel und der Stadt mit dem Ergebnis der „Bildung von drei Arbeitsgruppen“. Die erste zum Thema „Selbstverwaltung und Genossenschaftsanbindung“, die zweite zum „Betriebskonzept für die Fabrique“, welche „mit einem für eine Übergangszeit zufriedenstellenden Ergebnis zum Abschluss gebracht werden“ konnten: „Generalmiet- und Verwaltervertrag für die sanierten Gebäude, Wiedereröffnung der Fabrique im März 2016 zu einem Mietpreis von 2,54 pro qm.“ (ebd.) Ende 2018 nach wie vor offen sei allerdings, so Bruns, „die Eigentumsfrage“, mit der sich die dritte Arbeitsgruppe zur „Künftigen Gestaltung der Eigentumsverhältnisse“ entlang der zwei Optionen Kauf oder Erbbaurecht auseinandersetzte (ebd.). Auf einer Pressekonferenz 2016 wurden die „Essentials des Gängeviertels“, welche die „Zielvorstellungen in den Verhandlungen mit der Stadt“ markierten, vorgestellt (ebd.). Aus den Erfahrungen bzw. dem „Auslaufen der Mietverträge bei den Autonomen Wohnprojekten“ sei erstens eine „langfristige Sicherung des Gängeviertels“, und zwar „über mehrere Generationen, 75-99 Jahre“ als auch „unabhängig von politischen Konjunkturen und sicher vor Investorenzugriff“ zentral (ebd.). Diese Sicherung bedürfe zweitens einen Entzug der Fläche vom Immobilienmarkt und die „Klärung der Eigentumsfrage“ entlang der „Optionen: Generalmietvertrag, Miethäusersyndikatsmodell/Stiftung, Kauf, Erbbaurecht“ (ebd.). Die Abwägung dieser Optionen sollte drittens die Bedingungen berücksichtigen „zu denen das sozio-kulturelle Konzept umsetzbar, d.h. bezahlbar ist: also niedrige Mieten und perspektivische Fördermöglichkeiten. Dies beinhaltet, was wir Möglichkeitsräume genannt haben und worauf sich die Kampagne der Solidarischen Raumnahme bezog.“ (ebd.) Viertens sollte eine „Sicherung der Selbstverwaltung“ und „Gestaltungshoheit“ gewährleistet sein. Von der Kaufoption wurde in einem Workshop im Oktober 2016 Abstand genommen:

„Aufgrund der Zweifel, ob die Kaufoption wirklich zu stemmen ist und der Signale seitens der Stadt, die diese Lösung angeblich kategorisch ausschließt, entscheidet sich der Workshop für ein Erbbaurechtsmodell. Dieses wird im Januar 2017 von der VV mit deutlicher Mehrheit abgesehnet und der Stadt am 18. Januar 2017 als Vorschlag unterbreitet. Danach gilt faktischer Verhandlungsstopp seitens der Stadt vermutlich wegen G20 bis zum Dezember 2017. Nun gibt es neue Verhandlungen mit dem Ziel, innerhalb überschaubarer Zeit zu einem Verhandlungsergebnis bezüglich der Gestaltung der Eigentumsverhältnisse zu kommen.“ (ebd.)

Das Votum für die Erbbaurechoption werde mit dem Vorteil begründet, dass der Grund und Boden in der Stadt bleibe: „Eigentum bleibt in öffentlicher Hand und wird gleichzeitig langfristig dem Markt und der Immobilienspekulation entzogen.“(ebd.) Die *Gängeviertel Genossenschaft 2010 eG* erhalte zudem als Erbbaurechtnnehmerin „eigentümerähnliche Rechte“ und könne somit „selber Häuser bauen oder sanieren und vermieten“ (ebd.). Im Gegenzug müsse sie „einen Erbbaurechtszins an den Eigentümer“ zahlen, „der sich auf ein Wertgutachten bezüglich des Grundstücks bzw. der Häuser bezieht“ (ebd.). Dies stelle eine „leichtere Finanzierung“ dar: „Auf sehr lange Sicht ist dies ungünstiger als Kauf. Kurz- und mittelfristig ist jedoch deutlich weniger Geld aufzubringen, die monatliche Belastung entspricht ungefähr der Miete, ist im besten Fall sogar günstiger“. (ebd.) Ende 2017 scheint Bewegung in die Verhandlungen zu kommen. Sowohl der steg-Geschäftsführer als auch die Sprecherin des Gängeviertels zeigen sich, laut Presse, zuversichtlich (Tiedemann 2017). Eine Annäherung der Gespräche zwischen Gängeviertel und Stadt sei in Sicht. Anlässlich des neuerlichen Geburtstages wurde August 2018 der Kultursenator vom Gängeviertel eingeladen und „durch das verwinkelte Areal mit seinen Galerien, Probebühnen und Workshop-Räumen“ (Hamburger Abendblatt 2018) geführt:

„Brosda zeigte sich beeindruckt von der Vielfalt der Ausstellungsstücke in den Räumen von „In Da Wood“, in denen nur Kunstwerke aus Holz gezeigt werden. Einige der Künstler wie Till F.E. Haupt und Lena Schmidt waren anwesend und zeigten Brosda ihre Arbeiten. Der war sehr amüsiert von einem G20-Spiel, das Haupt auf einem Schachbrett entworfen hat und bei dem mit kleinen Pflastersteinen aus Holz gewürfelt wird.“ (ebd.)

Ein günstiges Klima für die Aufhebung des 2015 verhängenen Planungsstopps deuteten die Worte des Kultursenators an: „Es ist wichtig, den Ort mehr ins städtische Bewusstsein zu bekommen“, zumal die Stadt Hamburg „solche Räume, wo auch das Schräge und Abseitige gezeigt wird“ brauche (ebd.).

1.3 Durchquerung der ordnungspolitischen Arrangements

Diese ausführliche Darstellung der Kämpfe um städtischen Raum ist dem Umstand geschuldet, dass es innerhalb der „Recht auf Stadt“-Netzwerke sehr unterschiedliche Bewertungen über den öffentlichen Auftrag der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) gibt. Einig sind sich die Initiativen darin, dass die FHH sich im Jahre 1982 mit ihrer Kehrtwende von der Behauptung eines föderalen und kommunalen Gemeinwesens hin zum Postulat eines „Unternehmen Hamburg“ – wie die Rede des damaligen Hamburger Bürgermeisters im Übersee-Club verdeutlichte (von Dohnanyi 1983) – von der Idee verabschiedete, eine Stadt mit Platz für alle Bevölkerungsschichten zu sein. Die Häuserkämpfe rund um die St. Pauli-Hafenstraße und die „Rote Flora“ markierten ein militantes und entschiedenes „So nicht“, das die ganze Stadt erfasste und zumindest in St. Pauli für ca. 15 Jahre die Umstrukturierungspläne der FHH unterbrach, wie der *Euromayday*- und später *LUX & Konsorten*-Mitstreiter Frank John in einem informellen Gespräch erzählte. Erst Ende der 1990er Jahre wurden in St. Georg und St. Pauli wieder massiv „ordnungspolitische Disziplinierung“, so der Konsorte, und städtebauliche Maßnahmen unter dem Motto „Wachsende Stadt“ (Freie und Hansestadt Hamburg 2002) auf die Tagesordnung gesetzt. Die Vertreibung und Stigmatisierung von offenen Szenen sogenannter „Junkies“ in St. Georg sowie die Ausbaupläne der Hamburger Messe in St. Pauli führten unter der Regierung der CDU mit der Schill-Partei zur Auflösung des Bauwagenplatzes „Bambule“ im an die Messegrenzenden Karolinenviertel. Für gut ein Jahr dominierten die Proteste um die Bambule die öffentliche Wahrnehmung und Berichterstattung in der Stadt (vgl. Frahm 2002). Die Bambule-Proteste bewegten sich in der Tradition einer kontinuierlichen Kritik der Zurichtung der öffentlichen Räume durch die diversen Hamburger Senate nach einer verwertungsökonomischen Logik (vgl. John 2010). Diese Kritik, die bereits vor der Besetzung der St. Pauli-Hafenstraße einsetzte, prägte Protestgenerationen und führte zu starken, informellen und vertrauensvollen Netzwerken, die temporär immer wieder in Initiativen präsent waren und sind, wie weiter oben dargestellt. Die Gründung des „Recht auf Stadt“-Netzwerkes markiert insofern einen Einschnitt, als dass dadurch ein kontinuierlicher diskursiver Raum gesetzt wurde, in dem die mehr oder weniger prominenten Stadtteilkämpfe mit der Besetzung des Gängeviertels in der zentralen Hamburger Innenstadt einen politischen Resonanzort erhielten.

Die hier angeführten Akteur*Innen sozialer Netzwerke hatten, um sozialen und politischen Druck zu erzeugen, Sprecher*Innenpositionen angenommen und eingeübt, welche die Protestroutinen verlassen. Das war möglich, weil ein „soziales Gedächtnis“, so ein Konsorte, in den sozialen Netzwerken existiert, in dem das Wissen aus verschiedenen Protestgenerationen

nicht einfach nur gesammelt, sondern immer wieder auch angewandt und überprüft wird. Zum Beispiel gab es sowohl bei der Vorbereitung als auch bei der Verstetigung der Gängeviertel-Besetzung immer wieder sogenannte Beratungsrunden, die Treffen der sogenannten „alten und neuen Verwandten“ (Gängeviertel e.V. 2012: 175ff.). Selbst personell manifestierten sich die Verbindungen zwischen den Akteur*Innenkreisen, in denen Gremienwissen transferiert wurde, zum Beispiel im Fall eines ehemaligen Vorstandes der Hafestraßen-Genossenschaft, der dann Aufsichtsratsmitglied in der Gängeviertel-Genossenschaft wurde, wie ich in einem informellen Gespräch erfuhr.

Im Umgang mit der FHH gab es im Wesentlichen zwei unterschiedliche, jedoch kompatible Haltungen zwischen den verschiedenen Bewegungs-Akteur*Innen. Einige, wie das Gängeviertel oder auch das *Centro Sociale*, wollten die Stadt in die Pflicht nehmen, wieder zu ihrem öffentlichen Auftrag für eine kommunale Gemeinwesenpolitik zurückzukehren. Andere, wie *LUX & Konsorten*, zogen nach der Vielzahl Interventionen im öffentlichen Raum (vgl. Kap. 4-6) die Konsequenz, in Kaufverhandlungen einzutreten und Rekommunalisierung in Selbstverwaltung zu betreiben, anstatt sich an den neoliberalen Haltungen der FHH, die mit einem Ausverkauf von städtischem Eigentum einhergehe, abzuarbeiten. Die in den Bewegungszusammenhängen unterschiedlich eingeschlagenen politischen Verhandlungserwägungen wie Besetzen, Erbpacht oder Kauf waren und sind daher keine unvereinbaren Optionen, sondern verschiedene taktische Positionen und strategische Annahmen, um in den Kämpfen um urbane Räume Durchsetzungsmacht für minoritäre Positionen im politischen Handlungsfeld zu generieren. Die Hochskalierung selbstorganisierter Projekte ist eine wesentliche Herausforderung für die sozialen Netzwerke, die diese Bewegungen tragen und prägen. Gerade bei *LUX & Konsorten* werde ich anhand der erhobenen Interviewstatements (vgl. Kap. 4) noch zeigen, wie persönliche Beziehungen aber auch professionelle Skills in den Aktivismus einfließen. Hier ist über eine Zeitspanne von mehreren Jahrzehnten eine Transformation urbaner sozialer Milieus zu beobachten, die von Revolten der frühen 80er Jahre mit der Ausbildung sozialer Beziehungen und politischer Netzwerke schließlich zu Akteur*Innen in städtischen Verhandlungsrunden werden, um sowohl ihre eigenen als auch kommunalen räumlichen Interessen zu vertreten.

Aus der nahen Verfolgung des „Besetzungs“- und Verhandlungsprozesses durch etliche Kontakte im Gängeviertel und der peripheren Involvierung im Protest gegen IKEA konnten also viel hilfreiches Wissen und Erfahrungen für die Praxis der Initiative *LUX & Konsorten* gewonnen werden, die von 2010 bis 2012 im Hamburger Innenstadtsteil Altona-Altstadt ak-

tiv war. Die letztliche Entscheidung, zusammen mit dem *Frappant-Verein* die ehemalige Kaserne in Altona zu kaufen, erfolgte nach mehrfacher Beratung durch das Mietshäuser Syndikat. Nach dem Motto „Selbstorganisiert wohnen – solidarisch wirtschaften!“ unterstützt das Mietshäuser Syndikat selbstorganisierte Hausprojekte mit seinem „Know How bei der Projektfinanzierung“¹⁸. Als „Bindeglied“ stellt es die Verbindung zwischen „131 Hausprojekte(n) und 18 Projektinitiativen“ her, die als GmbHs, als Gesellschaften mit beschränkter Haftung autonom agieren (ebd.). Was die unterschiedlichen Projekte eint, ist der Wunsch nach selbstorganisiertem Wohnen, der jedoch meist „mit einer äußerst schwachen Kapitalausstattung der Mitglieder einher[gehe]“. Und genau an dieser Stelle tritt das Syndikat auf, nicht nur mit einer finanzbuchhalterischen Hilfe, sondern auch mit einem „Blick über den Gartenzaun“ hinaus, der „den Ausgleich organisiere“, indem die etablierten Projekte mit materiellen und immateriellen Überschüssen neuen Projekten zum Start verhelfen (ebd.). Aus diesen Ideen ergab sich auch bei dem Zusammenschluss von *Frappant-Verein* und *LUX & Konsorten* das Zutrauen, überhaupt so ein großes Projekt wie die Sanierung einer denkmalgeschützten Kaserne zu stemmen. Allerdings wurde dabei nicht die üblicherweise vom Mietshäuser Syndikat praktizierte juristische Form der GmbH gewählt, sondern die Form der Genossenschaft für das Vorhaben präferiert, mit einer ähnlichen Begründung, wie sie auch im Gängeviertel formuliert worden war. Im Unterschied zum Gängeviertel bzw. aus der Reflexion der zähen und langwierigen Verhandlungsprozesse mit der Stadt, entschieden sich die Konsorten, den für die „Recht auf Stadt“-Bewegung unüblichen Schritt zu gehen und zu kaufen. Damit findet tatsächlich eine relative Abkehr von den auf dem Gemeinwohl basierten, u.a. im Gängeviertel explizit adressierten Appellen an die Stadt statt. Stattdessen wird mit dem genossenschaftlichen Projekt *flux eG* der Weg begangen, auf eigene Kosten die Autonomie zu „erkaufen“ und die Idee von Selbstverwaltung zu realisieren.

2 Theoretische Sensibilisierung zur Frage der Organisierung prekärer Selbstständigkeit

Das vorliegende Kapitel dient der theoretischen Sensibilisierung für die Bearbeitung meiner Forschungsfrage, wie sich Selbstständige in der Prekarität organisieren können. Dabei greife ich auf vorhandene theoretische Überlegungen und empirische Befunde über die prekäre Konstellation selbstständiger Arbeit zurück, aus denen ich wichtige Leitfragen extrahiere, die

¹⁸ <https://www.syndikat.org/de/> [20.01.2019]

sich auch in Falle meines Untersuchungsgegenstandes stellen, und die es dann im analytischen Teil der vorliegenden Arbeit spezifisch zu beantworten gilt. Im ersten Abschnitt (2.1) werden die mit der Selbstständigkeit verbundenen Risiken und Herausforderungen dargestellt, welchen durch individuelle Strategien nicht immer erfolgreich begegnet werden kann, so dass daraus die Notwendigkeit nach der Suche einer kollektiven Selbstorganisation und Vertretung gemeinsamer Interessen entsteht. Die Art dieses gemeinsam herzustellenden Sozialraumes für Selbstständige, die unterschiedlichen Gewerben verstreut an verschiedenen Orten nachgehen, bildet den Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen im zweiten Abschnitt (2.2). Dabei rekurriere ich zunächst auf Schwierigkeiten, die in netzwerkartiger Zusammenarbeit bei Selbstständigen auftreten und gehe danach auf die Form einer genossenschaftlichen Selbstorganisation ein, die als geeignetes Modell für die Herstellung einer wirkmächtigen Verbindung zwischen Selbstständigen vorgestellt wird.

2.1 Risiken und Absicherungsideen selbstständiger Arbeit

Selbstständige Arbeit bietet den Vorteil, einer selbstbestimmten Tätigkeit nachzugehen. Selbstständigkeit kann jedoch, so Andrea D. Bührmann, auf zwei Ebenen als prekär begriffen werden, „wenn sich die unternehmerisch Tätigen objektiv an der Armutsgrenze und/oder sich subjektiv in einer als heikel empfundenen sozialen Lebenslage befinden und ihre Lebensführung entsprechend ausrichten (müssen)“ (Bührmann 2012: 141). Dadurch entsteht eine Angst vor Deklassierung „wenn das Einkommens-, Schutz- und Inklusionsniveau auf längere Sicht unter den gesellschaftlichen Standard zu sinken droht bzw. sinkt und/oder die unternehmerisch Tätigen darauf hoffen müssen, unternehmerisch erfolgreich zu sein, und doch permanent befürchten, (noch) weiter sozial abzustiegen.“ (ebd.) Die dynamische und vielfältige Situation der steigenden „neuen“ Selbstständigkeit seit Ende der 1990er Jahre spezifizieren Dieter Bögenhold und Uwe Fachinger durch fünf sich wechselseitig bedingende „problematische Trends“: a) Die „Zunahme der Mikroselbstständigkeit“; b) Eine „erhöhte Unstetigkeit“ durch vermehrten Wechsel „zwischen abhängiger und selbstständiger Beschäftigung sowie auch zwischen Arbeits- und Auftragslosigkeit“, welche zu prekären Erwerbsverläufen „mit einem teilweise hohen materiellen Risiko“ führen; c) „Destandardisierung und Mobilität“ durch die „Heterogenität der wöchentlichen Arbeitszeiten“; d) Eine „Erwerbshybridisierung“ ausgedrückt durch „Mehrfachbeschäftigungen und Kombinationen“, welche „zeitgleich vorzufinden sind“; e) „Erwerbsprekarisierung“, die wie oben erwähnt durch ein geringes Einkommen charakterisiert ist (Bögenhold/Fachinger 2012: 6). Eine Reihe von Zeitkonflikten bei prekär

Arbeitenden drückt sich somit durch die folgenden Herausforderungen aus: Zum einen „Zeit verplanen“, um mit der ständigen Verfügbarkeit umzugehen und den multiplen, oft unvorhersehbaren Anforderungen gerecht zu werden, zum anderen „Zeit freischaufeln“ zur Akquise neuer Aufträge, die eine affektive Zusatzbelastung bedeutet. Und schließlich, die „Zeit zerteilen“, um der Ausdehnung der Arbeitszeit entgegenzuwirken und für sich Entlastungs- und Ruhemomente zu schaffen (Pieper/Panagiotidis/Tsianos 2009; Panagiotidis 2006a). Diese selbstorganisierenden Aspekte stellen individuelle Umgangsweisen mit prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen dar, die je nach Vermögen mehr oder weniger gut ausgelotet werden können.

Gerade vor dem Risiko, negative Effekte prekärer Arbeit nicht immer auf subjektiver Ebene auffangen zu können, plädiert Mario Candeias für „eine Verallgemeinerung von Interessen“ (Candeias 2008: 76), die eine gemeinsame Grundlage für eine Organisation Solo-Selbstständiger in der Prekarität bilden könne. Auch wenn die Selbstorganisation als hohes Gut der Autonomie in der Selbstständigkeit bewertet wird, kann sich der Zeitmangel durch die anfallende Planung und Kommunikation, die eigenständig organisiert werden muss, negativ auf die Qualität der Arbeit auswirken. Aus dieser Unzufriedenheit könne der allgemeine „Wunsch nach Sinn gebenden Arbeitsbedingungen und Anerkennung der eigenen Arbeit als qualitativ gute und gesellschaftlich nützliche“ extrahiert sowie eine „Ausweitung der Autonomie“ gefordert werden (ebd.: 76). Aus der prinzipiell freien und flexiblen Zeiteinteilung in der Selbstständigkeit, die jedoch ins Negative umschlagen kann, wenn eine Entgrenzung der Arbeitszeit zur Überarbeitung und Überausbeutung der eigenen Arbeitskraft führt, ließe sich ein zweites verallgemeinertes Organisations-Interesse „an einer Gewährleistung der Reproduktion und Entwicklung der eigenen Arbeitskraft“ herleiten (ebd.: 77). Eine Diskontinuität von Einkünften, bedingt durch Krankheiten oder mangelnde Aufträge, welche eine längerfristige Lebens- oder Familienplanung erschweren, kann zum gemeinsamen Interesse „an existenzsichernden Einkommen, an der Absicherung diskontinuierlicher Erwerbsverläufe und der Planbarkeit des eigenen Lebensentwurfs“ führen (ebd.: 77). Hinzu käme das Interesse an „bezahlbaren Krankenkassenbeiträgen“, an einem „Zugang zur Arbeitslosen- bzw. Auftragslosenversicherung“ und an einem besseren „Rechtsschutz gegenüber säumigen Auftraggebern“ (ebd.: 77). Abschließend formuliert der Autor „das gemeinsame Interesse an einer 'Vereinbarkeit' von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit, Reorganisation der Arbeit und einer kostengünstigen sozialen Infrastruktur“, die durch eine „Neuverteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeit für Alle und die transnationale Verallgemeinerung sozialer Rechte“ zu gewährleisten wäre (ebd.: 78).

Dieser gemeinsam zu formulierenden Interessen von Solo-Selbstständigen, die zwar die Erfahrung von Unsicherheit teilen, aber sich ansonsten in unterschiedlichen Feldern bewegen, kann sich nicht einfach als „partikulares Klasseninteresse“ (ebd.: 65) entledigt werden. Vielmehr bedarf es „Orte[n] kollektiver Aktivität“ (ebd.: 78), an denen sich angemessene Organisationsformen bei selbstständig Arbeitenden entfalten können. In der Schrift „*Die Zerstörung der Mittelschichten. Thesen zur neuen Selbstständigkeit*“ spezifiziert Sergio Bologna, dass bei einem zu konstituierenden „kollektiven Ort“ bedacht werden sollte, „jenseits der Dienstleistung einen Raum der Gemeinschaftlichkeit und des Zusammenschlusses zu erfinden und vorzustellen, einen *narrativen* Raum, wo Erfahrungen gesammelt und ausgetauscht werden können.“ (Bologna 2006: 41, Herv. i. O.) Ein solcher kollektiver Organisationsrahmen könne sich weniger an dem Modell streikender Lohnarbeiter*Innen orientieren, da prekären Selbstständigen „ein kollektiver Verhandlungspartner fehlt und sie zudem nicht die Möglichkeit haben, sich dem Auftraggeber in irgendeiner Weise direkt zu widersetzen“ (ebd.: 43). Statt auf „die Verhandlungsmacht eines Berufstandes“ zu setzen, gehe es vielmehr um die „Ermächtigung aller Rechtssubjekte“, die an für sie relevanten Entscheidungsprozessen mitwirken können (ebd.: 44). Die „Teilhabe am öffentlichen Leben“ stelle „kein Problem des Territoriums“ dar, „sondern betrifft die inhaltlichen Aspekte der Verfassung und die Ausübung von Rechten“, aber auch „das Gefühl der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Ort und zu einer Menge von Beziehungen, die Quellen für Einkünfte darstellen, sowie einen imaginären Raum, in dem bislang verweigerte Rechte zuerkannt werden können.“ (ebd.: 46f.) Die Möglichkeit einer „wechselseitigen Unterstützung“ sieht Bologna darin, dass „sich das Statut der selbstständigen Arbeit nur auf Formen des Zusammenschlusses und des Schutzes kollektiver Interessen mittels Institutionen gründen“ kann (ebd.: 44). Neue Selbstständige erfahren schließlich „eine doppelte Anerkennung der eigenen Zugehörigkeit“: Einerseits „zur *lokalen* Gemeinschaft als Raum für den Aufbau von Netzwerken persönlicher und familiärer Beziehungen“ und andererseits „zur *globalen* Gemeinschaft als Raum des virtuellen Marktes“ (ebd.: 46, Herv. i. O.). Aus der Verortung der neuen Selbstständigen zwischen einer lokalen und globalen Ebene sollte, so Bologna, eine Verbindung zwischen der „Staatenlosigkeit“ selbstständiger Arbeit und einem „Gemeinschaftssinn“ anvisiert werden. Selbständige würden „gegenüber einer jeden kommunalen Verwaltung die Rolle einer *universitas* von Kompetenzen einnehmen, von Wissen als Ressource, die sie sich in ihrer doppelten Rolle als Arbeit und Unternehmen angeeignet“ haben (ebd.: 48, Herv. i. O.). Diese Ausführungen sind für meine Forschungsfrage nach der kollektiven Organisation von Selbstständigen insofern relevant, dass sie den Bedarf eines gemeinsamen sozialen Ortes hervorheben, der als notwendiger Ausgangspunkt für die Entstehung kollektiver Aneignungspraktiken und Absicherungsideen

in der Prekarität betrachtet wird. Wie die Begegnungen der einzelnen Beteiligten produktiv geregelt werden sollen bzw. welche Form der Verbindung den gemeinsam geteilten Raum ermöglichen kann, wird im nächsten Abschnitt verfolgt.

2.2 Genossenschaftliche Netzwerk-Kooperation bei selbstständig Arbeitenden

Harald J. Bolsinger führt „symbiotische Unternehmensnetzwerke“¹⁹ als eine angemessene Beschreibung der Kooperation und gegenseitigen Unterstützung für Selbstständige ein, deren ökonomische Beziehungen meist aus ihren Netzwerken entstehen:

„Die Zusammenarbeit in einem entsprechenden Netzwerk erfordert deswegen die Wahrung der Selbstständigkeit, da mittelständische Eigentümer-Unternehmer einem ausgeprägten Unabhängigkeits- und Autonomiebedürfnis unterliegen. Kleine und mittlere Unternehmen bevorzugen aus diesem Grund eher eine lose Form der Zusammenarbeit.“ (Bolsinger 2011: 40)

Das Risiko bei lose verbundenen Netzwerken lokalisiert der Autor in der Unberechenbarkeit individueller Handlungsweisen: „wenn Hierarchiearmut Kooperationsbeziehungen prägt, kann nicht immer genau vorhergesagt werden, wie sich die einzelnen Partner verhalten werden.“ (ebd.: 40f.) Kreativität werde wiederum gefördert, wenn die Beteiligten nicht „nach Rang- oder Statusunterschieden differenziert sind“, sondern sich als „gleichberechtigte Partner“ gegenüber treten (ebd.: 41). Bei einer Implementierung hierarchischer Organisationsstrukturen geht somit „dem jeweiligen Netzwerk Kooperationspotenzial durch abwandernde, im Hierarchiekampf unterlegene Akteure verloren.“ (ebd.: 41) So bewertet Bolsinger die hierarchisch strukturierte Kooperation als „zweitbeste Lösung“ und führt die Alternative einer genossenschaftlichen Selbstorganisation als effizienter ein, weil sie ihren Mitgliedern größere Gestaltungsspielräume eröffnet: Das „Buhlen um Gestaltungsmacht wird im besten Fall durch einen Wettbewerb der Ideen ersetzt, welcher zur Aufrechterhaltung innovativer und flexibler Strukturen notwendig ist.“ (ebd.: 41) In „Genossenschaften als Rahmen für symbiotische Netzwerke“, können die Beteiligten entlang von „gleichgerichteten Zielen“ kooperieren: „Dabei ist es unerheblich, ob die Ziele der Interaktionspartner exakt übereinstimmen. Wichtig ist einzig eine positive Wechselbeziehung der Ziele in der Form, dass die Erfüllung des einen Ziels auch die Erfüllung des anderen Ziels fördert.“ (ebd.: 42) Einseitige Abhängigkeitsver-

¹⁹ „Der Begriff der Symbiose entspringt dem griechischen *sympósis*, was Zusammenleben bedeutet. Man versteht unter Symbiose eine für alle Beteiligten vorteilhafte Verbindung beziehungsweise das Zusammenleben ungleicher Lebewesen zu gegenseitigem Nutzen. Symbiotisches Gedankengut weist eine große Nähe zu Genossenschaften auf.“ (Bolsinger 2011: 41)

hältnisse „symbiotischer Beziehungen“ sollten eher vermieden werden. Interne, indirekte Koordinationsabläufe seien vielmehr durch Kontextsteuerung vorzustrukturieren (ebd.). Übergeordnete Handlungsorientierungen bzw. das parallele Verfolgen von „Individualinteressen und Kollektivinteressen“ können, so Bolsinger, durch „eine einheitliche Kooperationsphilosophie“ wie den „Genossenschaftsgeist“ erreicht werden (ebd.: 43). Die strategische Ausrichtung auf Entscheidungen laufe im Verborgenen, so dass eine „Einschränkung der Autonomie“ in den „wechselseitigen Abhängigkeiten“ kaum wahrnehmbar sei: „Jeder Partner ist bemüht, die Ziele der anderen Partner zu berücksichtigen, aber auch gleichzeitig darauf zu achten, dass die anderen Partner den von ihnen erwarteten Kooperationsbeitrag leisten. Die Kontrolle wird von den zu kontrollierenden Einheiten selbst ausgeübt.“ (ebd.: 43) Dadurch erfolgt eine „gegenseitige Anpassung [...] strategischer Handlungen im Binnenverhältnis der Kooperationsbeziehung.“ (ebd.) In diesen Ausführungen wird das Spannungsverhältnis zwischen erwünschter Hierarchielosigkeit und einer notwendigen Organisationsentwicklung thematisiert, das meiner Ansicht nach auch die Arbeitsweise im untersuchten Projekt *LUX & Konsorten* kennzeichnete. Während der zweijährigen Aktionspraxis des losen Zusammenschlusses in *LUX & Konsorten* dominierte eine netzwerkartige Zusammenarbeit zwischen den ca. 15 bis 20 Personen, die eher durch eine gleichwertige, sich ergänzende Aufgabenteilung funktionierte. Doch nach Auslaufen der zweijährigen Aktionspraxis der Konsort*Innen, als diese sich entschieden, in eine genossenschaftliche Form einzutreten, um mit dem Kauf der ehemaligen Kaserne weiter ihr Recht auf Stadt entgegen neoliberalen Stadtentwicklungspolitiken zu beanspruchen, entstand bei der nun größeren Anzahl an Mitgliedern die Notwendigkeit, die unterschiedlichen aufeinandertreffenden Handlungsweisen strategisch gemeinsam auszurichten.

Die Wahl der Genossenschaftsform wurde bei *LUX & Konsorten* nicht nur in pragmatischer Hinsicht getroffen, um eine Verbundenheit und auch Verbindlichkeit herzustellen, die für die Realisierung des anstehenden Gebäudekaufes notwendig waren. In dieser Form des Zusammenschlusses wurde auch der Vorteil gesehen, dass der gekaufte Grund und Boden in einen kollektiven Besitz übergehen würde. Ob genossenschaftliches Eigentum jenseits einer kapitalistischen Logik operiere, kann kontrovers bewertet werden. Inwiefern „Genossenschaften die besseren Kapitalisten“ seien, stellt für Hans-H. Münkner allerdings „eine falsche Frage“ dar, „denn Genossenschaften sind ‚antikapitalistisch‘ aufgebaut. Sie wollen externe Investoren gerade nicht anziehen, sondern abschrecken. Genossenschaften sind als Unternehmen Teile der Marktwirtschaft. Sie nehmen aber die existierenden Marktmechanismen nicht kritiklos hin.“

(Münkner 2014: 25) Genossenschaftliches Wirtschaften bedeutet „die Verbindung von wirtschaftlicher Effizienz mit sozialer und ökologischer Verantwortung“, wobei „Nutzerorientierung vor Investororientierung“ und „Bedarfszinswirtschaft vor Zinswirtschaft“ bevorzugt werden (ebd.). Zwar müssen Genossenschaften „Gewinn oder Überschuss erwirtschaften. Sie sind aber nicht auf Gewinnmaximierung reduziert, sondern zielen auf Schaffung von ökonomischem Nutzen für ihre Mitglieder“ (ebd.). Darüber hinaus „leisten sie einen Beitrag zur Zivilgesellschaft in der Region und spielen eine wichtige Rolle als Arbeitgeber und Steuerzahler.“ (ebd.) Insofern sollte eine besondere Aufmerksamkeit auf die Verbindung von wirtschaftlicher Beteiligung und von „bürgerlichem Engagement“, vor allem unter Berücksichtigung der demokratisch orientierten „Organisationsmodelle der Binnenstruktur“ einer Genossenschaft, gelegt werden (ebd.: 26). Genossenschaftliches Engagement zeigt sich, so Mareike Alscher, sowohl durch die „gegenseitige Hilfe“ unter den Genoss*Innen als auch durch das ehrenamtliche Engagement durch freiwillige Gremienarbeit, wobei im Falle einer Besoldung die ehrenamtlichen Vorständ*Innen die gleiche Verantwortung wie die hauptamtlich Tätigen tragen, sie also „mit vollem Stimmrecht für die ordnungsgemäße Geschäftsführung zuständig“ sind (Alscher 2011: 5). Durch ihren Ausdruck bürgerschaftlichen Engagements²⁰ sind Genossenschaften „Elemente der Zivilgesellschaft“ indem sie „durch eine spezifische Kombination von Eigensinn und Gemeinsinn individuelle und kollektive Interessen miteinander verbinden.“ (Blome-Drees et al. 2015: 39) Gustav Steiner und Asmus Schütt betonen, dass das lösungsorientierte Handeln der Genossenschaften, die ihre Ziele „unter Bedingungen wirtschaftlicher Nachhaltigkeit und damit unabhängig von staatlicher oder karitativer Alimentierung“ verfolgen, auch zivilgesellschaftliches Engagement ausdrücke, sich aber von zivilgesellschaftlichen Praktiken unterscheidet, die „ihr eigenes ökonomisches Potenzial brachliegen“ lassen:

„Erfolgt hier ein Umdenken und setzt die Zivilgesellschaft in der ökonomischen Sphäre Selbsthilfe und Eigeninitiative genauso um, wie sie es im sozialen und politischen Bereich leistet, wird ihre gesellschaftspolitische Relevanz weiter an Bedeutung gewinnen. Denn so erschließt sie ihr wirtschaftliches Potenzial und kann in Zeiten zunehmender Verteilungskonflikte ihre Interessen sehr viel leichter durchsetzen als alleine durch Forderungen und Proteste.“ (Steiner/Schütt 2011: 216)

²⁰ In Bezug auf das bürgerschaftliche Engagement in Genossenschaften verweisen Gustav Steiner und Asmus Schütt (2011) auf die vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, welche Zivilgesellschaft und Bürgergesellschaft synonym verwendet: „Bürgergesellschaft beschreibt ein Gemeinwesen, in dem die Bürgerinnen und Bürger auf der Basis gesicherter Grundrechte und im Rahmen einer politisch verfassten Demokratie durch das Engagement in selbstorganisierten Vereinigungen und durch die Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten die Geschicke des Gemeinwesens wesentlich prägen können.“ (Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ 2002: 24)

Gerade die Verbindung von sozialem Engagement und unternehmerischem Denken ist eine selten anzutreffende Verknüpfung, vor allem in politischen Kreisen der „Recht auf Stadt“-Bewegung, aus denen auch das Netzwerk der Konsort*Innen entstand. Während in den ersten zwei Jahren *LUX & Konsorten* eher durch Protestaktionen versuchte, Aufmerksamkeit für das eigene Anliegen zu generieren, schlossen sich die Beteiligten mit Gründung der Genossenschaft *flux eG* zusammen, um den notwendigen Betrag von über eineinhalb Millionen für den Kauf der ehemaligen Kaserne aufzubringen.

Das Motto „was der Einzelne nicht vermag, das vermögen viele“²¹ drückt eine zentrale Idee der Genossenschaften aus: „Menschen schließen sich – ohne ihre Selbstständigkeit aufzugeben – freiwillig zusammen, weil sie bestimmte Ziele gemeinsam besser erreichen können als allein.“ (Blome-Drees 2012: 1) Durch die „Hilfe zur Selbsthilfe“ werden die Handlungsmöglichkeiten für die Einzelnen durch die Zusammenarbeit mit den Genoss*Innen erweitert (Vogt 2011: 2).

„Wer die Idee genossenschaftlicher Selbsthilfe vertritt, wendet sich gegen die Annahme, dass sich wirtschafts- und gesellschaftspolitische Angelegenheiten allein mithilfe von Märkten lösen lassen. [...] Wer für die Idee genossenschaftlicher Selbsthilfe eintritt, wendet sich gleichermaßen aber auch gegen die Ansicht, dass sich wirtschafts- und gesellschaftspolitische Angelegenheiten ausreichend vom Staat und seinen Einrichtungen erledigen lassen.“ (Blome-Drees et al. 2015: 39)

Die bedingte Zurückweisung bestimmter konventioneller Marktprinzipien sowie staatlicher Steuerungsmechanismen spezifiziert Hans-H. Münkner mit Verweis auf die „Autonomie und Unabhängigkeit“ der Genossenschaft als Selbsthilfeorganisation: „Vereinbarungen mit Dritten“ werden so getroffen, „dass die demokratische Kontrolle durch die Mitglieder und der Fortbestand der genossenschaftlichen Autonomie gewährleistet sind.“ (Münkner 2014: 31) Dieser Hinweis sensibilisiert meinen Forschungsblick dahingehend, Momente der Vereinnahmung zu verfolgen, insbesondere bei der Betrachtung der vorhandenen Wissensvorräte und kreativen Lösungsmöglichkeiten, die Akteur*Innen ermächtigen, sich bei Kaufverhandlungen mit der Stadt nicht vereinnahmen zu lassen, oder anders formuliert, auch untereinander die Aspekte von Wirtschaftlichkeit und politischen Ansprüchen im eigenen Handeln zu vereinbaren.

Die Form der Genossenschaft zeichnet sich, so Münkner, einerseits durch den „Förderungs-zweck“ aus, demnach die Genossenschaft ihre Nutzer*Innen „durch Leistungsbeziehungen zu günstigen Bedingungen“ fördert und andererseits durch das „Identitätsprinzip“, dem zufolge

²¹ Der Aphorismus geht auf einen der genossenschaftlichen Gründungsväter, Friedrich Wilhelm Raiffeisen, zurück.

die Nutzer*Innen zugleich auch die Träger*Innen der genossenschaftlichen Unternehmung sind (ebd.: 30). Letzteres bedeutet, dass die Mitgliedschaft nicht nur eine Kapitalressource, sondern auch eine besondere Art der Geschäftsbeziehungen darstellt, die mit dem genossenschaftlichen Gedanken des Mitgliederwirtschaftens einhergeht. Genossenschaften bündeln, so Herbert Klemisch und Walter Vogt, „das, was vorher auf zwei Marktparteien aufgeteilt und von divergierenden Interessen geprägt war, auf eine (nämlich die schwächere) Partei, und lassen es von ihr durchführen. Träger und Nutzer, Inhaber und Kunde der genossenschaftlichen Leistung sind damit – im Idealfall – identisch.“ (Klemisch/Vogt 2012: 23) Diese „doppelte Identität“ kann „eine hohe Identifikation der Mitglieder mit ihrer Genossenschaft“ begünstigen, da „Interessenkonflikte vermieden werden, die bei erwerbswirtschaftlichen Unternehmen zwischen Eigentümern (hohe Gewinne) und Kunden (günstige Konditionen) bestehen“ können (Blome-Drees et al. 2015: 42). Aus dem Genossenschaftsgesetz leitet sich wiederum, im Unterschied zu anderen Kooperationsformen, der Auftrag der Genossenschaft zur eingangs erwähnten Mitgliederförderung ab: „Unternehmensgegenstand einer Genossenschaft, ihr Tätigkeitsfeld, sind somit alle Maßnahmen, mit denen der individuelle Förderzweck erreicht werden soll.“ (Klemisch/Vogt 2012: 12; vgl. auch Vogt 2011: 2)²² Das Kapital zeichnet sich also durch seinen „dienenden Charakter“ aus, denn „Genossenschaften zielen darauf ab, die wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Belange ihrer Mitglieder zu fördern“ (Blome-Drees 2012: 1).

Das Guthaben der Genossenschaft setzt sich unter anderem aus den Einzahlungen der Genossenschaftsanteile zusammen. Diese in das Kapital einfließende „wirtschaftliche Mitwirkung der Mitglieder“ wird wiederum durch die Genoss*Innen kontrolliert (Münkner 2014: 31). Allerdings „begründet eine weitere, freiwillige Kapitalbeteiligung jedoch für das Mitglied keine weiteren Rechte“ (Klemisch/Vogt 2012: 13). Bei Genossenschaften als „demokratisch verfasste Unternehmen“ gilt: „unabhängig von der Höhe der Kapitalbeteiligung hat jedes Mitglied in der genossenschaftlichen Willensbildung nur eine Stimme.“ (Blome-Drees 2012: 1) Das Verhältnis der Genoss*Innen wird also „nicht durch das eingebrachte Kapital, sondern durch die persönliche Teilnahme der Mitglieder als Leistungsabnehmer und Entscheidungsträger geprägt.“ (Blome-Drees et al. 2015: 42) Die Kooperation resultiert aus der „persönli-

²² Eine „auf Dauer angelegte Mitgliederförderung ist oberste Leitmaxime“ einer Genossenschaft, hält Günther Ringle fest, weist aber gleichzeitig auf Folgendes hin: „Einen gesetzlichen Förderauftrag im Sinne einer inhaltlichen Anweisung des Gesetzgebers an die Genossenschaft und deren Leitung gibt es nicht.“ (Ringle 2010: 24). Allerdings fehle es, so der Autor, nicht an „guten Lösungen“ jeweils konkreter Festlegungen und Umsetzungen des Auftrages zur Mitgliederförderung.

chen Mitwirkung der Mitglieder“, so dass im Idealfall die Mitglieder alle anstehenden „Entscheidungen, von denen sie selbst betroffen sind und für die sie die Verantwortung tragen“, zusammen treffen (ebd.: 42). Zwar erfolgt „die demokratische Entscheidungsfindung in der Generalversammlung grundsätzlich nach dem Kopfprinzip“ (Klemisch/Vogt 2012: 23), jedoch halten große Genossenschaften, die meist einer marktwirtschaftlichen Konkurrenz unterliegen, keine Generalversammlungen, sondern Vertreter*Innen-Versammlungen ab. In diesem Fall lauert jedoch die Gefahr einer „sinkenden Partizipation“ (Reichel 2012: 7) und es wird „nicht mehr das Ziel der Aktivierung der Mitglieder“ verfolgt (Klemisch/Vogt 2012: 24). Letzter Punkt verweist auf einen wichtigen Aspekt auch für meine Untersuchung bezogen auf die Formen, die eine längerfristige, verbindliche und aktivierende Teilhabe in der von *LUX & Konsorten* gegründeten Genossenschaft ermöglichen.

Sebastian Hill und Reiner Doluschitz betonen, dass trotz unterschiedlicher Meinungen zum Verständnis über genossenschaftliche Werte, die Aspekte „Demokratie, Solidarität, Selbsthilfe, Gleichheit, Selbstverantwortung, Gerechtigkeit und Freiwilligkeit den Kern der genossenschaftlichen Kultur“ ausmachen (Hill/Doluschitz 2014: 23f.).²³ Das Prinzip der Freiwilligkeit stellt eine Grundvoraussetzung für die Mitgliedschaft, die Geschäftsbeziehungen und die Kooperation der genossenschaftlichen Teilhabe dar: „Das Freiwilligkeitsprinzip bedeutet, dass jedem Mitglied freigestellt ist, ob und in welcher Intensität es mit dem genossenschaftlichen Geschäftsbetrieb zusammenarbeitet.“ (Blome-Drees et al. 2015: 41) Durch die „offene Mitgliedschaft“ können Mitglieder auf freiwilliger Basis an der für alle zugänglichen Organisation teilhaben, allerdings mit Übernahme entsprechender Pflichten und dem aktiven Einsatz gegen jegliche Art von Diskriminierung (Münkner 2014: 31). Inwiefern ein solches Engagement nicht nur als prinzipiell vorgeschriebener Konsens, sondern auch in der Praxis angewendet und von den Einzelnen getragen wird, stellt ebenfalls einen wichtigen Hinweis für meine Untersuchung dar. Der zentrale Grundsatz der Selbstverwaltung bedeutet, „dass die Mitglieder ihre Genossenschaft in Eigenregie leiten und damit der genossenschaftliche Erfolg oder Misserfolg letztlich vom eigenen Geschick abhängt.“ (Klemisch/Vogt 2012: 22) Als bedenklich erachten Klemisch und Vogt den Trend, „dass in Anlehnung an die Kapitalgesellschaften auch in Genossenschaften immer weiter professionelle Strukturen geschaffen und genossenschaftliche Führungspositionen vielfach mit Externen, also Genossenschaftsfremden besetzt

²³ Die Bedeutung und Wertschätzung von Werten wandelt sich je nach sozialem Umfeld und Zeit (Hill/Doluschitz 2014: 22). Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Werten, wie Verlässlichkeit, Kontinuität, Ehrlichkeit, soziale Verantwortung, Offenheit und Sicherheit, die den Genossenschaften zugeschrieben werden (ebd.: 26).

werden.“ (ebd.: 22). Diese Bedenken bei der Selbstverwaltung lenken meinen Forschungsblick auf Modi der Nachvollziehbarkeit von Entscheidungsprozessen für die Genoss*Innen, vor allem bei einer unüberschaubar werdenden Größe von über 200 Mitgliedern. Der Aspekt der „Selbstverantwortung knüpft letztlich an den Gedanken der Solidarhaftung an. Die Mitglieder stehen [...] für die Verbindlichkeiten ihrer Genossenschaft persönlich ein. Die gesetzliche Regelung der unbeschränkten Haftung der Mitglieder im Falle der Insolvenz der Genossenschaft ist allerdings abdingbar.“ (ebd.: 22) Die „Eigenverantwortung durch Kooperation“ (Steiner/Schütt 2011: 208) drücke sich auch durch die solidarische Haltung in der genossenschaftlichen Praxis aus (ebd.: 209). Das Solidaritätsprinzip deutet, so Klemisch und Vogt, auf „die schon angesprochene Solidarhaftung im Falle der Insolvenz“; aber auch „den jederzeit möglichen freiwilligen Ein- und Austritt der Mitglieder“ sowie „die freiwillige Bindung an selbst gesetzte Regeln“ oder „die Gleichheit der Mitglieder, unabhängig von der Höhe ihrer Kapitalbeteiligung“ und den „Eigennutzen, der jedoch nur gemeinschaftlich und im Einklang mit dem gemeinsamen Nutzen aller Mitglieder verfolgt werden kann“ (Klemisch/Vogt 2012: 24). Wie sich der oft im Abstrakten als selbstverständlich affirmierte Solidaritätsanspruch in der Realität niederschlägt, wird ebenfalls in der Untersuchung der im letzten Analysekapitel darzustellenden implementierten Selbstverwaltung in der Genossenschaft *flux eG* beschrieben. Münkner formuliert folgende „Rechtlinien“, die zur praktischen Umsetzung der Genossenschaftswerte beitragen sollen: Die „Ausbildung, Fortbildung und Information“ seien für die Gremienmitglieder und Angestellte durch die Genossenschaft für ihre „Fortentwicklung“ gewährleistet. Eine anzustrebende „Kooperation zwischen Genossenschaften“ wirke sich auf lokaler und globaler Ebene sowohl für die Mitgliederinteressen als auch die Genossenschaftsbewegung positiv aus. Schließlich verweise die „Sorge für die Gemeinschaft“ auf ein nachhaltiges und ökologisches genossenschaftliches Handeln (Münkner 2014: 31f.). Alle erläuterten Prinzipien und Werte führen Münkner zur abschließenden Begriffsdefinition: „*Eine Genossenschaft ist eine Gruppe von Personen, die sich freiwillig zusammengeschlossen haben, um gemeinsame wirtschaftliche, soziale und kulturelle Bedürfnisse durch ein gemeinsam getragenes und demokratisch kontrolliertes Unternehmen zu befriedigen.*“ (Münkner 2014: 32, Herv. i. O.)

Zusammenfassend lassen sich folgende theoretische Inspirationen bei der Verfolgung meiner zentralen Fragestellung nach den Möglichkeiten der kollektiven Organisierung prekärer Selbstständiger festhalten. Insbesondere geht es darum, die Artikulation ermächtigender Freiräume innerhalb selbstorganisierter Arbeits- und Lebensverhältnisse und kollektiver Gestal-

tungsspielräume innerhalb einer instituierenden Praxis zu spezifizieren, die sich zwischen einer notwendigen Organisationsentwicklung und einer angestrebten Hierarchielosigkeit in netzwerkartiger Zusammenarbeit bewegt. Konkret nehme ich folgende Leitfragen mit: Wie entsteht eine gemeinsame politisierende Haltung aus der heterogenen Zusammensetzung der Beteiligten? Wie lassen sich Entscheidungsprozesse hochskalieren, wenn sie nicht mehr mittels direkter Interaktion innerhalb einer überschaubaren Menge von Personen stattfinden, sondern in großen selbstverwalteten Zusammenkünften getroffen und implementiert werden? Durch welche Aktivierungsformate kann eine breite Beteiligung bei einer großen Anzahl von Akteur*Innen ermöglicht werden? Wie lassen sich asymmetrische Machtkonstellationen aufspüren? Welche Wissensvorräte führen zu kreativen Lösungsmöglichkeiten, die Akteur*Innen gegen vereinnahmende Verhandlungen ermächtigen? Wie lässt sich schließlich im untersuchten Feld die Verbindung von soziopolitischen Ansprüchen und ökonomischen Anforderungen zur Absicherung der eigenen Existenz spezifizieren?

3 Teilhabende Ethnografie

Das folgende Kapitel beginnt mit einem Nachdenken über die methodologischen Implikationen meiner Partizipation im Untersuchungsfeld, da ich in selbigem nicht allein als teilnehmende Beobachterin involviert war, sondern – ebenso wie die beteiligten Konsort*Innen – am gemeinsamen politischen Organisationsprozess der Initiative *LUX & Konsorten* mitwirkte. Meine Involvierung im Forschungsfeld ist daher auf besondere Weise durch den für ethnografische Untersuchungen typischen „Wechsel von Teilhabe und analytischer Durchdringung des Geschehens“ (Bollig 2010: 107) gekennzeichnet. Die daraus resultierende Verstrickung kann sowohl im sozialwissenschaftlichen als auch im aktivistischen Kontext als ein riskantes Unterfangen interpretiert werden. So wird innerhalb der qualitativen Sozialforschung ein „Aufgehen im Feld (,going native‘)“ seitens der Forschenden immer wieder problematisiert, weil sie dadurch „die Lernfähigkeit des Fremden und Novizen einbüßen“ würden und somit „der Luxus geduldiger Beobachtung [...] durch andere praktische Dringlichkeiten überschattet“ würde (Scheffer 2002: 355). In diesem Spannungsfeld zwischen „Grenzerhaltung und Mitgliedschaftsrolle“ wird des Weiteren davor gewarnt, dass „der Forscher als Forscher kein Mitglied der betreffenden Organisation werden kann. Dies wäre nur denkbar, indem er organisationsintern für partikulare Zwecke funktionalisiert wird“ (Wolff 2000: 340f.). Im Zentrum dieser Problematik steht hier also einerseits die Gefahr der vollständigen Teilnahme, da auf diese Weise die Handlungsroutinen im Forschungsfeld allzu vertraut erscheinen und somit verkannt

bleiben könnten, und andererseits eine Funktionalisierung der Forscher*In durch die Organisation drohe. In der Forschungsliteratur wird jedoch ebenso der Vorteil einer verstärkten Involvierung benannt, da durch „diese Art der Teilnahme Zutritt zu Bereichen“ geschaffen werde, die außenstehenden Forscher*Innen auch bei gelungenem Eintritt ins Feld versperrt blieben (Hildenbrandt 1984: 7). Plädiert wird im Anschluss an diese Auseinandersetzung häufig für die reflexive Einnahme einer ausbalancierten Feldposition zwischen teilnehmender Nähe und analytisch abgesicherter Zurückhaltung (vgl. Hitzler 2009: 213). In diesem Reflexionsprozess obliegt es dann den Forschenden, die während der ethnographischen Forschung entstehenden Dilemmata zu spezifizieren (vgl. Keller 2015). Innerhalb dieser Rufe nach einer solchen „mittleren“ Position zwischen Vertrautheit und Distanz dominiert in der qualitativen Methodologie jedoch weiterhin der Anspruch eines distanzierten Blickes, um das „wissenschaftsbezogene Relevanzsystem“ der Forschenden nicht aufzugeben (Hitzler/Gothe 2015: 13). Exemplarisch für das Misstrauen gegenüber einer stärkeren Bindung zum Feld steht die Warnung der „Verführung im Feld“, die Pierre Bourdieu gegenüber seinem Schüler Louis Wacquant ausspricht, als letzterer begann, in dem von ihm untersuchten Boxclub innerhalb eines schwarzen Ghettos zu trainieren (Wacquant 2003: 10). Auch Victoria Hegner beschreibt dieses Problem einer „methodischen Grenzüberschreitung“ – manchmal auch zugespitzt als ein „Überlaufen“ in das Feld titulierte –, wie aus folgender Empfehlung ersichtlich wird: „Sicher, man sollte die Perspektive eines Insiders bieten können, aber nicht ‚wirklich‘ einer werden“ (Hegner 2013). Bei meiner eigenen analytischen Gratwanderung zwischen meiner intensiven Involvierung in das untersuchte *LUX & Konsorten*-Projekt und dem potentiellen Verlust meiner wissenschaftlichen Redlichkeit war auch ich mit diesem Problem der methodischen Grenzüberschreitung konfrontiert, welches darin bestand, dass meine politischen Werte distanzlos in die ethnografische Arbeit einfließen könnten.

Aus der Perspektive der „Beforschten“ hingegen werden Forscher*Innen in aktivistischen Kreisen mit einem anderen Vorwurf der Grenzüberschreitung konfrontiert. So ist im „Recht auf Stadt“-Netzwerk beispielsweise die Haltung der Zurückweisung wissenschaftlicher Interviewanfragen verbreitet, die sich in der Sorge begründet, „ausgeforscht“ oder „am Ende in einen falschen Kontext gestellt zu werden“ (Füllner 2016: 19). In meinem Fall war ich jedoch aufgrund meiner politischen Teilhabe weniger mit Zugangsbarrieren konfrontiert. Allerdings kannte ich aus dem eigenen politischen Umfeld im *Euromayday*-Kontext und auch später in *LUX & Konsorten* die kritische Haltung gegenüber Forscher*Innen, die „Daten und Informationen abschöpfen, ohne ihre Verwertung zu erörtern und oft latent im Auftrag der gesell-

schaftlichen Ordnung arbeiten“, wie ein Konsorte auf meine Frage nach seiner Distanz zu sozialen Bewegungsforscher*Innen es in einem informellen Gespräch formulierte. Diese Kritik rief bei mir das Unbehagen der doppelten Loyalitätsverortung hervor, da ich aufgrund meiner Subjektposition nie konfliktfrei den Akzeptabilitätsregeln der unterschiedlichen Relevanzsysteme – weder dem der Wissenschaft noch dem des Aktivismus – entsprach. Zugleich war ich mit einer impliziten Aufforderung konfrontiert, mich eindeutig zu einem der beiden Bereiche zu bekennen. Allerdings war es vielleicht gerade diese Herausforderung, in beide Felder involviert zu sein, die mich dazu bewegte ein methodisches Forschungsdesign zu entwickeln, welches sowohl den sozialwissenschaftlich regelgeleiteten Relevanzanforderungen als auch den feldspezifischen Engagementserwartungen entsprach. Vor dem Hintergrund einer ähnlichen Problematik entwickelte Marion Hamm die Strategie einer „*reflexiven Hybridisierung*“, die eine Position begünstigt „sowohl im Feld des Aktivismus als auch im Feld der Universität angesiedelt“ zu sein, so dass „der Dialog zwischen beiden begünstigt“ werde (Hamm 2013: 67, Herv. i. O.). Die von der Bewegungsforscherin anvisierte Konzeption einer „*reflexiven, aktivistischen Wissenschaftlichkeit*, innerhalb derer die engagierte Forschende ihre politische und manchmal auch persönliche Involviertheit einbringen kann, und sich gleichzeitig der Interessen und Hierarchien, die sich aus ihrer Rolle als Wissenschaftlerin ergeben, bewusst bleibt“ (ebd.: 62) traf jedoch nur zum Teil auf meine Situierung zu: Ich habe mich nie als engagierte Ethnographin im Feld präsentiert. Ich führte auch weder Aktionsforschung (von Unger 2014) durch, in der die beteiligten Feldakteur*Innen in einem von mir explizit abgegrenzten Forschungsprojekt einbezogen gewesen wären noch produzierte ich als Forscherin prozessorientiertes Wissen, welches nachhaltig die Selbstwirksamkeit der Aktivist*Innen unterstützen sollte. Ich war selbst als Konsortin tätig und wurde in dem Sinne als solche wahrgenommen, als dass ich die spezifischen Fertigkeiten meiner akademischen Profession in eine Protestinitiative von Selbstständigen einbrachte. Aus diesem Einsatz heraus entwickelte sich sukzessiv mein Interesse daran, den Prozess der Organisierung prekärer Selbstständiger zu verstehen. Ich fing also an, die Praxis einer Konstellation von politischen Akteur*Innen zu untersuchen, deren Teil ich selbst war. Aus dieser forschenden Situierung *quer* durch die Felder der Wissenschaft und Politik versuchte ich, die Perspektive einer *Teilhabenden* Ethnografie einzunehmen.

3.1 Situativ entfaltete Wissensverschränkungen

Den im vorherigen Absatz beschriebenen Ansätzen qualitativer Sozialforschung, die für eine „wissenschaftliche Distanz“ plädieren, liegt die Vorstellung des Forschungsfeldes als einem

fremden Terrain, das durch längeren Aufenthalt schrittweise vertraut gemacht werden kann, zugrunde. Claudia Lemke relativiert in ihrem Buch „*Ethnographie nach der Krise der Repräsentation*“ diese Perspektive durch den Verweis, dass das Forschungsfeld „keines mehr [ist], in das der Ethnograph von außen eindringt“, sondern „ein gemeinsam geteilter, ungeteilter“ Raum, in dem sich der Forschende „genauso wenig seiner Raum-Zeit-Gebundenheit, seiner Situiertheit entledigen“ kann wie die Beforschten (Lemke 2011: 62). Für eine solche situierte Wissensproduktion tritt seit Mitte der 1990er Donna Haraway ein, die Wissenschaft als „anfechtbaren Text“ versteht, in dem „Fakten und Artefakte“ durch „Überredungsstrategien“ und machtvolle Rhetorikkunst „die Gestalt von erstaunlichen neuen Objekten“ annehmen (Haraway 1995a: 75). Das Verständnis von Wissen als einem „verdichtete[n] Knoten in einem agonistischen Machtfeld“ beschreibt nicht nur treffend meine teilhabende Wissensproduktion als die spezifische Sichtweise meiner Verstrickung in der Praxis in der politischen Assoziation *LUX & Konsorten*. Es bietet zugleich, in Anschluss an Haraway, die Option, „für eine Theorie und Praxis der Objektivität ein[zut]reten, die Anfechtung, Dekonstruktion, leidenschaftlicher Konstruktion, verwobenen Verbindungen und der Hoffnung auf Veränderung von Wissenssystemen und Sichtweisen den Vorrang gibt“ (ebd.: 84f.). Entgegen der gängigen wissenschaftlichen Vorstellung, wie durch einen „göttlichen Trick, alles von nirgendwo sehen zu können“ (ebd.: 81), wird in dem durch Haraway eingeführten unkonventionellen Objektivitäts-Verständnis die These formuliert, dass Wissen nur von einem bestimmten Ort heraus generiert werden kann: „Dieser objektive Blick stellt sich dem Problem der Verantwortlichkeit für die Generativität aller visuellen Praktiken, anstatt es auszuklammern. [...] Feministische Objektivität handelt von begrenzter Verortung und situiertem Wissen und nicht von Transzendenz und der Spaltung in Subjekt und Objekt.“ (ebd.: 82) Diesen Ausführungen folgend, greife ich in meiner Forschungsarbeit auf eine solche Definition einer feministischen Objektivität zurück, da diese nicht nur die Maxime einer neutralen Wissensgenerierung infrage stellt, sondern im Gegenteil Wissensproduzent*Innen dazu auffordert, die Machtverhältnisse zu explizieren, aus denen ein bestimmtes Wissen hervorgeht und die Verantwortung für die Effekte dieses Wissens zu übernehmen. Diese Kopplung von Wissen und (Macht)Politik liefert wissenschaftstheoretisch die angemessene methodologische Prämisse meiner involvierten Wissensproduktion im untersuchten politischen Feld. Meine machtvolle Verstrickung in *LUX & Konsorten* kann also als eine verantwortungsvolle Darstellung eines situierten Wissens aus den geteilten Ereignissen im Aktionsraum der analysierten Assoziation gelesen werden. Machtvoll ist meine Verstrickung unter anderem dahingehend, dass meine Situierung im untersuchten Projekt sich dadurch spezifizierte, dass ich während der gesamten Zeit Teil eines

Zusammenhangs von ca. 20 Akteur*Innen war, die regelmäßig an der Konzeption und Durchführung der Interventionen im öffentlichen Raum arbeiteten. Im Vergleich zu meiner protagonistischen Stellung im *Euromayday*-Kontext veränderte sich allerdings meine Sprecherin-Position innerhalb der Kampagne der selbstständig arbeitenden Konsort*Innen. Vor dem Hintergrund, dass ich zur Zeit des *LUX & Konsorten*-Projektes nicht mehr freiberuflich arbeitete (vgl. Kap. 2), konnte ich nicht mehr aus erster Hand von der Prekarität in der Selbstständigkeit sprechen. Diese Position der Stummheit bereitete mir zunächst ein großes Unbehagen. So grübelte ich oft auf dem Nachhauseweg nach den wöchentlichen *LUX & Konsorten*-Treffen über meinen Platz in dieser politischen Konstellation. Ich beobachtete stets meinen spezifischen Einsatz im Vergleich zu den Beiträgen der Mitstreiter*Innen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen meinen Beiträgen und denen der anderen Teilnehmer*Innen herauszufinden. Die zunehmend drängende Frage nach meiner Anteilnahme an dem Projekt diskutierte ich zugleich mit politischen Freund*Innen und bemerkte, dass ich während der Suche nach der Spezifizierung meines Verhältnisses zum politischen Projekt eine forschende Methodik anwendete. In den kleinen und größeren Versammlungen, in denen unterschiedliche Akteur*Innen mit ihrem jeweils verkörperten Wissen, ihren Interessen und Aufgaben aufeinandertrafen, zeichnete sich meine zunächst als „stumm“ wahrgenommene Anwesenheit als eine forschend-situierte Haltung aus: In Diskussionen stellte ich meistens die für qualitative Sozialforscher*Innen typischen „offenen“ Fragen, statt mich mit bewertenden Statements einzubringen. Ich hinterfragte selbstverständliche Annahmen in den Äußerungen der einzelnen Beteiligten. Und in den seltenen Fällen, in denen ich in öffentlichen Veranstaltungen etwas vortrug, ging es um Präsentationen zur Selbstdarstellung des Assoziationszusammenhangs. Eine solche Anteilnahme liegt einem Verständnis vom erkennenden Subjekt zugrunde, das laut Haraway

„in all seinen Gestalten partial und niemals abgeschlossen, ganz, einfach da oder ursprünglich [ist], es ist immer konstruiert und unvollständig zusammengeflickt, und deshalb fähig zu Verbindung mit anderen und zu einer gemeinsamen Sichtweise ohne den Anspruch, jemand anders zu sein. Das Versprechen der Objektivität liegt darin, daß wissenschaftlich Erkennende nicht die Subjektposition der Identität suchen, sondern die der Objektivität, d.h. der partialen Verbindung.“ (ebd.: 86)

In den Erkenntnismomenten dieser „partialen Unabgeschlossenheit“ werde einer „Vervielfältigung der Perspektiven“ stattgegeben, bei der es „nicht um eine Befreiung von der Partialität, sondern um deren Freisetzung“ geht (Trinkaus 2013: 141). Unter dieser Annahme können meine forschend-situierten Auseinandersetzungen innerhalb des politischen Projektes weniger als unzulängliche subjektive Befangenheiten abgewertet werden, sondern als eine berechnete partielle Sichtweise, die den untersuchten Organisationsprozess der prekären Selbstständigen

zu spezifizieren vermag. Während dieser teilhabenden Spezifizierung in *LUX & Konsorten* konzentrierte sich mein Interesse immer mehr auf die Frage nach der Wirkungsmächtigkeit des sozialen Gefüges²⁴, in das ich eingebunden war. Dabei legte ich den Fokus nicht auf den Einzelnen, sondern richtete meinen Blick auf die Kopplung der jeweiligen Praktiken in den diskursiv-materiellen Verbindungen, die sich im Projekt realisierten.

Das aus meinen intensiven temporären Verbindungen hervorgebrachte Wissen, welches der Vorstellung einer distanzierten Herstellung von Fakten widerspricht, kann durch Karen Barads These erfasst werden, „dass *Wissenspraktiken spezifische materielle Auseinandersetzungen [*engagements] sind, die an der (Re)Konfigurierung der Welt teilhaben.*“ (Barad 2013: 58, Herv. i. O.) Einen exemplarischen Ausschnitt von Engagements, in denen Wissen sich immer wieder neu konfiguriert, bieten meine erhobenen Interviewstatements in der *LUX & Konsorten*-Kampagne. Diese stellten weniger das Produkt einer intendierten Strategie der Datenerhebung im Rahmen eines eindeutig verfolgten Forschungsprojektes dar, sondern entstanden durch meine soziologische Neugier im Rahmen der Gründungsaktion von *LUX & Konsorten*. Wie im Vorfeld jeder Versammlung im öffentlichen Raum gingen die einzelnen Beteiligten unterschiedlichen Aufgaben nach: Die Einen bauten, die Anderen konzipierten Flyer oder erfanden Sprüche für Aktions-Schilder. Ich malte zusammen mit einigen Gefährt*Innen Transparente und schrieb Sprüche auf Sprechblasen, entwickelte jedoch auch die Idee, die Beteiligten nach den Beweggründen ihrer Teilnahme an dem Projekt zu befragen, weil mich interessierte, wie es dazu kam, dass die im engen Aktionskreis beteiligten Consort*Innen sich so viel Zeit nahmen, um regelmäßig und verbindlich ohne Bezahlung an dem Projekt zu arbeiten. Die auf Tonband aufgenommenen Statements – darunter auch meine Stellungnahme – transkribierte ich in der Folge auf DIN-A3-Blätter und hängte sie als einen meiner spezifischen Beiträge für den ersten Aktionstag an dem Infopoint-Container auf (vgl. Foto rechts). Später wurden diese Zitate auf der Homepage der Initiative veröffentlicht. Ausschnitte der Interviewstatements habe ich zu einem anderen Zeitpunkt in einen Artikel eingearbeitet, in dem ich erste Ideen über urbane Politiken am Beispiel der von *LUX & Konsorten* verfolgten Unternehmungen entwickelte (Panagiotidis 2013). Im Rahmen der vorliegenden Promotionsarbeit wurden



²⁴ Der Begriff des Gefüges erfasst „die Linien und meßbaren Geschwindigkeiten“ und wird begrifflich, abgesetzt von den universalistischen Zügen des strukturalistischen Sprachdenkens, als Einrichtung, Anordnung, Aufstellung, Arrangement verstanden (Deleuze/Guattari 1992: 12).

die Interviewausschnitte einer feinen Analyse unterzogen und liegen dieser als ein Teil meines Datenmaterials zugrunde. Die Statements nahmen also, verwoben in die jeweils spezifischen Produktionskontexte quer durch die Felder der Sozialforschung und des Aktivismus, unterschiedliche Formen an. In ihrem posthumanistischen ethnografischen Forschungsprogramm des „Becoming With“ spezifiziert Cornelia Schadler, dass eine „Forschungsleistung [...] nicht die alleinige Leistung einer Forscher*in oder eines Teams [sei], sondern ein temporäres Ergebnis aus dem Zusammenspiel von Partizipierenden“, in dem „sozialwissenschaftliche Methoden, theoretische Ausrichtungen und auch Partizipierende aus dem Umfeld der Sozialwissenschaftler*innen“ zu „Apparate[n] werden [können], die spezifische Cuts setzten.“ (Schadler 2013: 58f.) Die im Anschluss an Barad zitierten „Apparate“ stellen nicht einfach methodische Instrumente der Beobachtung dar, zumal es, so Barad, nicht bloß darum geht „die Beobachter_in wieder in die Welt zu holen (als ob die Welt ein Behälter wäre und wir bloß unsere Situiertheit in ihr anerkennen müssten), sondern die Tatsache zu verstehen und zu berücksichtigen, dass auch wir Teil des differenziellen Werdens der Welt sind.“ (Barad 2013: 58) Denn durch getroffene „Schnitte“ werden unterschiedliche Beteiligte in ihrer gemeinsamen Konstitution verschränkt: „Schnitte schneiden ‚die Dinge‘ zusammen und trennen sie voneinander. Schnitte werden nicht von außen vollzogen, und sie werden auch nicht ein für allemal vollzogen.“ (Barad 2012: 76) Wenn sich der Apparat verändert, dann verändert sich auch der vollzogene Schnitt. Durch den beschriebenen Entstehungs-, Verwendungs- und Verwertungskontext meiner Interviewstatements gehe ich, Barad folgend, also einen Schritt weiter und führe diese Wissenserzeugnisse nicht nur auf das Zusammenwirken von Forschenden(rollen) und Aktivist*Innen(rollen) zurück, sondern hebe sie als temporäre (Re)Konfigurationen hervor, die – wie in meinem Fall – durch spezifische Schnitte aus diskursiv-materiell durchquerten Verkörperungen forschender und aktivistischer Tätigkeitsanteile hervorgehen, welche über einen separierten Forschungsrahmen hinaus wirken. Die gleiche Anordnung von Zeichen der Interviewstatements wurde also zusammen- und auseinandergeschnitten und entfaltete somit in den jeweiligen Verschränkungen eine spezifische Wirkmächtigkeit – mal als aufgehängte Akteur*Innen-Portraits mal als empirische Grundlage für einen analytischen Prozess.

Durch meine partikularen Einschnitte innerhalb der temporären Gemengelagen aus Redebeiträgen, Sprüchen auf Schildern, Verhüllungen von Gebäuden und getragenen Bauarbeiter*Innenwesten in den untersuchten politischen Interventionen, wurde ich, zumindest in den Mo-

menten meiner selektiven beobachtend-analytischen Verortung, zum Instrument der Kartierung riskanter Grenzziehungspraktiken.²⁵ Dabei gilt es, so Barad, „zu berücksichtigen, dass die Apparate der Produktion von Körpern, die selbst Phänomene sind, (auch) Teil der Phänomene sind, die sie hervorbringen: Phänomene werden ständig neu eingefaltet und neu geformt.“ (ebd.: 85) So entstehen durch verschiedene Schnitte verschiedene Phänomene, verstanden als „differentielle Relevanzmuster (,Streuungsmuster‘)“ (ebd.: 20f.) innerhalb von „Intraaktionen“²⁶, in denen menschliche Körper „wie alle anderen Körper auch, keine Entitäten mit vorgegeben Grenzen und Eigenschaften, sondern spezifische Phänomene [sind], die spezifische Grenzen und Eigenschaften durch die erweiterbare Dynamik der Intraaktivität erwerben.“ (ebd.: 76) In dieser dynamischen und sich ständig verändernden Betrachtung wird Räumlichkeit intraaktiv als eine materielle (Re)Konfiguration durch Grenzen und Ausschlüsse hergestellt (vgl. ebd.: 93). In diesem Sinne stellen auch die Daten der vorliegenden Arbeit selektive (Aus)Schnitte meiner Auseinandersetzung dar.

In ihrer Analyse der „Grenzereignisse als krisenhafte Momente“ spezifizieren Vassilis Tsianos und seine Forschungskolleg*Innen, dass sie ihren Fokus auf Situationen richten, innerhalb derer sich „Irregularitäten in formellen oder informellen Prozeduren des Grenzgeschehens sichtbar und artikulierbar machen“, in dem sie als „Störungen“ auftauchen (Tsianos 2015: 116). Aus dieser Untersuchungsperspektive konkretisiert der Autor: „Ich fange an, Feldforschung zu betreiben, wenn ich innerhalb eines gelebten, beobachteten, mich in meiner Forschersubjektivität irritierenden Resonanzraumes des Feldes agiere und dort kleine oder große Krisenmomente erkenne.“ (ebd.) Bei der vorliegenden Arbeit fokussiere ich vor diesem Hintergrund auf Ereignisse, die ich aufgrund ihrer Intensität als immer wiederkehrende und aufsehenerregende Situationen auswählte, oder weil sie irritierend bzw. verwundernd auf

²⁵ „[S]o sind auch Körper als Wissensobjekte materiell-semiotische Erzeugungsknoten. Ihre Grenzen materialisieren sich in sozialer Interaktion. Grenzen werden durch Kartierungspraktiken gezogen, >Objekte< sind nicht als solche präexistent. Objekte sind Grenzprojekte. Aber Grenzen verschieben sich von selbst, Grenzen sind äußerst durchtrieben. Was Grenzen provisorisch beinhalten, bleibt generativ und fruchtbar in Bezug auf Bedeutungen und Körper. Grenzen ziehen [sichten] ist eine riskante Praktik.“ (Haraway 1995a: 96)

²⁶ „Der Begriff der *Intraaktion* (im Gegensatz zur gewöhnlichen ‚Interaktion‘, die die vorgängige Existenz unabhängiger Entitäten oder Relata voraussetzt) stellt einen tiefgründigen begrifflichen Wandel dar. Die Grenzen und Eigenschaften der Bestandteile von Phänomenen erlangen durch spezifische agentielle Intraaktionen Bestimmtheit, und bestimmte Begriffe [...] erlangen durch diese Intraaktionen ihre Bedeutung. Intraaktionen umfassen die weitere materielle Anordnung (d.h. die Menge materieller Praktiken), die einen *agentiellen Schnitt* zwischen ‚Subjekt‘ und ‚Objekt‘ vollzieht (im Gegensatz zum bekannten kartesischen Schnitt, der diese Unterscheidung für gegeben hält. Der agentielle Schnitt trifft eine Entscheidung innerhalb des Phänomens der vorgegebenen ontologischen (und semantischen) Unbestimmtheit.“ (Barad 2012: 20, Herv. i. O.)

mich wirkten. Mein Datenkorpus setzt sich demnach aus den folgenden Materialsorten zusammen: *Erstens* greife ich auf die erwähnten Interviewstatements zurück, welche ich konkret leitete und durch folgenden Erzählimpuls einleitete:

„Du arbeitest bzw. unterstützt im Moment das Projekt „günstige Gewerberäume selbst gemacht“! Was bedeutet für Dich *LUX & Konsorten* und welchen Anteil zeichnest Du dabei?“

Zweitens besteht ein großer Korpus meines Materiales aus Presseerklärungen und Einladungen, die vor, während oder nach den Aktionen aus einer kollaborativen Produktion der beteiligten Konsort*Innen entstanden sind. *Drittens* verwende ich ausschnittsweise Transkriptionen der Gespräche aus den Aktionen und einer von *LUX & Konsorten* durchgeführten Veranstaltung im Altonaer Museum.²⁷ Diese Datenmaterialien werden *viertens* mit thematisch fokussierten Erinnerungsnotizen der regelmäßigen Treffen und Aktionen des Selbstständigen-Projektes verwoben. Meine Interpretationen der situativen Begegnungen mit Dingen und Menschen in *LUX & Konsorten* werden als ethnografische Inskriptionen²⁸ in der vorliegenden Arbeit sichtbar. Diese Einschreibungen im untersuchten Aktionsraum stellen weniger Reflexionen des Untersuchungsfeldes im Sinne einer rekonstruierten vorgegebenen Wirklichkeit dar, sondern sind Produktionen, die in und aus den Begegnungen mit den Daten-Transkriptionen entstehen. In diesen Verschränkungen aktualisieren sich also Fragmente verkörperter Erfahrungen aus dem Depot meines langjährigen Engagements in politischen Zusammenhängen und aus meiner akademischen Professionalisierung als Sozialforscherin. Aus ihrer spezifischen Situierung heraus werden auch die Erfahrungen der anderen Konsort*Innen im Rahmen der Auseinandersetzungen in *LUX & Konsorten* eingebracht. Somit betrachte ich sowohl die generierten Statements der Mitstreiter*Innen als auch meine Interpretationen im Aktionsraum der Assoziation als partiale Lesarten unserer jeweiligen gelebten Erfahrungen der gemeinsam geteilten politischen Praxis. Insofern existieren die Datenmaterialien nicht vorab, um in einem äußerlichen Verhältnis in ihrer Totalität gedeutet zu werden, sondern entstehen als machtvolle (Re)Konfigurationen durch eine selektive Auswahl der erzeugten Daten, die mit einer spezifischen Praxis des Lesens kombiniert wurden.

²⁷ Diese Materialsammlung ist der Homepage der Projektes *LUX & Konsorten* entnommen worden, <http://www.lux-net.de/>, vgl. Datenverzeichnis.

²⁸ Bruno Latour verweist mit dem Begriff auf den „Inskriptionsprozess“, in dem wissenschaftliche Fakten durch die Forscher*Innen lesbar gemacht werden: „Das Unsichtbare wird sich sichtbar und das ‚Ding‘ bekommt eine schriftliche Spur, die wie jeder Text nach Belieben gelesen werden kann.“ (Latour 2006a: 126) So verstehe ich unter Inskriptionen die textuellen wie auch visualisierten Formen der Darstellung meiner beobachteten und erlebten verkörperten Erfahrungen im Forschungsraum als auch das Wissen, das durch das Lesen und analytische Erarbeiten meiner Forschungsmaterialien produziert wird.

3.2 Partiale Erzählungen statt homogenisierender Theoriebildung

Die Entwicklung von Lesarten folgt nicht einem Aufbrechen der Daten – im Sinne der „Grounded Theory“ (Strauss/Corbin 1996) –, sondern kann eher als ein Öffnen meiner Sichtweisen in der Auseinandersetzung mit den Daten verstanden werden. In meinen Interpretationsleistungen geht es also weniger darum, den Sinn in den erhobenen Aussagen im Namen der einzelnen Akteur*Innen zu deuten, sondern Lesarten zu entwickeln und assoziative Irrwege zu durchlaufen, welche (erste) normalisierende Auslegungen der Texte verrücken. Die Erarbeitung der unterschiedlichen Materialien erfolgt, indem die ausgewählten Ausschnitte innerhalb der langen Gespräche, Statements, Dokumente und Beobachtungen Fragen unterzogen und mittels verschiedener theoretischer Anschlüsse an den Daten durchgelesen werden (Mazzei 2014: 743). Bei dieser analytischen (Re)Konfiguration geht es mir insbesondere um das Herausarbeiten von Mikropolitiken,²⁹ die in Handlungsspielräumen auftauchen, in denen Regeln einer vorgegebenen Ordnung verschoben werden. Dieser Untersuchungsblick wird in der „Analytik des Werdens“³⁰ eingenommen, die den Anspruch erhebt

„als epistemisches Element der Forschung eine Wahrheitsstrategie zu kultivieren, die eine Sensibilität für jene Gelegenheiten und Momente der Bewegung, der Verhandlung, der Durchquerung und des Kampfes entfaltet, die auf die Emergenz und Kontingenz in den situativen verkörperten mikrosozialen Praktiken von Akteur_innen und Aktant_innen hindeuten und eine Sensitivität zu entwickeln für das Einfangen der Momente von Dynamiken“ (Pieper/Panagiotidis/Tsianos 2011: 204).

²⁹ Der auf Gilles Deleuze und Félix Guattari rekurrierende Begriff der „Mikropolitik“ (vgl. Deleuze und Guattari 1992, S. 283ff.; Guattari 1977) verweist, so Ralf Krause und Marc Rölli, weder auf „eine Politik im Kleinen“ noch bezieht sich dieser auf „das Handeln Einzelner im Unterschied zum großen Ganzen, sondern „umschreibt vielmehr die Vielzahl differenziell bestimmter, interagierender Strömungen, die den Einzelnen wie die Gesellschaft durchziehen“ (Krause/Rölli 2010: 131). Auch Friedrich Balke verweist in seinem Buch „Gilles Deleuze“ darauf, dass Mikro-Politik nicht nur den Bereich der „Phantasie oder der individuellen ‚Vorstellungen‘“ umfasst: „Das Molekulare [Mikropolitische] ist also in seiner Wirksamkeit keineswegs auf einen bestimmten gesellschaftlichen Ort beschränkt, es ist vielmehr jene Kraft, die sich überall zur Geltung bringt, weil sie gewissermaßen ortlos und in diesem Sinne ‚nomadisch‘ ist. Das Molekulare bezeichnet nicht die Dimensionen des Kleinen im Verhältnis zum Großen, des Individuellen im Verhältnis zum Kollektiven, des Privaten im Verhältnis zum Öffentlichen, sondern die Wirkungsweise des Wunsches, die eben darin besteht, die gewohnten Grenzziehungen zwischen dem Psychischem und Sozialen außer Kraft zu setzen.“ (Balke 1998: 123f.)

³⁰ Die Entwicklung dieser Untersuchungsperspektive begann in einem gemeinsamen Forschungsseminar mit Marianne Pieper und Vassilis Tsianos (2009; 2011) an der Universität Hamburg und ging der Herausforderung nach, die „in der Übersetzung einer Analytik des Werdens in einen empirischen Forschungsprozess [bestand], der die Verabsolutierung der viktimologischen Perspektive auf Subjektivierungsprozesse durchkreuzt, ohne zugleich [...] Erfahrungen des Erleidens und des Ausgeliefertseins an Herrschaftspraxen und Gewaltverhältnisse zu negieren.“ (Pieper/Panagiotidis/Tsianos 2011: 201f.) Sie wurde dann von Marianne Pieper, Brigitta Kuster und Vassilis S. Tsianos (2011) in „Making Connections. Skizze einer net(h)nografischen Grenzregimeanalyse.“ sowie im „ESF-Projekt: Partizipation mehrfach diskriminierter Menschen am Arbeitsmarkt (CEPAR) - Participation Research“ (Pieper/Haji Mohammadi 2014) weiterentwickelt. Eine umfassende Überarbeitung der Perspektivierung der „Analytik des Werdens“ erfolgt in einem aktuellen Artikel in der Zeitschrift *movements* (Pieper 2016).

Diese Forschungsperspektivierung legt darauf Wert, Bewegungsmöglichkeiten und Inkraftsetzungen innerhalb stratifizierender Linien aufzuspüren, die „von dem Begehren nach anderen, besseren Lebensbedingungen“ durchzogen sind (Pieper/Haji Mohammadi 2014: 242). So entstehen diskursiv-materielle Verschränkungen in situativen Praktiken der Verbindung, welche, so Marianne Pieper, die Wirkmächtigkeit regulierender Ordnungen umcodieren und über das „Verhaftet-Sein“ aus den gegebenen Restriktionen gesellschaftlicher Verhältnisse „hinaustreiben“ (vgl. Pieper 2016). Mögliche Verschiebungen innerhalb von vorhandenen Einschränkungen spezifiziert Susanne Völker mittels einer „mikroperzeptiven Betrachtung“ (Völker 2013: 230) der Umbrüche in der Prekarität, die „aktuelle Transformationen durch die Beschreibung des partiellen ‚kleinen‘, konkreten Ereignens von (sozialen) Einbindungen fassbar zu machen [versucht], ohne damit wirklich beurteilen oder vorhersagen zu können welche langfristig – etwa repressiven oder eröffnenden – Effekte diese Einbindungen haben werden.“ (ebd.: 210) In der „Befragung partieller Verortungen, Positionierungen und Stellungnahmen im Stattfinden vom Sozialen“ geht Völker also „dem Ereignen von Transformation“ nach (ebd.: 209), in dem herzustellende und hergestellte soziale „Einbindungen“ in ihrer Prozesshaftigkeit „zur Praxis hin geöffnet“ und in „ihrer Intensität und Komplexität“ betrachtet werden (ebd.: 231). Die Komplexität sozialer Gefüge ist dadurch gegeben, „dass das Feld des Möglichen durch die Eingriffe vielzähliger Akteur_innen eben nicht begrenzt und eindeutig, sondern vieldeutig und kontingent ist. Es unterliegt zudem in seiner Dynamik nur recht eingeschränkt der klassifikatorischen Macht des soziologischen Blicks.“ (ebd.: 210) Vor diesem Hintergrund stellt mein Verfolgen der „feinen Details“ (Barad 2013: 60) – sowohl in den erlebten Ereignissen im untersuchten Aktionsfeld als auch in meiner Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Datenmaterialien – eine detaillierte Suche nach irritierenden Momenten der Grenzdurchquerung in mikropolitischen Praktiken dar, die nicht nur mittels soziologischer Konzepte von symbolischer Macht als Unterwerfungspraktiken gedeutet werden können. Die Verschriftlichung der durch vielschichtige soziale Eingriffe und Einbindungen entstehenden Differenzmuster zielt somit nicht auf eine homogenisierende Theoriebildung, die eine repräsentative Darstellung des Organisationsprozesses von *LUX & Konsorten* beansprucht, noch wird beabsichtigt, den Organisationsprozess der Initiative durch die eigenen Reflexionen widerzuspiegeln. Bei meinen analytischen Erzählungen sollen also weniger Objekte durch ein herkömmliches Verständnis von auf dem Prinzip der Gleichheit beruhender Reflexivität in einem „authentischen“ und „frei von Verzerrung“ entstehenden Spiegelbild „auf Distanz gehalten werden“ (ebd.: 55). Vielmehr ist mein Einsatzpunkt der, meine Daten in Anschluss an Barad mittels sogenannter „Diffraktionsmuster“, die gerade im Widerspruch zu einer spiegelbildli-

chen Repräsentation stehen, analytisch zu betrachten und somit auf das „Markieren von Differenzen von innen und als Teil eines verschränkten Zustandes“ zu verweisen (ebd.). Diese von Barad weiterentwickelte Betrachtung von Diffraktionsmustern geht auf Haraways Begriff der „Diffraktion“ zurück, die „eine Differenz in der Welt einführt, einen Unterschied macht, statt das Selbe lediglich an einen anderen Ort zu verschieben“ (Haraway 1995b: 140). Diese optische Metapher ist dem physikalischen Phänomen der Beugung von Licht entliehen, die wie folgt spezifiziert wird:

„Die Beugung bildet die Überlagerung ab, nicht die Replikation, Spiegelung oder Reproduktion. Ein Beugungsmuster verzeichnet nicht den Ort, wo Differenzen auftreten, sondern den Ort, wo die Wirkungen der Differenz erscheinen. In tropischer Hinsicht, für die monströsen Versprechen, verleitet ersteres zur Illusion einer wesenhaften festgelegten Position, während letzteres uns dazu erzieht, genauer zu beobachten.“ (ebd.: 21)

Die Optik der Diffraktion biete also „die Möglichkeit, Differenzen [...] als Effekt eines relationalen Gefüges zu denken und darauf aufbauend: auf eine neue Weise neue (Lebens)Geschichten zu entwerfen.“ (Deuber-Mankowsky 2011: 89) Diese Stories gilt es „durch im Weg stehende Hindernisse“ in den entstehenden „Diffraktionsmustern“ (ebd.: 90) zu verfolgen, die eine heterogene „Geschichte von Interaktionen, Überlagerungen, Verstärkungen und Differenzen auf[zeichnen]“ (ebd.: 91). Dieses Denken in Diffraktionen hat wiederum auch Konsequenzen für die Bestimmung von Objektivität, die mit Barad nun darüber definiert wird, dass im Forschungs- und Analyseprozess „das Beachten von Markierungen auf Körpern, also von materialisierten Differenzen, Differenzen von Gewicht“ (Barad 2013: 55) beachtet und beschrieben wird.

Meine verstrickte partiale Analyseperspektive kann im Lichte dieser Ausführungen als eine „nicht-unschuldige“ Praxis gelesen werden, die sich an dem Format der partialen Erzählungen orientiert, die Haraway als „Trickster-Stories“³¹ bezeichnet. Diese Stories entstehen mittels „einer heterogenen Vielfalt von Darstellungen der Welt“ (Haraway 1995a: 95) und schaffen „Platz für irritierende Möglichkeiten, zu denen auch ein Gespür für den unabhängigen Sinn der Welt für Humor gehört“ (ebd.: 94).³² Sie folgen einer „differenten Rhetorik“ und „ziehen

³¹ Zur Begriffsentnahme erläutert Jutta Weber: „Die Figur des Tricksters ist der Hopi-Mythologie entlehnt und wird dort häufig durch den Coyoten symbolisiert. [...] Abwechselnd erscheint er als guter Geist, Flaneur oder Gauner. Charakteristisch für ihn sind die Schwierigkeiten, irgendetwas Eindeutiges über ihn auszusagen.“ (Weber 2001: 180, Fußnote 42) Tobias Mulot zufolge trage der Coyote „Züge eines trickreichen und verschlagenen Menschen ebenso wie eines rastlosen Verwandlungskünstlers“, der „eine sehr menschliche Magie“ habe (Mulot 2011: 114). „Er tritt mit all den Ungeschicklichkeiten und Begierden auf, die den Menschen eigen sind, und selten ist er derjenige, der ein Wissen über das Schicksal der Menschen hat.“ (ebd.)

³² „Die in den Erzählungen von südwestamerikanischen IndianerInnen verkörperten Figuren des Kojoten oder Tricksters vermitteln uns eine Vorstellung von unserer Situation, wenn wir die Herrschaft aufgeben, aber weiter nach Genauigkeit suchen, wohl wissend, daß wir reingelegt werden. [...] Feministische Objektivität schafft

es vor, mit dem diskreten Charme der Ironie zu arbeiten, um den alten autoritätsheischenden Wissenschaftston zu untergraben“ (Weber 1999: 93). Es geht also darum, „lustvolle Wissenschaftsgeschichten zu finden, die Verantwortung für die eigene wissenschaftliche Arbeit und die damit verbundenen politischen Intentionen, Sehnsüchte und Vorstellungen von Welt [zu] übernehmen“ und „kritische Interventionen [zu] fördern“ (ebd.). Die Trickster-Geschichten erzählen somit von den Hoffnungen und Herausforderungen sowie den offenen Fragen und Problemen, eine Vorgehensweise, die ich in meiner analytischen (Re)Konfiguration des ethnografischen Materials übernehmen möchte.

Spontane, chaotische, diffuse, plurale Stories sind wiederum weniger Narrative, in denen in der Retrospektive vergangene, subjektive Erfahrungen rekonstruiert werden, sondern Produkte dynamischer Verschränkungen von situativ erfassbaren Körpern, Räumen, Artefakten, Worten oder Konzepten (vgl. Jørgensen/Thomassen 2015: 62).³³ Meine Analyse setzt sich also aus Geschichten zusammen, welche durch Inskriptionen in das Datenmaterial in der Gegenwart aus einer partialen Perspektive produziert werden. Dieses Vorgehen dient als Gegenstrategie zu einer ‚bereinigenden‘ Praxis abstrahierter wissenschaftlicher Berichte. Inwiefern es bei derart verwobenen Geschichten möglich sei, „diese Art des Denkens (hoch)skalieren, und damit auch Institutionen oder gesellschaftliche Regulierungen zu befragen“ (Despret/Haraway 2011: 97), also die Frage nach der Verortung des Politischen zu stellen, beantwortete Haraway mit der Gegenfrage: „Wer sagt uns, welche Skala die politische ist“, wenn „das Lokale, ja selbst das Individuelle, stets mit dem Globalen in Beziehung steht.“ (ebd.: 98) Vor dem Hintergrund, dass lokale Wissenspraktiken „in unmittelbarem Austausch mit globalen Warenströmen“ bleiben, wäre es schwer „diesen Zusammenhang aufzudröseln.“ (ebd.) So betont die Autorin: „Wenn man die Dichte der Verflechtungen ernst nimmt, dann gibt es kein Zurück zu einem reinen, unpolitischen, unversgesellschafteten, machtfreien Naturzustand, sondern nur ein Hin zu einer gemeinsamen Produktion von Welt, zu einer Verantwortung, die sich aus der Etablierung einer Beziehung ergibt.“ (ebd.: 98f.) Hier wird nun auch auf konkrete

Raum für Überraschungen und Ironien im Herzen jeglicher Produktion von Wissen.“ (Haraway 1995a: 94)

³³ „Stories do not emerge in individual experiences. Individuals are not alone in the world, but are part of a social world that flows and circulates through them. Neither experiences nor stories jump out of the blue. They are never independent of the spaces and places in which they emerge. Nor are they independent of the material arrangements in these spaces and places. [...] Perhaps the most adequate way of describing it is that the social becomes personalized through the stories of individuals. These stories do not reflect or mirror the social, nor do they reflect or mirror some internal state of the individual. They are continuously reinterpreted, translated and transformed into something new. Stories are ‘assemblages’ of forces combining differences into some kind of convergence, while at the same time, maintaining forces of resistance, divergence and heterogeneity in dominant story lines in the social.“ (Jørgensen/Thomassen 2015: 62)

Weise die eingangs beschriebene Verschränkung deutlich, in der Wissen durch Machtverhältnisse und im Speziellen durch politische (Werte)Haltungen hervorgebracht wird. Einem feministischen Objektivitätsverständnis folgend gilt es, um eine stärkere Objektivität zu generieren, diese Machtverhältnisse in ihrer Herstellung nachvollziehbar und gerade nicht – durch entsprechende Reinigungsarbeiten – unsichtbar zu machen. Mein Analyseprozess ist somit selbst ein performativer Akt der Hinführung zum wissenschaftlichen Wissen, das „Politiken der Interpretation, der Übersetzung, des Stotterns und des partiell Verstandenen“ impliziert (Harraway 1995a: 89f.). Solche Übersetzungen, die „immer interpretativ, kritisch und partiell“ (ebd.: 90) sind, zeichnen auch meine Geschichten des *LUX & Konsorten*-Projektes aus. Mit diesem spezifizierten Erkenntnisblick suche ich nun nach der Komposition einer „soziologischen Erzählung“ (Bude 1993) für eine nachvollziehbare Darstellung des Organisationsprozesses der untersuchten Assoziation. Der analytische Prozess kann in ethnographischer Hinsicht als eine Art „Doing Autoethnography“ spezifiziert werden, in der selektive Erzählungen aus der Retrospektive gelebter Erfahrungen geschrieben werden (Ellis/Adams/Bochner 2010). Denn Autoethnographien zeichnen sich dadurch aus, dass in den erzählten Geschichten die eigenen Erfahrungen mit Hilfe methodologischer Werkzeuge und theoretisierender Lesarten analytisch betrachtet werden (ebd.). Der autoethnografische Anteil bei der Verfolgung der untersuchten Forderung „Günstiger Gewerberaum, selbstgemacht“, welche an verschiedenen Orten eines Hamburger Stadtviertels von *LUX & Konsorten* gestellt wurde, kann in der „Multi-Sited-Ethnographie“ (Marcus 1995; Hine 2007) verortet werden. Dabei orientiert sich meine Betrachtung an den Appellen: „follow the Plot, Story, or Allegory“ (Marcus 1995: 109), in der obiges Anliegen der Konsort*Innen von einer Aktion zur nächsten aktualisiert wurde und „follow the conflict“ (ebd.: 110), in dem die Konsort*Innen ihrem Wunsch nach „Teilhabe statt Teilnahme“ auf selbstbeschrifteten Sprechblasen durch die Stadt streuten. Die autoethnografische Produktion beantwortet jedoch noch nicht die Frage nach dem roten Faden zwischen den analytischen partialen Geschichten. Von dieser Problematik aus greife ich auf die vier Übersetzungsmomente der „Akteur-Netzwerk-Theorie“ (ANT) zurück (Callon 2006a, 2006b; Law 2006; Belliger/Krieger 2006), um die Analyse des Organisationsprozesses der prekären Selbstständigen zu erfassen. Das Potential der ANT-Perspektive erachte ich darin, dass sie eine Skizzierung der Machtverhältnisse innerhalb von netzwerkartigen Gebilden wie *LUX & Konsorten* ermöglicht. Vor dem Hintergrund meiner dargestellten erkenntnistheoretischen Blickrichtung auf situative, welthafte (Re)Konfigurationen in einem offenen Prozess scheinen mir die vier Übersetzungsphasen auf das Erfassen von bereits stark verfestigten Strukturen ausgerichtet zu sein. So möchte ich im Folgenden eine Reformulierung der ANT-

Übersetzungsmomente vorschlagen, durch die der analytische Blick auch überschüssige Momente eines offenen Assoziierungsprozesses zu erfassen vermag.

3.3 Übersetzungsfadenspiel einer offenen Assoziierung

Zur Entfaltung meines Geschichten-Fadenspiels unter Berücksichtigung der Untersuchung von Machtverhältnissen in entstehenden Assoziationen folge ich der ANT-These: „Will man verstehen, was die Soziologen Machtbeziehungen nennen, muss man den Weg beschreiben, durch den die Akteure definiert, assoziiert und gleichzeitig verpflichtet werden, ihren Allianzen treu zu bleiben.“ (Callon 2006a: 170) Die in einem „Akteur-Netzwerk“ entstehenden Wissensproduktionen und Netzwerkbeziehungen werden Callon zufolge durch die vier Übersetzungsmomente der „Problematisierung“, des „Interessement“, des „Enrolment“ und der „Mobilisierung“ zurückverfolgt (Callon 2006a: 146ff.). Diese Momente sollen eine Orientierung bei der Erfassung von Verdichtungsmomenten inhaltlicher Auseinandersetzungen und spezifischer Arbeitskonstellationen in den von mir untersuchten politischen Assoziationen bieten. Darin erfolgen Situationsdefinitionen, in denen, laut ANT-Perspektive, Akteur*Innen durch Abgrenzung von feindlichen Programmen überzeugt und in ein Handlungsprogramm einbezogen werden. Es findet eine Fixierung spezifizierter Rollen statt und gewählte Repräsentant*Innen tragen die Verantwortung, das Handlungsprogramm erfolgreich durchzusetzen. Diese Skizzierung der Momente zur Erfassung von verdichteten Beziehungs-Arrangements verdeutlicht jedoch eine stark effizienzorientierte, teleologische Logik, die auf eine schrittweise Stabilisierung des Netzwerks ausgerichtet ist. Im Folgenden soll diese Betrachtungsweise durch die Reformulierung der vier gerade beschriebenen Übersetzungsmomente geöffnet werden, so dass eine allzu statische und teleologische Rahmung von Prozessen der Assoziation vermieden wird.

Das *erste* Moment der „Problematisierung“ beschreibt Callon als ein „System von Allianzen oder Assoziationen zwischen Entitäten, die dadurch die Identität und das, was sie ›wollen‹, definieren“ (ebd.).³⁴ Die Problematisierung „muss geteilt werden“ (Belliger/Krieger 2006: 40), so dass andere Teile des Netzwerkes diese auch zu ihrem eigenen Anliegen machen und

³⁴ Im Detail findet zunächst eine „Interdefinition der Akteure“ statt, indem die Beteiligten in den wissenschaftlichen Berichten grob umrissen werden, so dass vor allem ersichtlich wird, wie diese von der Problematisierung betroffen sind. Im nächsten Schritt erfolgt „die Definition eines obligatorischen Passagepunktes (OPP)“, indem sich die Forscher*Innen nicht nur darauf beschränken „einige Akteure zu identifizieren“, sondern auch zeigen, „dass es im Interesse der Akteure ist, das vorgeschlagene Forschungsprogramm zu unterstützen“ (Callon 2006a: 149).

sie lösen. Dieser „kollaborative“³⁵ Überzeugungsprozess erfolgt durch einen Hauptakteur, der andere Akteur*Innen identifiziert, sie in das Netzwerk einbindet und dann versucht, diese davon „zu überzeugen, dass die Lösung ihrer Probleme in seinem Handlungsprogramm liegt“ (Belliger/Krieger 2006: 40). John Law betont, dass der Hauptakteur eher „als strukturiertes Netz heterogener Beziehungen“ (Law 2006: 435) zu verstehen ist, zumal es „keine treibende Kraft [gibt], weder sozial noch individuell, die etwas konstruiert, keinen/keine BaumeisterIn und keinen/keine PuppenspielerIn“ (Law 2011: 38). Vielmehr sei ein vielfältig zusammengesetzter multipler Körper am Werk, dessen punktuell entstehende Stabilität nur „eine kurzlebige Errungenschaft“ darstelle (ebd.: 39). Die temporär stabilen Akteur*Innen-Netzwerke seien somit durch „verschiedene Realitäten eher lose als starr miteinander verbunden“ (ebd.: 41). In diesem Sinne wird der anfangs intentional gerichtete Hauptakteur, der alle Beteiligte in seine Programmatik einzubeziehen versucht, durch Law relativiert: „Das heißt, wir haben die Kernelemente der ‚Akteur-Netzwerk-Theorie 1990‘ hinter uns gelassen. Netze können auf unendliche Arten partiell miteinander verknüpft sein, die Notwendigkeit eines Zentrums aber ist verschwunden.“ (ebd.) Demnach soll bei der Untersuchung von *LUX & Konsorten* der Organisationsprozess nicht durch die Suche nach dem *einen* wirkmächtigen „Hauptakteur“ eingengt werden. Vielmehr sollen Spuren von potentiell affizierenden Momenten, die eine Problematisierung umreißen, verfolgt werden.

Beim *zweiten* Übersetzungsmoment setzt sich im „Vorgang des Interessement“ (Callon 2006a: 151) die effizienzorientierte, abgrenzende Strukturbildung wiederum fort. In Auseinandersetzung mit der Frage „Wie die Alliierten in ihren Positionen fixiert werden“ (ebd.) gilt es nun, die Beschaffenheit der Problematisierung durch die Bekundung oder auch die Verweigerung des Interesses im herzustellenden Bündnis abzustecken.³⁶ Interessiert zu sein, heißt, so Callon, „dazwischen“ oder „zwischen geschaltet“ zu sein: „Andere Akteure zu interessieren, bedeutet Schranken aufzubauen, die zwischen sie und jene andere Entitäten gestellt werden können, die ihre Identität auf andere Weise definieren wollen.“ (ebd.: 152) Dieses Werben

³⁵ Bark spricht nicht vom „kooperativen Handeln“ (Belliger/Krieger 2006: 39), sondern von Kollaboration „da die Zusammenarbeit sowohl mehr oder weniger ‚freiwillig‘ zustande kommen als auch mehr oder weniger ‚erzwingen‘ werden kann“ und die Aufmerksamkeit der soziologischen Beobachter*Innen erfordere, deren Blick „immer auf die vielfältigen Formen dieser Einwirkungen und Übersetzungen gerichtet werden [sollte], also auf die Arbeit der Akteure, die sie leisten müssen, um andere Akteure zur Kollaboration zu bringen, bzw. zu übersetzen“ (Bark 2015: 150).

³⁶ Auf diesem rhetorisch assoziierten Kriegsschauplatz sollen nun die „identifizierten“ Entitäten und Beziehungen mittels einer „Reihe von Machtproben“ eine Art Test unterlaufen, welcher dann zur Bestimmung der „Solidität der Problematisierung unserer Forscher“ führt (Callon 2006a: 151). Alle Beteiligten können „beantragen in den Anfangsplan integriert zu werden oder umgekehrt: die Transaktion verweigern, indem sie ihre Identität, ihre Ziele, Projekte, Orientierung, Motivationen und Interessen auf eine andere Art“ definieren, denn „in der Tat ist die Situation nie klar abgegrenzt“ (ebd. 151).

sollte einen „günstigen Machtausgleich“ schaffen und der jeweils spezifischen Einbindung³⁷ der Verbündeten dienen. Betreff der Frage nach der Einbindung der Assoziierten möchte ich mich weniger auf Kontroll- und Ausschlusspraktiken richten, sondern vielmehr genauer darauf, wie Momente der Verbindlichkeit hergestellt werden, um nachvollziehen zu können, durch welche Arbeitsweisen, Ressourcen und Forderungen das Recht auf Teilhabe in der Stadt erkämpft wird.

Beim *dritten* Übersetzungsmoment des „Enrolment“³⁸ geht es darum, „eine Frage in eine Anzahl möglichst sicherer Stellungnahmen zu verwandeln“ und zu verhandeln „wie die Rollen zu definieren und zu koordinieren sind“ (ebd.: 156). Die Aufgabe der soziologischen Beobachter*Innen bei der Darstellung dieses Transformationsprozesses besteht darin, „die Folge multilateraler Verhandlungen, Prüfungen der Willensstärke und Tricks zu beschreiben, welche die Prozesse des Interessement begleiten und ihnen den Erfolg ermöglichen“ (ebd.). In dem von Callon zitierten Erfolgsausblick wird meines Erachtens zu sehr eine zielgerichtete Umsetzung eines Handlungsplanes entlang einer auszutarierenden Rollenverteilung fokussiert. Unter Berücksichtigung wiederum, dass Netzwerke in der ANT sich durch „verbundene Handlungen und ihre zu Dingen transformierten geronnenen Resultate“ (vgl. Rauer 2013: 75) auszeichnen bzw. bei sozialen Verbindungen es, so Latour, darum geht zu beschreiben wie Akteur*Innenhandlungen, aber auch „Objekte“, die „dazwischentreten“, zusammen am Werken sind (Latour 2007: 134), halte ich es für angemessen, diesen ANT-Auslegungen zufolge, Momente der Verbundenheit in dem Übersetzungsmoment stärker in ihrem prozesshaften Zustandekommen zu betrachten. Somit möchte ich in dieser dritten Ebene der Übersetzung einer netzwerkartigen Verdichtung die Dynamiken in den jeweiligen diskursiv-materiellen Aushandlungsfeldern verfolgen, indem genauer nachgezeichnet werden soll, wie und durch welche (Re)Konfigurationen es zum Engagement zwischen menschlichen und nichtmenschlichen Beteiligten kommt.

Bei dem *vierten* und letzten Übersetzungsmoment, der „Mobilisierung von Verbündeten“, geht es nicht nur um die Klärung der Frage, wer für wen spricht, sondern auch darum, inwiefern die Vielen, die nicht alle in der gleichen Weise interessiert und eingebunden sind, ihren

³⁷ Konkret geht es, so Callon, darum, „die Entitäten dazu zu bringen, dass sie sich in Rollen einbinden lassen. Außerdem wird so versucht, alle potentiellen konkurrierenden Verbände zu unterbinden und ein System von Bündnissen zu konstruieren.“ (Callon 2006a: 155f.)

³⁸ Das Enrolment „bezeichnet den Vorgang, in dem ein Set von zueinander in Beziehung stehenden Rollen definiert und Akteuren zugeteilt wird, die sie akzeptieren“ (Callon 2006a: 156.). Die Grenzen zwischen dem zweiten und dritten Moment der Übersetzung sind fließend: „Entscheidend ist der Übergang von einem hypothetischen, versuchsweisen und testenden Szenario hin zu einem verwirklichenden und relativ stabilen Beziehungsgeflecht, in dem die Rollen auch praktisch besetzt und ausgeführt werden.“ (Bark 2015: 154)

wenigen involvierten (forschenden) Vertreter*Innen folgen werden (Callon 2006a: 160)³⁹ oder die Repräsentation durch Kontroversen und Praktiken der „Dissidenz“ scheitert (ebd. 165ff.). Die Dynamik von Netzwerken variere Callon zufolge entlang von zwei Dimensionen: a) der „Konvergenz“, die den Übereinstimmungsgrad im Übersetzungsprozess misst (Callon 2006b: 324) und die auf eine Einigung von Differenzen abziele, um nicht in eine „Kakophonie“⁴⁰ zu münden; b) der „Irreversibilität“⁴¹ einer Übersetzung, durch die einerseits die Rückkehr zum vorherigen Punkt unmöglich wird und bei der andererseits von dem Punkt aus „nachfolgende Übersetzungen geformt und bestimmt werden“ (ebd.: 332). Die prinzipielle Reversibilität von Übersetzungen korrespondiert mit Laws Aussage, „dass Punktualisierung einen Prozess oder Effekt bezeichnet und nicht etwas ein für alle Mal Erreichtes“ (Law 2006: 437). Bei der Betrachtung von Phänomenen als „Produkte heterogener Netzwerke“ werde zwar „die Komplexität von Netzwerken“ in der Praxis nicht ersichtlich, denn insofern ein hochgradig punktualisiertes Netzwerk „als einziger Block handelt, verschwindet es, um von der Handlung selbst und dem anscheinend simplen Autor dieser Handlung ersetzt zu werden“ (ebd.: 436). Jedoch expliziert Law, dass in der ANT der Begriff der Struktur „nicht einem frei stehenden Gerüst auf einer Baustelle [gleich], sondern eher einem Ort des Kampfes, einem sich selbst immer wieder erzeugenden und reproduzierten relationalen Effekt“ (ebd.: 437). Innerhalb solcher „Kampforte“ möchte ich zunächst die normative Vorstellung, dass nur eine Einstimmigkeit durchschlagskräftig sein kann, infragestellen. Statt vorauszusetzen, dass bei

³⁹ „Für andere zu sprechen bedeutet zunächst, jene zum Schweigen zu bringen, in deren Namen man spricht“ oder „im Namen von Entitäten zu sprechen, die keine verständliche Sprache besitzen“ (Callon 2006a: 162). So werden die in einer Studie untersuchten menschlichen und nichtmenschlichen Akteur*Innen transformiert, indem sie in Texte, Zahlen, Tabellen, Vorträge verwandelt und so aus ihrem Ort herausgenommen und in die wissenschaftliche Konferenzräume gebracht werden: „Der Garant (oder der Referent) existiert, sobald die lange Kette der Repräsentanten steht. Sie ist das Ergebnis, nicht die Ausgangsposition.“ (ebd.: 164) Allerdings impliziert diese zwischengeschaltete Kettenreihe von Vermittlungen nicht, dass die Schweigenden die Position ihrer Delegierten aktiv unterstützen, sondern nur, dass sie die Verhandlungen der gewählten Vertreter*Innen nicht unterbrechen.

⁴⁰ Konvergenz ist gekennzeichnet durch „Gruppierung“, die durch einen erfolgreichen Übersetzungsprozess entsteht, der einen „geteilten Raum“ generiert, in dem Kontroversen „überwunden“ werden. Überwiegt eher Uneinigkeit, steigen „die Differenzen und Inkohärenzen. Die Isotropie weicht einem Zustand voller Diskontinuitäten: Wir bewegen uns von Harmonie zur Polyphonie und schließlich zur Kakophonie“ (Callon 2006b: 325). Ein hoher Grad an Gruppierung bedeute aber nicht, dass alle Akteur*Innen im Netzwerk dasselbe machen: „Eher ist dies ein Hinweis auf die Art und Weise, in der die Aktivitäten von Akteuren trotz deren Heterogenität zusammenpassen“ (ebd.: 329). Als „Formen der Koordination“ oder des „Übersetzungsregimes“ bezeichnet Callon lokale „kodifizierte Bestimmungen“, die „mehr oder weniger expliziten und stabilen Regeln und Konventionen“ folgen sowie „vertragliche und kollektive Vereinbarungen“, die es in Netzwerken gibt (ebd.: 327).

⁴¹ Die Ausprägung der zweiten Dimension der „Irreversibilität“ hängt erstens von der Möglichkeit ab, „zu einem Punkt zurückzukehren, an dem die Übersetzung lediglich eine unter anderen war“ und zweitens „vom Ausmaß, in dem nachfolgende Übersetzungen geformt und bestimmt werden“ (Callon 2006b: 331f.). Hierbei gilt es zu beachten, dass alle Übersetzungen „grundsätzlich reversibel“ sind, „auch wenn sie als gesichert erscheinen“ (ebd.: 332).

einer Vielstimmigkeit die Kakophonie lauert, möchte ich Konstellationen von Sprecher*Innen-Positionierungen in einem offenen Assoziierungs-Prozess untersuchen. Zusammenfassend lässt sich meine Reformulierung der vier ANT-Übersetzungsmomente durch folgende machtsensibilisierende methodologische Verdichtungsphasen eines offenen Assoziierungsprozesses darstellen:

ANT-Übersetzungsmomente	Übersetzungsprozess einer offenen Assoziierung
1. „Problematisierung“ Hauptakteur wirbt mit problemlösendem Handlungsprogramm	<ul style="list-style-type: none"> Ansteckende Problematisierung Spuren von affizierenden Momenten verfolgen, die eine Problematisierung umreißen.
2. „Interessement“ Strukturbildung: Fixierung der „Alliierten“-Positionen; spezifische Einbindung der Verbündeten	<ul style="list-style-type: none"> Gefüge partialer Verbindungen Einbindungs- und Verbindlichkeitsmatrix; verbindenden Forderungen nachgehen.
3. „Enrolment“ Sichere Stellungnahmen verhandeln; Rollendefinition- und Koordination	<ul style="list-style-type: none"> Engagierte (Re)Konfigurationen urbaner Räume Verdichtungsmomente in diskursiv-materiellen Aushandlungszonen nachzeichnen.
4. „Mobilisierung von Verbündeten“ Erfolgreiche Repräsentation je nach Übereinstimmungsgrad/Dissidenz	<ul style="list-style-type: none"> (Selbst)mobilisierende mehrstimmige Versammlungen Öffentlichkeits-Parcours: Sprecher*Innen-Konstellationen untersuchen.

Grafik 1: Reformulierte Übersetzungsmomente (eigene Tabelle)

Entlang dieser Stationen wird die folgende Analyse zur (Re)Konfiguration der ethnografischen Inskriptionen über den Organisationsprozess von *LUX & Konsorten* dargestellt. Im vierten Kapitel werden die ersten beiden ineinander übergehenden Phasen ausgeführt. Dabei wird zum einen die *ansteckende Problematisierung* in Auseinandersetzung mit Fragen steigender Mietpreise, der daraus folgenden Ökonomisierung des Lebens und der Unmöglichkeit einer klassischen gewerkschaftlichen Organisation für prekäre Selbstständige umrissen. Zum anderen wird das *Gefüge partialer Verbindungen* durch die Inanspruchnahme sozialer Rechte in den Forderungen nach der Kostensenkung der Produktionsmittel, der Vereinbarkeit von Arbeit und sozialem Engagement, der sozialen Architektur als lokaler Ressource und Nachbarschaftshilfe als auch dem Versprechen eines sozialen Überschusses nachgezeichnet. Im fünften Kapitel werden die *engagierten (Re)Konfigurationen urbaner Räume* durch die diskursiv-materiellen Aushandlungszonen im Projekt *LUX & Konsorten* verfolgt, die wie zwei Zahnräder – einerseits die wiederholt geführten Gespräche mit der (Bezirks)politik und andererseits ein Mix aus Interventionen im öffentlichen Raum – ineinandergreifen. Im sechsten Kapitel zu den *(selbst)mobilisierenden mehrstimmigen Versammlungen* – **Entfaltung, Mobilität und Gestaltung** – werden abschließend die Fragen der arbeitsteiligen Kampagnentätigkeit, der eingenommenen Sprecher*Innen-Konstellationen und der Umbruch von der gewünschten Selbstorganisation hin zu der realisierten Selbstverwaltung von *LUX & Konsorten* dargestellt.

III. (RE)KONFIGURATION DES ETHNOGRAFISCHEN DATENMATERIALS

4 Problematisierungen eines Gefüges partialer Verbindungen

Das Projekt *LUX & Konsorten* entstand durch die Forderung nach günstigem kommunalem Gewerberaum für die beteiligten Selbstständigen. Im Zuge der zunehmenden Vertreibung von Kleinstgewerbe beharrten sie darauf, mit ihren Unternehmungen in der Nähe der Hamburger Innenstadt zu bleiben. Dieser Wunsch bündelt sich in folgenden unterschiedlichen Problematisierungsfacetten, die auf der Grundlage der erhobenen Interviewstatements der Konsort*Innen herausgearbeitet werden: Zunächst werde ich auf die Idee der Produktionsstätte eingehen. Hierbei handelt es sich um die räumliche Assoziation unterschiedlicher Gewerbetreibender, die als Stadtbürger*Innen durch gemeinsames politisches Agieren einen Platz für sich beanspruchen wollen (4.1). Zweitens geht es um die Berechtigung des Verbleibes lokaler Unternehmungen im Stadtzentrum, die mit dem politischen Anspruch gekoppelt wird, sich den sozialen Zugang zur Stadt durch Senkung der Kosten für eigene Gewerberäume zu erhalten (4.2). Der Wunsch, im Stadtzentrum zu bleiben, geht darüber hinaus mit dem Wunsch nach unvorhersehbaren Begegnungen einher, die sich im urbanen Raum aus der dort vorhandenen verdichteten Unterschiedlichkeit ergeben (4.3). Das Recht auf minoritäre Wissensproduktionen stellt eine weitere Problematisierung dar. Mit dieser wird darauf beharrt, den Zugang zur Bildung gerade für Menschen zu schaffen, die es sich nicht leisten können, teure Bildungsangebote in Anspruch zu nehmen (4.4). Das Anliegen nach einer „anderen“ Art des Arbeitens und des Lebens, mit dem darin formulierten Versprechen nach einem „sozialen Überschuss“, stellt eine wichtige letzte Dimension der Problematisierung der selbstständigen Unternehmer*Innen dar (4.5). Aus den geschilderten Problematisierungen wird abschließend das Gründungsanliegen des *LUX & Konsorten*-Projektes durch die These der Verräumlichung der sozialen Frage spezifiziert (4.6).

4.1 Selbstständige beanspruchen „ins Recht gesetzt zu werden“

Ein Unbehagen, das die Akteur*Innen in *LUX und Konsorten* teilten, war die Notwendigkeit, gegen die unaufhaltsame Marktlogik der Spekulation anzutreten, um eine Chance zu haben, die eigene selbstständige Existenz in der durch diese spekulativen Tätigkeiten neu segmentierten Stadt zu sichern. Das Ringen um ein zu etablierendes Kampffeld kann in dem folgen-

den Statement eines Konsorten umrissen werden, der auf meine im Vorfeld der ersten öffentlichen Aktion gestellte Frage nach seinem „Anteil“ an dem Projekt „*Günstige Gewerberäume selbst gemacht*“ erwiderte:

„Also mein Anteil ist schlicht und einfach, dass ich Interesse daran habe, mit anderen Leuten eine Produktionsgemeinschaft oder Produktionsassoziation zu gründen. Der *LUX*, nun machen wir es altmodisch, dann würd ich sagen, es geht darum, ein Gebäude zu nehmen, das mir und Anderen sehr gefällt. Und auch wenn wir ein bisschen spät dran sind, weil ein Investor dort inzwischen die Hand draufgelegt hat, liegt es mir daran, Licht auf die unsichtbaren Hände des Marktes zu werfen und entweder dieses Gebäude doch zu bekommen oder mindestens so viel Kapital anzuhäufen, dass man Verhandlungen oder andere Deals über andere Flächen und Lagen treffen kann. Die ‚Konsorten‘ sind zwar an sich etwas abschätzig, das kommt ja eher so aus dem Ganoven-Slang, ich persönlich würde deswegen eher das Wort ‚Business Punk Citizen‘ vorziehen, weil es schlicht und einfach darum geht, Business und Punk gibt es in dieser Stadt definitiv mehr als genug, und was es viel zu wenig gibt sind Citizens, die sich ihre Rechte aneignen und dafür sorgen, dass der Business Punk, so wie er existiert, aufhört und andere Formen von Geschäftsmodellen Mode werden.“

Du bist ‚kommunistischer Buchhalter‘, wie gesellst du Dich zu dem Projekt *LUX & Konsorten* oder „Business Punk Citizens“?

Das ist recht einfach, also kommunistischer Buchhalter bedeutet, dass mir das gesellschaftliches Soll und Haben ziemlich am Herzen liegt und da gibt es einige Soll-Stellungen, die definitiv mal auf der Haben-Seite verbucht werden müssen. Dazu gehört, dass kleine Firmen, lokale Ökonomien, weitaus mehr zu ihren Rechten kommen müssen, und sozusagen nicht nur als Steuerbürger, Steuerzahler gemolken werden, sondern ganz klar als Citizens auch wahrgenommen werden, und d.h. nicht einfach nur ein Luxus, dass ein Auge, ein Licht darauf geworfen wird, sondern dass es schlicht und einfach darum geht, ins Recht gesetzt zu werden.“ (Statement 11/2010: Kommunistischer Buchhalter⁴²)

Innerhalb dieses Zitates fiel mir zunächst die direkt zu Beginn angeführte Formulierung des individuellen Gründungsanliegens nach einer Produktionsstätte auf, die innerhalb eines kollektiven Zusammenschlusses realisiert werden soll: Hier sticht die Hinzufügung in der Äußerung „Produktionsgemeinschaft *oder* Produktionsassoziation [meine Hervorh., EP]“ hervor, da diese ganz direkt meine Forschungsfrage nach der spezifischen Art und Konfiguration des politischen Zusammenschlusses adressiert. Dabei ruft die gleichzeitige Zirkulation der für mich verschiedenen Begriffe der Gemeinschaft und der Assoziation in dem Projekt *LUX & Konsorten* eine Irritation hervor. Diese Diskrepanz ließ mir keine Ruhe, so dass ich zu einem späteren Zeitpunkt in einem informellen Gespräch mit dem Konsorten über die begriffliche

⁴² Selbstbezeichnung des Konsorten, mit dem ich seit über zehn Jahren in einer Bürogemeinschaft arbeite, wobei wir gemeinsam nicht nur in antirassistischen politischen Kontexten unterwegs waren, sondern auch seit 2005 in den Koordinationskreis der Hamburger *Euromayday*-Paraden involviert waren.

Auch in der folgenden Zitierung der Statements werde ich die Tätigkeiten der interviewten Gewerbetreibenden in *LUX & Konsorten* angeben. Dadurch wird eine bedingte Anonymisierung gewährleistet, die jedoch damit einhergeht, dass alle der Untersuchung zugrunde liegenden Daten inklusive der Statements auf der *LUX & Konsorten*-Homepage öffentlich verfügbar sind (<https://www.lux-und-konsorten.de/about.html> [20.01.2019]).

Variation diskutierte. Dieser explizierte daraufhin, dass die uneindeutige Selbstzuschreibung durch die Begriffe der Assoziation und der Gemeinschaft daher rühre, dass „Lux zu scharf für eine Community und zu diffus für eine Interessensvertretung“ (Kommunistischer Buchhalter) sei. Diese kryptische Zuspitzung klärte nicht meine Frage nach dem Selbstverständnis des Zusammenhaltes in *LUX & Konsorten*, weshalb ich mich zunächst auf den Exkurs folgender Begriffsklärung begab – zumal der benutzte Gemeinschaftsbegriff eine Homogenisierung beinhaltet, die meiner Meinung nicht der heterogenen Zusammensetzung der Konsort*Innen entspricht.

Der „polysemische“ Begriff der Assoziation verweist, so Harald Bluhm, „seit den 1830er Jahren in Deutschland und Frankreich“ auf „eine breite Suche nach neuen Begriffen für Sozialität, Geselligkeit jenseits der alten Vorstellungen von Gesellschaft und Staat“ und erhält seine normative Färbung durch seine „polemische[n] Ausrichtung gegen die Konkurrenz bzw. den Individualismus“ (Bluhm 2010: 16). Nach Auslegung der sozialistischen Bewegung, so der Autor, gelten Assoziationen, einem engeren Verständnis zufolge, „als nicht-hierarchische Organisationen, mit denen man der Unterdrückung entkommen kann und die auch einen emanzipativ-selbsttransformativen Charakter für ihre Mitglieder haben, der bis zur selbstzweckhaften Entwicklung von Individualität reicht“ (ebd.). Die Möglichkeit also, Individualität und Kollektivierung nicht als binäre Oppositionen zu begreifen, zeichnet das Potential der Begriffskonstruktion der Assoziation für meine Untersuchung nach der Verbindung zwischen den Freiberufler*Innen in *LUX & Konsorten* aus. Der Begriff der Assoziation verweist auf die „Grundlagen von Partizipation für breite Schichten“ und „wird zu einem Schlagwort, das nicht nur Organisationsfreiheit meint, sondern auch auf alternative Organisationsformen zielt“ (ebd.: 17). Die Form der Organisation unter Bedingungen der Freiheit zeigt sich auch in der berühmten These „In der wirklichen *Gemeinschaft* erlangen die Individuen in und durch ihre *Assoziation* zugleich ihre Freiheit.“ (Marx/Engels 1845, MEW 3: 74, meine Hervorh., EP) Diese leiteten Karl Marx und Friedrich Engels in ihrer Schrift „Die deutsche Ideologie“ (1845) in Abgrenzung zum bürgerlich-liberalen Freiheitsverständnis her, wie auch das spätere Zitat aus dem „Manifest der Kommunistischen Partei“ (1848) zeigt: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die freie Entwicklung aller ist.“ (Marx/Engels 1848, MEW 4: 482) Bei dieser Begriffs-Herleitung ist wiederum Bluhms Hinweis interessant: „Das positive Freiheitskonzept von Marx, dessen Elemente die Verfügung über Mittel, Sozialität und das Handeln sind, zielt primär auf die Kritik der liberalen Auffassung von nur juristisch

verbrieften Chancen.“ (Bluhm 2010: 18)⁴³ Gerade bei der am Ende spezifizierten Kritik der „juristisch verbrieften“ Möglichkeiten sehe ich den feinen Unterschied zwischen einem abstrakten Rechtsanspruch und praktisch zu erkämpfenden Rechten, die auch im Statement des Konsorten zur Sprache kommen. Sowohl in den Ausführungen von Bluhm als auch in denjenigen von Marx und Engels taucht der Assoziationsbegriff, wie in dem Ausgangsstatement des Konsorten, zusammen mit dem Begriff der Gemeinschaft auf. Bei Marx und Engels bleibt die unauflösbare begriffliche Verwobenheit, so Hartmut Rosa et al. (2010: 36), erhalten, auch wenn die Autoren später nicht mehr von der Assoziation als der „wirklichen Gemeinschaft“, sondern vom „Verein Freier Menschen“ (Marx 1867, MEW 23: 92) sprechen. Der Begriff der Gemeinschaft kommt, so Claas Morgenroths Einschätzung, zum Zuge, „wenn für die Verschiebungen, Neuerungen, Terrainzugewinne und -verluste, die das politische Feld der Spätmoderne als [...] von Auseinandersetzungen geprägten Ort ausweisen, ein Ausdruck gesucht wird, der das problematische Gefüge zwischen Individuum und Allgemeinheit in einem anderen, vielleicht neuen Licht aufscheinen lässt“ (Morgenroth 2008: 9). In den politisch-philosophischen und sozialwissenschaftlichen Debatten wird Gemeinschaft vielschichtig verwendet und stellt keinesfalls eine „neutrale“ oder „deskriptive“ Kategorie dar (vgl. Rosa et al. 2010: 11f.). Seit „den Exzessen der nationalsozialistischen ‚Volksgemeinschaft‘“ gilt der Begriff „zumindest im deutschen Kontext immer auch als potentiell gefährlich, totalitär und gewalttätig“ (ebd.: 10). In den unterschiedlichen Konzeptualisierungen dient der sich wandelnde Gemeinschaftsbegriff⁴⁴ „nicht nur zur wissenschaftlichen Beschreibung sozialer Prozesse, sondern bildet auch einen ‚politischen‘ Begriff, zuweilen sogar einen ‚Kampfbegriff‘, um bestimmte Ziele oder Interessen durchzusetzen oder auch zu verhindern“ (ebd.: 14, Herv. i. O.). Mit der politisch-ethischen Auffassung der Gemeinschaft geht, so Rosa et al, ein Neudenken des Politischen einher: „Die Wiederaufnahme der Debatten um Gemeinschaft sollte dazu beitragen, elementare soziale Fragen als *politische* zu begreifen und diejenigen Fragen, die unsere gemeinschaftliche Existenz betreffen einem bloß administrativen und damit entpolitisierenden Zugriff zu entreißen.“ (ebd.: 172, Herv. i. O.) Gerade diese Politisierung von sozialen

⁴³ Darüber hinaus stimme ich der folgenden Bewertung des Potentials der begrifflichen Unabgeschlossenheit zu: Auch wenn der Begriff der Assoziation, so Bluhm, auf „diffuse Gleichheits-, Solidaritäts- und auch Gemeinschaftserwartungen“ verweise, „verdienen gerade solche nicht konsistenten Begriffe, die aufgrund späterer Theoriebildung durch konkretere Kategorien ersetzt werden, besondere Aufmerksamkeit, da mit solchen Termini oft der Wandel innerhalb der politisch-sozialen Sprache vollzogen wird. Mit ihnen wird ein Nicht Mehr und Noch Nicht thematisierbar, ohne das Künftige schon genauer erklären zu können.“ (Bluhm 2010: 21)

⁴⁴ Robin Celikates etwa formuliert die These, dass „Gemeinschaft“ nicht das Ziel einer emanzipatorischen politischen Praxis darstelle „und dass emanzipatorische Politik stattdessen die permanente Dekonstruktion von Gemeinschaft erfordert“ (Celikates 2008: 66).

Fragen liefert für mich eine plausible Erklärung für das Auftauchen des Gemeinschaftsbegriffes bei *LUX & Konsorten*, auch wenn meines Erachtens Assoziation treffender den Zusammenschluss der freiheitsorientierten Selbstständigen beschreibt.

Über das spezifische Politikverständnis, das die Praxis von *LUX & Konsorten* auszeichnete und auf das die Begriffe der Assoziation und Gemeinschaft verwiesen, dachte ich immer wieder nach, denn die Konsort*Innen versuchten auf eine für linke, subkulturelle Milieus eigenwillige Art, sich Raum zu nehmen und die Prekarität selbstständiger Arbeit zum Politikum zu machen. Diesem „Sich-Platz-Verschaffen“ im politischen Raum bzw. der Frage nach der Auffassung des Politischen geht Jacques durch eine Neubesetzung der Begriffe „Politik“ und „Polizei“ nach. Die Bezeichnung Polizei wird dabei weniger mit dem zwischen Staat und Gesellschaft gefangenen Begriff des Staatsapparates gleichgesetzt (vgl. Rancière 2002: 40), sondern verweist auf das, was gewöhnlich mit „dem Namen der Politik“ assoziiert werde: „die Gesamtheit der Vorgänge, durch welche sich die Vereinigung und die Übereinstimmung der Gemeinschaften, die Organisation der Mächte, die Verteilung der Plätze und Funktionen und das System der Legitimierung dieser Verteilung vollziehen“ (ebd.: 39f.). Als ereignishafte Unterbrechung der herrschenden polizeilichen Ordnung wird dagegen der Begriff der Politik gesetzt, „die die sinnliche Gestaltung zerbricht“ und auf eine „politische Tätigkeit“ verweist, „die einen Körper von dem Ort entfernt, der ihm zugeordnet war oder die die Bestimmung eines Ortes verändert; sie lässt sehen, was keinen Ort hatte gesehen zu werden, lässt eine Rede hören, die nur als Lärm gehört wurde.“ (Rancière 2002: 41) Die mit dieser Politik eingeführte

„Diskussion des Unrechts ist kein – auch nicht gewalttätiger – Austausch zwischen konstituierten Partnern. Sie betrifft die Sprechsituation selbst und ihre Handelnden. Es gibt keine Politik, weil die Menschen, durch das Privileg der Sprache, über ihre Interessen übereinkommen. Es gibt Politik, weil diejenigen, die kein Recht dazu haben, als sprechende Wesen gezählt zu werden, sich dazuzählen und eine Gemeinschaft dadurch einrichten, dass sie das Unrecht vergemeinschaften, das nichts anderes ist als der Zusammenprall selbst [...]“ (ebd.: 38)

Bei der Fokussierung auf diesen aufständischen Moment des Zusammenpralles gilt es jedoch, um nicht nur bei der Anrufung einer revolutionären Rhetorik zu verbleiben, Sandro Mezzadras Bedenken zu berücksichtigen:

„Rancière zu lesen, ist eine faszinierende intellektuelle Erfahrung, aber das Problem, das ich mit seinem theoretischen Konstrukt habe, ist, dass Politik auf das Ereignis reduziert wird, auf die punktuelle Zeitlichkeit des Ereignisses des Aufstands. Was meiner Meinung nach fehlt, ist die Reflexion über – um es sehr generell auszudrücken – die materielle Basis der aufständischen Ereignisse. Es gibt keine Auseinandersetzung mit dem Verhältnis zwischen dem Aufstand und der Konstitution einer gemeinsamen materiellen Basis, die Widerstand und Kampf erst ermöglichen [...]“ (Mezzadra 2010: 28).

Eine solche Reflexion der materiellen Ausgangsbedingungen sehe ich beim Projekt *LUX & Konsorten* gerade in der artikulierten Idee, einen Gewerbehof zu gründen. Der gewünschte Gewerbehof für Selbstständige stellt nicht nur das Produkt einer erfolgreichen politischen Auseinandersetzung dar, sondern markiert auch den Ort des Kampfprozesses gegen die Vertreibung, wie ihn auch in der geschilderten theoretischen Sensibilisierung (Kap. 2) die Autoren Candeias und Bologna forderten. In dem zitierten Statement-Ausschnitt 11/2010 („weil ein Investor dort inzwischen die Hand draufgelegt hat, liegt es mir daran, Licht auf die unsichtbaren Hände des Marktes zu werfen und entweder dieses Gebäude doch zu bekommen oder mindestens so viel Kapital anzuhäufen, dass man Verhandlungen oder andere Deals über andere Flächen und Lagen treffen kann.“) wird dann auch der erste Schritt des Kampfprozesses anvisiert durch die Sichtbarkeit der Ordnung etablierter Marktbeziehungen, in der *LUX & Konsorten* keinen Platz hat. Damit kann die Möglichkeit entstehen, den Dissens gegen die durch Spekulation dominierte Marktlogik zu formulieren, mit dem Effekt, das eigene sozio-ökonomische Aushandlungsfeld auszudehnen. Den Weg hin zu dem meist als unrealistisch eingestuften Anliegen von *LUX & Konsorten* – sowohl in bürgerlichen Kreisen aber auch oft in den eigenen „Recht auf Stadt“-Bewegungskontexten – zeichnet eine Spiellogik aus, die gewissermaßen über Bande zielt: Sollten die Konsort*Innen keine Pachtfläche für ihren Gewerbehof von der Stadt bekommen, wäre zumindest die erste Hürde genommen, eine soziale Schieflage in der Öffentlichkeit zu thematisieren. Eine solche diskurspolitische Öffnung könnte dann die Ermächtigung von *LUX & Konsorten* bewirken, so dass die Assoziierten als Player in Verhandlungen über die Bodenfrage ihren Platz im Sinne von Rancières Politikverständnis einnehmen könnten.⁴⁵

Bei der im Zitat anschließenden Thematisierung der Namensherleitung von *LUX & Konsorten* bringt der Interviewte den von ihm präferierten, aber nicht durchgesetzten Namen „Business Punk Citizen“ ein. In dieser Bezeichnung verschränken sich zwei materiell-diskursive Strömungen, einerseits die spezifisch ökonomisch orientierte Ausrichtung in *LUX & Konsorten* als selbstständige Unternehmungen und andererseits politisierende Momente des Sich-Rechtnehmens. Der Prozess einer anvisierten Kollektivierung formiert sich meines Erachtens um zu kurz kommende Rechte, die zwar durch eine ökonomische Logik diskursiv hervorgebracht,

⁴⁵ Die Idee des Platz-Nehmens wird in folgendem Zitat von Claudia Ritzi deutlich ausgelegt: „Auch wenn sie auf sprachlicher Verständigung von dazu grundsätzlich gleichermaßen befähigten Bürgern beruht, ist Politik nicht durch den Vorschlag einer besseren Ordnung oder durch die Suche nach Konsens definiert. Die Herausforderung einer staatlichen Ordnung durch die Politik heißt nicht, dass es eine bessere oder perfekte oder nicht-konfliktive Ordnung gibt. Im Gegenteil: ‚Das Wesentliche der Politik ist die Demonstration des Dissens, als Vorhandensein zweier Welten in einer einzigen‘ (Rancière 2008 [2000], S. 33). Sie basiert zugleich auf dem ewigen Faktum der durch policing gefestigten Ungleichheit und dem Anspruch auf Gleichheit.“ (Ritzi 2014: 40)

jedoch über den hier eingeführten Begriff des „Citizen“ nicht als Arbeits-, sondern als Bürgerrechte formuliert werden. So kann mit dieser zunächst irritierenden, jedoch vielversprechenden Verschiebung das formulierte Gründungsinteresse einer „Produktionsassoziation“ als eine quasi gewerkschaftliche Organisationslogik von lokal zerstreuten, selbstständig Tätigen betrachtet werden. Ein zu verbindendes Anliegen zwischen vereinzelt Arbeiter*Innen, die, wie die Consort*Innen, verschiedenen Kleinstgewerben nachgehen, wird im Gegensatz zu einer branchenspezifischen Interessensvertretung eher über die aus dem Gleichgewicht geratenen Bürger*Innen-Rechte hergestellt. Die Spezifizierung der Rechte in der Figur des „Steuerzahlers“, dessen „Soll-Stellungen“ mal „definitiv [...] auf der Haben-Seite verbucht werden müssen“ (Statement 11/2010: Kommunistischer Buchhalter), eröffnet eine Rechnungsbilanz, welche die sozialen Bürger*Innen-Rechte in eine ökonomische Verhandlungsplattform einführt. Das Nichtaufgehen einer rein wirtschaftlichen Dominanzlogik in der Praxis von *LUX & Consorten* zeigte sich auch später bei einem Verhandlungsgespräch zwischen *LUX & Consorten* und Politiker*Innen des Bezirks Altona über eine zentral gelegene Pachtfläche, als ein FDP-Politiker einwarf, dass sich die Initiative mit der Forderung nach einem derart günstigen Mietpreis für Gewerberäume nur einen Konkurrenzvorteil verschaffen wolle. Diese Äußerung schien den Gesprächsverlauf merkwürdig zu verfehlen, denn ich erinnere mich, wie sogar der moderierende CDU-Politiker nicht an diesem Argumentationsfaden ansetzte, sondern bei ihm eher die Problematik der Vertreibung lokaler Ökonomien aus dem zentralen Hamburger Stadtviertel Gehör fand. Die Kritik trifft die Assoziation der Consort*Innen nicht wirklich: Zwar findet das Prinzip der Freiheit eine starke Verkörperung in der selbstständigen Arbeit, jedoch geht das Wettkampfprinzip einer neoliberalen freien Marktwirtschaft nicht recht mit der „politischen Subjektivierung“⁴⁶ in *LUX & Consorten* einher. Mietpreise nicht nur für sich zu senken, ist für die Consort*Innen – gerade in Zeiten, in denen die Mieten in die Höhe schießen – eher ein erwünschtes Anliegen. Eine ähnlich irritierende Diskrepanz innerhalb eines nur ökonomischen Assoziationsraumes lese ich darüber hinaus aus der Statement-Rhetorik der buchhalterischen Ausgleichslogik heraus, welche sich auf das beanspruchte „gesellschaftliche Soll“ bezieht, das dem Consorten „am Herzen“ liegt (Statement 11/2010: Kommu-

⁴⁶ Mein Verständnis einer „politischen Subjektivierung“, die nicht in der Logik einer zu identifizierenden politischen Gruppe aufgeht, folgt Rancières Ausführungen: „Eine politische Subjektivierung zerschneidet das Erfahrungsfeld neu, das jedem seine Identität mit seinem Anteil gab. Sie löst und stellt die Verhältnisse zwischen den Weisen des *Tuns*, den Weisen des *Seins* und den Weisen des *Sagens* zusammen, die die sinnliche Organisation der Gemeinschaft, die Verhältnisse zwischen den Räumen [...] bestimmen. [...] Ein politisches Subjekt ist keine Gruppe, die sich ihrer selbst ‚bewusst wird‘, sich eine Stimme gibt, ihr Gewicht in der Gesellschaft einsetzt. Es ist ein Operator, der Regionen, Identitäten, Funktionen und Fähigkeiten zusammen- und auseinander bringt, der in einer Gestaltung der gegebenen Erfahrung da ist [...].“ (Rancière 2002: 52, Herv. i. O.)

nistischer Buchhalter). Hier scheint geradezu eine Figur einer leidenschaftlichen Unternehmung durchzubrechen, die nicht in der Rhetorik einer Buchhalterzunft aufgeht. Der französische Soziologe Gabriel Tarde kritisierte schon 1902 die Exilierung des Sozialen aus der ökonomischen Sphäre. Er warf den Ökonomen vor, in ihrer Konzeption des „homo oeconomicus“ eine zweifache „missbräuchliche“ Abstraktion vollzogen zu haben: Erstens hätten sie den „Menschen ohne irgendetwas Menschliches im Herzen“ kreiert, und zweitens hätten sie so getan, als sei das Individuum losgelöst von „jeder Gruppe, Körperschaft, Sekte, Partei, Assoziation“ und als würden sich Konsument und Produzent bzw. Käufer und Verkäufer gegenüberstehen, ohne durch eine „sentimentale Beziehung“ miteinander verbunden zu sein, sei es als „Nachbarschaft, Mitbürgerschaft, religiöse Vereinigung, [oder] Kulturgemeinschaft“ (vgl. Tarde, nach: Latour/Lépinay 2010: 39). Vor diesem Hintergrund bezeichne ich die Assoziation von *LUX & Konsorten* als *sozioökonomische Unternehmungen*, um sie zum einen von neoliberalen Unternehmen unterscheiden zu können und zum anderen den – trotz ihrer ökonomisch kalkulierenden Logik – sozialen Anspruch in ihrer politischen Praxis miteinzubeziehen. Als die Zurückweisung eines ökonomischen Reduktionismus kann schließlich die Statement-Passage gelesen werden, in der die „kleine Firmen [...] weitaus mehr zu ihren Rechten kommen müssen“ (Statement 11/2010: Kommunistischer Buchhalter). Doch welche Rechte gilt es auszugleichen, die mit Fokus auf die Steuerrechte aus dem Blick geraten? Innerhalb welchen Gefüges werden die „kleine[n] Firmen“ individuiert als „Steuerbürger, Steuerzahler gemolken“ (ebd.)? Woraus speist sich das wirtschaftlich formulierte Bilanzdefizit aufgrund der Reduzierung des Bürgers zum Zahler, den es jedoch als „Citizen“ wahrzunehmen gilt?

Über die Zentralität der Steuerfrage bei Selbstständigen führt Bologna aus, dass diese die Gestalt annehme, „die im 19. Jh. die soziale Frage hatte“ (Bologna 2006: 45). Denn wie auch Bührmann spezifiziert, beanspruchen Selbstständige nicht den Schutz gewohnter Arbeitsrechte:

„Sie sind vielfach z. B. von der Arbeitslosen- und Rentenversicherung ausgeschlossen, und für ihre Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung müssen sie weitgehend selbst sorgen. Zudem haben sie auch kein Anrecht auf Mindestlöhne oder gesetzliche Arbeitszeitregelungen. So erwachsen aus ihren Vergütungen keine Ansprüche an den Staat, sondern andersherum führen diese zur Verpflichtung an den Staat, Steuern zu zahlen. Da diese Steuerzahlungen an gesetzlich festgelegte Fristen gebunden sind, zugleich aber die Auftraggeberinnen und Auftraggeber allzu oft säumig sind, führt dies häufig nicht nur zu Unternehmensinsolvenzen, sondern auch zur Prekarisierung der betroffenen Selbstständigen. So mutiert für viele Selbstständige der neuen Generation die soziale Frage zu einer Steuerfrage.“ (Bührmann 2012: 144f.)

Im Rückblick auf die noch nicht klar beantwortete Frage nach der Art des Zusammenschlusses von *LUX & Konsorten* zwischen einer „Community“ und einer „Interessensvertretung“

scheint mir Gerald Raunigs Thematisierung der „Steuerpflicht“ weiter zu führen. Dieser geht der Autor bei der „Frage des verpflichtenden Bandes, das die Singularitäten an die Gemeinschaft bindet“ nach, indem er auf eine „weniger beleuchtete Seite der *communitas*“ verweist:

„Der lateinische Begriff *communitas* lässt sich aus dem Präfix *con-* für ‚mit‘, ‚zusammen‘, und dem Substantiv *munus* herleiten. *Munus* bedeutet im Allgemeinen eine Gabe, ein Geschenk. Jedoch im römischen Gebrauch finden sich weniger Hinweise auf Gaben im Sinne eines auf Freiwilligkeit basierenden Austausches, sondern vielmehr auf die Verpflichtung zur Leistung von Abgaben. Diese ‚Steuerpflicht‘ konstituiert die Gemeinschaft, ebenso wie sie die Aufnahme der Einzelnen in die Gemeinschaft begründet.“ (Raunig 2010: 27, Herv. i. O.)

Mit der Frage „nach dem Mit für die Vielen“ liefert Raunig eine geeignete Verschränkung der anfangs eingeführten Begriffe Assoziation und Gemeinschaft – zunächst durch den Begriff des „Dividuellen“⁴⁷, das auf eine „spezifische Form des singularär Vielen als Teilbares und Ähnlich/Mit-Förmiges“ verweist (ebd.: 33). Anschließend schlägt er den Neologismus der „Condivision“ vor, um die „Verkettung von Singularitäten“ nicht nur zu „benennen“, sondern auch zu „betreiben“:

„In der Condivision deutet die dividuelle Komponente, die Teilung, nicht auf eine Abgabe, eine Reduktion, ein Opfer, sondern auf die Möglichkeit einer Addition, eines Plus. Es muss nicht erst eine Gemeinschaft entstehen, um die Neuzusammensetzung von vorher getrennten Individuen zu erreichen: Die Verkettung und die Dividualität der Singularitäten sind coemergent, als Condividualität von Condividuen.“ (ebd.: 33)

Vor diesem Hintergrund kann das Gemeinsame in der Praxis von *LUX & Konsorten* aus transversalen Verbindungsmomenten entstehen, die sich auf „organisierte und unorganisierte alltägliche Politiken des Rechenehrens und des Zugehörigmachens“ (Hess/Lebuhn 2014: 20) gründen. Mit der Unterscheidung von „formalen“ und „substantiellen“ sozialen Rechten

⁴⁷ Der auf Deleuze zurückgehende Begriff des „Dividuums“ zeichnet sich, so Raunig, durch die drei Komponenten der „Getrenntheit“, der „Ähnlichkeit“ und der „Mit-Förmigkeit“ aus (Raunig 2010: 32f.). Die erste Komponente bezieht sich auf eine „Form der Zerstreuung, Ausdehnung und Verteilung“, welche „sich durch verschiedene Einzeldinge hindurch bewegt“, so dass der Begriff des „Dividuums“ die „Dichotomie von Individuellem und Allgemeinen“ durchbricht und somit „eine neue Dimension einführt, in der das, was etwas ist, und das, wodurch es ist, ins Verhältnis gesetzt werden“ (ebd.: 32). Bei der zweiten Komponente geht es um eine „nicht-universelle, transversale Funktion der Dividualität“, in der nicht wie bei der Individualität das „Anders- und Abgegrenzt-Sein“ hervorgehoben wird, sondern „die dividuelle Singularität immer je eine unter anderen [ist]. Das Dividuum hat also eine Komponente oder mehrere Komponenten, die es als Teilbares konstituieren und zugleich mit anderen, in ihren Komponenten ähnlichen Dividuen verbinden. Es geht hier um Ähnlichkeiten, nicht Identitäten, und zwar in Bezug auf nur einige Komponenten.“ (ebd.) Bei der dritten Komponente zeichnet sich „die dividuelle Singularität“ im Unterschied zum Begriff der Individualität, der „zur Konstruktion der Abgeschlossenheit des Selbst und der Anderen“ tendiert, durch „die Pluralität und die Mit-Förmigkeit alles Seienden, damit auch die Offenheit für Verkehr und Verkettung“ aus: „Das dividuum durchläuft verschiedene Einzeldinge oder -wesen nach ihren ähnlichen Eigenschaften. *conformitas*, Konformität, impliziert nicht Gleichheit, totale Gleichförmigkeit oder Anpassung, sondern eher die spezifische Übereinstimmung in der Form, das Teilen von formalen Komponenten.“ (ebd.: 33, Herv. i. O.)

(Marschall 1950) kann der im Statement (11/2010: Kommunistischer Buchhalter) zitierte „Citizen“-Akteur als eine Figur des „activist citizen“ (Isin 2009) gelesen werden. Die anzueigennenden (Stadt)Bürgerrechte der Konsort*Innen können als „acts of citizenship“ (ebd.) in einem sozialen Prozess, in dem Rechte gefordert werden, ausgedehnt oder auch verloren gehen, begriffen werden. Dabei ist Engin F. Isins Appell für ein verändertes oder erweitertes Verständnis von Bürgerschaft relevant:

“The rights (civil, political, social, sexual, ecological, cultural), sites (bodies, courts, streets, media, networks, borders), scales (urban, regional, national, transnational, international) and acts (voting, volunteering, blogging, protesting, resisting and organizing) through which subjects enact themselves (and others) as citizens need to be interpreted anew.” (Isin 2009: 368)

Mit Blick auf *LUX & Konsorten* rücken also die Aushandlungsräume in den Fokus (vgl. Kap. 5), in denen die Assoziation selbstständiger Unternehmungen sich ihre Rechte nimmt, um bei der zunehmenden Ökonomisierung des Lebens eine Grenze zu ziehen.

4.2 Reproduktionskonten senken durch günstige Gewerberäume

Die gemeinhin als provokativ empfundene Forderung nach den günstigen Gewerbemieten geht mit dem Unwillen der Konsort*Innen einher, die Nähe der Innenstadt wegen steigender Mieten zu verlassen. Mit dieser Weigerung ist die Idee einer „sozialen Barrierefreiheit“ verbunden, in dem Sinne, dass die „Zugänglichkeit zur Stadt der kurzen Wege via Niedrigpreisigkeit“ erhalten werden soll, so die informelle Aussage eines weiteren Konsorten. Diese wurde von *LUX & Konsorten* anhand einer Obergrenze für eine Gewerbemiete festgelegt, welche die Konsort*Innen bereit waren zu zahlen: „Der Mietzins darf 5,-€/qm warm nicht übersteigen, weil wir nicht bereit sind, ständig im Hamsterrad Anlauf zu nehmen, um unsere Existenz zu sichern“ (*LUX & Konsorten*, Mietvertrag für günstigen Gewerberaum 01.12.2010).⁴⁸ In dieser Hinsicht organisiert sich die urbane Vernetzung der Selbstständigen in der Prekarität über eine klare Stellungnahme innerhalb einer oppositionellen Akteur*Innenkonstellation:

„Wir sehen Ihr Interesse, möglichst hohe Mieten am Markt zu erzielen. Sie können aber sicher sein, dass wir nicht für teurere Mieten mehr arbeiten, nur damit Sie Gewinne und Ausschüttungen an Ihre Aktionäre und sich selbst gewährleisten können. Wir entwickeln andere Geschäftsmodelle und etablieren andere Ideen von Gemeinwohl.“ (ebd.)

⁴⁸ Im nächsten Kapitel 5 der „temporären Besetzungen“ erfolgt eine ausführliche Bezugnahme auf den von *LUX & Konsorten* vorgeschlagenen Mietvertrag, der während des ersten öffentlichen Auftaktes der Initiative an die Investor*Innen und die Bezirkspolitik in Altona geschickt wurde.

In diesem Fragment des symbolisch formulierten Mietvertrages wird eine frontale Grenzlinie in der Adressierung gezogen, durch die das Gegenüber mit einem spezifisch zugeschriebenen Ziel der Profitmaximierung ins Visier genommen wird. Die Bewertung eines durch überbezahlte Mieten antizipierten Mehrwertes wird zunächst zum Ausgangsstreitpunkt der Auseinandersetzung gemacht, um in der Folge klar zurückgewiesen zu werden. Während im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit die Frage der Ausbeutung in der marxistischen Auslegung als Aneignung der Mehrarbeit der zeitlich verwertbaren Arbeitskraft kritisiert wird, lese ich im Zitat eine Verschiebung heraus, die sich in der Verweigerung artikuliert, in ein solch klassisch gedachtes Ausbeutungsverhältnis einzutreten. Der Ankündigung, „andere Geschäftsmodelle“ zu entwerfen, entnehme ich allerdings eine affirmative Bezugnahme auf Arbeit. Die eröffnete Kampflinie lokalisiert sich somit weniger *innerhalb* der Produktion, sondern wird entlang der Frage der Reproduktion der Arbeit, und zwar durch Senkung der Kosten für die eigenen Gewerberäume, gezogen. Dabei wird der auch in dem Ansatz der „Entgrenzung von Arbeit“ (Voß 1998) thematisierte Aspekt der entstandardisierten bzw. flexibilisierten Zeit nun bei den Selbständigen in *LUX & Konsorten* als eine variabel zu betrachtende, wertvolle Ressource innerhalb eines „ausbalancierten Arrangements“ (Gottschall/Henninger 2005: 171) zwischen Arbeit und Leben verhandelt, die es nicht für überbezahlte Gewerbemieten zu verausgaben gilt. Diese immer wieder performativ hergestellten subjektivierenden⁴⁹ Grenzmarkierungen aktualisieren sich in der Suche, das persönliche Unbehagen zu politisieren und wirken insofern ansprechend, weil sie sich nicht monolithisch in abstrakt formulierten Ausbeutungs-Pamphleten erschöpfen.

Das dringliche Anliegen von *LUX & Konsorten*, lokale Ökonomien in der Nähe der Innenstadt zu bewahren, wurde aus der partikularen Sichtweise des Betreibers einer Motorrad-Selbsthilfwerkstatt im folgenden Statement spezifiziert:

„Ja auf jeden Fall lokale Unternehmung X bedeutet, ich bin eine lokale Unternehmung, ich habe ein lokales Unternehmen und das ist definitiv von der Verdrängung bedroht, und ich bin der Meinung, dass solche lokalen Unternehmer einfach extrem wichtig sind für eine Stadtstruktur und eben auch für die Menschen, die dort leben, und dass wir nicht nur Shop-Ketten brauchen und noch ein Budnikowsky und noch ein H&M usw. Und deswegen engagiere ich mich dafür, dass auch kleine Betriebe ihre Existenzberechtigung in der Stadt behalten und entsprechend, dass die Politik da eben auch ein Auge drauf hat, dass nicht nur dem Großkapital wieder aller Weg freigeräumt wird, um die Trasse zu ebnet für Großprojekte von denen letzten Endes der Bürger, so wie du und ich sag ich jetzt einfach mal, keinen Benefit hat.“

⁴⁹ Als Prozesse der Subjektivierung versteht Marianne Pieper weder Regime-Effekte noch „solitäre Akte singulärer Subjekte“; vielmehr „ereignen“ sie sich in Verbindungsmomenten, in denen gesellschaftliche Verhältnisse verhandelt und überschritten werden (Pieper 2016).

Du hast eine besondere Rolle, du hast eine Motorradwerkstatt, wie stellst du Dir das vor in diesem Gewerbehof?

Ja das ist ganz hervorragend dort, es sind ganz hervorragende Räumlichkeiten, die man dafür nutzen kann, relativ abgeschottet von Wohnräumen, wo jetzt Lärmbelästigung ein Problem darstellen würde, und wie gesagt könnte mir ganz hervorragend schon 300m² ausgucken, die ich da bespielen kann plus Stellfläche usw. Und dann halt eben das Ganze auch in Kombination mit den anderen Gleichgesinnten, die sich da auch niederlassen, wo man da halt mit vielen Leuten zusammen was machen kann, denn gemeinsam ist man bekanntlich stark.“ (Statement 11/2010: Betreiber Motorrad-Selbsthilfewerkstatt).

Der zitierte Konsorte, der seit über 15 Jahren erfolgreich sein Unternehmen führte, wurde 2010 zugunsten eines projektierten Eventkultur-Standortes aus seinem Gewerbehof in Altona gekündigt. Der Legitimierung des Konsorten-Engagements folgend, „dass auch kleine Betriebe ihre Existenzberechtigung in der Stadt behalten“ sollen, wird eine existenzverunsichernde Grenze zwischen verdrängten lokalen Unternehmungen und den global agierenden Konzernen gezogen. Den Appell an die Politik, dafür Sorge zu tragen, dass „nicht nur dem Großkapital wieder aller Weg freigeräumt wird, um die Trasse zu ebnen für Großprojekte, von denen letzten Endes der Bürger [...] keinen Benefit hat“, lese ich als Forderung nach einer bürger*Innennahen Politik der Fürsorge, die sich nicht in einer Politik erschöpft, welche auf ein abstraktes Wohl der Bevölkerung zielt. In der Abgrenzung von einer solchen an Großinvestor*Innen orientierten Politik, „von de[r] letzten Endes der Bürger, so wie du und ich sag ich jetzt einfach mal, keinen Benefit hat“, bleibt jedoch die verallgemeinernde Sprache etwas kryptisch: Wer sind beispielweise die Bürger*Innen, die nicht von internationalen Textileinzelhandelsketten im Niedrigpreissegment wie H&M profitieren? Im Hinblick auf das vereinnehmende Moment, in dem „du und ich“ als „Gleichgesinnte“ agieren, denn „gemeinsam ist man bekanntlich stark“, stellt sich mir die Frage, ob die Qualität des Erfolges der Assoziation nun einfach gemäß der revolutionären Rhetorik aus einer zu vereinigenden Masse resultiert oder doch vielmehr in einer weiter zu spezifizierenden verkörperten Haltung innerhalb der (im folgenden Kapitel dargestellten) urbanen Interventionen von *LUX & Konsorten* zu suchen ist. Zurück zum Statement kommend, würde ich dem Konsorten dahingehend folgen, dass durch das Wuchern unzähliger Filialen der beispielhaft zitierten Einzelhandelsketten sicherlich der Markt gesättigt wird und Preise eingeführt werden, mit denen Einzelhandelsgeschäfte nicht mithalten können. Mit der aussterbenden Unternehmensform von Kleinbetrieben kann darüber hinaus auch ein Verlust von persönlichen Beziehungen bedauert werden. In einem Einzelhandelsgeschäft im Stadtviertel werden nicht einfach Produkte gekauft, ein solches Geschäft zeichnet sich auch dadurch aus, dass die Bewohner*Innen, die dort einkaufen, zugleich auch ein Gefühl von Nähe und Vertrautheit genießen. Der ausbleibende „Benefit“ würde somit das Wegbrechen einer Idylle von Nachbarschaftsbeziehungen in der anonymisierten Stadt

ausdrücken. Ein ähnliches Beziehungsgeflecht durchzieht das Unternehmen des Konsorten, der die Motorradwerkstatt betreibt. Er selbst studierte Informatik, doch das „isolierte Dasein“ in diesem Beruf lag ihm nicht, wie er in einem in der Zeitung „Die Welt“ abgedruckten Gespräch erzählte: „Ich wollte unter Menschen, also habe ich mein Hobby zum Beruf gemacht“ (Eusterhus 2010). So wurde die Selbsthilfwerkstatt geboren, die „Großstädtern das Selbstreparieren ihrer Böcke“ (ebd.) ermöglicht. Dass dieses Gewerbe „keinen gewöhnlichen Schrauberbetrieb“ darstelle, sondern auch einen Ort der Begegnungen, drückt der Konsorte wie folgt aus: „Das Kommunikative ist für die Leute schon wichtig“ (ebd.). In einer solchen „Produktion von Affekten“ kommt, so Michael Hardt, der Anteil an „immaterieller Arbeit“ in der „Herstellung zwischenmenschlicher Kontakte und Interaktionen“ zum Vorschein, konkretisiert als „ein Gefühl des Behagens, des Wohlergehens, der Befriedigung, der Erregung, oder der Leidenschaft, auch der Sinn für Verbundenheit und Gemeinschaft“ (Hardt 2003: 218f.). Eine derartige Sozialität wird bei der Arbeit in der Motorradwerkstatt auch thematisiert: „Hier hilft jeder mit, einer gegen alle gibt es nicht, und wer wie viel verdient, und wo er wohnt, ist hier wurscht.“ (Eusterhus 2010) Die letzte Äußerung könnte als Nivellierung von Klassenunterschieden gelesen werden. Durch die Beschreibung des Werkstattalltags des Konsorten gewinne ich jedoch den Eindruck, dass unterschiedliche habituelle Ambitionen konkret ausgelebt werden: „Manche muss man komplett auflaufen lassen, damit sie ihre Nase nicht mehr ganz so hoch tragen“ (ebd.: 8). Ein solch performatives Zurechtrücken ermöglicht eine Kollektivierung, als Ansammlung heterogener Subjektivierungsweisen, die eine große Leidenschaft am Motorradfahren verbindet. Und diese Leidenschaft könnte nicht ausgelebt werden, wenn die „Großstädter“ an die Ränder der Stadt fahren müssten. Die befürchtete Bedrohung der eigenen Selbstständigkeit rührt aus der Idee, dass das ganze Geschäft davon lebt, dass es im Leben des Stadtviertels verankert ist. Eine Annahme, die ich gut nachvollziehen kann, wenn ich an den Entstehungsort des analysierten Statements denke: Dieses nahm ich an einem Abend auf, als ich mit zwei anderen Konsort*Innen die gut frequentierte Kinoveranstaltung besuchte, die der Werkstattbesitzer und seine Mitarbeiter im Viertel organisierten und einen Film über ein Motorradrennen in Altona zeigten, an dem sie selbst teilgenommen hatten. Vor dem Hintergrund scheint mir das Anliegen einer gemischten Infrastruktur für Wohnen und Arbeiten plausibel, trotz der damit verbundenen Herausforderungen, denn im konkreten Fall der Motorradwerkstatt handelt es sich um ein großflächiges, lautes und ‚dreckiges‘ Gewerbe, dessen Koexistenz in einem Wohngebiet nur durch spezifische bauliche Abschottungsmaßnahmen zu ermöglichen ist.

4.3 Urbane Vielschichtigkeit (er)leben

Die Vorstellung eines verräumlichten Ausdehnungspotentials für soziale Begegnungen, entgegen den immer mehr durchgesetzten homogenisierten Elite-Gemeinschaften in den gentrifizierten Städten, formuliert eine weitere Konsortin wie folgt:

„LUX & Konsorten bedeutet für mich einen Zusammenschluss von Gleichgesinnten, die ebenfalls diese Idee vertreten, dass es günstigen Gewerberaum in Hamburg geben muss. Und einige von diesen sind selber interessiert daran, einen Gewerberaum zu beziehen, [...] und Andere finden auch einfach die Idee gut eines gemischten Viertels, das nicht nur aus Wohngebiet besteht, sondern eben auch aus kleinen Gewerbetreibenden. [...] ich finde halt beides wichtig [...]. Und ja, wie gesagt, mir ist es auch sehr wichtig, dass es eben nicht diese absolute Einteilung gibt von hier Einkaufsstraße dort Wohngebiet und die Leute, die dann irgendwie wohnen, wirklich nur aus ihren Häusern raus kommen, um zur Arbeit zu fahren und dann wieder in ihre Häuser reingehen, wenn sie nach Hause kommen, das ist wie eine Horrorvorstellung. Es ist viel schöner, wenn in so einem Viertel eine Bewegung herrscht von Menschen, die da die Fahrradwerkstatt aufsuchen oder dort in irgend einem Geschäft eine Frage haben. Ja, diese Art von Bewegung wünsche ich mir in einem Viertel.“ (Statement-Ausschnitt 11/2010: Kulturschaffende und prekär Beschäftigte)

Der erneute Bezug zu den „Gleichgesinnten“ taucht hier interessanterweise nicht im Kontext einer revolutionär gedachten Gemeinschaft auf. In Rückgriff auf Raunigs dargestelltes Verständnis der „Condividualität“ als das „Plus“ an transversalen Verbindungen kann die Bezeichnung der „Gleichgesinnten“ im konkreten Fall als eine Verkettung von Singularitäten gedacht werden, die durch eine materiell-diskursive Aneignung günstigen Bodens hervorgebracht wird, indem der Wunsch nach einem Raum und die Überschreitung des Diskurses hinsichtlich der Profitlogik sich mit und über den Kampf um günstigen städtischen Raum konstituiert. Bei Fortsetzung der Statement-Lektüre stolperte ich jedoch über die Wortwahl des „gemischten Viertels“. Diese Vorstellung brachte ich zunächst mit der Vorstellung neoliberaler Stadtentwicklungsprojekte in Verbindung, die von einer „Salonfähigkeit“ der „Mischnutzung“ wegen der Rentabilität „urbaner Bereiche“ ausgehen (Savills Research 2016: 2). Aus der Perspektive des Hamburger Stadtentwicklungskonzeptes sprach auch der ehemalige Erste Bürgermeister Olaf Scholz in einer Diskussionsveranstaltung 2014, dem Motto „mehr Stadt in der Stadt“ folgend, davon, „dass Hamburg mehr urbane Nutzungsgemischte Quartiere entwickeln wird“ (Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 2014: 6). In dieser diskursiven Ordnung wäre auch der erwähnte Anspruch von *LUX & Konsorten* nach einer preisgünstigen „Stadt der kurzen Wege“ plausibel, die dem stadtentwicklungspolitischen Leitbild der „inklusiven Stadt“ entspräche, „dass alle Menschen in ihrem direkten Umfeld die Angebote und Möglichkeiten zur gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe vorfinden“ (ebd.: 9). Den-

noch möchte ich an dieser Stelle nicht den Weg einschlagen, vermeintliche Neoliberalisierungsschübe in der Praxis der Consort*Innen zu kritisieren oder wiederum Vereinnahmungsprozesse durch neoliberale Stadtkonzeptionen zu widerlegen. Ich verfolge eher die These, dass die Potentialität in der Haltung von *LUX & Consorten* gerade in der Verschränkung mit Pfaden stadtpolitischer Visionen liegt, dass diese jedoch über die Affirmation letzterer hinausweist. Nach meiner zunächst normativ orientierten Lesart der anfangs eingeführten Aussage des „gemischten Viertels“ blieb ich beim Weiterlesen des Statements der Consortin an der Stelle stehen, an der sie die starre räumliche Trennung vehement zurückweist. In der zitierten Schilderung der „Horrorvorstellung“ lässt sich eine Abgrenzung zu einem Stadtbild skizzieren, das zunächst negativ beschrieben wird, nämlich das eines klar geordneten sozialen Raumes, der durch eine „absolute Einteilung“ monolithischer Abläufe abgesteckt wird. Eine affirmative Hinwendung zum erwünschten Stadtleben erfolgt anschließend durch den Wunsch nach unerwarteten Begegnungen einer situativ aufeinander treffenden Menge. Als erste Referenz zu der zitierten Präferenz der „Bewegung“ zwischen den Menschen in der Stadt kann Henry Lefebvres Konzeption des „Städtischen“ in einer urbanisierten Gesellschaft herangezogen werden.

„Das Städtische definiert sich als der Ort, an dem die Menschen sich gegenseitig auf die Füße treten, sich vor und inmitten einer Anhäufung von Objekten befinden, bis sie den Faden der eigenen Tätigkeiten verloren haben, Situationen derart miteinander verwirren, dass unvorhergesehene Situationen entstehen. [...] die Bewohner des städtischen Raumes sind besessen davon, die Entfernung zu annullieren.“ (Lefebvre 1972: 46)

An diese Definition des Urbanen von Lefebvre anschließend, unterteilt Christian Schmid das Urbane in drei Dimensionen. Die erste Dimension spezifiziert die „urbane Ebene“ der „Mediation“ als „mittlere und vermittelnde Ebene“ der gesellschaftlichen Wirklichkeit (Schmid 2011: 31). Diese „urbane Ebene“ bewegt sich zwischen einer „privaten Ebene“, welche sich auf das Alltagsleben, Wohnen, also eine ‚nahe‘ Ordnung bezieht, und einer „globalen Ebene, der fernen Ordnung“, die auf „de[n] Weltmarkt, de[n] Staat, [das] Wissen, [die] Institutionen“ rekurriert (ebd.). Gerade durch die Gefahr, zwischen den zwei Ebenen zerrieben zu werden, wird die Bedeutung der Stadt als gesellschaftlicher Ressource sichtbar, die unterschiedliche Elemente der Gesellschaft zusammenführt (vgl. ebd.: 31f.). Innerhalb der zweiten Dimension wird in der „urbanen Form“ ein „Zentrum“ durch Situationen geschaffen, in denen unterschiedliche Dinge nicht isoliert nebeneinander zu betrachten seien. Die Form der Zentralität gelte es, so Schmid, weniger als eine „geografische Situation“ oder einen Inhalt aufzufassen, denn als mögliche Form eines Zusammentreffens von Differenzen (vgl. ebd.: 32). Die darin implizierte „raum-zeitliche“ urbane Differenzierung verweist drittens auf die Stadt als einen

„Ort der Differenz“, in dem Unterschiede als „aktive Bezugselemente“ aus der Vielfalt der Alltags-Dramen resultieren (ebd.:33):

„Die spezifische Qualität des urbanen Raumes entsteht erst durch die gleichzeitige Präsenz von ganz unterschiedlichen Welten und Wertvorstellungen, von ethnischen, kulturellen und sozialen Gruppen, Aktivitäten und Kenntnissen. Der urbane Raum schafft die Möglichkeit, all diese unterschiedlichen Elemente zusammenzubringen und fruchtbar werden zu lassen. Zugleich besteht jedoch immer auch die Tendenz, dass sie sich gegeneinander abschotten und voneinander separieren.“ (ebd.: 33)

In diesem „multidimensionalen“ Differenzkonzept, „das aus Zwischenräumen des Alltagslebens und aus politischen Kämpfen besteht“, können maximale Unterschiede durch „Gegensätze, Kontraste, Überlagerungen und das Nebeneinander verschiedener Wirklichkeiten“ entstehen und zu „Auseinandersetzungen“, Konfrontationen sowie „zu einer grundlegenden Transformation“ führen (ebd.: 34).

Überdies erinnert die Produktion des urbanen Raumes, wie sie im Interview-Statement (Statement 11/2010: Kulturschaffende) durch den erwünschten Austausch durch die Bewegungsmöglichkeiten im Viertel gezeichnet wird, an das Ende der 1950er Jahre von den Situationist*Innen kreierte Bild von der „bedeckten Stadt“ (Situationistische Internationale 1995). Es geht von der Enge eines unübersichtlichen Raumes aus, in dem soziale Bindungen eher forciert als in kleinbürgerlicher Manier unterbrochen werden, auch wenn sich darin Konflikte anbahnen könnten, die es auszuhandeln gilt. In ihrem Text *„Eine andere Stadt für ein anderes Leben“* von 1959 beanspruchten die Situationist*Innen ein „soziales Konzept des Urbanismus“ und wandten sich explizit gegen die Vorstellung einer „grünen Stadt, in der auseinandergerückte und isolierte Wolkenkratzer die unmittelbaren Beziehungen und die gemeinsamen Handlungsmöglichkeiten der Menschen begrenzen“ (ebd.: 80). Auf keinen Fall wollten sie zur „Natur zurückkehren und wie die Aristokraten in einem Park leben“ (ebd.: 81). Vielmehr imaginierten sie „aufgehängte Kollektivwohnungen“ sowie Distributions- und Produktionsräume, die sich über die ganze Stadt erstrecken, so dass der Boden frei bleibe „für Verkehr und öffentliche Versammlungen“ (vgl. ebd.: 82). Stadtbewohner*Innen sind also in diesem Bild nicht nur Konsument*Innen und Kund*Innen, die versorgt, kontrolliert und unterhalten werden, sondern ebenfalls Akteur*Innen, die sich – wie in der Wunschvorstellung der Konsortin – im verdichteten Raum bewegen, aufeinander zugehen und für ihre Belange eintreten. Auf diese Weise kommen sie schließlich eher, so der Soziologe Sighard Neckel, zu ihren Rechten, wenn sie durch eigene Setzungen die Stadt nutzen (Neckel 2002: 112). Diskussionen über die Stadt gehen letztlich mit einem Sprechen über die Gesellschaft einher, denn „Städte waren immer verdichtete Räume, in denen Gesellschaften sich selbst repräsentiert haben, in

ihren Problematiken, ihren Aspirationen, [...] auch in ihren Verrücktheiten“ (ebd.: 104). Gerade dadurch, dass neoliberale Städte zunehmend die Machtverhältnisse der Investor*Innen und Eliten symbolisieren, bestehe die Kritik darin, dass die „differenzierten Lebenswelten“ (ebd.: 110) der Stadtbewohner*Innen nicht berücksichtigt werden. Vor diesem Hintergrund schöpft der Autor Hoffnung in der Annahme, dass wenn unterschiedliche Gruppen ihre Ansprüche stellen, die Stadt das werde, was sie sein kann: „ein Verhandlungsraum, auch Kampfplatz unterschiedlicher Interessen und Wertorientierungen, an dem es unter anderem deswegen so spannend ist zu leben, weil sich an diesem Ort nichts vereinheitlichen lässt – es sei denn mit Gewalt und Unterdrückung“ (ebd.). Gegen eine unsichtbare symbolische Gewalt, welche die Existenz „kleiner Firmen“ (Statement 11/2010: Kommunistischer Buchhalter) bedroht, ist auch die Assoziation *LUX & Konsorten* angetreten, mit ihren urbanen Interventionen, die sich gerade an der Grenze zwischen Kunst und Gewalt bewegten (vgl. Kap. 5). Dabei beanspruchten die Konsort*Innen nicht nur abstrakt ein Recht auf Bürger*Innenrechte im urbanen Raum, in dem unterschiedliche Existenzweisen ihre Berechtigung haben sollten, sondern setzten sich auch für spezifische, mit ihrer Arbeit korrespondierende, inhaltliche Schwerpunktsetzungen ein, wie im folgenden Abschnitt dargestellt wird.

4.4 Gesellschaftlich relevantes Wissen gestalten und verbreiten

Der Bedarf einer Infrastruktur für eine selbstbestimmte, am Gemeinwohl orientierte Arbeit, stellt auch eine zentrale Problematisierungsdimension beim „kleinen Bildungsträger“⁵⁰ für Bildung, Beratung und Moderation dar, der sich an dem Projekt *LUX & Konsorten* beteiligte. Die dort am längsten als Sozialpädagogin für Moderation und Prozessbegleitung tätige Mitarbeiterin beschreibt, dass die Tätigkeitsfelder „sehr viel um gesellschaftliche Diskussionen“ kreisen: beispielhaft nennt sie hier die „Frage von Mobilität“, die „Frage von Europa, der europäischen Staatsbürgerschaft“, „ganz viel was mit Migration und Einwanderungsgesellschaft“ und die „Frage von Mehrsprachigkeit“. Das Selbstverständnis ihrer Bildungsarbeit erläutert die Konsortin in Zusammenhang mit den „Zielgruppen“ des Bildungsträgers, welche aus „Leuten“ bestehen,

⁵⁰ Dieser zur Zeit von *LUX & Konsorten* noch „kleine“ Bildungsträger vergrößerte sich im Rahmen des genossenschaftlichen Projektes *flux eG* zum „Internationalen Bildungszentrum“, in dem aktivierende Lernmodule im Rahmen des Programms „Organizing Education“ entwickelt werden.

„die in der Regel nicht so viel bezahlen können für ihre Weiterbildung oder für die Art von Bildung, die wir anbieten. Grundsätzlich gehören wir auch zu denen, die eigentlich finden, dass Bildung keine Ware ist, die man total teuer verkauft.“ (Statement-Ausschnitt 11/2010: Bildungsträger-TeilhaberIn 1)

In der Diskrepanz zwischen Bildungsangeboten und deren Inanspruchnahme durch Interessent*Innen, die sich eine teure Weiterbildung eher nicht leisten können, wird die Problematik der Bildung als hochpreisigem Gut eingeführt. Die grundsätzliche Zurückweisung der Bildung als Ware durch die Konsortin kann in Zusammenhang mit dem Mangel an demokratischem Zugang zu Wissen gelesen werden, den auch die Kulturproduzentin Marion von Osten hervorhebt: In der neoliberalen Bildungspolitik gerate immer mehr die Vorstellung außer Kraft, Wissen als ein Allgemeingut zu begreifen, dessen „Produktion und Distribution nicht einer bestimmten Gruppe oder einem einzelnen Individuum und deren/dessen Interessen gehören“ darf (von Osten 2004: 2). Der Rückzug des Staates geht mit einer Ökonomisierung der Bildung als einer viel versprechenden Ware einher, in der Wissen in Form personengebundener Ressourcen zum Produktionsfaktor wird. Doch damit Wissen als Ware verhandelt wird, müsse es, so der französische Ökonom Yann Moulier-Boutang, folgenden Prinzipien Rechnung tragen: erstens dem Prinzip der „Ausschließlichkeit (excludability)“, demnach „die Zugehörigkeit zu einem Eigentümer alle anderen an der Nutzung der Rechte an diesem Wirtschaftsgut hindert“ und zweitens dem Prinzip der „Rivalität in der Verwendung (rivalry)“, die bedeutet, „dass sie nicht mit einer anderen Verwendung vereinbar ist“ (Moulier-Boutang 2003: 266). Der Wert von Wissen wachse allerdings mit dem Gebrauch und seiner Verbreitung. So liege die Schwierigkeit für die Kommerzialisierung von Wissen darin, „die Eigentumsrechte geltend zu machen, die auf sie anwendbar sind“, denn ein zunehmender Wissensanteil ist „leicht kopiert, ohne Abnutzung gelagert“ und kann mit der Folge des Besitz- und Monopolverlustes „zu sehr geringen Kosten, nahe Null, weitergegeben werden“ (vgl. ebd.: 267). Vor diesem Hintergrund erörtert auch von Osten, dass gerade weil „die Ware Wissen auf Kommunikation und Kooperation basiert“, sie ihren Wert aus ihrer Nutzung schöpfe (von Osten 2004: 2). Daraus entstehe, bedingt durch den neoliberalen Kurzschluss, ein Dilemma, in dem eine den Nutzen einschränkende Logik von Eigentumsrechten forciert wird, die wiederum dem Konsum und dem Streben nach sogenannten „Innovationen“ entgegensteht. Allerdings ist der selektive und hierarchisierte Zugang zu Wissensgütern „zunehmend selbst auf Wissenspraktiken und Aneignungsformen angewiesen, die eben gerade nicht institutionell hergestellt oder verwaltet werden können, die gleichzeitig aber auch nicht gefördert oder finanziert sind, sondern sich dadurch auszeichnen, dass sie sich selbst organisieren.“ (vgl. ebd: 2)

Diese Selbstorganisation kann jedoch bei einer mangelnden Finanzierung einer nicht kanonisierten bzw. verwertbaren, also einer minoritären, Wissensproduktion an ihre Grenzen stoßen. Eine prekäre stadtpolitische Infrastruktur, die nicht situativ sinnvolles Wissen aus und in der Perspektive der Lernenden fördert, untermauert die im Bildungsträger beschäftigte Konsortin auch für die lokalen Politikverhältnisse:

„Zusammen mit der aktuelle Politik in Hamburg, die immer weiter kürzt, ja und im Prinzip so kleine Unternehmen wie uns nicht fördert und eigentlich für diesen ganzen Bereich sowieso keine Gelder da sind, und in dieser Perspektive es noch einmal notwendiger ist, zumindest günstige Arbeitsräume zu haben. Wir hängen an dem was wir machen, wir machen es gerne, wir arbeiten gerne mit den Leuten, mit denen wir arbeiten, und wollen aber und können auch nicht die Miete zahlen.“ (Statement-Ausschnitt 11/2010: Bildungsträger-Teilhaberin 1)

An dieser Stelle wird eine Zwickmühle deutlich, in die eine kleine Unternehmung oft gerät: Sie folgt „eigentlich“ dem Prinzip, „dass Bildung keine Ware ist“ (ebd.), jedoch gefährdet dieser Grundsatz die Existenz der Unternehmung. Dass eine solche Art von (Bildungs-)Arbeit bei immer teurer werdenden Mieten nicht zu leisten ist, wird in dem folgenden Statement der gelernten Buchhalterin, ausgebildeten Politologin und Organisationsentwicklerin, die auch im Bildungsträger arbeitet, angesprochen:

„Und ganz konkret für unseren Bildungsträger, wollen wir da rein [in den Gewerbehof], denn wir können uns die hohen Mieten nicht leisten, weil wir oft Projekte machen, die in keine Töpfe passen, also wo wir in Bildungsdiskurse intervenieren wollen oder gesellschaftliche Projekte anschieben wollen und immer wieder feststellen, wir können uns in Fördertöpfe reinschreiben, aber dann entspricht es nicht mehr dem, was wir machen wollen. Deswegen brauchen wir Räume, die nicht so teuer sind. Wir brauchen einfach günstige Räume, um unsere Ideen zu verwirklichen.“ (Statement-Ausschnitt 11/2010: Bildungsträger-Teilhaberin 2)

Die ökonomisch nicht verwertbare Diskursintervention geht mit einem Auseinanderklaffen der Finanzierung von Ressourcen und inhaltlichen Präferenzen einher. Hierbei sehe ich einen Ausdruck des Wunsches nach Bildungsprozessen jenseits einer Management-Gesinnung, in der Wissen nach Exzellenz-Leitbildern gesteuert und verwaltet wird, und in der eine standardisierte Wissensproduktion zu fördern wäre, die nach der strategischen Auslegung des Europäischen Rates in Lissabon 2000 ein „dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und eine[m] größeren sozialen Zusammenhalt“⁵¹ garantieren soll. Unter solchen ökonomisch ausgerichteten Bedingungen kann ein Ausbruch aus der vereinnahmenden Übercodierung nur durch die Senkung der infrastrukturellen Kosten der eigenen breit zugänglichen (Bildungs-)Arbeit ermöglicht werden: „Wir brauchen einfach günstige Räume, um unsere Ideen zu verwirklichen.“ Dieses Beharren auf „Selbstverwirklichung“ innerhalb der zu

51 http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm [20.01.2019]

dem Zeitpunkt angestrebten Produktionsassoziation gewinnt für mich an Plausibilität durch von Ostens Ausführungen, dass beim Wissen, das durch „die Privatisierung des Bildungssystems“ als Wirtschaftsgut definiert werde, „die transgressive Dynamik, die jedem Wissen eigen ist“, verkannt wird. Wissen „verbreitet sich durch die Lesarten im Alltag, durch die mündliche Übertragung, populäre Aneignung oder mediale Umdeutung. Es verändert sich durch Missbrauch und Interpretation als Gerücht oder Lüge“ (von Osten 2004: 5). Unter der Spezifizierung, dass „Wissenspraktiken“, so von Osten, „der Leserschaft gehören, und nicht den AutorInnen und den VerwalterInnen von Verwertungsrechten“, wird „täglich neues Wissen [produziert], das an soziale Verhältnisse geknüpft ist und neue Sozialitäten hervorbringt“ (ebd.). Das Entstehen eines sozialen Mehrwertes innerhalb vernetzter Produktionsorte wird beim „kleinen Bildungsträger“ wie folgt thematisiert:

„Na ja, und das Interessante ist, wir sind ja auch schon jetzt vernetzt, in unserer Büroetage, und ehrlich gesagt, die Erfahrungen damit sind super und das kann eigentlich nicht groß genug sein.“ (Statement-Ausschnitt 11/2010: Bildungsträger-Teilhaberin 1)

Das Vorhaben, mit der von *LUX & Konsorten* anvisierten Produktionsstätte an noch größere Arbeitszusammenhänge anzudocken, wird in dem zweiten Statement deutlich:

„*LUX & Konsorten* heißt auf jeden Fall noch größer werden als die Bürogemeinschaft, die ich im Moment habe, weil ich sehr den Austausch schätze. Auch mit verschiedenen kleinen Gewerben, Projekten, Initiativen, Leuten, die forschen, zu lernen, zusammenzuarbeiten, um Projekte über meinen eigenen Bereich hinaus zu entwickeln.“ (Statement-Ausschnitt 11/2010: Bildungsträger-Teilhaberin 2)

In dem Wunsch, über die abgesteckten Arbeitsbereiche hinauszutreten und von den Assoziationen zu profitieren, erstaunt mich der Aspekt der Verkettung der eigenen Bildungssparten in neue Handlungszusammenhänge, die nicht nur aus dem Bildungssektor stammen. In dem Statement lese ich eher das Versprechen, ein Potential aus der Teilhabe an einem heterogenen Produktionsraum zu schöpfen. Der immaterielle Surplus wurde auf meine Nachfrage hin, was *LUX & Konsorten* heiße, wie folgt formuliert:

„Ja, Lux sind die lokalen Unternehmungen mal X, also einfach der Mehrwert. Das X steht für mich für den Überschuss oder für das, was darüber hinaus passiert, jenseits von unserer Existenz.“ (Bildungsträger-Teilhaberin 2)

Sowohl die Herausforderung, mit einem selbstbestimmten Tätigkeitsprofil im neoliberalen Markt zu überleben als auch die erwarteten positiven Vernetzungsmöglichkeiten kommen auch in einem unveröffentlichten Konzept der Initiative *LUX & Konsorten* zur Sprache. In einem schriftlichen Brainstorming zur Konzeptbildung der Assoziation wird der Anspruch, „ge-

sellschaftliches Wissen strömen [zu] lassen, ohne es dem Verwertungs- und Privatisierungsdruck unterwerfen zu müssen“ sowie die „Befreiung vom Stumpfsinn der Erwerbsarbeit“ und ihre „Zurückdrängung auf das Notwendigste“ formuliert. Laut Konzept gehe es darum, „die souveränen und sich aneignenden Kanäle von Wissen, Forschung, Vermittlung und Akkumulation zu öffnen“. Durch das Nutzen einer gemeinsamen Infrastruktur von verschiedenen Gewerken und Büros könnten „Synergien innerhalb von ähnlichen oder sich ergänzenden professionellen Bereichen“ sowie „Synergien durch das Arbeiten in Freundeskreisen“ entstehen (*LUX & Konsorten*, unveröffentlichtes Konzept 08/2014).

4.5 Das Versprechen vom „sozialen Überschuss“

Der im ersten Statement vom kommunistischen Buchhalter formulierte Wunsch nach einer Produktionsassoziation sowie das Potential, das sich die Bildungsträger-Teilhaberinnen aus der Zusammenarbeit mit anderen Konsort*Innen versprechen, erhalten in folgendem Statement eines freien Künstlers und Möbel-Designers in *LUX & Konsorten* eine weitere Nuancierung:

„*LUX & Konsorten* in Hamburg Altona bedeutet für mich, mit vielen verschiedenen Leuten ein gemeinsames Areal zu haben, eine gemeinsame Räumlichkeit zu haben, an der unterschiedlich produziert und gearbeitet wird, mit einer ganz starken Note, auch gemeinsame Sozial-Kultur-Politräume zu haben, soziale Räume heißen jetzt keine Toiletten, sondern Räume zu haben, die quasi auch fürs Arbeiten erschwinglich sind, die bezahlbar sind, so dass einem möglichst viel Zeit bleibt andere Dinge in den Orten, die man hat, zu tun. Da solche Orte und Räume für mich, auch wenn es Büro- und Werkstatt Räume sind, immer auch Labor- und Atelierräume sind, können die eigentlich gar nicht groß genug sein, und sollen natürlich auch außerhalb der Logik von Spekulation sein, weil dann würde ich dafür ja nur noch arbeiten und kann dort gar nichts Anderes mehr machen außer Geld zu verdienen. [...]“ (Statement-Ausschnitt 11/2010: Freier Künstler und Möbel-Designer)

Das Zitat beginnt erneut mit dem Verweis auf einen heterogen zusammengesetzten Produktionsort, der durch die räumliche Nähe eines „Areal“, an dem „unterschiedlich produziert und gearbeitet wird“, herzustellen sei. Die Vorstellung von Stadt als Ort erlebter und gelebter Unterschiedlichkeit sucht in der mikropolitischen Gestalt der gemeinsamen Produktionsstätte die Realisierung eines Raumes, in dem Differenzen produktiv aufeinandertreffen. Daraus können unterschiedliche Verbindungen entstehen, durch die die „gemeinsamen Sozial-Kultur-Politräume“ zu einem Experimentierraum sozialen „Überschusses“ (ebd.) werden. Aus der Verschränkung von mehrfach genutzten Räumen („auch wenn es Büro- und Werkstatt Räume sind, immer auch Labor- und Atelierräume sind“ (ebd.)), lese ich weiterhin eine überlagerte unternehmerische Subjektivierungsweise heraus. Dieses Verständnis von Produktionsräumen als

Büros-Werkstätten-Ateliers-Laboren, gekoppelt mit der demografischen Information über den Konsorten, dass er ein Studium der Freien Kunst absolviert hat und sein Geld mit dem Design und der Herstellung von Möbeln verdient, stehen quer zu gewohnten Zuschreibungen einheitlicher Berufsprofile der Kunst *oder* des Handwerks. Die Verschränkung von kreativer Tätigkeit und Handarbeit weist über zwei herkömmliche Tätigkeitsbilder hinaus: die klassisch gedachte, staatlich subventionierte Kunst wird in der Verbindung mit der selbstständigen Handwerksarbeit zu einer vielschichtigen Produktion von künstlerischen Möbelstücken, durch die soziale Raumpraktiken gelesen werden können. Diese Auseinandersetzung mit dominanten, vereinheitlichenden Zuschreibungsprozessen stellt weniger eine begriffliche Spitzfindigkeit in der vorliegenden Arbeit dar. Die Frage der Differenz von Kunst und Handwerk kam auch später in den Kaufverhandlungen über das von der Genossenschaft inzwischen erworbene Gebäude in Form eines Disputes mit der Kulturbehörde zum Tragen. Über mehrere Treffen hinweg führten die aus *LUX & Konsorten* hervorgegangene *flux eG* und die Kulturbehörde harte Verhandlungen über die vermeintliche Dominanz des Handwerkes über die Kunst wie auch den umstrittenen Begriff der „Kreativwirtschaft“.⁵² Eine Beschneidung der unternehmerischen Freiheit wurde durch eine „Nutzungsbindung“ im Kaufvertrag mit der Regelung implementiert, „dass der überwiegende Teil dieser Nutzfläche, mindestens jedoch 60 % davon für die Dauer von 30 Jahren ab Beurkundung dieses Vertrages ausschließlich für künstlerische und kreativwirtschaftliche Zwecke genutzt wird“ (Kaufvertrag). Dieses punktuelle Zugeständnis der *flux eG* bestätigt innerhalb der politischen Aushandlungen die Schließung auf diskursiver Ebene. So kam eine differenzierende Bezeichnungspraxis für die Arbeit der Konsort*Innen, welche der Subsumption unter dem Stichwort „Kreativwirtschaft“ entgegenwirken würde, innerhalb der konkreten machtpolitischen Konstellation nicht zur Anwendung, auch wenn sie der Realität der Mehrfach Tätigkeiten, denen die einzelnen Konsort*Innen, und später auch viele Genoss*Innen, nachgehen, näher kommt.

Auf analytischer Ebene verdichtet sich allerdings durch die Decodierung herkömmlich gedachter Arbeitsbranchen, wie im obigen Fall, meine Annahme, dass sich die Konsort*Innen, trotz herrschender Vorstellungen wie sie sich bei dem Stichwort „Kreativwirtschaft“ artikulieren, nicht einfach auf eine neoliberale *Arbeitseinheit* reduzieren lassen, die schlicht für bessere Arbeitsbedingungen eintritt. Mit Rancière sehe ich eher, dass sie „die Arbeitsbeziehun-

⁵² In Hamburg wird Kulturproduktion unter dem Stichwort „Kreativwirtschaft“ verwertet. Wie im ersten Kapitel (1.2) dargestellt protestierten 2009 etliche, darunter auch Konsort*Innen und *Frappant*-Mitglieder, mit dem Manifest „Not In Our Name, Marke Hamburg“ gegen die Vereinnahmung als „kreative Klasse“ (<https://ni-onhh.wordpress.com/about/> [20.01.2019]).

gen, die nur von einer Unzahl individueller privater Verhältnisse abhängen, in ein Gemeinschaftliches einfügen“ wollen (Rancière 2002: 41). Das hier zitierte „Gemeinschaftliche“ verbinde ich – unter Rückgriff auf Mezzadras weiter oben angeführte Spezifizierung einer notwendigen materiellen Ausgangsbasis für einen Kampf – mit dem gemeinsam anvisierten Gewerbehof für Selbstständige, der gerade durch die räumliche Nähe der diversen selbstständigen Tätigkeiten und die damit verbundenen differierenden Lebensweisen zum Ort der Auseinandersetzungen werden kann. So markiert auch der Wunsch nach mehr Zeit (vgl. Kap. 2.1), der im obigen Statement angeführt wird, einen bestimmten Einsatz: Hierin lese ich weniger ein Ersuchen nach der bekannten klaren Trennung zwischen Arbeit und Freizeit, um in letzterer Politik zu betreiben. Hier findet meines Erachtens eine Verschiebung in der Präferenz eines Lebenskonzeptes statt, das sich nicht mehr durch die Logik einer Grenzziehung zwischen ‚Arbeit‘ und ‚Freizeit‘ oder ‚Arbeit‘ und ‚Leben‘ bestimmen lässt. Vielmehr schimmert hier der Wunsch nach einer nicht vorab definierbaren Praxis auf, die vollbrachte Tätigkeit als etwas betrachtet, das über eine rein existenzsichernde Rationalität hinausweist. Die Entgrenzung von Arbeit nimmt in der Option des zu realisierenden gemeinsamen Ortes eine soziale Wendung: „weil wir nicht von Montag bis Sonntag arbeiten wollen, um unsere Miete aufzubringen, sondern Zeit wollen, um am gesellschaftspolitischen Leben teilzunehmen“ (*LUX & Konsorten*, Mietvertrag für günstigen Gewerberaum 01.12.2010). Die angestrebte günstige Gewerbe-Infrastruktur birgt somit das Potential der Freisetzung von Zeit für andere Aktivitäten. Durch die Verräumlichung der Assoziation können Freiräume für sozialpolitische wie kulturelle Projekte geschaffen werden, die, so der freie Künstler und Möbel-Designer in einem informellen Gespräch, „sich nicht selbst finanzieren und die günstiger Räume bedürfen, um mitfinanziert werden zu können“. Diese Kombination von „eigenem Interesse und gesellschaftlichem Interesse“ (Statement-Ausschnitt 11/2010: Freier Künstler und Möbel-Designer) zeichnet sich meines Erachtens weniger durch ein ‚äußeres‘ Verhältnis zur Produktion aus, das sich der Verwertungslogik einfach entzieht. Die angeeignete Zeit kann sich eher als „Entfaltung des Lebens“ (Hardt/Negri 2002: 45) innerhalb der „biopolitischen Produktion“ (ebd.: 37ff.) vollziehen. In der (Re)Produktion „von Affekten in Netzwerken von Kultur und Kommunikation werden kollektive Subjektivitäten und wird eine Sozialität hergestellt, die für das Kapital unmittelbar zu verwerten sind.“ (Hardt 2003: 219f.) Dazu spezifizieren Dimitris Papadopoulos, Niahm Stephenson und Vassilis Tsianos in ihrem Buch „Escape Routes“, dass der verkörperte Kapitalismus das Alltagsleben als wertschaffende Ressource zwar tatsächlich braucht, doch dieses nur partiell verwerte:

"Embodied capitalism needs the everyday, but it only needs and can accommodate small segments of what people do in their everyday lives. There is an excess sociability fabricated in embodied capitalism's

conflictual process between value creation and recombinant exploitation, and this excess is overlooked.”
(Papadopoulos/Stephenson/Tsianos 2008: 253)

Dieser Überschuss an Soziabilität, welcher sich daraus ergibt, dass die verkörperte Erfahrung der Prekarität nicht vollständig vom Kapital angeeignet werden kann, rekurriert auf den Begriff „inappropriate/d“ (Minh-ha 1987), den Haraway wie folgt expliziert: „un/an/geeignet zu sein [bedeutet] nicht in die Systematik (*taxon*) zu passen; entfernt zu sein aus den verfügbaren Karten, die die verschiedenen Arten und Narrationen verzeichnen“ (Haraway 1995b: 20, Herv. i. O.). So verweist diese Art unangeeigneter Soziabilität in „Escape Routes“ auf Verwertungsprozesse, aber auch Momente der Nicht-Aneignung im prekären Alltag, die diese Verwertungsprozesse überschreiten:

„The term *inappropriate/d sociability* refers to a twofold form of sociability: on the one hand to a sociability which exceeds what can be appropriated for the purposes of value creation in embodied capitalism; on the other hand, to something which is incommensurable with, that is inappropriate to, the current regime of labour regulation. The embodied experience of precarity exists and operates at the heart of the existing system of production, and simultaneously it entails something which is inappropriate/d because it exists in a vacuum of control.“ (Papadopoulos/Stephenson/Tsianos 2008: 253, Herv. i. O.)

Im Anschluss daran expliziert Tobias Mulot das Verständnis vom „Außen“, „das als Überschuss innerhalb des Systems“ der repräsentierten Ordnung im verkörperten Kapitalismus entsteht (Mulot 2011: 113): „Die überschüssigen Potentialitäten von Subjektivierung und Inklusion bringen Kräfte hervor, die den Staat zu Veränderung zwingen, auch wenn sie nicht intentional auf den Staat zielen.“ (ebd.: 106) Bezogen auf die Vision der Produktionsassoziation von *LUX & Konsorten*, verweist die nicht eindeutig zu identifizierende, vielschichtige Produktion, welche nicht nur Lohnarbeit bedeutet, auf ein freizusetzendes affektives Potential innerhalb der Begegnungen in der selbstverwalteten Produktionsstätte.

Um dieses affektive Potential besser in den Blick zu bekommen, ist es sinnvoll, sich mit dem Konzept des Affektes etwas genauer auseinanderzusetzen. Letzteres, so Brian Massumi, nehme „vielfältige Formen“ an. Wenn diese respektiert werden, besteht die Kraft des Ansatzes darin, dass es „ein Fragenfeld, ein problematisches Feld aufmacht, in dem die gewöhnlichen Unterscheidungen, die normalerweise nach der Subjektivität, dem Werden oder dem Politischen fragen, nicht mehr anwendbar sind“ (Massumi 2010: 69). Mit der Fähigkeit des Körpers, zu affizieren und affiziert zu werden, wird „eine sich konsequent haltende Unterteilung transversal durchschnitten“ und eine Passage⁵³ kontrolliert, in der die Wirkungsmächtigkeit

⁵³ „Die Kapazität zu affizieren oder affiziert zu werden, kontrolliert einen Übergang, bei dem der Körper von einem Tätigkeitsvermögen zu einem vermehrten oder verminderten Tätigkeitsvermögen übergeht. Dieser Übergang wird gefühlt. Eine Unterscheidung zwischen zwei Ebenen entsteht: eine ist Empfindung und die andere

der Körpers sich verändert. Diese Affektion „ereignet sich im Dazwischen“ (ebd.), innerhalb eines „Resonanzraum[s], in dem die Materie in Vibration gerät“ (Folkers 2013: 28). Affekte sind „mögliche Verbindungen zu Anderen und anderen Situationen“ (Massumi 2010: 29) und stellen „eine Körperbewegung“ dar, die „von ihrer Kapazität [...] zur Ausführung zu kommen“ aus betrachtet wird (ebd. 31, Herv. i. O.). Dieses „vage Gefühl des Potentials“ der Affizierung zeichnet, so Massumi, den Freiheits-Begriff aus:

„Selbst wenn wir nie über unsere Freiheit verfügen, erfahren wir immer ein *Maß* an Freiheit oder verfügen über einen ‚Manövriertbereich‘. Unser Maß an Freiheit hängt in jedem Moment davon ab, wie viel unserer experimentellen ‚Tiefe‘ wir beim nächsten Schritt erreichen, wie intensiv wir leben und uns bewegen können. [E]s hängt alles von der Offenheit einer Situation ab und davon, wie wir diese Offenheit ausleben. Wir müssen daran denken, dass die Art und Weise, wie wir unser Potential ausleben, immer vollkommen verkörpert und niemals vollkommen persönlich ist – das heißt niemals in all unseren Emotionen und bewussten Gedanken enthalten sein kann. [...] Im Affekt sind wir niemals alleine.“ (ebd.: 29)

Das Verständnis der Freiheitsräume, die innerhalb der biopolitischen Produktion entstehen, stellen zugleich die Frage nach einer *immanenten* Kritik im verkörperten Kapitalismus. In seinem Online-Beitrag „Ein Versuch, das ‚Kompositionistische Manifest‘ zu schreiben“ fügt Bruno Latour (2010) eine Verschiebung in die gewöhnlich eingenommene Haltung der entlarvenden Kritik ein, die „sich auf die Gewissheit der Welt jenseits dieser Welt“ verlasse: Kritik stelle vielmehr, so der Autor, eine Form von „Komposition“ dar, in welcher es nur um Immanenz gehe und für die es „keine Welt des Jenseits“ gibt. Der wesentliche Unterschied liege darin, dass etwas, das kritisiert wird, nicht zugleich „komponiert“ sein kann. So stellt sich für ihn die

„banale Frage dessen, ob man die richtigen Werkzeuge für die richtige Arbeit hat. Mit einem Hammer (oder Vorschlaghammer) kann man viele Dinge tun: Wände einreißen, Götzen zerstören, Vorurteile lächerlich machen, aber nicht reparieren, sich kümmern, zusammensetzen, vernähen.“ (Latour 2010)

In dieser Hinsicht lässt sich die politische Haltung in *LUX & Konsorten* weniger auf eine antikapitalistische Kritik verkürzen, die in der Skandalisierung prekärer Verhältnisse aufgeht. Vielmehr kann die kritische Praxis der Initiative als ein produktives Aufgreifen und Ausarbeiten vorhandener Verhältnisse interpretiert werden, die den eigenen Ansprüchen gerecht zu werden sucht. Für die beteiligten Akteur*Innen impliziert ein gestaltender Aneignungskampf also, sich im Prozess auch zu verändern, sich dabei die Hände schmutzig machen und nicht nur stoisch bei der Verteidigung abstrakter Werte stehen zu bleiben.

Vermögen oder Aktivierung.“ (Massumi 2010: 70)

4.6 Verräumlichung der sozialen Frage in der Prekarität

Die Problematisierung der Assoziation *LUX & Konsorten* entfaltet sich durch die Reibung mit einer zunehmenden Ökonomisierung des Lebens. Die gelebte Praxis der in unterschiedlichen Bereiche arbeitenden Konsort*Innen bündelt sich in der Sorge, dass sich entweder das ganze Leben auf eine kostendeckende Arbeit zu reduzieren droht, oder die selbstständige Tätigkeit sogar aufgegeben werden müsste, da die Gewerbemieten in den aufgewerteten Stadtvierteln unerschwinglich werden. Die durch das „frappierende Spekulationsgewerbe“ (Freier Künstler und Möbel-Designer) bedingten Mietpreissteigerungen wirken sich somit konkret auf die eigene Arbeit und das eigene Leben in den unterschiedlichen Dimensionen aus. Die Unsichtbarkeit der prekären Lage in der Neuen Selbstständigkeit, die daraus resultiert, dass einer neoliberalen Logik folgend es nur darum gehe, die Preise für die eigene Arbeit zu erhöhen, um so das eigene Gewerbe zu retten, wird zurückgewiesen. Deutlich wird diese Haltung beim „Internationalen Bildungszentrum“, das es so nicht geben würde, wenn die Mietpreise für die eigenen Lernorte weiter steigen und somit der zentrale Anspruch, Bildung auch Menschen zu gewähren, die es sich sonst nicht leisten können, aufgegeben werden müsste – und damit ebenfalls diese Unternehmensidee. Auch gegen den eigenen Ausschluss zu kämpfen, der sich sowohl in der Entkoppelung aus den sich gegenseitig unterstützenden sozialen Netzwerken als auch dem Verlust von Kundschaft aus der lokalen Umgebung ergeben würde, zeichnet einen weiteren Problematisierungsaspekt aus, der mit der Vertreibung und Zerstreuung prekärer Selbstständiger an die Ränder der Stadt einhergehen würde.

Diese unterschiedlichen Sensibilisierungen erklären, woher sich das Empörungspotential in den Einzelnen speist. Die Einbindung in das gemeinsame Projekt *LUX & Konsorten* entsteht durch die Verschränkung dieser unterschiedlichen Problematisierungsmomente, welche sich in der Haltung der Konsort*Innen verkörpern. Diese Haltung zeichnet sich dadurch aus, dass nicht nur Kritik an den Spekulationsgeschäften der Investor*Innen, die mit Duldung der Politik betrieben werden, ausgeübt wird. Eher wird die Strategie verfolgt, das „gesellschaftliche Soll und Haben“ auszutarieren – in dem Sinne, dass nicht nur die offenen Forderungen benannt werden, sondern metaphorisch die Rechnung durch einen Ausgleich von der Stadt bezahlt werde: Nicht nur Investor*Innen kommen durch die neoliberale Politik im „Unternehmen Hamburg“ (vgl. von Dohnanyi 1983) zu ihrem Profit, sondern im Gegenzug bekommen auch prekäre Unternehmungen wie die in *LUX & Konsorten* kommunale Flächen günstig vermietet. Gerade diese kühne Forderung nach lokalem Gewerberaum für maximal 5 Euro Miete pro Quadratmeter in einen selbstverwalteten Gewerbehof brachte die in unterschiedlichen

Bereichen Tätigen und über das Viertel zerstreuten Prekären zusammen. Die *Verräumlichung der sozialen Frage* vermochte also die Vielen in einem Netz einzubinden und zugleich die Option für jede einzelne Unternehmung zu bieten, die diversen Arbeits- und Lebensansprüche zu verwirklichen. Diese Übersetzung, die soziale Frage prekärer selbstständiger Arbeit als politische Frage zu formulieren, ermächtigte *LUX & Konsorten*, die existenziellen Belange vom Kleinstgewerbe aus erster Hand offensiv zu vertreten und alternative Geschäftsmodelle in der Nähe der Hamburger Innenstadt zu gründen. Die Idee, spekulationsfreie Produktions- und Experimentierräume zum selbstverwalteten Wirtschaften zu schaffen, eröffnet auch die Möglichkeit für dem eigenen Lebensalltag angemessene Formen der (Re)Produktion. Die in einem Gewerbehof gegebene Multifunktionalität der Räume sowohl für geldeinwerbende als auch ehrenamtliche oder politische Arbeit, für die Gestaltung von Lernräumen, aber auch für die Organisation geselliger Zusammenkünfte durch Veranstaltungen und etwaige Unterhaltungsformate, werden über die räumliche Nähe und durch die kurzen Wege zwischen Wohn- und Tätigkeitsfeldern befördert. In dieser Neujustierung des Verhältnisses zwischen Arbeit und Leben zugunsten von Letzterem wird der Faktor Zeit weniger als Freizeit gedacht, sondern als freizusetzende Zeit, die selbstbestimmt in kulturpolitische Projekte und die Gestaltung einer verteilten Wissensproduktion einfließen kann. In dieser zeiträumlichen Verschränkung innerhalb von Arbeitsorten, die auch als soziokulturelle Räume gestaltet werden, wird auch das Versprechen eines sozialen Mehrwertes artikuliert.

Aus der Perspektive der Arbeitssoziologie würde gerade diese Lebensrealität der Selbstständigen genau mit dem Verweis auf Entgrenzung von Arbeit als kritikwürdig erachtet werden. Es ist sinnvoll, kurz bei dieser, in Paolo Virnos (2005: 90ff.) Worten, „opportunistisch“ erscheinenden Haltung der prekären Konsort*Innen innezuhalten und deren Aktionspraxis, die zwischen Hinnahme bestimmter Verhältnisse, Rückschlägen und kritischer Produktivität oszilliert (vgl. Panagiotidis 2007), im Detail zu betrachten. Auf der Ebene biopolitischer Produktivität, in der sich die ökonomische, politische und kulturelle Sphäre überschneiden, wird der Blick auf spezifische Momente einer politischen (Selbst)Organisierung gerichtet, in denen eine aus der Selbstständigkeit heraus verkörperte ökonomische Denkweise in das sozialpolitische Handeln der Konsort*Innen einfließt. Diese Verschränkung in der Frage der Organisation prekärer Selbstständiger materialisierte sich in der Verräumlichung der sozialen Frage durch den Fokus auf die Reproduktionskosten ihrer Arbeit. Dadurch werden nicht die gewohnten Arbeitsrechte beansprucht, wie sich im nächsten Kapitel zeigen wird, sondern die Idee der Reduktion von Ausgaben durch günstige Gewerberaummieten zur Ermöglichung so-

ziokulturell orientierter Unternehmungen in die Verhandlung gebracht. In dieser Verhandlungsoption, die über eine ökonomisch orientierte Gruppen-Interessensgemeinschaft hinausweist, geht es weniger um die Identifizierung eines Kollektivkörpers, das „Prekariat“, sondern um eine „Klasse der Ungezählten“,⁵⁴ die als nicht dazu gezählte heterogene Assoziation eine politische Bühne betreten, um wie es der anfangs zitierte Konsorte formulierte, „ins Recht gesetzt zu werden“. Ein verbindendes Moment in *LUX & Konsorten* entsteht somit durch ihren Kampf um soziale Rechte, der – bedingt durch die jeweilige Situierung der Konsort*Innen – ein Ringen in jeweils spezifischen Feldern eröffnet. In der Aneignung von (Bürger-)Rechten wird ein spezifisches Verständnis von Stadt als einem umkämpften Raum eingeführt, in dem Differenzen nicht nivelliert, sondern produktiv ausgetragen werden. In diesem „Recht auf das städtische Leben in verwandelter Form“ (Lefebvre 2016 [1968]: 166) kommen, wie Lefebvre in seiner Schrift „Recht auf Stadt“ festhält, konkrete Rechte „zum Durchbruch“, die abstrakte „Bürgerrechte ergänzen“ und zwar „Rechte der Altersgruppen und Geschlechter [...], Rechte der Verbindung mit einer bestimmten Lage [...], Rechte auf Bildung und Erziehung, Recht auf Arbeit, auf Kultur, auf Erholung, auf Gesundheit und Wohnen“ (ebd.: 164).

Das von *LUX & Konsorten* kollektiv zu gestaltende, anvisierte kommunale Gemeinwesen – wie es in einem unveröffentlichten Konzept August 2018 entwickelt wurde – verweist auf eine bestimmte Qualität von Beziehungen des Vertrauens, der Kollaboration sowie der Verantwortung füreinander und gegenüber der Umwelt und ist nicht als abgeschottete Community gedacht. Der darin implizierte Begriff des „common“ lässt sich im Anschluss an Isabell Lorey als etwas begreifen „das sich zu allererst zu etwas zusammen-setzt, [...] keine Vereinigung oder Vereindeutigung, sondern eine Gemeinschaftsvorstellungen fliehende Zusammensetzung“ (Lorey 2010: 23). Bei dieser Phase der Konstituierung betont die Autorin: „Nicht das Arrangement selbst ist innovativ, sondern die Auseinandersetzungen, die in den unter-

⁵⁴ Mit der „Klasse der Ungezählten“ führt Rancière eine Verschiebung in dem Verständnis der „Klasse der Proletarier“ ein, die „in keiner Weise als gesellschaftliche Gruppe identifizierbar“ seien, noch „manuelle Arbeiter“ oder die „arbeitenden Klassen“ darstellen (Rancière 2002: 49). Die unterschiedliche Auslegung verdeutlichen sehr schön die Ausführungen des Autors über den „Dialog anlässlich des Prozesses, der 1832 dem Revolutionär Auguste Blanqui gemacht wird. Vom Gerichtspräsidenten gebeten, seine Profession anzugeben, antwortet dieser einfach: ‚Proletarier‘. Gegen diese Antwort wendet der Präsident ein: ‚Das ist doch keine Profession‘, nur um genauso schnell den Angeklagten antworten zu hören: ‚Das ist die Profession von dreißig Millionen Franzosen, die von ihrer Arbeit leben und keine politischen Rechte haben.‘ [...] Worauf der Präsident zustimmt, diese neue ‚Profession‘ vom Gerichtsschreiber notieren zu lassen. In diesen zwei Antworten kann man den ganzen Konflikt zwischen Polizei und Politik zusammenfassen. Alles kommt auf die doppelte Bedeutung des selben Wortes ‚Profession‘ an. Für den Staatsanwalt, der die polizeiliche Logik verkörpert, bedeutet ‚Profession‘ Gewerbe: die Tätigkeit, die einen Körper an seinen Platz und seine Funktion stellt. [...] Aber in der revolutionären Politik gibt Blanqui demselben Wort einen andere Bedeutung: eine Profession ist ein Bekenntnis, eine Zugehörigkeitserklärung zu einem Kollektiv [...] die Klasse der Ungezählten, die nur in der Erklärung selbst, durch die sie sich als die zählen, die nicht gezählt sind, existiert.“ (ebd.)

schiedlichen Zusammensetzungen entstehen.“ (ebd.) Die Produktion des Gemeinsamen zeichnet sich somit in der Assoziation *LUX & Konsorten* durch *geteilte* Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben aus, die durch die Senkung des finanziellen Drucks begünstigt wird. Sich Zeit nehmen für Beziehungen wird nicht nur durch das individuelle Vermögen an Vernetzungskompetenz geregelt. Vielmehr sollen durch den Gewerberaum die Weichen gestellt werden, um die infrastrukturellen Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, die Reproduktion des guten Lebens als gesellschaftliche Zone der Aushandlung zu begreifen.

5 Engagierte (Re)Konfigurationen: Mixtur urbaner Interventionen

Im analytischen Rapport über die Interventionspraxis von *LUX & Konsorten* erfolgt eine detaillierte, chronologische Beschreibung der Aktionen, weil sich gerade in der steten Wiederholung der zentralen Forderungen und Argumentationen feine Verschiebungen an den variierenden Orten und Zeiträumen ereigneten. Dieser beharrlichen Aufdringlichkeit im zweijährigen Aktionskampf gilt es in den nächsten Kapitelabschnitten nachzuspüren. Die Schilderung der Interventionsreihe startet mit der ersten Verhüllungsaktion des ehemaligen Electrolux-Gebäudes (5.1). Dieses Spektakel wurde durch eine eigentümliche Form des Streikes begleitet, welche die gängigen Bürger*innenbeteiligungsverfahren kommentieren sollte (5.2). Ein Wechsel in der Form der politischen Praxis der Initiative erfolgte durch das anschließende Umherschweifen im Stadtviertel Altona und die Teilnahme an der 1. Mai-Parade, in der das Anliegen der Konsort*Innen auf die Straßen getragen wurde (5.2). Zur Bewegung innerhalb der zwischenzeitlich stagnierten Aushandlungen des Anliegens der Konsort*Innen bei der Suche nach einem Ort, an dem die Idee des Gewerbehofes realisiert werden könnte, trug die nächste Intervention auf dem Grundstück der ehemaligen Gewürzmühle in Altona bei (5.3). Nach einem Jahr der Aktionen lud *LUX & Konsorten* zu einer Veranstaltung im Altonaer Museum ein, bei der die vergangenen Ereignisse in Gesprächen mit anderen engagierten Bürger*Innen und Initiativen als ein Zwischenstand zusammengetragen wurden (5.4). Ein vorläufiges Ende erreichte die verräumlichte Aktionspraxis bei dem Fest auf einer schon von der Stadt verkauften Fläche in der „Neuen Mitte Altona“⁵⁵ (5.5). Eine Bilanzierung der realpolitischen Kräfteverhältnisse bewirkte schließlich eine taktische Neuausrichtung der Praxis von *LUX & Konsorten* (5.6). Der Interventionsprozess der Initiative mit seinen Verwirrungen und Verirrungen wird dann im letzten Abschnitt in seiner Gesamtheit kartiert (5.7).

⁵⁵ Neugeplantes Viertel auf dem ehemaligen Güterbahnhof in Hamburg Altona, <http://www.mitte-altona.info/> [20.01.2019].

5.1 Verhüllungs-Aktion

Im Dezember 2010 beginnt die Initiative *LUX & Konsorten* mit ihrer Aktionsserie. In dem Dokument „Strike! – Pressemitteilung zur Aktion am 1.12.2010 ‚LUX & Konsorten‘ verhüllen Leerstand in Altona! Erstes Türchen des Leerstandsmelder-Adventskalenders geöffnet!“

wird auf „den spektakulären Coup“ verwiesen, der „dem weltbekannten Einpacker Cristo alle Ehre

machen würde“ (*LUX & Konsorten*, Pressemitteilung 1.12.2010, Herv. i. O.). Die Neuen Selbstständigen verhüllten das zu der Zeit verwaiste Gebäude in Hamburg-Altona, das früher Sitz der Firma Electrolux gewesen war, mit weißen Planen. *LUX & Konsorten* reiht sich mit der künstlerisch angehauchten Aktionsform zugleich in das bewegungspolitische Hamburger Bündnis „Recht auf Stadt“ ein: „Die Aktion ist auch der Auftakt zum Adventskalender des Leerstandsmelders aus dem Gängeviertel, in dem man seit heute Hamburger Leerstände eintragen kann: www.leerstandsmelder.de“ (ebd.). Dabei bezeichnet sich die Assoziation *LUX & Konsorten* als „sechzigprozentige Tochterfirma der gemeinschaftlichen Unternehmung ‚Recht auf Stadt‘“ (ebd.), bei Spezifizierung ihres Anliegens nach einem günstigen Gewerbehof in der immer teurer werdenden Hamburger Innenstadt:



„Nicht nur können wir uns die Mieten in diesem Stadtteil immer weniger leisten – auch Arbeits- und Gewerberäume werden immer teurer und rarer. Eine günstige Produktions- und Arbeitsstätte mit Werkstätten, Büros, sozialen Trägern, Handwerkern und Kleingewerbe – dafür wäre das Electrolux-Gebäude ideal.“ (ebd.)

In der Presseerklärung wird über die Bekundung der Konsort*Innen, ihre „Preise nicht erhöhen“ und ihre „Löhne nicht weiter kürzen“ (ebd.) zu wollen, um in der herrschenden neoliberalen Logik wettbewerbsfähig zu bleiben oder um finanziell überleben zu können, die im vorigen Kapitel herausgearbeitete Problematisierungslogik der sozioökonomischen Unternehmungen expliziert. Die angekündigte Verweigerung gegenüber einer Preissteigerungspolitik zugunsten der Gewinnmaximierung bei Großinvestor*Innen wird durch das alternative Vorhaben „einer fortschrittlichen, sozialen Nutzung des Electrolux-Gebäudes“ (ebd.) legitimiert.

Dieses Vorhaben wird durch die Vorlage eines Mietvertrages von einem praktisch formulierten Gegenvorschlag begleitet: „Mit der Aktion legt das Konsortium den mutmaßlichen Eigentümern des Areals, der ‚Quantum Immobilien AG‘, öffentlich einen Mietvertrag vor, wie es ihn in dieser Stadt viel öfter geben sollte.“ (ebd.) Günstige Mieten sollen als Gegenpol zur Verteuerung und dem damit einhergehenden „Bevölkerungsaustausch“ in den sanierten Stadtvierteln wirken, denn „Stadtraum muss billig sein und für Alle“ (Statement-Ausschnitt 11/2010: Freier Künstler und Möbel-Designer).

In der Forderung der Initiative nach „günstigen Mieten“ und der damit verbundenen Absicht, „spekulationsbefreiten Grund und Boden“ zu schaffen sowie „Flächen aus dem Immobilienmarkt herauszunehmen“ (*LUX & Konsorten*, unveröffentlichtes Konzept 08/2014) sehe ich den Beginn der Realisierung der angekündigten Politik der Sichtbarmachung von Marktspekulation (vgl. Kap. 4.1). Die Eigentümer*Innen des Electrolux-Gebäudes herauszufinden erforderte laut einem informellen Gespräch mit einem Konsortium eine trickreiche Recherche: Der kommunistische Buchhalter folgte seit geraumer Zeit der Spur des angebrachten Vermietungsschildes an dem heruntergekommenen Gebäude. Er rief als interessierter Mieter bei der angegebenen Telefonnummer an, um sich über die Konditionen der Vermietung zu informieren. Seine Anfrage wurde von der TAG Immobilien AG zurückgewiesen, mit der Begründung, dass sie in Verkaufsverhandlungen mit der Quantum AG sei. Eine weitere Recherche brachte nähere Informationen über die Käuferin, welche in die obige Pressemitteilung eingearbeitet wurden: „Zum Hintergrund: Die Quantum Immobilien AG plant, den traditionsreichen Gewerbehof abzureißen, um dort das zu bauen, woran in Hamburg ohnehin kein Mangel besteht: Wohnungen für Besserverdienende.“ (*LUX & Konsorten*, Pressemitteilung 01.12.2010) Diese rhetorische Eskalation birgt für mich zunächst die Gefahr eines Wettkampfes zwischen zwei der zentralen politischen Forderungen innerhalb der „Recht auf Stadt“-Bewegung, einerseits der nach günstigen



Gewerberäumen, andererseits jener nach bezahlbarem *Wohnraum*. Der spezifizierende Moment in der Aussage „Wohnungen für *Besserverdienende* [meine Herv., EP]“ verschiebt allerdings diesen ersten Eindruck: Die Aussage lässt sich nun als ein fokussierter Angriff auf stadtplanerische Unternehmungen zugunsten des gehobenen Bürger*Innentums lesen und weniger als eine Polarisierung zwischen Wohn- und Gewerberaum. Dadurch entsteht in der Pressemitteilung auch ein verbindendes Moment zu den „Recht auf Stadt“-Forderungen, als „Recht auf Arbeit, Ausbildung, Gesundheit, Wohnung, Freizeit“ (Schmid 2011: 27). Für eine gemeinnützige Orientierung der Konsort*Innen, die günstige Räume nicht nur eigennutzorientiert für die Ausübung der selbstständigen Arbeit fordern, spricht auch die folgende Passage aus der Pressemitteilung: „Wir wollen Frei-Räume für Nutzungen vorhalten, die weder konsum- noch gewinnorientiert funktionieren, wie z.B. offene Werkstätten, Veranstaltungsräume für den Stadtteil. Diese Flächen sollen mietfrei sein.“ (*LUX & Konsorten*, Pressemitteilung 01.12.2010) Diese Idee, einen Anteil an Räumen dem Stadtteil als Gemeingut zugänglich zu machen, geht auch mit strengen Anforderungen an die beteiligten Konsort*Innen selbst einher, welche im „§ 4 Verpflichtungen der Mieter_innen“ des symbolisch formulierten Mietvertrages wie folgt festgehalten werden:

„Die Mieter_innen verpflichten sich, Schönheitsreparaturen an der ‚wachsenden Stadt‘ Hamburg zu unterlassen, in denen soziale Fragen vor lauter Kapitalinteressen, Wettbewerbsvorteilen und Standortfaktoren nicht mehr vorkommen. Wir brauchen keine Pflege durch Kreativagenturen und stehen nicht als ‚profit center‘ für die Metropole Hamburg zur Verfügung.“ (*LUX & Konsorten*, Anschreiben Mietvertrag für günstigen Gewerberaum 01.12.2010)

Von den zukünftigen Mieter*Innen der Produktionsstätte wird darüber hinaus erwartet, „diesen Ort mitzugestalten und sich in gesellschaftliche Belange einzumischen.“ (ebd.). Das Vermögen sich einzumischen begründen sie in dem folgenden Anschreiben damit, dass sie es „als Selbstständige gewohnt“ sind, „die Dinge selbst in die Hand zu nehmen“ und, dass sie nicht mit einer Politik einverstanden sind, in der über ihre Köpfe hinweg Entscheidungen ausgehandelt werden:

„Wir finden: Es ist unverantwortlich, die Entwicklung Altonas einfach dem Zusammenspiel von Bezirks- bzw. Senats-Planungen und privaten Investoren zu überlassen. Was dabei herauskommt, lässt sich in Altona-Nord, Altona-Altstadt und Ottensen derzeit gut verfolgen. Nur ein paar Beispiele:

In der Großen Bergstraße soll ein Ikea-Klotz mitten in einer Wohngegend zum Heilsbringer werden. Schon jetzt steigen die Mieten, haben die ersten lokalen Geschäfte die Kündigung erhalten. Mit dem Einzug des Möbelgiganten wachsen nämlich auch die Ansprüche der Immobilienbesitzer_innen.

In Ottensen verschwinden am Spritzenplatz die letzten kleinen Gewerbehöfe zugunsten der ‚Fetten Höfe‘, so der Projektname für den Bau von Luxus-Lofts und einem teuren Hotel.

Wie sich der Bezirk verbleibende Gewerberäume vorstellt, zeigt sich an den ‚Phönixhöfen‘, ein neuer Gewerbehof der Luxusklasse, der angrenzende Kleingewerbe bereits verdrängt hat.

Auf dem Gleisdreieck hinter dem Altonaer Bahnhof soll auf 75 Hektar die ‚Neue Mitte Altona‘ entstehen. Es ist das größte Entwicklungsprojekt Hamburgs nach der Hafencity. Und mal wieder dürfen die Menschen im Stadtteil bloß die Modelle und Pläne bewundern – das Recht, mitzuentcheiden, ist nicht vorgesehen.“ (*LUX & Konsorten*, Anschreiben Mietvertrag für günstigen Gewerberaum 01.12.2010)

Die Hervorhebung bestimmter negativer Effekte in der Auflistung der Stadtentwicklungsprojekte kann als eine einseitige polemische Darstellung der politischen Vorhaben gelesen werden, die stilistisch auch in dem Künstler*Innen-Manifest „Not In Our Name, Marke Hamburg!“ 2009 verfolgt wurde (vgl. Kap. 1.2). Die zuspitzende Vorgehensweise kann als taktischer Einsatz betrachtet werden, der den Konsort*Innen Möglichkeiten zur Veränderung der Position innerhalb des machtpolitischen Gefälles gewährt, um ihre Forderung einzubringen. Die erschwerten Ausgangsbedingungen, überhaupt in die politische Agenda der Stadt aufgenommen zu werden, spricht auch ein Unterstützer des *LUX & Konsorten*-Projektes an. Auf meine Frage nach seiner Anteilnahme an dem Aktionsprojekt „Günstige Gewerberäume selbstgemacht“ erwiderte er: „Ich zeichne die Aktien meiner Freunde“, denn „die Situation im städtischen Raum ist inzwischen so krass, dass man überhaupt besetzen muss, um in die Nähe von Verhandlungen zu kommen, um billigen Lebens- und Gewerberaum in dieser Stadt und im Stadtzentrum gewinnen zu können“ (Statement-Ausschnitt 11/2010: Soziologe). Die als „krass“ bewertete Situation verweist auf eine engmaschige Grenze, die nur für bestimmte marktkonforme Anliegen durchlässig zu sein scheint. Die abgekartete Gemengelage in der Stadt zu durchdringen bedarf Mittel und Wege, die materiell-diskursive Risse in den etablierten (Handels)Gewohnheiten bewirken können. Die angesprochene einseitige Fokussierung auf Missstände, sowohl in dem obigen Anschreiben als auch in dem symbolisch formulierten Mietvertrag, als einfache Meinungsunterschiede zwischen *LUX & Konsorten* und der Stadtpolitik abzutun, wäre somit verkürzt. Die aufkommenden Differenzen tangieren vielmehr Rancières Verständnis des politischen „Unvernehmens“: Zum Demos gehöre, so der Autor, „derjenige, der spricht, obwohl er nicht zu sprechen hat, derjenige, der an etwas teilnimmt, woran er keinen Anteil hat.“ (Rancière 2008: 21) Während der „Teil der Anteillosen“ sich in der normalen Ordnung unter der Herrschaft derjenigen zu versammeln habe, welche den Anspruch zu herrschen erheben, bestehe der Einsatz der Politik – als eine „Anomalie“ hinsichtlich dieser Ordnung – im politischen Streit, in dem sich nicht verschiedene Interessensgruppen gegenüber stehen, sondern Logiken „die auf verschiedene Weise die Anteile der und Teile der Gemeinschaft zählen“ (ebd.: 28). Politik strebe somit als eine „Intervention in das Sagbare und Sichtbare“ auf die Störung dieser Anordnung (ebd.: 32). Susanne Krasmann folgend

„existiert das politische Subjekt, das sich hörbar und sichtbar macht, nicht etwa vor dem Konflikt“, sondern „konstituiert sich erst in dem Moment, in dem es in den Streit eintritt“ (Krasmann 2010: 85). In diesem Disput verweist Politik, so wiederum Rancière, auf „das Dasein einer gemeinsamen Bühne, über das Dasein und die Eigenschaft derer, die auf ihr gegenwärtig sind“ (Rancière 2002: 38).

Als eine solche Art von Störung der herrschenden sozialen (An)Ordnung kann die *temporäre Besetzung* des Electrolux-Gebäudes gelesen werden. Beim Einschlagen dieses Weges, betont der freie Künstler und Möbel-Designer in *LUX & Konsorten*,

„finde ich es gut und richtig, gerade im Hamburger Stadtgebiet so eine Art Fanal zu setzen für günstige Mieten, für günstige Wohnräume, für günstigen Boden, weil es sowieso in den ganzen Städten dieses frappierende Spekulationsgewerbe mit Boden gibt und da kann man gar nicht genügend Flagge in die Erde rammen, damit das nicht mehr stattfinden kann.“ (Statement-Ausschnitt 11/2010: Freier Künstler und Möbel-Designer)

Die Arbitrarität des Zeichens der hier evozierten in die Erde gerammten Flagge ermöglicht eine Vielzahl an Assoziationen – von nationalen Territorialisierungs-Markierungen über Piraterie-Eroberungen bis hin zu Hausbesetzungs-Kämpfen. Das unkalkulierbare Moment in den Aktionen besteht allerdings darin, dass es weder um die Besitznahme von Land noch direkt darum geht, das leere Gebäude entgegen der herrschenden ökonomischen (System)Logik im klassischen Verständnis zu besetzen. Vielmehr erfolgte mit der Intervention eine temporäre Markierung, um Aufmerksamkeit zu gewinnen und das eigene Anliegen in der politischen Spielarena zu platzieren. So fungierte auch der „Planungscontainer“,⁵⁶ der auf dem Areal des Electrolux-Gebäudes platziert wurde. Dieser implizierte, so der kommunistische Buchhalter in einem informellen Gespräch, über die räumliche Aneignung hinaus die „konzeptionelle Absicht einer Umgestaltung oder andersartigen Gestaltung der gewerblichen Arbeit im öffentlichen Angesicht“. Der Planungscontainer diente als Informationsknotenpunkt. Einerseits waren Konsort*Innen in Schichten verteilt an den kalten Wintertagen als Ansprechpartner*Innen der Initiative vor Ort, um potentielle Mieter*Innen, die dort ankamen, mit Informationen zu versorgen. Andererseits ging es darum, eine bestätigende „Auskunft über den Eigentümer und

⁵⁶ In seinem offenen Brief „Der Garten des Bescheidenen Politikers“ skizzierte Christoph Schäfer die Idee des Planungscontainers, welcher als eines von vielen Planungsinstrumenten im Projekt „Park Fiction“ entwickelt wurde: „[S]echs Monate lang wurde ein öffentliches Planungsbüro von einem vor Ort installierten Container aus betrieben. Dieser Container war mindestens zwei Tage die Woche geöffnet, u.a. jeden Sonntagnachmittag. Im Container befand sich das Knetbüro, das Wunscharchiv, eine umfangreiche Gartenbibliothek, um sich inspirieren zu lassen, Bastel-, Mal- und Zeichenutensilien, Infomaterial und die üblichen Planungsunterlagen. Es wurden meist Tee oder andere Getränke angeboten, um auch Menschen ohne ausdrücklichen Planungsvorsatz zu interessieren. Weitere Zugangsmöglichkeiten zum Planungsprozess boten die Hotline, um Geistesblitze auch zu nachtschlafender Zeit akustisch aufzeichnen zu können und ein Planspiel, das die Regeln und Zugänge des Planungsprozesses transparent machte. Wie Sie sicher wissen, ist das sehr viel mehr, als in von der Stadt allein organisierten Planungsverfahren.“ (Schäfer 2001)

die beabsichtigte Verwendung des Gebäudes zu erlangen“ (kommunistischer Buchhalter). Die „Fragwürdigkeit der Konstruktion des öffentlichen Raums“, so der Konsorte, zeigte sich, als die Polizei während der Aktion ankam, aber keinen Hausfriedensbruch deklarieren konnte. Zum einen war der Verkauf an die Quantum AG noch nicht rechtskräftig und damit der Besitz in der Schwebel. Zum anderen war der Antrag von *LUX & Konsorten* zur Aufstellung des Containers vom Bezirk genehmigt worden. Die Interventionspraxis der Initiative bewegte sich also in schwierig zu erlangenden Spielräumen, die innerhalb gesetzter Vorstellungen eröffnet werden mussten. Investor*Innen und auch etliche Gewerbetreibende machten sich über die Forderung von maximal 5 Euro pro Quadratmeter Warmmiete oft lustig, da Gewerberaum-mieten unter 10 Euro pro Quadratmeter als unrealistisch abgetan wurden. Den Säuberungsphantasien und „Schandfleck“-Rhetoriken, denen zufolge ein Park – wie auch der Suttnerpark hinter dem Electrolux-Gebäude – mit Obdachlosen, Dealern und Jugendlichen mittels Privatisierung des staatlichen Bodens dem „Schöner Wohnen“ weichen soll, stellten *LUX & Konsorten* unbeirrt die Forderung nach kommunalisiertem und spekulationsfreiem Gewerberaum entgegen. Derart dissidente Interventionen urbaner (Stadt)bürger*Innen können Politikformen ermöglichen, welche aus der Sicht einer „nicht-repräsentationalen Theorie“ auf „mundanen Alltagspraktiken“ fußen, bei denen es, so Nigel Thrift (1997), darum gehe, performative „Präsentationen“, „Vorstellungen“ und „Manifestationen“ im alltäglichen Leben zu gestalten. Dabei gerät, so Thrift, der Fokus auf „Praktiken der Subjektivierung“, mit folgenden Konsequenzen: Erstens einer radikalen Dezentrierung des Subjekts, welches in einer hybriden Konstruktion aus Fleisch, Wissen, Leidenschaft und Technik entstehe; einer Auffassung vom Subjekt, das zweitens stets „verkörpert“, drittens als „affektiv“ zu begreifen ist, und sich, viertens, stets in „dialogischen Praktiken“ verstrickt (vgl. Thrift 1997: 127). Übersetzt in die Praxis der *LUX & Konsorten*, stellt sich die Frage nach einer machtvollen Verkörperung von Wissen, welche auch der kommunistische Buchhalter in einem informellen Gespräch mit seinem Ausdruck der „diskursiven Militanz“ forderte und durch das Tragen eines Business-Anzugs performte, während er sich gleichzeitig öffentlich dafür einsetzte, dass „Junkies“ doch im Suttnerpark bleiben können und nicht zugunsten einer ruhigen, feinen und ordentlich abgeschotteten Fläche weichen müssen. Auch wenn diese Haltung ebenso wie die Forderung nach einem Gewerbehof für Selbstständige in der Nähe der Innenstadt zunächst utopisch klang und sich nicht mit den durch Gentrifizierung verstärkten Standards vom wohlsituierten bürgerlichen Leben deckte, schienen einige Bezirkspolitiker*Innen durch die Aktion für die Problematik der Vertreibung des Kleingewerbes aus dem innerstädtischen Raum sensibilisiert worden zu sein. So unterbreiteten sie der Initiative zunächst ein Alternativangebot über einen Gewerbe-

hof, der im städtischen Besitz sein sollte. Dieses Angebot – auf das ich bei der Darstellung einer späteren Aktion zu sprechen komme (5.4) – reichte jedoch nicht aus, um die Initiative mundtot zu machen. Die Forderung nach günstigen Gewerberäumen wurde durch unterschiedliche Politikformen weiter verfolgt.

Mitte Januar erprobte *LUX & Konsorten* beispielweise mit einer Postkartenaktion (vgl. Grafik 1) ein Instrument der Netzbildung. Im Rahmen dieser Unterstützungsaktion schwärmten die Konsort*Innen im Stadtteil aus.



Grafik 2: Postkarte Vorder- und Rückseite – Aktion, Januar 2011

So besuchte auch ich zusammen mit einer Mitstreiterin viele Einzelhandelsgeschäfte um den Altonaer Bahnhof herum und entlang der Großen Bergstraße. Wir führten kurze „One-to-One“-Gespräche⁵⁷ mit den Betreiber*Innen über die anstehenden Wandlungsprozesse vor Ort. Viele von ihnen hatten schon ihre Kündigung bekommen und erzählten eher resigniert, dass sie nach der Sanierung des Gebiets nicht in ihre Läden zurückziehen würden, weil sie sich die Mieten nicht mehr leisten könnten. Einzelne Alteingesessene versprachen sich wiederum vom damals anstehenden Bau des Möbelunternehmens IKEA in der Großen Bergstraße mehr Publikumsverkehr und verbanden damit die Hoffnung, dass die Fußgängerzone in der Großen Bergstraße eine attraktive, nicht mehr von einem migrantischen Armutsflair dominierte Einkaufsmeile werden würde. Bis auf einige Ausnahmen zeigten sich die Einzelhändler*Innen zurückhaltend und unterschrieben die Postkarte nicht. Die Aktion des direkten Kontaktes stieß auf Verständnis oder Gegenpositionierung und qualifizierte sich nach diesem einmaligen Durchlauf nicht wirklich als öffentlichkeitswirksames Vernetzungstool, zumal *LUX & Konsorten* unter anderem nicht über die zeitliche Kapazität verfügte, in ein Community Organizing einzusteigen. Einzelne Konsort*Innen und IKEA-Gegner*Innen (vgl. 1.2) kamen zudem verärgert aus der Begegnung mit Befürworter*Innen des IKEA-Einzuges heraus. So folgte

⁵⁷ Die „One-to-One“-Gespräche werden als ein Tool im Bereich des „Community Organizing“ eingesetzt (vgl. New York City Organizing Support Center 2010), und ich erlernte sie – wie in Kapitel 1.1 geschildert – 2006 bei meiner sechsmonatigen freiberuflichen (Ausbildungs)Tätigkeit als Organizerin in der ver.di/SEIU-Kampagne im Bewachungsgewerbe in Hamburg (zur Vorstellung der Kampagne vgl. Dribbusch 2008).

eine Neuausrichtung des taktischen Vorgehens der Initiative, um sich im stadtteilpolitischen Feld Gehör zu verschaffen. Im Gegensatz zu den Einzelgesprächen, die in der konkreten Ausführung wenig Sensibilisierung für die Gentrifizierungseffekte erreichten, lese ich den weiteren Interventionsprozess eher als das Anvisieren eines konzentrierten lokalen Einsatzes mit überschaubaren Ressourcen, der maximales Echo bewirken kann. Ende Januar verhüllte die Initiative erneut das Electrolux-Gebäude: „LUX & Konsorten legen nach: Riesenweste am Electrolux-Gebäude“ (Aktion 23.01.2011). Am Tag zuvor nutzte das „Besatzungskomitee LUX & Konsorten“, so Annette Stiebele in ihrem Hamburger Abendblatt-Artikel, die Bühne bei der Solidaritäts-Gala „Kir Loyal“ (utopieTV 22.01.2011) im Deutschen Schauspielhaus, um den Missstand steigender Gewerbe-Mieten kundzutun (Stiebele 2011). Ein weiteres Format der Aktionspraxis von *LUX & Konsorten* stellt die im folgenden Abschnitt beschriebene Beteiligung an der Veranstaltung „Städtebaulicher Wettbewerb und Planungswerkstatt ‚Suttnerpark‘“ dar, die laut Stadt „als Teil eines mehrstufigen Planungsprozesses der Öffentlichkeit vorgestellt und intensiv mit allen Beteiligten diskutiert“⁵⁸ wurde.

5.2 „Beteiligungsstreik“ der neuen Selbstständigen

Mit dem Aufruf „**Jetzt arrondieren wir! – Einladung und offener Brief zur Planungswerkstatt am 4. Febr. (Haubachschule in Altona)**“ wechselten die Konsort*Innen ihr Politikformat und übten praktisch ihre Kritik durch ihre Beteiligung an dem gängigen Bürger*Innen-Beteiligungsverfahren zur Planung der damals anstehenden Bebauung auf dem Electrolux-Gelände:

„Einem neuen Schauspiel misslungener Planungskultur werden wir kommenden **Freitag, den 4.02.2011 um 15 Uhr in der Haubachschule** in Altona beiwohnen. Dann nämlich erledigt die Quantum-Immobilien-AG ihre vom Bezirk Altona auferlegte Hausaufgabe: Auch ‚die Bürger‘ müssen an Planungen beteiligt werden. *LUX & Konsorten* hat den beauftragten Planungsbüros und Jurymitgliedern schon mal vorab in einem Offenen Brief mitgeteilt, was wir von dieser Form der Beteiligung halten.“ (*LUX & Konsorten*, Aufruf 01.02.2011, Herv. i. O.)

Zu dem Aufrufausschnitt möchte ich zunächst bemerken, dass im Unterschied zur beschriebenen Verhüllungs-Aktion, bei der die Gestaltung der Intervention in der Hand der Konsort*Innen lag, nun ein Wechsel in der Situierung der Initiative zu verzeichnen ist: In dieser Aktion tauchen die Konsort*Innen nicht als Initiator*Innen der Veranstaltung auf, sondern beziehen

⁵⁸ Bezirk Altona: Städtebaulicher Wettbewerb und Planungswerkstatt „Suttnerpark“, Frühjahr 2011, <https://www.hamburg.de/altona/wettbewerbe/3113022/suttnerpark/> [20.01.2019]

innerhalb eines von der Stadtpolitik vorgegebenen Settings Stellung, welches sie zugleich angreifen. Die Consort*Innen nehmen also die Einladung zur Planungswerkstatt als ihr Bürger*Innen-Recht wahr und wollen, laut Aufruf, einer Veranstaltung beiwohnen, die sie jedoch als „Schauspiel misslungener Planungskultur“ adressieren. In dem für alle Beteiligten gesetzten Handlungsszenario wurde die den Investor*Innen seitens der Stadt als notwendiges Übel auferlegte Bürger*Innenbeteiligung von den Consort*Innen ironisch zurückgewiesen. Das Missfallen über die Entstehungsbedingungen der Planungswerkstatt zeigt sich in dem von *LUX & Consorten* parallel an die Investor*Innen, Architekt*Innen und Bezirks-Politiker*Innen adressierten offenen Brief:

„Um es kurz zu machen: Diese Form von Beteiligung halten wir für eine Farce. Warum? Das wollen wir Ihnen mit diesem offenen Brief erläutern.

Zum Areal selbst: Seit den Gewerbetreibenden aus der türkischen Community – die dort gerne geblieben wären – gekündigt worden ist, stand der Gewerbehof fast drei Jahre lang als Spekulationsobjekt leer. Im letzten Jahr nun hat die ‚Quantum Immobilien AG‘ das Vorkaufsrecht erworben und möchte dort hochpreisige Mietwohnungen errichten. Dafür jedoch müsste der Bezirk Altona das Planrecht ändern, das eine Nutzung als Gewerbegebiet vorsieht. Das sollte zunächst in einem beschleunigten Verfahren ohne Bürgerbeteiligung geschehen. Weil Proteste laut geworden sind, haben sich Bezirk und Eigentümer jetzt offensichtlich auf besagte ‚Planungswerkstatt‘ geeinigt.“ (*LUX & Consorten*, Offener Brief 01.02.2011: 1)

Zur „Planungswerkstatt“ sollen, so weiter im offenen Brief, „neben Repräsentanten von Parteien, Behörden und Eigentümer“ auch „interessierte Bürger“ (ebd.) eingeladen werden, um über die Architekt*Innen-Entwürfe, welche mit je 40.000 Euro finanziert wurden, zu diskutieren. Im Anschluss an die Debatte werde dann unter Ausschluss der Öffentlichkeit hinter verschlossenen Türen aus den präsentierten Entwürfen „die beste städtebauliche Lösung für das Areal“ (ebd.; vgl. auch D&K drost consult GmbH 2011: 9) ausgewählt. Laut dem offenen Brief seien jedoch die Pläne schon zuvor ausgehandelt worden:

„In der Ankündigung [zur Planungswerkstatt] heißt es:

‚Es wird nach einer städtebaulichen Entwurflösung gesucht, die den zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohnern einen attraktiven Lebensraum und preisgünstigen Wohnraum schafft.‘

Ein Satz, zwei Lügen. Erstens: Bereits im November 2010 wurden Vertreter der Quantum Immobilien AG bei den im Bezirk vertretenen Parteien vorstellig und erläuterten ihre Pläne für das Areal. Sie stellten klar, dass sie mit einem Quadratmeterpreis von 12 Euro kalt kalkulieren – von wegen also ‚preisgünstiger Wohnraum‘. Außerdem präsentierten sie ein fertiges ‚bauliches Konzept‘, wie auch der Ankündigung zur ‚Planungswerkstatt‘ zu entnehmen ist:

‚Dieses sieht für den Bereich der Max-Brauer-Allee und zum Bertha-von-Suttner-Park hin eine Wohnbebauung in Form einer fünfgeschossigen Hofbebauung vor.‘

Sprich: Es gibt nichts zu diskutieren. Die Quantum AG weiß, was sie will: Einen fünfgeschossigen Gebäuderiegel, der sich – anders als das jetzige Gebäude mit seinem offenen Innenhof – zur Straße und zum Park hin abschottet. So viel *Gated community* wie nötig, so wenig öffentlicher Raum wie möglich.“ (LUX & Konsorten, Offener Brief 01.02.2011: 1f., Herv. i. O.).

Das Dokument des offenen Briefes zeichnet sich durch eine Angriffs-Logik aus, welche das formale Vorgehen der Bürgerbeteiligung attackiert. Dabei werden die zitierten Äußerungen aus der Investor*Innen-Broschüre „Planungswerkstatt Suttnerpark“ (D&K drost consult GmbH 2011: 1) aus der Perspektive von *LUX & Konsorten* einer kritischen Bewertung unterzogen, indem hauptsächlich hervorgehoben wird, dass die Bürger*Innen bestenfalls an der Weiterentwicklung der schon vorhandenen Konzepte arbeiten sollen, in der Hoffnung, dass ihre Kommentare bei der Entscheidungswahl der Bebauung des Electrolux-Areals Anklang finden. Ihnen wird jedoch nicht die Möglichkeit gegeben, schon an der Entstehung der Konzeption mitzuwirken, um die Chance zu haben, sich kritisch gegen dominante stadtplanerische Vorstellungen sogenannter „Gated communities“ zu äußern.⁵⁹ So wird in der folgenden Pressemitteilung von *LUX & Konsorten* mit dem Titel „Beteiligungsstreik – Zurück auf Los bei den Planungswerkstätten!“ der bloße Schein der demokratischen Partizipationsverfahren hervorgehoben – durch Kontrastierung existierender Beteiligung mit einem imaginierten alternativen Planungsmodell:

„Das Streiklokal ist eröffnet. Planungswerkstatt wird umgewidmet. Einfach mal gesponnen. Bürger_innenbeteiligungen sind tägliche Festakte von Demokratie. Bürger_innen planen ihre Stadt selbst. Planungswerkstätten werden im Auftrag der öffentlichen Hand veranstaltet. Interessenkonflikte kommen auf den Tisch, Verhandlungen sind transparent und Entscheidungsprozesse nachvollziehbar. Das wäre was.

Stattdessen bekommen Immobilieninvestoren mit mindestens millionenschweren Börsen den Auftrag, eine Alibi-Bürger_innenanhörung durchzuziehen. Einige Projektentwickler und Planungsbüros verdienen schnelles Geld. Das lokale Wissen, über das sie in der Regel nicht verfügen, wird dann bei den Anhörungen von gutwilligen Anwohner_innen noch umsonst abgeschöpft.“ (LUX & Konsorten, Pressemitteilung zur ‚Planungswerkstatt Suttnerpark‘, 03.02.2011)

Die Diskrepanz zwischen der erwünschten Teilhabe von Bürger*Innen und der geschilderten Realität der Teilnahme an den Beteiligungsverfahren markiert ein asymmetrisches Verhältnis in der Akkumulation von Geld und Wissen: Während der veranstalteten „Alibi-Bürger_innenanhörungen“ findet eine Vermehrung von Kapital durch die hochdotierten Aufträge an Großinvestor*Innen und Stadtplaner*Innen statt. Überdies wird das „lokale Wissen“ von Bür-

⁵⁹ Zur kritischen Bestandsaufnahme der Beteiligungsverfahren vgl. auch den Beitrag von Heike Sudmann in der Broschüre der LINKEN „Mehr als schöne Worte? BürgerInnenbeteiligung in Hamburg“ (2014).

ger*Innen *umsonst* abgeschöpft. Neben dieser Ungleichheitsebene eröffnet sich meines Erachtens nach eine weitere Minusrechnung: Die verausgabte Zeit bei der Veranstaltung – welche von Samstag, den 05.02.2011 auf Freitag, den 04.02.2011, 16.00 Uhr, also auf einen Wochenarbeitsstag vorverlegt wurde (D&K drost consult 2010; 2011) – kann bei den anwesenden Investor*Innen, Stadtplaner*Innen und auch Politiker*Innen als (hoch)vergütete Arbeitszeit abgegolten werden, während viele Bürger*Innen, unter ihnen mit Sicherheit die Konsort*Innen, mit ihrer verausgabten Ehrenamtszeit im Namen ihres politischen Engagements zur Vertretung ihrer Interessen geradezu draufzahlen. Inwieweit sich unter diesen Bedingungen eine unbezahlte Investition in die Verbesserung der von den Investor*Innen anberaumten Bürger*Innenbeteiligungsverfahren für *LUX & Konsorten* gelohnt hätte, ist sehr fraglich. Auf Basis dessen wird für mich das folgende Handeln der Assoziation in der konkreten Planungsworkstatt logisch nachvollziehbar, welches sich in dem performativen Akt des „Beteiligungsstreikes“ ausdrückte, anstatt wie seitens der Investor*Innen und des Bezirkes gewünscht, an dem Planungsverfahren zu partizipieren.

An dem besagten Freitagnachmittag betrat eine große Anzahl von Konsort*Innen in orange-farbenen Warnwesten und weißen Bauhelmen mit unterschiedlichen Slogans wie etwa „Teilhabe statt Teilnahme“ beschrifteten Sprechblasen und mit einer eigenen Tagesordnung den Veranstaltungsraum des Bürger*Innenbeteiligungsverfahrens in Hamburg-Altona. Die Aktion wurde in den Medien wie folgt beschrieben:

„Sie trugen Warnwesten und Bauhelme – doch es war kein Bautrupp, der da am Freitagnachmittag in der Schule Haubachstraße in Altona auftauchte. Es handelte sich um 23 Mitglieder der Altonaer Aktivistengruppe Lux & Konsorten, die mit Spruchbändern in der Hand die als ‚Planungsworkstatt Suttnerpark‘ angekündigte Veranstaltung sprengten.“ (Hamburger Abendblatt 2011)

Die Ansage der Initiative der Selbstständigen: „Das Streiklokal ist eröffnet. Planungsworkstatt wird umgewidmet.“ (*LUX & Konsorten*, Pressemitteilung zur „Planungsworkstatt Suttnerpark“ 03.02.2011) schien als Initialzündung zu wirken. Diese angesagte Umwidmung wurde – meiner teilhabenden Beobachtungsposition zufolge – praktiziert, indem die Konsort*Innen sich das Rederecht nahmen und die Planungsentwickler*Innen der Investor*Innen erstens fragten, inwiefern die benachbarten Einwohner*Innen *vorab* in die Pläne miteinbezogen worden waren und zweitens sich danach erkundigten, wie hoch der Kaufpreis des Areals gewesen sei, der es angeblich nur erlaube, hochpreisige Wohnungen von zwölf Euro Kaltmiete pro Quadratmeter zu bauen. Ein Vertreter der Investor*Innen antwortete mit der für mich vereinnehmenden Rhetorik, dass wir doch alle gleich seien und alle so viel Geld wie möglich verdienen wollten. Woraufhin eine Konsortin erwiderte, dass „wir mit Sicherheit nicht alle gleich

sind“ (Bildungsträger-Teilhaberin 1) und dass die Assoziation der Selbstständigen nicht vornehmlich auf Profit abziele. *LUX & Konsorten* ginge, so die Konsortin weiter, eher von der Vorstellung einer selbstverwalteten Produktionsstätte aus, in der sich lokale Ökonomien im Stadtviertel verankern, die sowohl der eigenen Existenzsicherung als auch der Entstehung gemeinschaftlicher Projekte dienen. Dieser Schlagabtausch markiert meines Erachtens einen Dissens zwischen Großinvestor*Innen bzw. Architekt*Innen und den Konsort*Innen, der sich im Gegensatz zwischen Gewinn- versus Gemeinwohlorientierung artikuliert: Auf der einen Seite durch die vermeintliche Unangreifbarkeit des Investors, die sich in der offen zur Schau gestellten Gier zeigt, und auf der anderen Seite die Zurückweisung einer verallgemeinerten Profitlogik zugunsten einer beanspruchten „sozialen Architektur“, in der untere Einkommenschichten ihre Bleibeberechtigung behalten. Letztere Position wird im folgenden Ausschnitt aus dem offenen Brief der Initiative akzentuiert:

„Wir sind sicher, dass Sie uns eine architektonische Lösung für die gewünschte ‚Arrondierung‘ des Areal in ansprechender Form präsentieren werden. Wir möchten die aber nicht mit Ihnen diskutieren. Uns interessiert nämlich derzeit nicht die bauliche, sondern die soziale Architektur. Und da stellen wir fest: Einmal mehr soll in Altona ein günstiger Gewerbehof einer Trutzburg für die obere Mittelschicht weichen. So sortieren Immobilienfonds und –AGs den Stadtteil Altona und die gesamte westliche innere Stadt derzeit mal wieder durch: Um noch die letzten unsanierten Hinterhöfe und ehemaligen Industrieareale zu *Townhouses* und Luxus-Gewerbehöfen zu machen.

Es liegt doch auf der Hand, dass wir bei der Veranstaltung mit dem irreführenden Titel ‚Planungswerkstatt Suttnerpark‘ (um den Park geht es als Allerletztes) nicht mit Ihnen über Fassadengestaltung oder Traufhöhe fachsimpeln wollen! Wir haben andere Hobbys.

Wir fordern: Bezahlbare Arbeitsräume statt Edelwohnen!“ (*LUX & Konsorten*, Offener Brief 01.02.2011, Herv. i. O.)

In dem Fragment wird mittels einer zunächst zuvorkommenden Rhetorik die Qualifikation der Architekt*Innen und ihrer zu erbringenden Leistungen gelobt sowie im Anschluss deren soziale Konsequenzen getadelt. Die Diskrepanz bezieht sich somit nicht auf die inhaltliche Bewertung der architektonischen Entwürfe. Während auf der einen Seite in konsequenter, beruflicher Ausführung solide, funktionale und ästhetische Bauwerke in all ihren Facetten geschaffen werden können, bildet auf der anderen Seite die Entwicklung einer „sozialen Architektur“ den Gegenstand der *LUX & Konsorten*-Praxis, die eher auf eine langfristige Bewirtschaftung und stadtteilpolitische Entwicklung mit sozialem Anspruch abzielt. Durch die Einführung der sozialen Dimension rücken in der wiederholt zuspitzenden Formulierung die negativen Effekte stadtplanerischer Entwicklungskonzepte wie die Segmentierung der Stadt zugunsten eines Teils der Bevölkerung, der „oberen Mittelschicht“, in den Fokus. Dieser differenzierende Verweis darauf, dass zentrale Stadtviertel einem bestimmten Teil der Bevölkerung zugänglich

werden, kann als eine selektive räumliche Inklusion gelesen werden, durch die der einkommensschwächere Bewohner*Innenanteil nicht per se aus der Stadt ausgeschlossen, sondern genötigt wird, in andere Randgebiete umzuziehen. Die abschließende Feststellung der zitierten „anderen Hobbys“ kann erneut als Spur der unentgeltlich geleisteten politischen Arbeit gedeutet werden, die gegen diesen Verdrängungsprozess für den potentiellen Erhalt „bezahlbarer Arbeitsräume“ eingebracht wird.

Die Option, kommunale Flächen zur günstigen Vermietung von der Stadt zur Verfügung gestellt zu bekommen, scheint laut dieser Presseerklärung der Initiative nicht mehr verhandelbar zu sein: „Wir sehen selbst, wie erpressbar und abhängig die lokale Politik von großen Investoren inzwischen ist, nachdem die Bereitstellung notwendiger kommunaler Infrastrukturen und städtischen Bodens privatisiert oder Gegenstand von Höchstpreisgeboten wurde.“ (*LUX & Konsorten*, Pressemitteilung zur „Planungswerkstatt Suttnerpark“, 03.02.2011) In diesem Ausschnitt sehe ich bei der Adressierung der beteiligten Akteur*Innen einen Wechsel weg von den Investor*Innen. Nun gerät die Politik, die – wie schon im vierten Kapitel zur Problematisierung der Assoziation dargestellt – eher den Interessen des Großkapitals entgegenkomme, als für bestimmte Bürger*Innen-Anliegen anzutreten (vgl. Kap. 4.2), auf eine ernüchternde Art und Weise ins Visier. Die Komplexität der aufeinandertreffenden Ansprüche und Ideen kann aus der dargestellten „verzwickten“ Situation in einem Artikel im Hamburger Abendblatt (2011) herausgelesen werden: Die unzumutbare Lage für das kleine Gewerbe bezeugt die zitierte Feststellung eines Konsorten: „Wir finden in Altona kaum noch bezahlbaren Raum“ (ebd.). Der Unmut des Investors bestehe wiederum laut Artikel darin, dass dieser für sein Vorhaben, auf dem Gelände Wohnungen zu bauen, „eine formale Befreiung von der aktuellen Baurechtsausweisung“ brauche und „sich daher wohl auch zähneknirschend auf eine solche Planungswerkstatt eingelassen“ habe (ebd.). Der Vorwurf von *LUX & Konsorten* an die Stadtpolitik kann also darin gesehen werden, dass diese ihre Macht nur gering oder schwach gebrauchte, indem sie *nur* ein Bürger*Innenbeteiligungsverfahren zur Auflage gemacht hatte. Aus der Perspektive der Politiker*Innen wird die von *LUX & Konsorten* kritisierte, bedingte Zustimmung zum Bauvorhaben durch Investor*Innen wie folgt bekundet: „GAL-Bezirksfraktionschefin Gesche Boehlich weiß um die Grenzen der Politik in diesem Fall: ‚Die Stadt müsste an anderer Stelle günstige Gewerbeflächen anbieten, hier geht es nicht, weil das Areal privat ist.‘ Sollte es mit dem Wohnungsbau nicht klappen, so die Politikerin, ‚dann wird das wohl noch weitere Jahre leer stehen.‘“ (ebd.) Die vielschichtige Verschränkung der unterschiedlichen Anliegen wird auch in dem von Lena Kaiser verfassten „taz“-Artikel „Wohnen konkurriert mit Arbeit“ (Kaiser 2011) hergestellt: Der darin zitierte

stellvertretende Leiter des Fachamtes Stadt- und Landschaftsplanung im Bezirk Altona, Rolf Niss, äußerte sich zuversichtlich über die zugunsten der Investor*Innen anstehende Änderung des Baustufenplans aus den 1950er Jahren, wonach das Gelände für Gewerbe ausgewiesen war: „Weil hier aber bereits vor zehn Jahren Wohnungen genehmigt wurden, gehen wir davon aus, dass dem Antrag auch dieses Mal zugestimmt wird“ (ebd.). Durch diesen Vertrauensvorschuss wird auch die schon stattfindende Ausschreibung des Architekt*Innen-Wettbewerbes für das Electrolux-Gelände logisch nachvollziehbar. Diese Positionen kollidieren jedoch mit der Sicht von *LUX & Konsorten*, die weiterhin den Anspruch auf eine *ausgleichende* Politik erhebt: „Wir sehen den Bezirk in der Pflicht, dass so etwas auch für Unternehmen und Personen möglich ist, die nicht, wie große Investoren, über einen Millionenscheck verfügen“ (ebd.). Laut Kaiser beeindruckte demnach die Information, dass „Quantum angekündigt hat, mit der Wohnungsbaukreditanstalt (WK) zu verhandeln, um geförderte Wohnungen zu bauen“, den in ihrem Artikel zitierten Konsorten wenig: „Für uns ist es nicht die Zukunft kommunaler Städteplanung, dass millionenschwere Konzerne sozialen Wohnungsbau machen und mit Steuergeldern billig bauen, damit sie trotzdem ihren Schnitt machen können.“ (ebd.) Der springende Punkt liegt also weniger in der laut Artikelüberschrift zu vermutenden Hierarchisierung der Kämpfe um Wohnen oder Arbeit, sondern in der Bezahlbarkeit sowohl von Wohn- *als auch* von Arbeitsraum.

Der „Beteiligungsstreik“ der Assoziation *LUX & Konsorten*, mit dem sie der von der Quantum AG angesetzten Planungswerkstatt antwortete, kann somit als ein „Streik“ in Rancières Verständnis begriffen werden. Ein solcher Streik sei darauf aus, zwei Ebenen, die nichts miteinander gemein hatten, zusammenzubringen: „Die politische Handlung des Streiks besteht also darin, ein Verhältnis zwischen diesen Dingen herzustellen, die in keinem Verhältnis zueinander stehen, und als Gegenstand des Streits das Verhältnis und das Nicht-Verhältnis zusammen sichtbar zu machen.“ (Rancière 2002: 52) In dem Fall von *LUX & Konsorten* wird in dem Zusammenstoß erstmals ein divergierendes politisches Verständnis von politischer Partizipation als bloßer formaler Beteiligung und nicht konzeptionell mitwirkender Teilhabe in den Raum gestellt. Die Tragweite dieser politischen Aktion in der Form von Bürger*Innenbeteiligung ist zwiespältig und kann zweifach gelesen werden: Einerseits bezog *LUX & Konsorten* öffentlich Stellung zu den Geschäften der Stadt und verbreitete auf diese Weise erfolgreich das eigene Anliegen. Andererseits konnte diese Begegnung das Einlösen der Forderung nach zu vermietenden Gewerbeflächen von der Stadt nicht voranbringen. Insofern galt es erst einmal, innezuhalten und die weiteren Schritte auszuloten. So endete auch die Presseerklä-

rung mit den Worten: „Jetzt ist mal Pause. Wir streiken. Das Hamsterrad steht still. Der Wettbewerb um die Gestaltung Altonas braucht neue Spielregeln und die wachsende Stadt ein Moratorium“ (*LUX & Konsorten*, Pressemitteilung zur „Planungswerkstatt Suttnerpark“, 03.02.2011). Dieses Moratorium sollte dann viel später in den Fokus der Auseinandersetzungen geraten. Das Format der Bürger*Innenbeteiligung scheint also nur eingeschränkt eine Erfolg versprechende Kampfform zur Realisierung des gewollten Gewerbehofes zu sein.

5.3 Das Gespräch durch die Stadt tragen

Zwei Monate später, Anfang April 2011, lud die Initiative *LUX & Konsorten* trotz der aussichtslosen Lage auf dem Electrolux-Gelände erneut zur Fassadengestaltung an dem noch leerstehenden Gebäude ein: „Vor Ort gibt es wahlweise ein Katerfrühstück oder Marschverpflegung für die ab ca. 13 Uhr folgende Fahrradtour durch Altona. Dabei wollen wir andere Plätze und Gegenden ebenfalls umgestalten.“ (*LUX & Konsorten*, Einladung 31.03.2011) Nach der Versammlung vor dem Electrolux-Gebäude schwärmten die Konsort*Innen während der „**Planungs-KulTour durch Altona am 02.04.2011**“ (ebd., Herv. i. O.) aus und markierten mit Aufklebern und Sprechblasen mehrere von der Schließung bedrohte Gewerbe(-höfe) als Orte der Vertreibung im Stadtviertel. In dieser Aktion sehe ich im Anschluss an Raunigs Ausführungen (vgl. Kap. 4.1) zum einen ein *Mit_Teilen*, indem etwas mit anderen Selbstständigen Geteiltes adressiert wird, aber es auch darum geht, dem Organisierungskampf gegen Prekarität öffentlich Ausdruck zu verleihen und ihn mitzuteilen. Durch diese räumliche Praxis konnte der Prozess der Vertreibung auch für die nicht davon betroffenen Bewohner*Innen im Stadtviertel sicht- und lesbar gemacht werden. Auf diese Weise materialisiert sich also der formulierte Anspruch eines Konsorten, durch die Bezugnahme auf andere Orte, Situationen und Menschen, die mit ähnlichen Problematisierungen ringen, das „eigene Interesse“ zum „gesellschaftlichen Interesse“ zu machen (vgl. Kap. 4.5).



Der konkrete Streifzug fand in einer Phase statt, in der die Verhandlungsgespräche zwischen *LUX & Konsorten* und dem Bezirk stagnierten und das erfahrene Format der Bürger*Innenbeteiligung nicht ansprechend wirkte: „Wir haben uns inzwischen kennengelernt bei Planungswerkstätten, Anhörungen, Tischgesprächen, Bezirksversammlungen und -ausschüssen rund

um das ehemalige Electrolux-Gelände an der Max-Brauer-Allee 163. So richtig gefunkt hat es bisher nicht.“ (*LUX & Konsorten*, offener Brief 31.03.2011) Das Unbehagen, sich an die konventionellen Formen kommunaler Partizipationsmodelle anzupassen, findet nicht nur innerhalb der verworrenen Begegnung von divergierenden Herangehensweisen an politische Praxis, Formen der Stadtaneignung und darin artikulierten Begehrlichkeiten statt. Die Realisierung der politischen Forderung wird an dieser Stelle blockiert, zum einen durch das geringe ökonomische Kapital der Konsort*Innen, das wiederum Großinvestor*Innen ins Spiel bringen und so Zugang zu Marktverhandlungen gewinnen. Zum anderen durch stadtentwicklungspolitisches Handeln, aus dem heraus sowohl Parteien auf indirektem Wege durch den im Wahlkampf versprochenen Bau von Wohnungen als auch Investoren schlussendlich zu Profiteur*Innen der Finanzkrise werden:

„Im Unterschied zur Quantum AG haben wir kein millionenschweres Konto im Rücken. Wir sind nicht die Leute, die mal eben für ein paar Millionen ein viel zu teures Grundstück kaufen können aus der Resteverwertung der Finanzkrise. Wir sehen nicht ein, das[sic] öffentliche Gelder als Gewinnsubvention einem Investor zur Verfügung gestellt werden, um damit überhöhte Kaufpreise zu refinanzieren, die durch Spekulation in die Höhe getrieben wurden. Deshalb haben LUX & Konsorten den Bedarf an kommunalisiertem Gewerberaum formuliert.“ (ebd.)

Das Beharren der Assoziation *LUX & Konsorten*, kommunalen Boden von der Stadt zu fordern, kann nicht nur als Sperre gegenüber der Spekulation gelesen werden, sondern rührt auch aus der Zuspitzung der prekären Lage von Kleingewerbe:

„Unsere Forderung nach kommunalem Gewerberaum ist durch Befragungen bei anderen Gewerbetreibenden in Altona bestärkt worden. Kaum jemand kann seriös für die Zukunft planen. Die IKEA-Ansiedlung hat bereits ihre ersten Befürworter gefressen, die in der Großen Bergstr. ihre Räumlichkeiten aufgeben müssen. Nutzräume werden händeringend gesucht. Initiativen, die mit schmalen Geldbeutel versuchen müssen, ihre Konsum- und Gestaltungsbedürfnisse zu verwirklichen, werden in Altona bei Neuvermietungen nur zu Mondpreisen fündig und Bestandsmieten geraten unter Erhöhungsdruck. Die steigenden Mieten sind Brandbeschleuniger bei der Zerstörung lokaler Ökonomien und sozialer Architekturen.“ (ebd.)

Die Verteidigung lokaler Ökonomien geht einher mit der mehrmals hervorgehobenen sozial orientierten Bewirtschaftung. Erneut wird auch in diesem Dokument der beim „Beteiligungsstreik“ eingeführte Begriff der „sozialen Architektur“ wie folgt spezifiziert: „Wir sprechen von Modellen der Selbstverwaltung, anderen Gestaltungsmöglichkeiten von Produktions- und Arbeitsorten. Eine soziale Architektur, die auch als lokale Ressource und Nachbarschaftshilfe funktioniert. Wir fordern Teilhabe.“ (ebd.) Mit dieser Aussage wird nun auch die Unterscheidung der im „Beteiligungsstreik“ plakativ eingeführten Forderung nach *Teilhabe* von der bisher in Bürger*Innenbeteiligungen gewährten und kritisierten Möglichkeit der *Teilnahme* an stadtpolitischen Auseinandersetzungen erläutert.

Durch die Aktion des Beteiligungsstreikes, so *LUX & Konsorten* weiter in ihrem rekapitulierenden offenen Brief an die Bezirkspolitik, die Quantum AG sowie die Stadtplaner*Innen und Architekt*Innen, konnte erstmals der Schritt erreicht werden, das eigene Anliegen zu politisieren und somit öffentlich zwischen Politiker*Innen und Investor*Innen zu ‚funken‘: „Der Bezirkspolitik ist die soziale Schieflage, auf die wir sie gestoßen haben, nun peinlich. Als Placebo fordert der Bezirk etwas sozialen Wohnungsbau.“ (ebd.) Meiner Ansicht nach kann das Zugeständnis von – wenn auch befristetem – sozialem Wohnungsbau aus einer reformistischen Lesart heraus als kleine Erfolgsetappe betrachtet werden, welche durch Intervention unter anderem der Initiative *LUX & Konsorten* indirekt bewirkt wurde. Doch dieser kurzfristige Gewinn konnte nicht die Bedrohung der Existenz- und Reproduktionsmöglichkeiten bei den Selbstständigen wettmachen. Durch das Hinhalten seitens der Stadtpolitik wurde eine Zeitlichkeit eingeführt, die nicht mit der Notlage der Konsort*Innen zu vereinbaren war:

„Der Bezirk und die Stadt-Stadt sagen: ‚Ja, ja, wichtig. Wichtig. Wir nehmen das Problem ernst...‘ und wetten darauf, dass Investoren die Karre für sie aus dem Dreck ziehen. Das ist keine Rechnung, die für uns aufgeht.“

Wir sind Leute, die rechnen müssen. Und wir sind Leute, mit denen Sie rechnen müssen. Nicht wenige von uns kommen aus der Generation von Existenzgründungen und Ich-AGs aus der Arbeitslosigkeit oder dem Studium heraus. Jetzt haben wir uns zusammengetan, um den ‚unsichtbaren Händen‘ des Marktes mit offenem Visier zu begegnen. Diese ‚unsichtbaren Hände‘ machen uns heute auf Dauer unseren Lebensunterhalt unmöglich bzw. fordern Preise, die wir nicht bezahlen können oder wollen. Deshalb brauchen wir neue gesellschaftliche Vereinbarungen, die den Lebensunterhalt für alle sichern. Eine günstige Miete sowohl für Wohnung als auch Produktions- und Gewerberäume ist dafür unverzichtbar.“ (ebd.)

In diesem zwischenbilanzierenden Fragment wird zunächst die Grenze einer Dialogmöglichkeit markiert, der eine Kampfansage folgt, die politische Bühne nicht zu räumen: „Und wir sind Leute, mit denen Sie rechnen müssen.“ Zum ersten Mal wird hier auch das Thema der Absicherung in der Prekarität durch das Verlangen nach „neuen gesellschaftlichen Vereinbarungen“ adressiert. Die Wartezone, in die die Konsort*Innen nach dem „Beteiligungsstreik“ eingetreten sind, bricht nun wieder auf und das Aktionsrad wird mit der Tour durch das Viertel erneut in Gang gesetzt, indem die Politiker*Innen in die Verantwortung gezogen werden.

„Wir haben uns mit allen Bezirksfraktionen und der Verwaltung unterhalten. Es hat Gespräche mit der Stadt gegeben. Es gab eine klare politische Zustimmung für unser Anliegen. Die Kommunikation liegt seit der Wahl auf Eis. Jetzt ist die Karenzzeit vorbei.“

Wir tragen das Gespräch in den Stadtteil. Ring frei zur nächsten Runde.“ (ebd.)

Die Verkündung der Schieflage für prekäre Selbstständige setzte sich einige Wochen später auf der *Euromayday*-Parade fort. Am 1. Mai 2011 wurde eine Bühne kreiert, konkret in der Form einer „Treppe des Ruhms“, (vgl. Foto rechts) welche eine Konsortin vor Ort wie folgt einführte:



„Treppe des Ruhms und auch eine Sieger- und Siegerinnen Treppe für all die, die sich in ihrem Leben, in ihrem prekären Alltag, oftmals als Verlierer und Verliererinnen fühlen, egal ob als Post-Studierende, die sich seit 10 Jahren im Praktikum befinden, oder Papierlose, die in diesem Land unter beschissenen Bedingungen arbeiten, oder Leute auf Harz IV, oder diejenigen, die sich hier in dieser Stadt die Mieten nicht mehr leisten können, oder prekäre Selbstständige, aus den Ich-AGs hervorgegangen, die sich nicht selbst bestreiken können und deshalb zum Beispiel günstigere Gewerbemieten wollen. All die, die sich oft als Verlierer und Verliererinnen fühlen, aber heute hier sind, um gemeinsam auf die Straße zu gehen: Das ist eure Treppe“ (Bildungsträger-Teilhaberin 1, utopieTV 07.05.2011: 5:32-6:15Min.)

Ein paar Jahre zuvor, kurz vor dem 1. Mai 2006, markierten „prekäre Superhelden“ mit ihren Aktionen einen Bruch im „Kontinuum der Ohnmacht“ (Panagiotidis 2007). Fünf Jahre später wurde die Konstruktion der grün-weißen Treppe zur *Passage der Verwandlung*: Eine Vielzahl von Menschen, die im prekären Alltag zu „VerliererInnen“ gemacht werden, könnten nun für einen kurzen Moment das Gefühl der Ermächtigung genießen. Viele der Konsort*Innen, die jahrelang die *Euromayday*-Paraden mitorganisierten und mit solchen Formaten performative Leerstellen für unterschiedliche prekäre Subjektivierungsweisen ausfüllten, besetzten in diesem Jahr nun als *LUX & Konsorten* selbst das offerierte Angebot zur Verwandlung. Als der Demonstrationszug an der Max-Brauer-Allee am Electrolux-Gelände anhielt, betraten zwei Konsortinnen die „Treppe des Ruhms“ und trugen im Wechsel die folgende Rede vor:

„- Willkommen am Electrolux, uns juckt's bei diesem Anblick, das wollen wir haben, und wenn nicht das, dann was Anderes.

- Wie ist die Situation von Gewerbetreibenden und kleinen Unternehmungen in Altona?
- Ist die Miete noch bezahlbar?
- Droht gar Kündigung?
- Habt ihr von Gewerbetreibenden gehört, die aufgrund von Mieterhöhung oder Kündigung wegziehen mussten oder gar aufgeben mussten?
- Bürgerbeteiligungen ohne Gestaltungsmöglichkeiten sind Zeitverschwendung, deshalb sind wir im Planungstreik.
- Wir laden alle Interessierten in der Stadt ein, sich mit uns gemeinsam dafür einzusetzen, dass Initiativen wie wir oder NoBNQ⁶⁰ nicht an mangelndem Geld oder fehlendem politischen Willen scheitern.
- Am Anfang von Revolutionen standen immer Bodenfragen!
- Wem gehört das Land?
- Wem gehören die Städte?
- Um die Änderung der Ordnung symbolisch darzustellen, rollten manchmal Köpfe.

⁶⁰ Infos zu Initiative No BNQ unter: <http://wiki.rechtaufstadt.net/index.php/Bernhard-Nocht-Quartier> [20.01.2019], https://esregnetkaviar.de/relaunch/no_bnq_presse.html [20.01.2019]

- Das muss heute nicht mehr sein.
- Da reichen ein einfaches und klares Nein zu den Investor*Innen und ein ausdrückliches Ja zu Bürger*Innen.
- LUX & Konsorten, wir sind auf der Leier!“ (Rede zweier Konsortinnen, utopieTV 07.05.2011: 19:18-20:25Min.)

Diese Rede konnte ich aufgrund der Geburt meines Kindes einige Tage zuvor nicht direkt vor Ort miterleben.⁶¹ Ich verfolgte sie von zu Hause aus auf Video und bei der späteren Transkription der Rede blieb ich beim Lesen des ersten Satzes hängen: Durch eine realistische Einschätzung der politischen Lage ist klar, dass das Gebäude verloren ist, allerdings wird damit die Idee eines Gewerbehofes für prekäre Selbstständige nicht begraben. Das Herz der Konsort*Innen hängt zwar noch am Electrolux-Gelände, doch ihr Vorhaben kann auch an einem anderen Ort realisiert werden. Mit rhetorischen Fragen wird also weiter die existenzbedrohende Lage von Selbstständigen vorgetragen, um dann den Aufruf zur Organisierung, mit Verweis auf die „Bodenfrage“, die immer „am Anfang von Revolutionen stand“, zu verkünden. Trotz meiner Vorliebe für außergewöhnliche, kurze und pointierte Beiträge auf Demonstrationen befremdete mich an dieser Stelle der Rede von *LUX & Konsorten* das direkte Bedienen einer revolutionären Ansprache, welche nicht die bisherige Praxis der Konsort*Innen auszeichnete (vgl. Kap. 4.4). Diese Irritation bewegte mich zur Suche nach der marxistischen Auslegung, in der die Bodenfrage ein wichtiger Ausgangspunkt von Aufständen wurde. Dem Problem des „Eigentum[s] an Grund und Boden“, das die „ursprüngliche Quelle allen Reichtums“ sei, stellt sich Marx in seiner 1868 geschriebenen Schrift „Über die Nationalisierung des Grund und Bodens“. Darin formulierte er, dass die Bodenfrage nur über die „Nationalisierung“, hier im Sinne einer Verstaatlichung, zu beantworten sei, welche dann auch eine Veränderung der Beziehungen in dem Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit bewirke: „Die ständig wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung einerseits, das dauernde Steigen der Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse andererseits liefern den unbestreitbaren Beweis, daß die Nationalisierung des Grund und Bodens zu einer ‚gesellschaftlichen Notwendigkeit‘ geworden ist.“ (Marx 1868, MEW 18: 60). Diese Idee entwickelt Marx in Abgrenzung zu der damals gängigen Praxis der „bäuerlichen Eigentumsverhältnisse“ in der „kleine Parzellen“ gekauft werden konnten: „Die Nationalisierung des Bodens und seine Verpachtung in kleinen Parzellen an Einzelpersonen oder an Arbeitergenossenschaften würde unter einer bürgerlichen Regierung nur eine rücksichtslose Konkurrenz unter ihnen auslösen und eine gewisse Steigerung

⁶¹ Diese *Euromayday*-Parade war die einzige, bei der ich nicht anwesend war. Meine Teilnahme im Projekt *LUX & Konsorten* wurde abrupt unterbrochen, da mein Sohn zwei Monate früher als geplant, Ende April 2011, auf die Welt kam. So war ich auch nicht an der folgenden Aktion in der ehemaligen Gewürzmühle in Altona dabei. Meine regelmäßige Teilnahme bei den *LUX & Konsorten*-Treffen und -Aktionen begann wieder im Herbst 2011.

der ‚Rente‘ mit sich bringen und dadurch den Aneignern neue Möglichkeiten bieten, auf Kosten der Produzenten zu leben.“ (ebd. 61, Herv. i. O.) Vor dem Hintergrund widersprach Marx auch einem seiner Freunde, César de Paepe, für den die Frage des Bodens entweder als „Eigentum von landwirtschaftlichen Assoziationen“ oder als „Eigentum der gesamten Nation“ durch die Zukunft entschieden werden würde:

„Ich hingegen sage: Die Zukunft wird entscheiden, daß der Boden nur nationales Eigentum sein kann. Das Land an assoziierte Landarbeiter zu übergeben, würde heißen, die ganze Gesellschaft einer besonderen Klasse von Produzenten auszuliefern. Die Nationalisierung des Grund und Bodens wird eine vollkommene Änderung in den Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital mit sich bringen und schließlich die gesamte kapitalistische Produktion beseitigen, sowohl in der Industrie wie in der Landwirtschaft. Nur dann werden die Klassenunterschiede und Privilegien verschwinden, zusammen mit der ökonomischen Basis, der sie entspringen, und die Gesellschaft wird in eine Assoziation freier ‚Produzenten‘ verwandelt werden. Von anderer Leute Arbeit zu leben wird eine Angelegenheit der Vergangenheit sein! Dann wird es weder eine Regierung noch einen Staat geben, die im Gegensatz zur Gesellschaft selbst stehen!

Landwirtschaft, Bergbau, Industrie, mit einem Wort alle Zweige der Produktion werden allmählich auf die nutzbringendste Art organisiert werden. Die nationale Zentralisation der Produktionsmittel wird die natürliche Basis einer Gesellschaft werden, die sich aus Assoziationen freier und gleichgestellter, nach einem gemeinsamen und rationellen Plan bewußt tätiger Produzenten zusammensetzt. Das ist das Ziel, welchem die große ökonomische Bewegung des 19. Jahrhunderts zustrebt.“ (ebd. 62)

Beim Lesen dieses Plädoyers wirkt das Beharren der Assoziation *LUX & Konsorten* auf kommunalen Boden zunächst schlüssig. Der Verbleib von Grund und Boden im Besitz der Stadt deckt sich mit dem politischen Anspruch der Akteur*Innen, Gemeineigentum zu bewahren, um der Bodenspekulation entgegenzuwirken und ihrer Forderung nach kommunalem Boden, der ihnen günstig vermietet werden soll. Inwiefern die so gestellte Bodenfrage im „Unternehmen Hamburg“ aufrechterhalten werden kann, also sich ein Grundstück im Besitz der Stadt finden lasse, das den Konsort*Innen zu ihren Mietkonditionen zur Verfügung gestellt wird, ist die mit Spannung zu verfolgende Frage bei den weiteren Interventionszügen der Selbstständigen.

5.4 Besetzungs-Party: Klärung der Eigentumsverhältnisse

Die Assoziation *LUX & Konsorten* führte von Anfang an parallel zu den Interventionen im öffentlichen Raum auch Gespräche mit der Bezirkspolitik. In einem dieser Gespräche, und zwar schon während der ersten Verhüllungsaktion, wurde seitens des Bezirkes ein Angebot einer Fläche, der ehemaligen Gewürzmühle in Hamburg-Altona, unterbreitet. Auf diese Idee

griffen die Consort*Innen zurück, um herauszufinden, ob diese Fläche noch in städtischer Hand sei. So kam es zu der temporären Besetzung der ehemaligen Gewürzmühle am 20. Mai 2011. Die Hinführung zu dieser Aktion beschreibt ein Consorte in einem Interview mit altona.info wie folgt:

„Also die Situation war die, dass als wir dann das Electrolux einmal verhüllt haben und dort mit einem Planungscontainer unser Anliegen vorstellig gemacht haben, Bezirkspolitiker an uns ran getreten sind, Uwe Szczesny von der CDU, damals noch in der Regierung in Altona, und gesagt hat, es gibt doch dieses Gelände in der Gaußstraße, die ehemalige Gewürzmühle, und da könnte man sich doch vorstellen, dieses Projekt was wir vorhaben also, so eine Mischnutzung von günstigen Gewerberäumen und anderen Projekten, zu vertretbaren Preisen zu realisieren. (Journalist, altona.info-Radio-Podcast 22.05.2011: 3:26-4:00)

Aus der Aufzählung der Ereignisse kann das sukzessive Vorgehen der Assoziation der Selbstständigen herausgelesen werden: an einer Grenze angekommen, nutzt *LUX & Consorten* jede verfügbare Information, die sie performativ in einem neuen Spielfeld einsetzt, um mit einer erneuten temporären Besetzung jetzt an anderer Stelle voranzuschreiten. Da das Electrolux-Gelände nicht mehr in Frage kam, nutzten die Consort*Innen den Alternativvorschlag des Bezirkspolitikers, um sich wieder Gehör zu verschaffen und ihre Forderung vorzubringen. Auf die Frage von altona.info, inwiefern sich nach dem Regierungswechsel in Hamburg etwas zugunsten des Anliegens der Initiative verändert habe, antwortet eine Consortin und Bildungsträger-Teilhaberin:

„[N]e, also davon können wir jetzt erstmal nicht reden. Bisher ist uns der Regierungswechsel erstmal als Stillstand begegnet eigentlich, von dem, was vorher angefangen hat, hier grade auch noch in Altona mit der schwarz-grünen Regierung, die ja diese Gespräche angeregt hat, ist ja sehr wohl ernst genommen worden dieses Anliegen. Es ist ja auch ganz klar gesehen worden, dass es von dieser Gruppe um ganz Viele geht, die vor fast zehn Jahren bald, ganz oft so durch die veränderte Sozialpolitik in Ich-AGs gedrängt wurden, dass genau die Leute hier keinen Platz mehr haben. Deshalb war ja auch hier dieser Vorschlag maßgeblich von Uwe Szczesny der CDU vorangetrieben, wir müssen darüber reden, und ich habe da sogar ´ne Idee so. Und das war eben genau dieses Gelände von dem er sagte, das sei städtisch und das sei eigentlich schon so gut wie unser, so mehr oder weniger, /ähm/ ja und da diese Gespräche, die das angefangen haben, tatsächlich nicht mehr aufgenommen wurden, müssen wir also davon ausgehen, dass die SPD-Regierung jetzt, oder die neue Regierung, auch gar kein Interesse hat da weiter zu machen und, dass wir hingehalten wurden [...]“ (Bildungsträger-Teilhaberin 1, altona.info-Radio-Podcast 22.05.2011: 5:14-6:13)

Beim mehrfachen Bezug auf die CDU, die sich im Gegensatz zur sozialdemokratischen Partei als zuvorkommende Gesprächspartner*In erwies, erinnere ich mich, wie überrascht ich schon nach den ersten Gesprächen mit dem Bezirk darüber war, dass, erstens, das Anliegen der Consort*Innen, die eher einem linksalternativen Milieu zuzuordnen wären, ausgerechnet bei

einem Vertreter einer konservativen Partei Anklang fand. Zweitens fand ich es bemerkenswert, dass der eher lose Zusammenschluss der Konsort*Innen, die eine parteipolitische Arbeitskulturbildung nicht gewohnt waren, sich der Herausforderung stellten, offen und auf Augenhöhe in die Gesprächskreise der Berufspolitiker*Innen einzutreten. Allerdings blieb die schon bei den Bürger*Innenbeteiligungsverfahren angesprochene, gravierende Diskrepanz zwischen den beiden Zeit-Agenden bestehen: Während die Bezirkspolitik sich nach dem Regierungswechsel 2011 in einen langwierigen Modus der Re-Konstituierung begab, hatte die Assoziation der Selbstständigen, wie sich auch beim Beteiligungsstreik herausstellte, keine Zeit zu verlieren. Die Berufspolitiker*Innen befanden sich während der langwierigen Prozesse zur Regierungsbildung nicht in existenzieller Not. Den Konsort*Innen drohte jedoch durch Kündigungen und steigende Mieten die Aufgabe ihrer Gewerbe. Die Unmöglichkeit, einen „Ich-Streik“⁶² für prekäre Selbstständige zu realisieren, durch den ihre Einkommen hätten kompensiert werden können, wurde schon im *Euromayday*-Kontext formuliert. Aus dem Unvermögen zu streiken, erfolgte dann auch die Übersetzungsleistung der gemeinsam formulierten Forderung der Konsort*Innen nach der Senkung der Reproduktionskosten für die eigene selbstständige Arbeit:

„[G]erade bei selbstständig Arbeitenden ist es ja so schwer sich selbst zu bestreiken, um bessere Löhne oder so, das heißt für uns spielt die Frage von Mieten eine ganz wichtige Rolle. Also wenn die Mieten steigen, heißt es bei uns automatisch, bei den niedrigen Einkünften die wir oft haben, dass wir im Prinzip eigentlich nicht mehr davon leben können. Deshalb ist für uns die Frage von günstigem Gewerbe-, Arbeits- und Produktionsraum eine sehr existenzielle. Und dass wir das nicht auf der grünen Wiese machen wollen, also sozusagen außerhalb der Stadt, sondern in städtischer Nähe, wo auch die Menschen leben, die unsere Dienste in Anspruch nehmen.“ (Bildungsträger-Teilhaberin 1, *altona.info*-Radio-Podcast 22.05.2011: 2:32-3:08)

Aufgrund dieser Notlage, in Verbindung mit dem Wunsch, nicht einfach das Stadtviertel zu verlassen und der Tatsache, dass „seit dem Regierungswechsel“ faktisch „gar nichts passiert[e]“ (ebd.), nahm der Aufstand der „Anteillosen“ (Rancière 2008: 28) seinen Fortgang in eigener Regie: Das von der Stadtpolitik ausbleibende Besichtigungsangebot der potentiellen Mietfläche wird in Eigeninitiative der Konsort*Innen selbst durchgeführt: „[G]anz im Sinne von uns Selbstständigen, alles muss man selber machen, so auch heute diese Begehung hier“ (ebd.: 6:38-6:47). Die öffentliche Einladung zu dieser selbstorganisierten „Begehung“ begann die Assoziation mit der folgenden Bestandsaufnahme:

„Wir verabredeten eine gemeinsame Begehung des Geländes. Das war vor den Wahlen.“

⁶² Zur näheren Darstellung der *Euromayday*-Slogans „ICH STRESS. ICH PAUSE. ICH STREIK“ vgl. Hamm/Sutter (2010).

Seitdem ist die Politik abgetaucht. Während sich unsere Gesprächspartner dahinter verschanzen, dass die Bezirksregierung sich erst neu bilden muss (von Schwarzgrün zu Rotgrün), sind uns Gerüchte zu Ohren gekommen, dass die Stadt die Gewürzmühle noch im Februar verkauft hat. Es scheint also so zu laufen wie immer in Hamburg: Während die regierende SPD ankündigt, für eine ‚neue Planungskultur‘ zu sorgen und die Bezirkspolitik leere Versprechungen ausspricht, macht man im Hinterzimmer Immobiliendeals, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind.“ (*LUX & Konsorten*, Einladung 20.05.2011)

Der in dem Dokumentausschnitt formulierte Vorwurf adressiert die ordnungspolitische Regierungspraxis, in der bestimmte Verabredungen mit Bürger*Innen vernachlässigt werden, während manche Geschäfte in spezifischen Kreisen wie immer ablaufen. Dieser Aspekt kennzeichnet, so Colin Crouch, eine „postdemokratische“ Dimension eines Gemeinwesens, in der „die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht [wird]: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.“ (Crouch 2008: 10) Diese Ungleichbehandlung von Bürger*Innen gehe, entsprechend der spezifizierenden Qualifikation des zuerst zitierten Konsorten, mit der politischen Ambition einher, „dass die SPD grade an ganz vielen Fronten dieses Wohnungsbauthema aufhängt und Pakte schließt“ (Journalist, altona.info-Radio-Podcast 22.05.2011: 12-45-13:10). Diese Geschäfte fänden „nicht unbedingt in Hinterzimmern“, sondern „in geschlossenen Kreisen“ statt: „Die SPD hat ja auch eine lange korporatistische Tradition in Hamburg, dann werden die entsprechenden Wohnungsbau-gesellschaften vielleicht eingebunden und die Investoren eingebunden, was dann am Ende herauskommt, das wissen wir nicht“ (ebd.). Unter dieser pragmatischen Einschätzung der eigenen Ausgeschlossenheit aus den etablierten Verhandlungskreisen organisieren die Konsort*Innen ihre Offensive und treten der Gerüchtepolitik mit der eigenen Vorstellung von „Planungskultur“ entgegen:

„Nichts Genaues weiß man nicht? Diesen Zustand wollen wir ändern. Am Freitag den 20. Mai sorgen wir selbst für Planungskultur: Wir produzieren Transparenz. Wir werden das Gelände in der Gaußstraße so lange bespielen, bis sich die nötige Klarheit über die Eigentumsverhältnisse und Planungsvorhaben herausgeschält hat. So schwer kann das ja nicht sein. Genügend Leute sind wir, Musik und Getränke haben wir und ein Planungsbüro bringen wir auch gleich mit. Kommen Sie zur Wem-gehört-das hier?-Party, schließen Sie sich an, werden Sie Teil des Konsortiums!“ (*LUX & Konsorten*, Einladung 20.05.2011)

Die am Spektakel orientierte Produktion von Transparenz geht mit der konzeptionellen Infragestellung der Scheinpartizipation von Bürger*Innen einher, die schon im „Beteiligungstreik“ der Konsort*Innen kritisiert wurde. Dem eigenen Verständnis von Beteiligung folgend, führt nun die Bildungsarbeiterin in ihrer Hervorhebung aus, dass *LUX & Konsorten* sich nicht von der etablierten Parteipolitik als Best Practice für eine Beteiligungskultur vereinnahmen lasse und

„[wir] ein bisschen als Beispiel so abgefeiert wurden, wie toll eben Beteiligung aussehen kann, faktisch haben wir uns hier nicht beteiligt und das ist auch nicht die Art von Beteiligung, die wir uns vorstellen, weil Beteiligung hat was mit realer Teilhabe zu tun, mit Orten, die man gestalten kann und eben nicht ab und zu auf irgendeinem Planungsworkshop des Bezirks auftreten und tja hier mal ein bisschen Grün aufs Dach oder das finden wir nicht gut und dann ist dem Beteiligungsinstrumentarium schon wieder Genüge getan.“ (Bildungsträger-Teilhaberin 1, altona.info-Radio-Podcast 2011: 6:13-6:38)

Der zentrale Slogan der Initiative „Teilhabe statt Teilnahme“ gewinnt durch diese Ausführung weiter an inhaltlicher Konturierung: Der gewährenden Logik in Beteiligungsverfahren, vorgegebene Konzepte entweder gutzuheißen oder ohne Einflussnahme zu kritisieren, tritt ein Mitspracherecht der Bürger*Innen gegenüber, das die Chance hervorhebt, an Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen mitzuwirken. Dieser Akt der Beteiligung sprengt allerdings die auf Repräsentativität ausgerichteten, etablierten politischen Settings.

Die Ziele der eigenständigen Durchführung der schon „längst beschlossenen Begehung des Gebäudes“ im bespielten Gelände zählt der Konsorte in der folgenden Passage auf:

„[D]eshalb haben wir dann heute gesagt, ok gut, dann wollen wir jetzt a) uns das Ganze einfach mal anschauen selbsttätig und b) wollen wir mal was Neues wagen, wir wollen mal was für die Planungskultur in dieser Stadt tun und Transparenz produzieren, weil tatsächlich weiß jetzt im Moment niemand, wem das gehört, oder bis heute Morgen wusste man nicht, wem dieses Gelände gehört“ (Journalist, altona.info-Radio-Podcast 22.05.2011: 4:16-4:38)

Um den Ausgang der Besetzungsparty teilweise vorwegzunehmen: Die selbst gestaltete Planungskultur erzielte die anvisierte Transparenz:

„Vor Ort ist Klarheit da. Das Gelände, das für Gewerbe im Bebauungsplan ausgeschrieben ist, wurde zusammen vom Altonaer Spar- und Bauverein und Behrendt Wohnungsbau zum 31.12.2010 erworben. Das berichtet kein geringerer als der Vorstandsvorsitzende der Genossenschaft, der kurz nach Aktionsstart eintrifft und ins direkte Gespräch mit den Aktivisten geht.“ (altona.info 22.05.2011)

Das Hingehaltenwerden und die verwirrende Informationspolitik der Stadt, eine Fläche einerseits vorzuschlagen, die andererseits verkauft wird, lässt einige Zweifel am Umgang mit Bürger*Innen aufkommen:

„Die Politik hat es uns nicht gesagt, wir haben es nicht erfahren, also haben wir einen Container hier in die Einfahrt gestellt um sechs Uhr morgens und zwei Stunden später kam auch der Anruf von der Behrens-Wohnungsbau, dass sie hier das Gelände vor einem Dreivierteljahr gekauft haben. Da fragt man sich, also zu dem Zeitpunkt wo wir längst in Gesprächen waren über das Gelände. Da fragt man sich natürlich: Wer hat hier wen hinters Licht geführt, oder weiß die Politik eigentlich gar nicht worüber sie da verhandelt? Ist ein interessanter Fall, den wir hier näher untersuchen wollen“ (Journalist, altona.info-Radio-Podcast 22.05.2011: 4:38-5:08)

Die „Untersuchung“ des heiklen stadtpolitischen Vorgehens erfolgte, indem *LUX & Konsorten* auch bei diesem Grundstück, wie zuvor beim Electrolux-Gebäude, zunächst damit beschäftigt war, die involvierten Akteur*Innen ausfindig zu machen. Die Assoziation wollte, so

der Konsorte, „erstmal überhaupt wissen, wer hat denn hier eigentlich was gekauft, wer redet hier über was, wer ist hier eigentlich der Player, wer sind die Ansprechpartner, so, und wenn wir das wissen, dann können wir weiter gucken“ (Journalist, ebd.: 8:11-8:24). Diese Antworten konnten jedoch nicht durch einfache Anfragen der Bürger*Innen erlangt werden. Ein Abgeordneter der LINKEN erläuterte im Gespräch mit dem Eigentümer und den Consort*Innen vor Ort, dass eine Anfrage seiner Partei mit dem Hinweis zurückgewiesen worden war, allein die Finanzbehörde, auch nicht das Management der Liegenschaft, könne eine Auskunft geben, und zwar im „Rahmen eines Auskunftersuchens über die Bezirksversammlung und das werden wir jetzt machen“ (Abgeordneter der LINKEN, ebd.: 52:49-53:08). Im Vergleich zu diesem im Nachhinein zu stellenden, langwierigen formalen Prozedere brachte die Aktion der Initiative eine direkte und schnellere Informationsauskunft:

„[W]ir haben festgestellt nach mehrmaligen Nachhaken wird man hingehalten, das heißt man muss dann unter Umständen noch mal zu dem greifen, was man im anglo-amerikanischen Raum ‚nonviolent action‘ nennt, das heißt man muss mal irgendwann hingehen und sich da mal umgucken, um Aufmerksamkeit zu erzeugen. Das ist ja auch eine Öffentlichkeits-Veranstaltung, in dem Sinne, dass die Bevölkerung von Altona, von Ottensen, hier auch mal drauf kommen kann und sich mal angucken kann, was es hier eigentlich gibt. Sich über unser Anliegen informieren kann und so ein bisschen den Ort nachspüren kann und das ist in dem Sinne für uns jetzt gar nicht so ein Tag, wo wir jetzt konkret mit der Politik verhandeln über Sachen, sondern erstmal dieses Gelände ein Stück in Beschlag nehmen wollen, um unsere Ansprüche konkret anzumelden“ (Journalist, ebd.: 8:59-9:42)

Diese zitierte „gewaltfreie Aktion“ in Form einer öffentlichen Vor-Ort-Besichtigung, durch die gleichzeitig die Aufmerksamkeit für die eigenen Anliegen erregt wird, verdeutlicht den spezifischen Einschlag der politischen Praxis von *LUX & Consorten*: letztere erschöpft sich nicht in abstrakten Kritiken oder Verhandlungen in den Büroetagen der Behörden, sondern materialisiert sich auch in der Qualität eines sinnlichen Nachspürens des erwünschten geografischen als auch sozialen Raumes.

Die Massivität des performativen Aktes der Beschlagnahmung des Bodens kommt aus der aus politischer Erfahrung gewonnenen, pragmatischen Einschätzung, dass Druck aufgebaut werden muss, um Bewegung in die politischen Kräfteverhältnisse zu bringen:

„[W]as auch ein Ergebnis des Tages sein könnte oder auch von den Gesprächen, die es dann wieder hoffentlich geben wird, ist im Prinzip, so einen Druck auch zu machen, so dass der Bezirk auch gezwungen ist, auch mal Transparenz zu machen, wenn er denn überhaupt weiß, was kommunale Gelände hier sind.“ (Bildungsträger-Teilhaberin 1, ebd.: 16:07-16:18)

Der Druck auf der Straße sollte darüber hinaus dazu beitragen, die Assoziation überhaupt als politische Mitspielerin zu etablieren: „Wir haben die Erfahrung gemacht in Hamburg, dass

man Druck von unten machen muss, dass man sich ins Spiel bringen muss, um als Gesprächspartner ernst genommen zu werden, und das machen wir heute hier“ (Journalist, ebd.: 13:28-13:36).

Die Möglichkeit einer machtvollen Positionierung innerhalb der politischen Aushandlungszonen mit der Stadt berührt auch die Form des Zusammenschlusses, der bis dahin lose verbündeten Konsort*Innen. Auf die Frage der lokalen digitalen Zeitung *altona.info*, ob *LUX & Konsorten* sich in einer Rechts-Körperschaft zusammengeschlossen habe, um konkrete Verhandlungen mit der Stadt zu führen, antwortete die Bildungsträger-Teilhaberin:

„[A]lso es gibt da viele Überlegungen, es gab da auch einen Workshop dazu. Das Gute ist ja, dass sich in unserem Kreis viele Kompetenzen vereinen in den verschiedenen Rechtsformen und, dass es da auch verschiedene Erfahrungen damit gibt, und da haben wir angefangen uns darüber auseinander zu setzen. Natürlich auch vor dem Hintergrund, dass es konkrete Angebote gab, das ist nicht das Problem, das relativ zügig vorhalten zu können, nur braucht es jetzt auch das konkrete Gelände [...]“ (Bildungsträger-Teilhaberin 1, *altona.info*-Radio-Podcast 22.05.2011: 13:57-14:18)

Die Frage der Körperschaft bezog sich zu dem Zeitpunkt auf das anvisierte Mietverhältnis, das *LUX & Konsorten*, konkret durch die Idee einer Erbpacht von kommunalem Boden, eingehen wollte. Denn ein Gelände beanspruchte die Initiative damals nur noch als Mietfläche, die zu günstigen Bedingungen zu Verfügung gestellt werden sollte. Die Option, ein Grundstück in der Nähe der Innenstadt zu *kaufen*, sei „zum Teil gar nicht mehr real“ so wie die Preise „hier in den letzten Jahren so bodenlos in die Höhe geschossen“ sind (Bildungsträger-Teilhaberin 1, ebd.: 12:09-12:33). Die eingeschränkte finanzielle Ausgangslage bewegt somit die Assoziation zu der taktischen Vorgehensweise des unkonventionellen Ringens auf mehreren Tableaus, nämlich sowohl die Verhandlungsgespräche mit dem Bezirk zu suchen als auch die temporären Besetzungen durchzuführen. Bemerkenswert an diesen beiden, gewöhnlich nicht zu vereinbarenden, Formen der politischen Auseinandersetzung finde ich die auf den zwei verfolgten Handlungswegen entstehende wechselseitige Verstärkung:

„[U]nd das ist aber nicht die Situation oder auch nicht der Tag, wo man Gespräche mit der Politik abbricht, so ist es ja auch nicht. Das ist ja nicht so, und jetzt ist man an dem Punkt angelangt und da geht gar nichts, sondern was wir von vornherein gesagt haben, also auch während der Gespräche die wir geführt haben, dass es natürlich so nicht funktioniert, dass so ein Kollektiv oder eine Gruppe, die sich zusammengeschlossen hat, wir haben ja auch viel Gespräche hier im Stadtteil geführt und viel Gespräche mit Gewerbetreibenden geführt und haben unsere eigene Untersuchung vorgenommen, und haben uns sehr gestärkt gesehen in unserer Position, und wir haben immer gesagt, natürlich werden wir weiterhin versuchen, auch politisch eine Forderung durchzusetzen und das geht natürlich nur, indem man auf die Straße geht, Aufmerksamkeit erregt, Transparenz schafft und das ist überhaupt auch kein Widerspruch zu sehen, ganz realpolitisch, ok, Leute wenn ihr das Problem seht und ihr uns ein Angebot macht, dann lasst uns darüber reden, aber es sind natürlich immer parallele Prozesse, natürlich reden Leute auch nur

mit dir, wenn du glaubhaft machen kannst, tja wir sind auch nicht nur zwei“ (Bildungsträger-Teilhaberin, ebd.: 9:43-10:37)

Die behauptete „Parallelität“ kann meines Erachtens als ein produktiver Raum politischer Praxis zwischen reformistischen Verhandlungspraktiken und radikalem Aktionsspektakel gelesen werden. Ähnlich könnten auch die beratenden Aussagen von Kai Wiese, dem Vorstandsvorsitzenden von „Jugend hilft Jugend“ Hamburg, gedeutet werden, der von Holger Kowalski, Vorstandsvorsitzender des „Altonaer Spar- und Bauvereines eG“⁶³, als Verhandlungspartner an dem Aktionstag vor Ort eingebracht wurde. Wiese zeigte Verständnis für die „Odyssee“ der Konsort*Innen mit Bezug auf die eigenen politischen Kämpfe zur Integration von Menschen mit Behinderung, indem er betonte, „dass letztlich, wenn man das auf die Frage Spitz auf Knopf zu einer Machtfrage macht, kann man langfristig so nicht gewinnen, deshalb ist es auch schlau in eurem Interesse, wenn man irgendwie Wege sucht, die man bewirbt und die man versucht dann auch mit dem Bezirk, aber auch darüber hinausgehend, noch zu gucken.“ (Vorstandsvorsitzender „Jugend hilft Jugend“ Hamburg, ebd.: 41:20-42:20) In seinen weit ausschweifenden, jedoch zuvorkommenden Einlassungen auf das Anliegen von *LUX & Konsorten* stellte er auch fest, dass die eher zu realisierende Möglichkeit, die Konsort*Innen über die ganze Stadt zu verteilen wohl nicht infrage käme, da er „jetzt erstmal mitnehme“, dass *LUX & Konsorten* „schon irgendwie quartiersbezogen“ unterkommen solle (ebd.). Gegen diesen Vorschlag einer pragmatisch orientierten Aufteilung der Gewerbetreibenden führte ein Konsorte das Argument an, dass der Forderung von *LUX & Konsorten* die Idee eines selbstverwalteten Projektes zugrunde liege, die gerade davon lebe, dass die verschiedenen Unternehmungen auf einem gemeinsamen Gelände verwirklicht würden:

„[E]ine Zeit der Odyssee ist natürlich auch eine Zeit der Abnutzung, kann man so sehen. Wir machen in der Zeit viel Fortbildung, das heißt wir machen Konzeptentwicklung, Projektentwicklung von dieser Idee, weil auch klar ist, wenn wir irgendetwas werden, dass es nur mit einen Konzept geht, das auch interessant ist, oder was auch quasi von uns aus eine Idee hat [...] wir sind auch bundesweit im Gespräch auch mit anderen Orten in der Republik, wo auch ähnliche Projekte stattfinden. Die Größenordnungen sind immer ungefähr 10.000 Quadratmeter, wo das quasi in Selbstverwaltung, was die klassische Mieter-Selbstverwaltung wäre [...] deswegen gibt es so auch die Zusammensetzung von der Idee, dass man auch gemeinsam einen Ort haben will, also wo es auch noch mehr gibt, außer diese bloße Erwirtschaftung.“ (Freier Künstler und Möbel-Designer, ebd.: 42:21-43.14)

Während des langen, sich fast über eine Stunde hinziehenden, inhaltlichen Gesprächs auf dem Gelände der ehemaligen Gewürzmühle zog sich der Vorstandsvorsitzende des Altonaer Spar- und Bauvereines des Öfteren auf die Position des Immobilienkaufmannes zurück, der es der Politik überlassen wollte, Fragen der Aushandlungen zu beantworten: „[S]ie können sich ja

⁶³ <https://www.altoba.de/altoba/unternehmen/auf-einen-blick/> [20.01.2019]

vorstellen, Gewerbeflächen interessieren uns als Wohnungsbauer weniger“ (Vorstandsvorsitzender des Altonaer Spar- und Bauvereines, ebd.: 53:06-53:16). Die Konsort*Innen insistierten auf diese Äußerung hin mit der Gegenfrage: „Aber sie haben grad eine gekauft.“ (Konsortin, ebd.: 53:17-53:18) Der Vorstandsvorsitzende bejahte den Kauf des Grundstücks auch ohne Zusicherung seitens der Stadt, dass das Gelände zu einer Wohnungsbaufläche umgewidmet werde, mit dem Spruch „no risk, no fun“ (Vorstandsvorsitzender des Altonaer Spar- und Bauvereines, ebd.: 53:46-53:53). Daraufhin sprang Kai Wiese Holger Kowalski zur Seite mit der Erläuterung: „[A]lso ich wollte ja nur drauf hinweisen, dass ein Wohnungsbauunternehmen, das jetzt so einen Kauf macht, kein so großes Risiko eingeht. Wenn umgekehrt der Trend wäre, wir müssen Wohnungsflächen in Büroflächen umwandeln, glaube ich, wäre das ein größeres Risiko“ (Vorstandsvorsitzender „Jugend hilft Jugend“ Hamburg, ebd.: 55:45-55:58). Dann wandte er sich dem Vorgehen der Assoziation *LUX & Konsorten* mit der Bewertung zu, dass die Politik doch die „richtige Adresse“ sei, auch wenn man „Zeit braucht und dicke Bretter bohren“ (ebd.: 57:50-57:53) müsse. Zugleich fügte er, die Konsort*Innen direkt adressierend, hinzu: „[A]ber ich finde auch, dass ihr eigentlich ganz gut im Trend seid, [...] so weg zu kommen von ganz großen Geschichten, und das ein bisschen kleinteiliger zu machen und auch ein bisschen witziger“ (ebd.: 57:57-58:10).⁶⁴ Das Gespräch zwischen dem Eigentümer, dem Vermittler und der Assoziation *LUX & Konsorten* endete schließlich mit der Vereinbarung „der Letzte macht die Tür zu, heute“, die Holger Kowalski einbrachte, der dementsprechend mit der Polizei klären wollte, dass es in Ordnung sei, wenn das Grundstück von *LUX & Konsorten* noch bis zum Ende des Tages weiter bespielt werden würde, denn sie seien ja schließlich keine „Räumer“ (Vorstandsvorsitzender des Altonaer Spar- und Bauvereines, ebd.: 1:03:05-1:03:31).

5.5 Revue passieren lassen: „Gegenplanung Altona“

Die seit mehr als einem Jahr immer wieder stattfindenden temporären Besetzungen waren insoweit erfolgreich, als dass sie zur Klärung und Sichtbarmachung der Eigentumsverhältnisse

⁶⁴ Das etwas andere Auftreten der Initiative *LUX & Konsorten* schien wohl beim Vorstandsvorsitzenden des Vereins „Jugend hilft Jugend“ Hamburg auf Zustimmung zu stoßen: „Das gehört auch für mich zu Integration und zur Durchmischung, dass auch Menschen eine Lebensmöglichkeit haben, die nicht so nach Marktgesichtspunkten unterkommen, [...] weil ich eine Gleichzeitigkeit möchte einer Stadt, die nicht egalisiert, weil [ich] keinen Meta-Sozialismus aber auch keinen Raffgier-Kapitalismus hier haben will, und das geht nur, wenn man so ausgeglichene Geschichten macht und wenn man sowas was ihr macht, tatsächlich als eine Möglichkeit des Leben und leben lassen hat, und das muss dann erstritten und immer wieder erkämpft werden.“ (Vorstandsvorsitzender „Jugend hilft Jugend“ Hamburg, altona.info-Radio-Podcast 22.05.2011: 51:05-:51:42)

beitragen und dadurch die Privatisierung öffentlicher Bodenflächen durch eine neoliberale Stadtpolitik offensichtlich wurde. Eine konkrete Alternative zur Realisierung des *LUX & Konsorten*-Projektes stand jedoch nicht in Aussicht. Kurz vor Weihnachten, am 20.12.2011, organisierte die Initiative eine Veranstaltung im Altonaer Museum und ließ unter dem Motto „Von wegen Neue Mitte – Gegenplanung Altona“ die bisherigen Ereignisse Revue passieren, indem sie mit weiteren Akteur*Innen sprach, die Erfahrungen aus ähnlichen Kämpfen in der Stadt mitbrachten.



Grafik 3: Einladung zur Veranstaltung im Altonaer Museum, Dezember 2011

In der Zwischenzeit engagierten sich auch einige Konsort*Innen in einem Bürger*Innenforum, das sich bei dem ambitionierten und mit Widerstand behafteten Hamburger Stadtentwicklungsprojekt der „Neuen Mitte Altona“ einmischte.⁶⁵ Auch in diesen Beteiligungsveran-

⁶⁵ Mitte September formulierte *LUX & Konsorten* einen „Offenen Brief zum ‚Bürgerforum: Vorstellung der gesammelten Bürgerempfehlungen‘ zur ‚Neuen Mitte Altona‘ (15.9.2011)“ in dem die Ausweglosigkeit der Bürger*Innenteilnahme zugespitzt formuliert wird: „Nach einer turbulenten öffentlichen Veranstaltung zur ‚Mitte Altona‘, bei der im Frühjahr 2011 den Politikern und Investoren der Wind hart ins Gesicht blies, rührte die BSU eilig einen ‚Bürgerdialog‘ zusammen: Sechs Abende bzw. Workshops lang durfte ein ‚Interessiertenkreis‘ tagen und ‚Empfehlungen‘ erarbeiten, die in den Masterplan zur Entwicklung des 30 Hektar-Gebietes einschließen. Oder auch nicht. Ein Mandat gibt es nämlich nicht für die Bürgerbeteiligung. Es sind ja eben bloß ‚Interessierte‘, wie die BSU es umsichtig formuliert hat.“ (*LUX & Konsorten*, Offener Brief 14.09.2011) Überdrüssig,

staltungen bestätigten sich die ernüchternden Erfahrungen, dass wiederholt die Maßstäbe einzig durch die Politik gesetzt und entschieden wurden. So begann die Einladung zur Veranstaltung im Altonaer Museum mit dem nüchternen Statement:

„Doch mit bloßer Unzufriedenheit über fehlende ‚echte‘ Beteiligung kommt man nicht weit. Deshalb wollen LUX & Konsorten zum Jahresende einen Vorschlag für 2012 machen und diesen öffentlich zur Diskussion stellen: Wie wäre es denn mal mit einer Planung, die sich an den Bedürfnissen und Notwendigkeiten im Stadtteil und in ganz Hamburg orientiert, statt sich an den Renditeerwartungen der Investoren abzuarbeiten? Welche Nutzungsmöglichkeiten, welche architektonischen und planerischen Optionen ergeben sich, wenn das Areal nicht nur als Wohnort für den gehobenen Mainstream taxiert wird, sondern als Ort zum Leben und Arbeiten für alle möglichen Menschen?

Unter dem Motto ‚Teilhabe statt Teilnahme‘ machen wir den Jahresausklang zum Auftakt für eine starke Gegenplanungs-Lobby in Altona.“ (*LUX & Konsorten*, Einladung 12.12.2011)

Die von *LUX & Konsorten* initiierte „Gegenplanung“ wurde an dem betreffenden Abend mit einer soziometrischen Übung im Foyer des Altonaer Museums eröffnet. Mittels kurzer Statements stellten sich viele Gäste aus der versammelten Menge vor und erzählten, was sie dazu bewegte, die Veranstaltung zu besuchen. Auf diese Weise gewannen alle Anwesenden einen Eindruck davon, wer das Publikum war und auch, mit welchen Erwartungen die Einzelnen zur Veranstaltung kamen. Zwei Konsort*Innen moderierten anschließend im Galionsfigurensaal des Altonaer Museums den langen Abend der Versammlung. In der einleitenden Selbstdarstellung der Initiative wies die erste Moderatorin darauf hin, dass *LUX & Konsorten* nicht nur bezahlbare Arbeitsräume für die Konsort*Innen suche, sondern auch „Räume, die unkommerziell und gemeinschaftlich genutzt werden können“ (Freie Künstlerin und Grafikerin, utopieTV 25.01.2012: 2:28-2:30). Mit dem Vorhaben, „Kriterien [zu] benennen für die sozialen und politischen Rahmenbedingungen von alternativen Planungen“ (Germanist, ebd.: 2:42-3:00) stellte der zweite Moderator die drei thematischen Stränge der Veranstaltung vor. Im ersten Block wurden die Grenzen von Beteiligung, der Umgang mit diesen sowie die Praxis einer „Teilhabe“, die, so der Moderator, den Namen verdiene, thematisiert. Der zweite Block widmete sich dem Thema der „Öffentlichkeit von Informationen“, insbesondere, wie eine Transparenz von Wissen hergestellt werden kann. Im letzten Block wurden die „Bedarfe und Wünsche im Stadtteil“ gesammelt und diskutiert, um Schlussfolgerungen für den weiteren

auf diese Art und Weise abgedrängt zu werden, wiederholt die Initiative nun öffentlich ihre Forderung: „Wir haben keine Lust, die Beteiligungs-Bürger zu spielen, während die Politik die Rendite der Investoren durchwinkt und damit garantiert, dass der neue Stadtteil vor allem eines wird: teuer. Wir wollen, dass die Bahnflächen in Altona auf eine Weise entwickelt werden, die die dort entstehenden Wohnungen und Gewerberäume zugänglich und bezahlbar hält. KEINE BETEILIGUNG OHNE TEILHABE! LUX & KONSORTEN SAGEN: HER MIT DEN SCHÖNEN AUSGLEICHSFLÄCHEN! FÜR EINE SOZIALQUOTE IN ALTONA MITTE!“ (ebd., Herv. i. O.)

Weg der politischen Auseinandersetzungen zu ziehen. Parallel dazu begleitete die Veranstaltung ein „Experiment in der Tradition des Stadtschreibers bzw. Stadtzeichners“ (ebd.: 3:07-4:10). Das inhaltliche Vorhaben der „Life-Stadt-Topografie“ stellte der ausführende Künstler mit den Worten „ich zeichne mich durch das Partizipationsthema hindurch“ vor (Schäfer, ebd.: 4:19-4:24). Die folgende Darstellung der drei Blöcke zeigt nicht nur das Moment der Vernetzung mit anderen Akteur*Innen, sondern auch die Verschränkung der vielfältigen Themen und Perspektiven, die in den Jahren zuvor, im Sinne eines Rechtes auf Stadt, geführt wurden.

„Grenzen von Beteiligung – Teilhabe statt Teilnahme“

Der erste Block zu den problematischen Erfahrungen mit Beteiligungsverfahren aus der Perspektive involvierter Bürger*Innen begann mit der Vorstellung des erläuterten Beteiligungstreiks (utopieTV 25.01.2012: 5:05-12:10). Danach folgte ein Gespräch mit dem Stadtplaner Mario Bloem, der den Film „Zukunft Altona. Wer baut die NEUE MITTE ALTONA“ realisiert hatte und im Koordinationsgremium der Bürger*Innenbeteiligung in der „Neuen Mitte Altona“ aktiv war. Er verwies zu dem Zeitpunkt darauf, dass die Untersuchungen zum Baugebiet nach vier Jahren immer noch nicht von der Stadt veröffentlicht seien, sich jedoch die neue Planung des Geländes mit den Investor*Innen ohne Bezug auf die Untersuchungsergebnisse fortsetze. Bedingt durch den Zeitdruck, dass die Verträge zur „Neuen Mitte Altona“ in den anstehenden drei Monaten geschlossen werden sollten, schlug Bloem ein *Moratorium* zur Entschleunigung der Entscheidungsprozesse vor, um überhaupt alternative Planungen und Themen in die Diskussion einbringen zu können. (vgl. ebd.:12:17-17:47)

An dieser Stelle möchte ich einen kurzen Exkurs zum Prozess des später erfolgten Moratoriums einfügen, vor allem, um auch das Verständnis von Bürger*Innenbeteiligung aus der Perspektive eines Politikers darzustellen. Anfang Februar 2012 unterstützte *LUX & Konsorten* gemeinsam mit zwei weiteren Stadtteilinitiativen, *Altopia* und *Lebendiges Altona e.V.*, die Forderung nach einem Moratorium für die „Neue Mitte Altona“, die das Koordinierungsgremium im Rahmen des von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) moderierten „Bürgerdialogs“ am 02.02.2012 im Bürger*Innenforum zur Abstimmung stellte. Die Abstimmung der im Moratorium eingereichten „Neun Gründe für eine bessere Planung der Mitte Altona. Neun Gründe für ein Moratorium“ (Moratorium 02.02.2012), ergab „mit 88,5 % der Stimmen (Für: 104 / Gegen: 12 / Enthaltung:11)“ ein positives Meinungsbild zugunsten des

Moratoriums (Elbe Wochenblatt-Beitrag 06.02.2012). Die kritische Nachbemerkung von „Johannes Gerdemann vom Planungsreferat Altona der BSU“, dass „das vom Plenum unterstützte Papier keine konkrete Handlungsvorschläge für die Behörde und keine Spezifizierung des Moratoriums gebe“, wies das Bürger*Innengremium zurück: „Eine möglichst baldige Stellungnahme der Behörde für Stadtentwicklung zu den neun genannten Punkten wird deshalb von den Bürgern ausdrücklich gewünscht. Das Moratorium ist außerdem ein Appell an die Politik, sich mit der Planung in Mitte Altona erneut und unter Berücksichtigung unserer Argumente zu befassen.“ (ebd.) In einem späteren Gespräch zwischen Koordinierungsgremium und Vertreter*Innen der Hamburger SPD am 01.03.2012 kommentierte Andy Grote⁶⁶, dass er in der inhaltlichen Darstellung des Gremiums viele Interpretationen und Querverbindungen sehe, die er so nicht unterschreiben würde und wies die eingebrachten Vorschläge zurück. Im Laufe des detaillierten Gesprächs zeigte er sich zwar bereit, einige ungeklärte Fragen „mitzunehmen“ mit dem Hinweis, er werde diese untersuchen (lassen). Grundsätzlich stellte er jedoch immer wieder das unterschiedliche Begriffsverständnis von Bürger*Innenbeteiligung heraus, welches er am Ende der Gesprächsrunde länger ausführte:

„[D]a haben wir einen grundsätzlichen Disput. Bürgerbeteiligung bedeutet nicht, dass jemand sagt, ich habe mir das so und so lange angeguckt und ich finde das muss jetzt so und so sein, und dann ist es anschließend so, sondern es müssen Entscheidungen getroffen werden am Ende des Tages, die für die Mehrheit der Bevölkerung in Altona und der zukünftigen Bewohner dort richtig sind. Und da ist die Frage, wie repräsentativ ist das, was im Rahmen dieser Verfahren passiert und deswegen wird es am Ende immer eine politische Entscheidung sein müssen, weil nur Politik zu Verantwortung gezogen werden kann, weil nur Politik das Mandat hat, das auch zu tun. Und deswegen kann Bürgerbeteiligung immer nur dazu führen, dass man sehr sehr ernsthaft die Dinge, die geäußert werden immer einbezieht, sie aber in Verhältnis setzt zu anderen Auffassungen und versucht zu gucken, für wie viele Menschen, die davon betroffen sind, ist das eine repräsentative Äußerung. Deswegen ist es richtig, dass man das auf eine möglichst breite Basis stellen muss und man muss es auch natürlich ernst nehmen, was bei denen, die sich sehr lange und kontinuierlich damit beschäftigen, an bedingten Anregungen und Forderungen aufgestellt wird. Aber es kann nicht heißen eine Bürgerbeteiligung ist nur dann gut, wenn jede Forderung, die ein Bürger im Laufe des Verfahrens aufgestellt hat auch umgesetzt wird, das ist kein richtiges Verständnis.“ (Andy Grote, Diskussion zwischen dem Koordinierungsgremium und Vertreter*Innen der Hamburger SPD - Gabi Dobusch und Andy Grote vom 01.03.2012, 1:39:04-1:40:15)

Das Zitat finde ich insofern interessant, weil dadurch die bisher von *LUX & Konsorten* attackierte Logik des parteipolitischen Handelns aus der Perspektive des SPD-Politikers genauer

⁶⁶ Aktueller Senator für Inneres und Sport, zum damaligen Zeitpunkt noch Bürgerschaftsabgeordneter der SPD und Fachsprecher für Stadtentwicklung der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft. Im Mai 2012 zum Bezirksamtsleiter Hamburg-Mitte gewählt.

erläutert und somit das Aufeinanderprallen der inkompatiblen Rationalisierungen auf beiden Seiten nachvollziehbar wird. Die Regierung habe, so die Erläuterung, das „Mandat“ bzw. trage die Verantwortung, letztlich dem statischen Prinzip der Repräsentativität folgend zu entscheiden. Diese Vormachtstellung basiere auf der Auslegung von Fakten und dem wiederholt eingebrachten Argument, dem Durchschnitt der Bevölkerung, welche als Referenzpunkt politischer Entscheidungen gelte, dienen zu müssen – mit dem Resultat, dass einzelne, nicht zu berücksichtigende, Forderungen als Partikularinteressen aus dem Rahmen fallen. Diese Differenz zwischen sogenannten Partikularinteressen und einer Regierung der Bevölkerung aus einer Vogelperspektive zeichnet meines Erachtens den Riss in den angespannten Begegnungen zwischen engagierten Bürger*Innen-Initiativen und politischen Parteien bzw. Regierungsvertreter*Innen nach. Dieses Spannungsverhältnis im „postdemokratischen“ Partizipationsverständnis kann einerseits mit Crouch damit beschrieben werden, dass die politische Klasse aus der Sorge, nicht mehr gewählt zu werden bzw. durch den Wunsch, dass die Bürger*Innen sie „passiv unterstützen“, „nach Mitteln [sucht], diese Form der minimalen Beteiligung maximal auszureizen“ (Crouch 2008: 143). Die Herausforderung für politische Institutionen – wie auch die Zurückweisung der Vorschläge des Bürger*Innen-Gremiums durch den SPD-Politiker zeigt – bestehe andererseits, so Ingolfur Blühdorn, darin, dass sie „nicht nur die zahlreichen, sich vielfach überschneidenden und rasch verschiebenden Konfliktlinien, sondern auch die Komplexität und Fluidität heutiger Individuen nicht mehr abbilden“ (Blühdorn 2013: 163). Genauer bestehe das Problem darin, einer „Vielschichtigkeit“ und „Veränderungsdynamik“ nachzukommen, „ohne dabei vollständig die Effizienz und Effektivität zu verlieren“ (ebd.). Die zwiespältige Partizipation „von oben“ erklärt der Autor dadurch, dass die Beteiligung der Bürger*Innen sowohl ein „Hindernis“ als auch eine „Ressource“ darstelle: Ein Hindernis stelle sie dar, insofern sie eine Logik einbringe, „die der möglichst effizienten Umsetzung der Systemimperative, des Alternativlosen, des Expertenrates, im Wege“ stehe (ebd.: 200). Als Ressource gelte die Bürger*Innenbeteiligung, „wenn sie (a) eine Quelle von Wissen biete, das den Regierenden nützlich ist, (b) den Entscheidungsträgern und den an der Umsetzung beteiligten Institutionen Verantwortung abnimmt, (c) ein Instrument der Kostenersparnis darstellt und/oder (d) den Vollzug des Expertenrates oder des angeblich Alternativlosen zusätzlich mit demokratischer Legitimität ausstattet“ (ebd.). In diesem Verständnis stelle postdemokratische Partizipation „nicht mehr das Gegengift zu Marginalisierung und Exklusion“ dar, sondern bedeutet eher „Inklusion in die Exklusionspolitik, kooptierte Teilhabe an der Marginalisierungspolitik, *Demokratisierung* der Politik der zunehmenden Ungleichheit“ (ebd.: 203, Herv. i. O.). Diese Ausführungen erläutern insofern die Perspektive der Stadtpolitik, als dass plausibel wird, wieso Bürger*Innen-Anliegen, wie auch die im folgenden Gespräch vorgebrachten,

nicht einfach von der Regierung und den Parteien aufgenommen werden können. Es gibt also einen Dissens, der erst einmal als Interessenskonflikt im Raum bleibt, wie auch das folgende Gespräch zeigt.

Zurück zum Veranstaltungsabend. Der nächste Gast des ersten Themenblocks war der Architekt Karsten Dohse (Büro DOHSE Architekten), zu dem Zeitpunkt noch in der Harkortstraße ansässig, der mit einer Interessensgemeinschaft gegen die Vertreibung aus der Harkortstraße kämpfte. Aus der intensiven Erfahrung von über hundert Stunden Anwesenheit in Beteiligungsworkshops erzählte Dohse von seinem Eindruck, dass die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) schon eine Idee zum Projekt „Neue Mitte Altona“ hätte und somit die Vorgaben klar wären. Zwar könnten Anregungen und kleine Korrekturen von den Bürger*Innen kommen, aber die Stadt handle sowieso in dem Wissen, dass sie alles richtig mache. Zum Zeitpunkt des Gesprächs seien allerdings, so der Architekt, noch einige Fragen offen: Nicht sichergestellt sei, ob bei der Wohnbebauung in der „Neuen Mitte Altona“ ein Drittel der Wohnflächen öffentlich gefördert würde, überhaupt nicht klar sei des Weiteren der Umgang mit den Baugemeinschaften und ebenfalls ungeklärt sei die Prozedur der Grundstücksvergabe. In Bezug auf den Punkt einer sozial (fach)gerechteren Bürger*Innenbeteiligung hielt er fest, dass die Expertise der Bürger*Innen viel früher hätte einbezogen werden müssen. Er warnte davor, dass vor lauter Zeitdruck Wahlversprechen einzulösen – in diesem Fall, neue Wohnungen zu bauen – Verhandlungen forciert würden, die auch in der Vergangenheit bereits zu schlechten Ergebnissen geführt hatten. Vor dem Hintergrund der Kündigung der Gewerbetreibenden in der Hartkortstraße erzählte der Architekt abschließend, dass die Stadt auf die Frage, wo die Gewerbetreibenden nun bleiben sollten, etwas verblüfft reagiert hätte, da wohl angenommen wurde, dass dort keine*R mehr arbeitete. Nach einer eigenen Zählung waren es aber ca. 225 Beschäftigte im Umfeld der IG-Harkortstraße, ein „mittelgroßer Betrieb“, für den die Stadt Hamburg eigentlich etwas hätte tun müssen, was aber nicht erfolgte, da die Beschäftigten als vereinzelt wahrgenommen wurden (vgl. utopieTV 25.01.2012: 18:00-26:59). Gerade aus dieser letzten Bemerkung wird deutlich, wie wichtig die Frage der Organisation von Gewerbetreibenden war, trotz des zeit- und nervenraubenden Prozesses, wie ihn die *LUX & Konsorten* erlebte, und dass es lohnenswert war, weiterzumachen, obwohl die Assoziation zu dem Zeitpunkt gefühlt auf der Stelle trat.

Das letzte Gespräch des ersten Blocks fand mit einer an den Verhandlungen zwischen Gängeviertel und der Stadt bzw. den Behörden beteiligten Akteurin aus dem genossenschaftlichen

Künstler*Innen-Projekt im Hamburger Gängeviertel statt. Als die Stadtentwicklungsgesellschaft (steg Hamburg) in die Verhandlungen eintrat, stellte die *Gängeviertel eG*, so die Gesprächspartnerin, die Forderung nach einer finanziellen Aufwandsentschädigung für die Teilnahme an den Beratungen. Die Akteurin legitimierte ihren Anspruch durch ihre Investitionen im Beteiligungsprozess, die sich nach eigenen Berechnungen auf einen weit über sechststelligen Betrag beliefen. Konkret würden bei der Umsetzung des Integrierten Entwicklungskonzepts sowohl die Politiker*Innen als auch die Beteiligten der steg Hamburg, die von der Stadt als Berater*Innen eingekauft wurden, für ihre Anwesenheit bezahlt werden, während die Teilnehmer*Innen der *Gängeviertel eG* sich ohne Bezahlung einbrächten. Viele von ihnen stünden aber gleichzeitig vor der eigenen Kontenpfändung, da ihnen aufgrund der Intensität ihres Engagements keine Zeit bliebe, der eigenen Erwerbsarbeit nachzugehen. Diese Forderung würde jedoch, so die Gesprächspartnerin, in den Verhandlungen mit der Stadt nicht gerne gehört und zunächst aufgrund mangelnder Zuständigkeit und mit der Begründung, dass die *Gängeviertel eG* doch eine Mitarbeit wolle und nun mit finanziellen Ansprüchen käme, abgewiesen. Auf Drängen des genossenschaftlichen Projektes hatte die Stadt sich schließlich doch auf eine pragmatische Lösung eingelassen und die Vergütung des Arbeitsaufwandes mit einem entsprechenden Stundenlohn festgesetzt. Der Kostenvoranschlag wurde zwar in den weiteren Verhandlungsrunden mit der Stadt nicht unerheblich um ca. 10.000 bis 13.000 Euro gesenkt, aber am Ende erfolgte die Zahlung, nicht auf der Basis einer pauschalen Rechnung, sondern gegen die Vorlage eines differenziert aufgeschlüsselten Angebotes der *Gängeviertel eG*. Die Zusammenarbeit zwischen dem selbstverwalteten Künstler*Innen-Projekt und der Stadt barg, so die Akteurin, auch die Mühen, dass die Menschen in der Behörde in einem stark strukturierten und hierarchisierten Rahmen arbeiteten und es für die Beamten „nicht greifbar“ und sehr schwierig sei, wenn ein „loser Haufen Menschen“ ankomme und etwas wolle, aber den Prinzipien dieser Strukturen nicht folge. Aus Perspektive der Behörden stelle sich also die Frage nach der „Konstanz und der Ernsthaftigkeit“ bei einem „losen Zusammenhang“. Zudem hätten – genau wie es oben bereits für die Politik konstatiert wurde – „Behörden auch Angst vor Partikularinteressen“ und fänden es schwierig, wenn Bürgerinitiativen kämen und ihre ganz eigenen Interessen verträten. (vgl. ebd.: 27:05-33:55). In diesem Zusammenhang taucht also das auch bei *LUX & Konsorten* analysierte Problem des ungleich entlohnten Einsatzes in Verhandlungen auf sowie die habituelle Inkompatibilität, die aus den unterschiedlichen Arbeits- und Kommunikationsweisen resultieren.

„Recht auf Öffentlichkeit von Informationen“

Der zweite Themenblock zur (Nicht)Zugänglichkeit und Öffentlichkeit von Informationen im Stadtplanungsprozess begann mit der Schilderung eines Konsorten, der von dem unkonventionellen Weg, an nicht zugängliche Informationen zu gelangen, berichtete. Dabei erzählte er, wie das Telefon am frühen Morgen vor Beginn der Aktion an der Gewürzmühle bei ihm geklingelt und jemand von „Behrend Wohnungsbau“ am anderen Ende „aufgeregt geredet“ habe: „Um sieben Uhr dreißig hat dieser etwas angestochene Herr Behrend [...] angerufen und wild rumgeschrien, wir würden auf seinem Gelände stehen, wir hätten da ein Tor geknackt, wir hätten da einen Container abgestellt, da wäre irgendwie so ein Schild angebracht“ (ebd.: 35.07-35:20). Dem wären, so die Erwiderung des Konsorten, etliche Gespräche mit Bezirkspolitiker*Innen aus dem Bauausschuss und Bauplanungsdezernat über eine Begehung auf dem Gelände der Gewürzmühle vorausgegangen und da keiner hätte sagen können, wem das Gelände gehöre, wolle *LUX & Konsorten* wissen, was die Sachlage sei:

„Das waren so vier Monate, die so ins Land gingen und dann dachten wir so, wenn wir nicht zu der Frage kommen und nicht zu Antworten, dann müssen wir das ein bisschen umdrehen, wir müssen einmal gegen den Busch hauen, gucken was runter fällt. Das war der besagte Container, den haben wir da morgens um sieben, das Schloss aufgemacht, den Container reingestellt und ein Schild mit meiner Telefonnummer, der Bauleitung, und eine halbe Stunde später hatte der Behrend äußerst wütend angerufen, und meinte es wär sein Gelände, es würde alles ihm gehören und wir sollten sofort verschwinden. Ich konnte gar nicht so schnell mitschreiben, weil das waren eigentlich die Informationen, die wir haben wollten.“ (ebd.: 36:20-36:55)

Diese Erzählung verdeutlicht die riskante Untersuchung der Eigentumsverhältnisse, welche sich praktisch an den Grenzen der Legalität abspielte, jedoch glücklicherweise sowohl bei der Intervention auf dem Gelände der Gewürzmühle als auch auf dem Electrolux-Areal ohne rechtliche Konsequenzen für die Konsort*Innen ausgingen.

Der zweite Gast in diesem Block war ein Vertreter des *Chaos Computer Clubs*, der sich in der Initiative „Transparenz fordert Vertrauen“ mit *Transparency International* und der Bewegung *Mehr Demokratie* engagierte. Die Initiative forderte ein öffentliches Informationsregister.⁶⁷

Die erste Hürde war zum Zeitpunkt des Gesprächs schon durch die gesammelten 15.000 Unterschriften genommen, die dann auch eingereicht wurden. Nun wartete die Initiative auf das Prüfungsurteil der regierenden Partei, um dann notfalls den nächsten Schritt des Volksbegehrens einzuleiten. Was ihn zu diesem Engagement bewegte, erzählte der Gesprächspartner exemplarisch am Dokument des Hamburger Haushaltes, der den Bürger*Innen nur in einem

⁶⁷ <https://www.ccc.de/de/updates/2012/transparenzgesetz> [20.01.2019]

PDF-Format zugänglich gewesen sei. Damit könne er aber nicht viel anfangen, denn er brauche die Rohdaten in Form von Excel-Dateien, um damit selbst arbeiten zu können. Um an solche Tabellen heranzukommen, hatte die Initiative sich mit vier Personen drei Wochen lang durch die Behörden telefoniert und Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz gestellt, um schließlich gegen 25 Euro Bearbeitungsgebühr die Dateien zu bekommen. Es stellte sich die Frage: Warum? Bei einer Durchsetzung des Transparenzgesetzes wäre diese Datei pflichtgemäß im Netz frei zugänglich. Damit würde auch, so der Vertreter des *Chaos Computer Clubs*, die Holschuld der Bürger*Innen umgedreht. Die Stadt, konkret die Bürgerschaft und die Verwaltung, wäre dann in der Bringschuld, alle Daten, die mit öffentlichen Geldern bezahlt werden, in ein zentrales öffentliches Register zu stellen.⁶⁸ (vgl. ebd.: 39:30-44:11) Auch in diesem Gespräch wurde das bereits angesprochene Problem deutlich, wonach die Bürger*Innen mehrfach, vor allem auch durch ehrenamtliches Engagement, gezwungen sind, eigene zeitliche und finanzielle Ressourcen einzusetzen, um Informationen zu erhalten, die sie unmittelbar angehen.

„Bedarfe und Wünsche im Stadtteil“

Der dritte und letzte Block startete mit einer Magier-Performance (ebd.: 50:20-1:03:09). Danach ging es weiter mit Gesprächen über die Wünsche und Bedarfe im Stadtteil, entlang der Fragen, welche Räume gebraucht würden, wie die Wünsche und Bedarfe herausgefunden werden könnten und welche Instrumente zur Realisierung dieser beitragen. Die erste Gesprächsrunde moderierte ich und bat drei Konsort*Innen, Stellung zu der These „Anders zu arbeiten bedarf anderer Räume“ zu nehmen, welche ich damals aus den erhobenen Konsort*Innen-Statements herausgearbeitet hatte. Im Fall der Selbsthilfe-Motorradwerkstatt bedeutete die These, dass Betriebe in der Nähe der Nachfrage, also im Stadtzentrum, bleiben sollten. Der nächste Konsorte verwies auf die großen Flächen, die er brauche, um sein Gewerbe als Instrumentenbauer auszuüben, die er jedoch mit anderen teilen wolle, um so die Fixkosten zu senken. Durch die Bündelung der Raumbedarfe und der Ressourcen wäre es möglich, so der Instrumentenbauer, die Produktionspreise niedrig zu halten. Er betonte zudem, dass für ihn der „materielle“, aber auch der „kommunikative“ soziale Mehrwert eine Rolle spiele, also ein gesellschaftliches Engagement, das über die Reduktion der Kosten hinausgehe und mit dem Modell einer kollektivierten Produktionsstätte entstehen könnte. Bei der

⁶⁸ Am 13. Juni 2012 wurde das Hamburgische Transparenzgesetz, das 18 Paragraphen umfasst, in einem Schnellverfahren von der Bürgerschaft beschlossen (Teuwsen 2014).

dritten Gesprächspartnerin, die bei einem Bildungsträger tätig ist, konkretisierte sich die Frage nach anderen Räumen und einer anderen Art der Produktion durch den dargestellten Wunsch der Konsort*Innen, Bildung und ihre Arbeitskraft in diesem Bereich nicht als hochpreisige Ware zu handeln. Sie seien deswegen auf günstige Gewerbemieten angewiesen, damit ihnen als Kollektiv mehr Geld von ihren Einnahmen übrigbleibe (vgl. ebd.: 1:03:27-1:11:31).

Die anschließende Gesprächsrunde fand mit zwei Personen aus dem Zusammenschluss der Anwohner*Innen *Unser!Areal / Wir planen alle!*⁶⁹ statt. Die „Wunschproduktion“ begann dort im Herbst 2010 mit einem „Nein“ zu einem Beteiligungsverfahren bei der Planung der Rindermarkthalle in St. Pauli. Ein solches „Nein“ begleitete die Wunschproduktion über den ganzen Zeitraum des Entscheidungsprozesses, so einer der Gesprächspartner. Eines der Instrumente zur Realisierung der Wunschproduktion stellte eine Befragung dar, in der 18.000 Fragebogen an die Einzelnen, im Umkreis der Rindermarkthalle liegenden, Haushalte verteilt wurden, mit einem Rücklauf von 600 Antworten. Mit dem zweiseitigen, auf offenen Fragen basierenden Fragebogen wurden zwei Ziele, so die zweite Gesprächspartnerin, anvisiert: Zum einen „den Kopf zu öffnen für das Wünschen“, weil Wünschen auch gelernt sein wolle. Durch das Eintreten in einen Dialog über die eigenen Wünsche könnten erst Bedürfnisse jenseits einer vorgegebenen Ordnung formuliert werden. Das zweite Ziel war es, mit „den Leuten ins Gespräch“ zu kommen. Aus der Perspektive, „Politik in der ersten Person“ zu machen, wurden Inhalte aus den eigenen Bedürfnissen abgeleitet und so entstand aus dem Nein zu dem von dem Bezirk initiierten Bürger*Innenbeteiligungsverfahren, das die gleichen Schwierigkeiten implizierte, wie sie bereits für das Beteiligungsverfahren zur „Neuen Mitte Altona“ aufgezeigt wurden, ein „Wir planen alle“. Auf die letzte Frage im Fragebogen, was die Einzelnen bräuchten, um aktiv zu werden, folgten Antworten wie „Ich möchte gefragt werden“, „Ich brauche Zeit“, oder „Ich brauche Geld“. Dieses Aktivwerden bedürfe jedoch eines Konfliktes, der „das eigene Herz, die eigenen Bedürfnisse, die eigenen Interessen berührt“, so die Vertreterin. Die Frage der Übertragbarkeit einer Wunschproduktion auf andere spezifische Kontexte könne, so der andere Gesprächspartner, auf unterschiedliche, auch widersprüchliche, Weise beantwortet werden. Theoretisch solle jedem stadtplanerischen Projekt eine Wunschproduktion vorausgehen, die das eigene Denken öffne. Im Konkreten sei die Wunschproduktion schwer übertragbar, denn es gelte, die ortsspezifischen Vorgaben auf die sich ein Nein beziehe, zu berücksichtigen. Letztlich gelte es, aus dem lokalen Konflikt einen *eigenen* Prozess

⁶⁹ <http://unser-areal.rindermarkthalle.de/> [20.01.2019]

zu entwickeln. Bei der Entwicklung der Wunschproduktion, spitzte seine Kollegin zu, ginge es darum, die eigenen Wünsche „fassbar“ zu machen, so dass die Beteiligten mit „einer eigenen Gestaltungsmacht“ bzw. „Gestaltungswillen auftreten“. Die Wünsche sollten „in Konzepte greifen“, mit denen man „durch die Gegend“ ziehen könnte und diese virulent werden können. Konzepte sollten eine „sinnlich-fassbare Ebene“ erreichen, um Leute mitzunehmen und eine „Chance gegen aufgesetzte Konzepte“ zu haben. Dabei sollte das erwähnte „Nein“ nicht vergessen werden, das als eine Art „Schutzwall“ gegen eine behördliche Planung diene, die „ansonsten platt macht“ und auch Projekte geschaffen werden könnten, die „neben jeder Spur“ liegen. (ebd.: 1:12:42-1:23:11) Bei der ausführlichen Darstellung der mühevollen und fein durchdachten Arbeit, um sich wirkmächtig gegen Vereinnahmungen zu schützen, zeigt sich, wie schwierig es ist, eine Kontrolle zu behalten. Die komplexe Verschränkung zwischen den aufeinandertreffenden opponierenden Parteien der politisch engagierten Bürger*Innen und des Regierungsapparates materialisiert sich interessanterweise in der Broschüre „Hamburg gemeinsam gestalten. Bürgerbeteiligung und -information in der Stadtentwicklung“, die fast zwei Jahre nach der Veranstaltung im Altonaer Museum im Oktober 2013 von der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, herausgegeben wurde. Unter dem Abschnitt mit dem Titel „Die Dinge selbst in die Hand nehmen“, wird die produktive, selbstorganisierte Praxis der Bürger*Innen als Best Practice dargestellt. Darin tauchen sowohl die geschilderte „Wunschproduktion“ als auch das Gängeviertel-Projekt unter anderen als Vorzeigebispiele der selbstorganisierten, gelungenen Gestaltung von Bürger*Innenbeteiligung auf (Freie und Hansestadt Hamburg. Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 2013: 28ff.). Eine Praxis, die auf der einen Seite eine Anerkennung des Bürger*Innen-Engagements darstellen könnte, auf der anderen Seite aber auch die vereinnahmende Abschöpfung von Wissen, die ich kritisch am Beispiel von *LUX & Konsorten* herausgearbeitet habe, exemplifiziert.

Das folgende Gespräch mit einem Vertreter des *Mietshäuser Syndikats* (vgl. Kap. 1.2) widmete sich einem letzten Instrument, um eigene Bedarfe zu realisieren. Der Gesprächspartner wurde einleitend gebeten, Stellung zu nehmen zu der Annahme man würde erst einmal nicht Partizipation fordern, sondern überließe den Investor*Innen das Geschäft und als Gegenleistung fiele eine „Sozialabgabe“ ab. Dieser antwortete ironisch mit dem Wortspiel, dass seine Idee der „Agentur für Ausgleich“, abgekürzt AfA auch „Abschreibung für Anlagen“ bedeuten könnte, bei der es sich jedoch nicht um eine fiskalische Abschreibung handle, sondern um das, was den Bürger*Innen „politisch im Magen liegt“. Bei der Skizze der „Agentur für Aus-

gleich“⁷⁰ ginge es nicht nur darum, Nein zu sagen, sondern auch darum, Forderungen aufzustellen, um auch Ja zu Anliegen zu sagen, die Bürger*Innen gut finden und auch selbst entwickeln könnten. Gleichzeitig wolle man ja auch den „Staat dafür in die Pflicht nehmen“, was zum einen bedeute, „die Bewertung, wo Geld für ausgegeben wird, anders darstellen zu lassen“ und andererseits hieße, die „Selbstverwaltung voranzutreiben“. Bei einem Blick durch den Veranstaltungssaal bemerkte der Gesprächspartner jedoch selbstkritisch, dass er sowohl an diesem Abend als auch beim *Mietshäuser Syndikat* „eine weiße deutsche Mittelschicht zu 90 %“ sehe. Also gelte es auch an der Frage anzusetzen, wie „Leute zu Selbstorganisation angehalten“ werden könnten bzw. ob es Institutionen dafür geben sollte.⁷¹ Es ginge also darum, einerseits „Investoren aufzufordern, dass sie einen Teil des Kuchens abgeben sollen“, von dem ein Anteil dem *Mietshäuser Syndikat* zukäme, damit sie neue Häuser bauen könnten. Der andere Anteil sollte Initiativen, Vereinen etc. zur Verfügung gestellt werden, die mit Kreisen zu tun hätten, die über keine Expertise in Prozessen der Selbstverwaltung verfügten und angeleitet werden sollten, selbstorganisiert zu arbeiten (vgl. ebd.: 1:23:12-1:27:21). Auf die Frage nach der Notwendigkeit, eigene Institutionen zur sozialen Teilhabe zu gründen, spezifiziert der Gesprächspartner:

„[A]lso bevor ich ein Haus kaufe, würde ich es auch besetzen, das wäre der erste Schritt. Wenn das nicht geht, dann kommt der zweite Schritt, dass wir das kaufen und gucken, wie wir das gemeinsam organisieren. Bei uns [...] ist ein ganz großer Unterschied zu vielen anderen [...] Zusammenschlüssen, dass wir keinerlei Profitinteressen haben. Alles was irgendwann übrigbleibt wenn die Häuser abbezahlt sind – die Miete sinkt nicht, sondern bleibt auf einem bestimmten Level – das fließt in neue Projekte. (ebd., 1:28:07-1:28:39)

⁷⁰ Zu einer Auseinandersetzung mit dem schon eingeführten Alternativ-Begriff der „sozialen Architektur“ und der Idee der „Agentur für Ausgleich“ lud *LUX & Konsorten* am 04.06.2011 zu dem Workshop „Etwas Besseres als Beteiligung“ im Rahmen des Recht auf Stadt-Kongresses ein. Der heterogene Lernort diente dazu „unter Aktivistinnen u. Expertinnen aus den Bereichen Bau- und Mietrecht, Architektur, Stadtplanung und gefördertem Wohnungsbau zu diskutieren sowie erste Expertisen zu machen.“ Die Idee der Konsort*Innen bestand darin, „statt abstrakt Partizipation zu fordern“ vielmehr „eine materielle Basis für eine Beteiligung von unten durchsetzen. Zwei Ansätze gibt es dazu. Zum einen die ‚Ausgleichsflächen‘-Forderung – analog zu Stellplatzabgaben oder Grünflächenausgleich: Wenn ein Investor öffentlichen Raum, bezahlbaren Wohn- oder Arbeitsraum ‚versiegelt‘, muss er für Ausgleich in gleichem Maße sorgen. Zum anderen die Forderung nach einer Sozialquote bei Bauprojekten – also ein Anteil an der Investitionssumme, der für soziale Zwecke zu verwenden ist. In beiden Forderungen geht es um Beteiligung, die Teilhabe schafft: Statt hobbymäßig mitzureden bei Vorhaben, über die letztlich Investoren entscheiden, könnten Ausgleichsflächen und Sozialquoten die Planung zugänglich für kollektive Projekte machen.“ (*LUX & Konsorten*, Workshop-Einladung 03.06.2011). Mit den beiden Forderungen nach Ausgleichsflächen und Sozialquote werde ein sozialökonomisches Modell angestrebt, in dem eine Umkehrung der Gebens-Kultur stattfindet: Nicht Abschöpfung von lokalem Wissen von den Regierungsapparaten, sondern Abgabe in Form von Flächen oder Geld, das in soziale Projekte als Ressource zur Teilhabe einfließt.

⁷¹ Mit der Frage einer inklusiven Bürger*Innenbeteiligung beschäftigen sich auch Birgit Böhm und Christoph Büsching (2013) in Rekurs auf das Beispiel des „Verfahrens Planungszelle / Bürgergutachten“.

Der Logik einer eigenen nichtprofitorientierten Organisation folgend, erläuterte er dann die Rechnung, mit der selbstverwaltete Projekte sehr wohl zu realisieren sind.⁷² Abschließend nahm er zu dem viel diskutierten und umstrittenen Thema der Partikularinteressen Stellung:

„Und genauso gilt es so eine Forderung an die Stadt zu stellen, dass einfach eine andere Bewertung stattfindet. Weil was ist wichtig, was sind die Partikularinteressen? Hier wurde von den Partikularinteressen dieser Menschen hier oder von Euch, von *LUX & Konsorten*, gesprochen, aber es gibt natürlich auch Partikularinteressen der Herrschenden und die werden ja auch immer durchgesetzt und das ist das, was aktuell in der Politik gemacht wird und da gilt es mit Recht auf Stadt, mit euren Aktionen und vielleicht hier demnächst mit vielen anderen Menschen zusammen so was weiter voranzutreiben“ (ebd.: 1:29:35-1:30:10)

In dieser Interviewpassage ist die verschobene Sichtweise sehr erhellend, in der das Verständnis von Partikularinteressen einer Neubewertung unterzogen wurde: Partikularinteressen seien auf allen Seiten zu vernehmen, nur werden einseitig immer wieder bestimmte Interessen erfolgreich durchgesetzt. Durch diese Umkehrung der Perspektive wurde mir deutlich, wie innerhalb der Debatte um die sogenannten Partikularinteressen, deren Logik ich weiter oben bereits nachgezeichnet habe, der von Haraway angesprochene „göttliche Trick“ wirksam wird, durch den die Interessen der Stadtpolitik eher als neutrale erscheinen, während zugleich die Anliegen der Bürger*Innen als Partikularinteressen deklariert werden, deren Berechtigung leichter angezweifelt wird.

Mit dem letzten Gesprächspartner dieses thematischen Blocks der Veranstaltung fand ein Austausch über die Idee eines Symposiums zur Frage der „sozialen Architektur“ und einer alternativen Stadtplanungskultur statt. Die Idee eines Symposiums bestand darin, Inhalte, die in kleinem Rahmen innerhalb der Veranstaltung verhandelt wurden, an eine breite Öffentlichkeit zu tragen. An eine Zusammenkunft von „Fachschaften“ mit Bürger*Innen, die von Beginn an der Konstituierung eines solchen Symposiums beteiligt wären, könnten möglicherweise auch universitäre Strukturen angebunden werden. Durch eine Rekonstruktion historischer Ansätze zu städtebaulichen Prozessen sollte dann auch der Begriff von „Gegenplanung“ konzeptionell entwickelt werden. Die Frage, ob es schon konstruktive Schnittstellen von Bürger*Innen, Politik und Wissenschaft gäbe oder mit dem Symposium ein neues Format erfunden werden

⁷² So folgte die ausführliche Berechnung: „Ähnlich angedacht, das hatte ich auch im Zuge des Mietenwahnsinns gemacht, da wurde ich belächelt für diese vier Euro [pro Quadratmeter, EP], die ich da ausgerechnet hab für Neubau. Ich hab' ganz einfach die Förderrichtlinien der Bundesbaukreditanstalt genommen und da mal alle Fördermittel zusammengerechnet, dazu gehören u.a. vier Euro pro Quadratmeter anfangs, die den Investoren in den Hintern geschoben werden, auf Deutsch gesagt. In unserem Fall ist der Investor, sind wir das selbst, und solche Sachen gilt es dann auszunutzen und das auf der Basis von 300 Euro den Quadratmeter für das Grundstück, kam da einfach vier Euro raus und nicht mehr und warum soll dann auch mehr bezahlt werden.“ (Mietshäuser Syndikat-Vertreter: utopieTV 25.01.2012: 1:28:52-1:29:34)

müsste, blieb offen. Dies bedürfe einer längeren Recherche vorhandener Beispiele und auch Überlegungen darüber, wie eine adäquate Netzwerkstruktur aussehen könnte. Zum Gesprächsende wurde der „offene Widerspruch“ auch bei *LUX & Konsorten* betont: einerseits müssten Akteur*Innen unter bestimmten sachpolitischen Zwängen schnell sein, andererseits würden bei einem erhöhten Zeitdruck vorhandene Ideen oft schlicht reproduziert, ohne einer genaueren Reflexion unterzogen werden zu können oder alternative Vorgehensweisen entwickeln zu können. Dabei gäbe es selten genügend Raum, „substantielle Punkte“ neu zu denken, beispielweise die Frage, wie sich das Format der Wunschproduktion für größere Projekte hochskalieren ließe (ebd.: 1:31:10-1:34:55). Sowohl der Aspekt der Hochskalierung als auch der des Wissenstransfers wurden während der Aktionspraxis von *Lux & Konsorten* vernachlässigt. Allerdings werde ich diese Themen im nächsten Kapitel noch aufgreifen, wenn es um die Darstellung der Verschiebung der Selbstorganisierungs-Praxis in *LUX & Konsorten* hin zum Prozess der Selbstverwaltung in der von den Konsort*Innen später gegründeten Genossenschaft *flux eG* geht.

Zum Abschluss der nachgezeichneten Marathon-Versammlung im Altonaer Museum wurde die synchron zu den Gesprächen kreierte „Life-Stadt-Topografie“ von Christoph Schäfer dargestellt, die wunderbar als visuell-diskursive Zusammenfassung des Treffens funktionierte. Der Künstler kommentierte anhand seiner Skizzen den Begriff der Partizipation in den unterschiedlichsten Facetten: „Participation Royale“ als „sehr altes Prinzip“, das Könige praktizieren: „Man gibt jemandem einen Orden und lässt ihn damit identifikatorisch ein bisschen was vom Glanz der Herrschaft durch die Welt tragen“ (ebd.: 1:41:26); „Participation als Einfangmanöver“ (ebd.: 1:41:32); „Participation als Externalisierung von Kosten“, dem Motto folgend: „Leute schließt euch zusammen und macht Eure Straßen sauber“ (ebd.: 1:41:45); „Participation als „PR-Maßnahme“ oder als „Frühwarnsystem“, um zu schauen „wie läuft der Hase“ und um abschätzen zu können, welche Kritik zu erwarten sei; als „Ablenkungsmanöver“: „Wir lassen sie mitreden an der Stelle, wo es um gar nichts gehe und im Hintergrund ziehen wir den Handel durch“ und als „Ersatzteilnahme“, verkürzt von Schäfer beschrieben unter dem Schlagwort: „Im Alltag beschissen und dann symbolisch dabei“ (ebd.: 1:42:40) sowie zuletzt „Participation als Modell“ entsprechend dem Schema „Wir geben ihnen den Rahmen vor, in dem sie partizipieren dürfen“. Schäfer verwies an der Stelle auf eine Liste von „seven degrees of participation“ aus den 1960er Jahren und spezifizierte, dass man sich in Hamburg im Rahmen der offiziellen Stadtpolitik maximal auf den untersten drei Stufen der Intensität der Partizipation bewege (vgl. ebd.: 1:43:28). Gegen diesen konstatierten Ist-Zustand setzte er dann den Gegenbegriff „Wunschproduktion“, die dem Vorsatz folge: „Jede

Wunschproduktion beginnt mit einem Nein“ (ebd.: 1:46:33). Eine tatsächliche Wunschproduktion bedeute „Aneignung“ und „Erfindungen machen“, durch welche „Wert“ produziert würde, der einerseits in „ideeller“ Hinsicht auf „Partizipation“ ziele. Andererseits werde dieser entstandene Wert hinsichtlich einer *materiellen* Teilhabe durch die „Immobilien-Branche“ und die „Preise“ gekappt. Um dieser Enteignung entgegenzutreten, schlägt Schäfer vor: „Wo wir partizipieren dürfen, aber nicht ‚Teilhaben‘ an diesen Gewinnen“ müsse es „Streik“ (ebd.: 1:48:35) geben, um ein „Image [zu] zerstören“, „Konflikte [zu] verräumlichen“ und Plattformen des Austausches und des „Vernetzens“ zu schaffen: „Mittel des struggles“, um gegen „die Kräfte, die uns die Städte servieren, vorzugehen“ (ebd.: 1:49:25).⁷³

Die Darstellung dieses langen Austausches unter den unterschiedlichen Akteur*Innen, die jeweils ihre Instrumente und Ideen zu Möglichkeiten der Teilhabe eingebracht haben, möchte ich mit dem folgenden Kommentar einer Besucherin abschließen, welchen sie noch um Mitternacht auf der *Lux & Konsorten*-Homepage postete:

„Heute standen zwei Frauen mit einem geblühten Sonnenschirm am Rathenaupark mit dem wahrscheinlich ersten Info-Stand den diese Gegend überhaupt gesehen hat und erzählten von dem Gelände der Gewürzmühle und eurer Veranstaltung. Heute ich war da und fand es großartig vielen Dank für die guten Interviews den genialen Stadtschreiber und die schrägen Magier die sich nicht scheuten blank zu ziehen zu schön war das unter den Gallionsfiguren im Museum wir kleinstgewerbetreibenden am Rathenaupark werden von dänischen Immobilienbesitzern mit Mieterhöhungen gequält und nicht nur deswegen unterschreibe ich nur zu gerne eurer/unser Anliegen.“ (Kommentar 21.12.2011, 00:29)

Was aus dem gemeinsamen Anliegen geworden ist, wird in der folgenden letzten Aktion der Initiative dargestellt.

5.6 „Full House“: Einstiegs-Fest in den Grundstückspoker

Zwei Jahre vergeblicher Suche nach einem bezahlbaren Gewerbe-raum von ca. 7.500 Quadratmetern im Stadtteil Altona brachte *LUX & Konsorten* zu dem abschließenden Aufschlag. Die Assoziation lud am 1. September 2012 um 14 Uhr zu einem „Hoffest mit Musik, Getränken, Debatten und tollen Einstiegs Optionen“ bei den ehemaligen Expresshallen in der Harkortstraße 81 ein,



⁷³ Zu diesem Part der „Life-Stadt-Topografie“ ist es lohnenswert, den Ausschnitt der Video-Dokumentation zu schauen, auf der die wunderbaren Skizzen mit Beschriftungen zu sehen sind, welche vom Künstler, Christoph Schäfer, selbst kommentiert werden (utopieTV 25.01.2012: 1:41:32-1:49:25).

eine Aktionsform, die auch als Zitat des Hoffestes gelesen werden kann, das 2009 das Gängeviertel konstituierte. In ihrem Anliegen wurden die Konsort*Innen nicht müde, darauf zu beharren:

„Nachbarschaftliches Gewerbe statt noch mehr Discounter, bezahlbare Wohnungen statt Luxusapartements. In der Mitte Altona könnte man das umsetzen – aber die SPD macht lieber den Investoren den Hof. Hier unser Angebot: Wir gründen die Agentur für Ausgleich und kaufen! Für läppische 61 Euro pro Quadratmeter hat das Areal vor fünf Jahren den Eigentümer gewechselt. Da ziehen wir mit! Mal sehen, ob wir ins Gespräch kommen.“ (*LUX & Konsorten*, Einladung 22.08.2012)

In dem Statement ist zwar immer noch die Bemühung um eine oppositionelle Rhetorik spürbar, allerdings wird nun in einer unversöhnlichen Weise das Verhalten der Stadt der veränderten Haltung von *LUX & Konsorten* gegenübergestellt. In Anerkennung der realpolitischen Geschäftspraxis zwischen Politik und Wirtschaft stellt *LUX & Konsorten* keine Forderung mehr an die Stadt. An dieser Niederlage angekommen, wird mit dem nächsten Schritt der Initiative ein anderer Weg eingeschlagen: „Wir gründen die Agentur für Ausgleich und kaufen!“ Das unmoralische „Angebot“, in Aushandlungsprozesse des Ausverkaufs von kommunalem Boden einzutreten, lässt erstmals das Herz vieler Konsort*Innen nicht unbedingt höher schlagen. Mit dem Motto „Einsteigen! Mitgehen! Erhöhen!“ formulieren sie dennoch, in Orientierung an schon gezahlte Verkaufspreise, ihr Preisangebot:



„Es wird höchste Zeit, in den Grundstückspoker rund um die Mitte Altona einzusteigen. Wenn die Stadt ihre Instrumente nicht ausreizt, dann müssen wir selbst was für's Gemeinwesen tun. Sonst schauen nämlich alle in die Röhre: Die rund 200 Leute, die in der Harkortstraße arbeiten. Die Nachbarschaft, die von dem neuen Stadtteil vor allem die Gentrifizierung hat. Die vielen Leute, die seit zwei Jahren für eine bessere, sozialere Planung in Altona kämpfen.“ (ebd.)

Erwartet wurde ein volles Hoffest, wie auf dem Transparent auf dem *LUX & Konsorten*-Anhänger sichtbar wird. Der Innenhof des Geländes, auf den eingeladen wurde und der sich in Besitz der Investor*Innengruppe „Aurelis“⁷⁴ befindet, ist, so die Initiative, „seit jeher öffentlich zugänglich und wird gerne als Parkplatz genutzt.“ (*LUX & Konsorten*, Statement 31.08.2012)

⁷⁴ Aurelis Real Estate GmbH & Co. KG, eine ehemalige Immobilientochter der Deutschen Bahn (Gründung 2002), wurde laut Unternehmenshistorie 2007 zu je 50 Prozent vom Konsortium aus HOCHTIEF Projektentwicklung GmbH und Redwood Grove International übernommen. Durch die Veräußerung der Anteile von Hochtief 2014 veränderte sich erneut die Gesellschafterstruktur: „93 Prozent der Aurelis-Gesellschaftsanteile halten

Doch einen Tag vor dem Bespielen des Geländes „reagiert die Aurelis nervös und unversöhnlich“, so die Assoziation (ebd.). Dem Lamento des Eigentümer-Vertreter („Das was Sie hier machen ist die Hölle für uns“) folgen Taten: „Das gesamte Bahngelände an der Harkortstraße ist am Freitag mit Bauzäunen abgeriegelt worden. Securityleute bewachen das Gelände.“ (ebd.) Die Abschottung des Geländes legitimiert der Sprecher für Aurelis in Norddeutschland dem „Hamburger Abendblatt“ gegenüber wie folgt: „Hätten sich die Verantwortlichen vorher persönlich an uns gewandt, hätte man eine Lösung finden können [...]. Als Eigentümer sind wir für die Haftung und Sicherheit auf dem Gelände verantwortlich“ (Raik Packeiser, Aurelis-Sprecher, zitiert in: Schröpfer 2012). Ein konstruktiver Dialog war jedoch vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Konsort*Innen im Bürger*Innengremium kaum vorstellbar. So formulierte der Lautenbauer aus *LUX & Konsorten*, der auch Mitglied des Bürger*Innengremiums war, im gleichen Artikel im Hamburger Abendblatt: „Wir fordern bezahlbare Grundstücke, die wir Bürger selbst verwalten können, und keine zweite Hafen-City mit Mietpreisen für Schwerverdiener. [...] Unsere Ideen werden bislang kaum wahrgenommen, das muss sich ändern“ (ebd.). Die Begründung für die aus Haftungsgründen prompt erfolgte Absperrung, die der Aurelis-Sprecher anführt, klingt für mich auch nicht überzeugend, zumal Aurelis das Grundstück, das zuvor lange offen zugänglich war, einen Tag vor der Veranstaltung mit Drahtzäunen absperrern ließ und Securities mit Wochenendzuschlag beauftragte, das Gelände zu bewachen. Dieses Vorgehen erscheint besonders übertrieben, wenn es mit der demgegenüber geradezu als kulant zu bewertenden Haltung des Vorstandsvorsitzenden des Altonaer Spar- und Bauvereines eG im Falle der temporären Besetzung der Gewürzmühle verglichen wird. Der Vorsitzende der Genossenschaft war sich, trotz anfänglicher Aufregung am Telefon, nicht zu schade vor Ort aufzutauchen, sich in ein direktes Gespräch mit den Konsort*Innen zu begeben und seinen Ermessensspielraum zu nutzen, um mit der Polizei den temporären Aufenthalt der Konsort*Innen zu klären. Bei Aurelis schien alles viel formeller und distanzierter abzulaufen, so dass die oben beschriebenen Taten ein nicht vertrauenserweckendes Klima schufen, was dem Finden einer Lösung abträglich war.



LUX & Konsorten hielt somit ihre Einladung vor dem abgesperrten Gelände mit dem Statement „Beteiligung war gestern – der Zaun muss weg“ aufrecht:

Fonds, die von Unternehmen verwaltet werden, welche mit Grove International Partners verbunden sind. 7 Prozent hält ein unabhängiger Investor.“ <http://www.aurelis-real-estate.com/unternehmen/historie/> [20.01.2019]

„Nachdem Anwohner_innen und Interessierte über 2 Jahre in Pseudo-Partizipationsverfahren verschlissen wurden, hat das Bürgerforum zum Beteiligungsprozess in einem Moratorium eine neue Planung gefordert. Weder die Politik noch die Eigentümer fühlten sich bemüßigt, in einen konstruktiven Dialog über die geäußerte Kritik einzutreten. Und jetzt versucht die Aurelis auch noch, unser Fest zu verhindern?

Das wollen wir doch mal sehen! Angesichts der Investorenbarrikaden steigen wir gern in die nächste Runde des Grundstückspokers ein. Das Fest findet vor Ort in der Harkortstr. statt und beginnt pünktlich um 14 Uhr.“ (*LUX & Konsorten*, Statement 31.08.2012)

Das Hoffest fand am nächsten Tag dann auch mit Polizeibegleitung statt. Viele Erwachsene und Kinder versammelten sich auf dem Straßenfest. Es gab Musik, eine Chor-Performance und eine Magier-Show, während plötzlich das Tor des leerstehenden Gebäudes offenstand. Viele Anwesende fassten Fuß in dem Gebäude, das ideal für viele als Gewerbeort wäre. Doch erneut zeigte sich die strikte Haltung der Aurelis, die sich durch formale Richtlinien und eine geringe Bereitschaft zu Aushandlungsgesprächen auszeichnete. Die Polizei griff, trotz der buhenden Menge vor dem Tor, ein. Alle Personen, die bereits auf dem Gelände waren, wurden im Gebäude eingesperrt und erhielten eine Anzeige. Zum ersten Mal wohnte ich einer *LUX & Konsorten*-Aktion bei, bei der es zu einer Konfrontation mit Polizeigewalt kam. Die Unmöglichkeit des Findens von Aushandlungsmodi zwischen Bürger*Innen und großen Immobilienkonzernen wurde hiermit bezeugt.



Die Abfolge an temporären Besetzungen durch *LUX & Konsorten* trug zur Erkenntnis bei, dass alle Grundstücke, auf denen jahrelang leerstehende Gebäude standen, nun in Investoren*Innenhand waren, und dass somit die Forderung der Assoziation nach kommunalen Flächen, die ihnen hätten vermietet werden können, erfolglos blieb. *LUX & Konsorten* zog daraufhin eine abschließende Bilanz in einem Brief mit der Überschrift: „Wir kaufen unsere Stadt zurück!“, der Ende September 2012, vor der Abstimmung zum Masterplan der „Neuen Mitte Altona“, an die Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft geschickt wurde. Darin wird nun unverblümt der Vorwurf an die Stadtpolitik formuliert, dass sie von ihrer politischen Verantwortung keinen Gebrauch machten und durch ihre Art der Regierung die Partikularbedarfe ihrer Bürger*Innen offenkundig keine Berücksichtigung fänden:

„Der Senat hat die Gelegenheit nicht genutzt, von seinen städtebaulichen Möglichkeiten und Vorkaufsrechten Gebrauch zu machen. Im Gegenteil: Er hat sich ausdrücklich für unzuständig erklärt, eine solche Fläche wie in Altona zu entwickeln. Politisch ist es ein Armutszeugnis, die Stadtentwicklung Investoren mit Renditedruck zu übergeben. Aus der professionellen Perspektive von Gewerbetreibenden ist das eine Bankrotterklärung administrativer Kompetenz. Für die Bürger*Innen dieser Stadt bedeutet das die Aufgabe jedes kommunalen Anspruches durch ihre Vertretungen.

Stattdessen wird mit der Verabschiedung des Masterplanes die uferlose Bodenwertsteigerung zum Wohl weniger Großinvestoren in Gang gesetzt. Eine Entwicklung, bei der die Grundstückspreise für Genossenschaften, Baugemeinschaften, freie Träger sofort unerschwinglich oder nur um den Preis hoher Mieten und Pachten bezahlbar werden. Selbst die Sozialbauten im sog. Drittmix werden schließlich durch öffentliche Gelder subventioniert. Was den Wert von Abwendungsvereinbarungen betrifft, sind uns sowohl die Verträge um die Elbphilharmonie mit z.T. den gleichen Investoren als auch der Letter of Intent mit der ECE ein klägliches Beispiel.“ (*LUX & Konsorten*, Brief 26.09.2012)

In dem zitierten Fragment, in dem es um die „professionelle Perspektive“ der betroffenen Gewerbetreibenden geht, ändert sich meiner Lesart zufolge der Ton der Ansprache. Statt der zuvor oft genutzten ironisch zuspitzenden Kritik, die skandalisierend wirkte, verdichten sich die Argumente hier bis hin zu einer Rhetorik der Abrechnung mit der Stadtpolitik. Am Ende eines Kampfzyklus angekommen, befand sich die Assoziation *LUX & Konsorten* in der schwierigen Lage, sich als Käuferin von Grund und Boden zu qualifizieren. Die Konsort*Innen wurden zwar nicht rechtlich ausgeschlossen, insofern prinzipiell jede*R das Recht hatte, sich an solchen Geschäftsaushandlungen wie die zwischen Stadt und Investoren zu beteiligen. Die Herausforderung bestand allerdings darin, die notwendigen Ressourcen und, viel wichtiger, die dafür notwendig hohe Kapitalsumme aufzubringen, wie auch im folgenden Zitat bemerkt wird:

„Wir sind keine Leute mit dicker Briertasche. Wir sind Leute, die in den letzten 20 oder 30 Jahren immer darum gekämpft haben ein gutes Leben zu führen. In einer städtischen Umgebung mit kurzen Wegen, nachbarschaftlicher Hilfe, Sinn für Gemeinwesen und Teilhabe sowie Mieten, die nicht die Hälfte der

Einkommen auffressen. Nach Jahren von Erfahrungen mit Beteiligungsverfahren halten wir fest: Das ist keine Rechnung, die für die beteiligten BürgerInnen aufgeht. Ohne Teilhabe und Gestaltungsmöglichkeit ist das nix.“ (ebd.)

An den Grenzen der Kombination von Politiken der Skandalisierung und Interventionen durch *temporäre Besetzungen* angelangt, wurde dennoch ein neuer Kurs eingeschlagen. Da eine reale Partizipation an einer veränderten Planungskultur nicht im Regierungshandeln vorgesehen sei, wurde jegliche Erwartung an die repräsentative Art der Politik eingestellt und eine produktive Wende zur Absicherung der eigenen Lebens- und Arbeitsweisen eingeleitet:

„Die Stadt hat offensichtlich jeden kommunalen Gestaltungsanspruch aufgegeben zum Nachteil ihrer BürgerInnen und zum Vorteil von Aurelis, 112.Panta (Behrendt Wohnungsbau, Fraatz Bauunternehmen, Harmonia Immobilien), ECE.

Wir erachten kommunalen Grund und Boden als notwendig. Auf Sie zählen wir nicht mehr dabei. Es ist wohl an der Zeit, reale kommunale Institutionen in Gestalt einer Agentur für Ausgleich zu gründen.“ (ebd.)

Vor dem politischen Hintergrund der kapitalismuskritischen Haltung bei *LUX & Konsorten* wurde ein neues „Ass“ aus dem Ärmel gezogen (vgl. Grafik 4), das nun auf den Aufbau eigener Institutionen abzielte. Mit dem Abrücken von der Forderung nach kommunalem Boden und dem Einstieg in „den Grundstückspoker“ nimmt die Bodenfrage genau die Richtung von parzellierten Besitztümern an, gegen die sich Marx mit seinem Votum für die „Nationalisierung“ der Bodenfrage so sehr stellte (vgl. 5.3). Allerdings erfolgte die Antwort von *LUX & Konsorten*, die Stadt zurückzukaufen, fast 150 Jahre später im Kontext einer neoliberalen Stadtpolitik, durch die der Ausverkauf von kommunalem Boden forciert wurde.

A



EINSTEIGEN . MITGEHEN . ERHÖHEN

01. SEPTEMBER 2012

14 UHR

HARKORTSTRASSE 81

A





Hamburg
machers möglich.
Der Shoppingmall-
Konzern ECE kauft vierein-
halb Hektar zum Schnäppchen-
preis. Die Elbphilharmonie-Erbauer
Hochstief und der Immobilienfonds Red-
wood Grove (Cairnman Islands) freuen sich über fet-
te Wertsteigerungen. Und wer weiß, vielleicht darf ihre
seinen Stadtteil auch noch in der „Mitte Altona“ landen lassen?
Sprich: Es wird höchste Zeit, in den Grundstückspoker rund um die Mitte
Altona einzusteigen. Wenn die Stadt ihre Instrumente nicht ausreizt, dann müs-
sen wir selbst was für's Gemeinwesen tun. Sonst schauen nämlich alle in die Röh-
re. Die rund 200 Leute, die in der Harkortstraße arbeiten. Die Nachbarschaft, die von
dem neuen Stadteil vor allem die „Centerisierung“ hat. Die vielen Leute, die seit zwei
Jahren für eine bessere, sozialere Planung in Altona kämpfen. Unser Anliegen: Nachbar-
schaftliches Gewerbe statt noch mehr Discounter, bezahlbare Wohnungen statt Luxusap-
partements. In der Mitte Altona könnte man das umsetzen – aber die SPD macht lieber
den Investoren den Hals. Hier unser Angebot: Wir gründen die Agentur für Ausgleich
und kaufen! Für läppische 81,-€ pro Quadratmeter hat das Areal vor fünf Jahr-
en den Eigentümer gewechselt. Da ziehen wir mit! Mal sehen, ob wir ins
Gespräch kommen.

*LUX & Kon-
sortensuchen
seit Jahren be-
zahlbaren Ge-
werberaum in
Altona. Nicht die
Welt sondern 7.500
Quadratmeter.

DIE VÖGEL
DUE-NUTTI-SOUNDSYSTEM
SILLY WALKS DISCOTHEQUE
BASSO PROFUNDO
—
AMSTERDAM VS. HAMBURG!?
(Präsentation von Bart Stuart, NDSM-Werft, Amsterdam)
MANUEL MUERTE
BUTTCLUB-CHOR u.a.
—
A WALL IS A SCREEN (Kurzfilme)
IN ARBEIT - TEIL II (Film)

www.lux-und-konsorten.de

V



V



Grafik 4: Einladung zum Hoffest in der Harkortstraße am 1.09.2012

Insofern artikuliert sich hier ein sogenanntes Partikularinteresse, das es nun angemessen zu bewerten gilt, in Relation zu einem Gemeinwesen, das sich durch Privatisierung auflöst sowie in Zusammenhang mit den spezifischen politischen Aushandlungszonen der Assoziation *LUX & Konsorten* betrachtet werden muss, die im folgenden Abschnitt zusammenfassend kommentiert werden.

5.7 Den orangenen Warnwesten folgen

Die Konsort*Innen konnten nicht alle bei jeder urbanen Intervention dabei sein, die orangenen Warnwesten jedoch schon. Diese umhüllten die anwesenden Konsort*Innen-Körper bei allen Aktionsschritten und zeitigten eine unaussprechliche Wirksamkeit in Verbindung mit anderen Dingen, Menschen und Orten. Die orangenen Westen fungierten dabei nicht nur als Erkennungssymbol bei den temporären Besetzungen und den Versammlungen von *LUX & Konsorten*, wie die bildhafte Überschrift „Mieter-Mahner in Warnwesten“ des „Elbe Wochenblatt“-Artikels (Savigny 2011) zeigt. Sie stellten auch eine Art Passierschein dar, der Zugang zu Gesprächen mit der Stadt und den Investor*Innen ermöglichte. Der Auftritt beim „Beteiligungstreik“ (5.3) hätte beispielweise auch damit enden können, dass die Konsort*Innen gleich des Raumes verwiesen worden wären. Das bürgerliche Forum und die Organisator*Innen wagten es jedoch nicht, Menschen in Arbeiter*Innen-Westen und Bauhelmen, die mit Sprechblasen in der Hand den Saal betraten und die Publikumsstühle bis hin zur Bühne umkreisten, hinauszuerwerfen. Beim generierten Bild des performativen Streikes schien die Neugier die Abwehr zu überwiegen. Die Anwesenden schauten zwar etwas befremdet, aber der Moderator der sogenannten „Planungswerkstatt“ sprach sich kurz mit einigen Konsort*Innen ab und gab ihnen, wohl dem Motto folgend „Störungen haben Vorrang“, ⁷⁵ nach der einführenden Begrüßung das Wort, um in einigen Minuten ihr Anliegen vorzustellen.



Der performative Akt, sich visuell ins Stadtbild einzuschreiben, erfolgte schließlich durch den kreativen Einsatz der orangenen Warnwesten auf die unterschiedlichste Weise: Im riesengroßen Format umhüllte eine orange Weste das zuerst bespielte leere Electrolux-Gebäude und erhielt

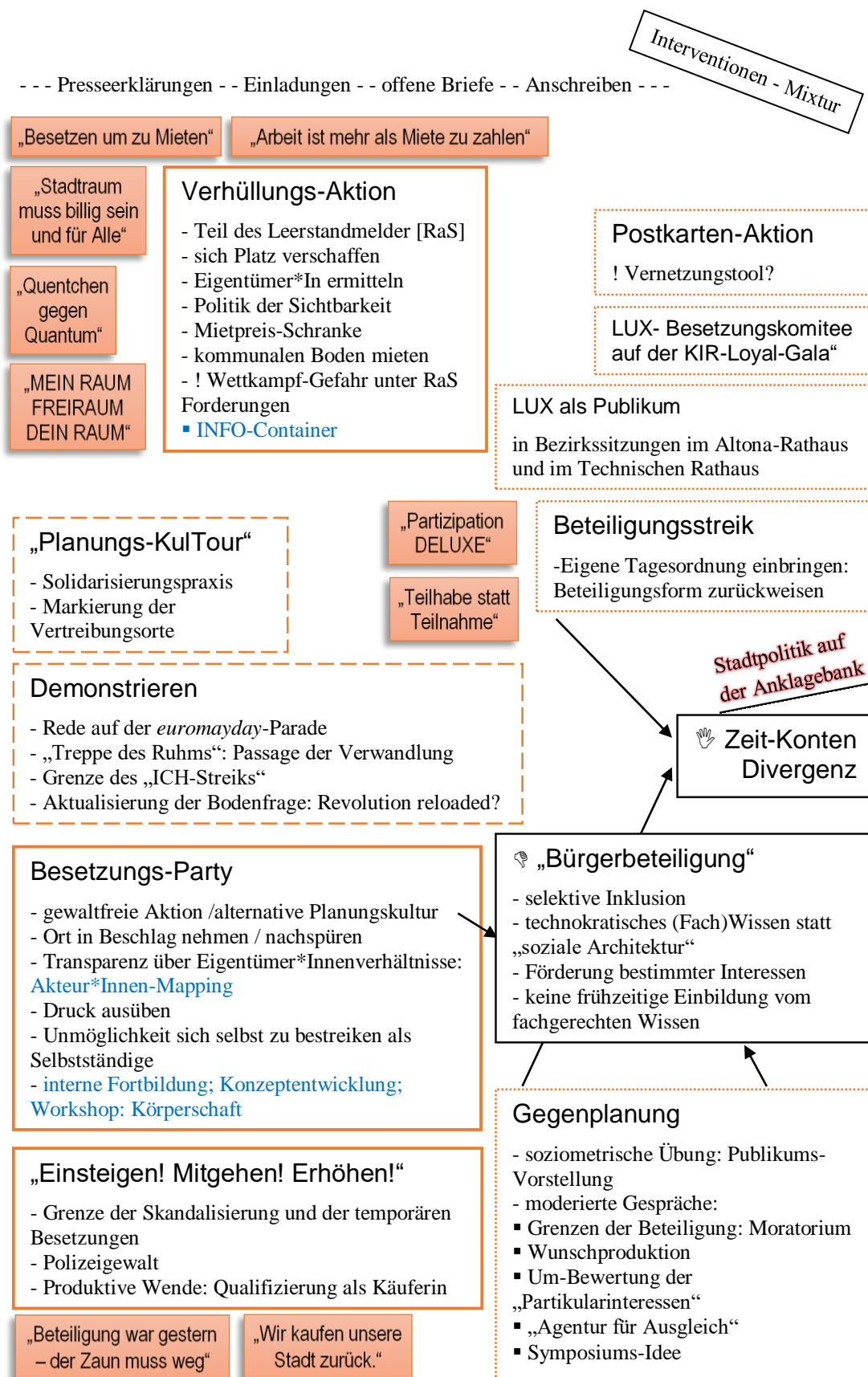
⁷⁵ Das Postulat „Störungen haben Vorrang“ entstammt dem Konzept der „Themenzentrierten Interaktion“, die eine Methode für die Arbeit in Gruppen anbietet (Ruth Cohn: Von der Psychoanalyse zur Themenzentrierten Interaktion, 1975: 122).

die Forderung der Konsort*Innen, weiterhin ihr Gewerbe in der Nähe der Innenstadt auszuüben, auch in ihrer Abwesenheit aufrecht. Aus dieser überdimensionalen Weste könnte auch der enorme Aufwand herausgelesen werden, den die empörten (Stadt)Bürger*Innen bereit waren aufzubringen, um für die eigenen Belange einzutreten. Durch die Verteilung der Aufkleber, Sprechblasen und Flyer während der „Planungs-KulTour“ (5.4) an den Orten der Vertreibung hinterließen die mit Westen gewappneten Konsort*Innen und sympathisierende Aktivist*Innen die Spuren ihrer Problematisierung des verdrängten Kleinstgewerbes an verschiedenen Orten des Stadtviertels.

Die orangen Warnwesten und Bauhelme als ursprüngliche Arbeitsbekleidung wurden überdies durch ihren Einsatz in *LUX & Konsorten* von Signalzeichen der Arbeit und als Ausrüstung des Schutzes zu Arbeitskampfinstrumenten, die weniger als Identifikationssymbole einer bestimmten Zunft dienten. Sie kamen in den urbanen Interventionen von prekären Selbstständigen, die nicht bereit waren, auf eine gewerkschaftliche Vertretung zu warten, die eventuell ihre Probleme lösen würde, direkt zum Einsatz. Die an mehreren Stellen herausgearbeitete These, dass diese Form der Organisation in der Prekarität sich nicht an gewerkschaftlichen Forderungen wie beispielweise einer Lohnerhöhung orientiert (vgl. 5.3, 5.4), wird durch die Erzählung des erwähnten Lautenbauers bekräftigt, die hier in ihrer genauen Argumentationslinie ausgeführt wird. Der Konsorte erläuterte, dass eine teure Miete für ihn hieße, mehr Geld für ein Instrument zu nehmen, dessen Bau sowieso fast unbezahlbar sei und er den Bau dieser exklusiven Instrumente bald völlig bleiben lassen könnte. Also setze er sich für die Lösung ein, geringere Kosten für seine Werkstatt zu haben. Diese niedrigen Werkstattkosten würden ihm mehr Spielraum für den Verkaufspreis lassen und so könnte er seine Produkte einem breiteren Kreis von Interessierten zugänglich machen. Diese Argumentation bringt die Herausforderung der Organisation in der Prekarität auf den Punkt, die schließlich durch die Assoziation *LUX & Konsorten* beantwortet wurde, indem sie, statt einer klassischen Lohnarbeitsforderung, die *Reproduktion* prekärer Selbstständigkeit in den Fokus rückte, ausgedrückt durch die Forderung nach einer günstigen Miete für Gewerberäume.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Unmöglichkeit der selbstständig Tätigen, sich selbst zu bestreiken, weiteten sie in gewisser Hinsicht ihre selbstständige Arbeit auf das gemeinsam initiierte Projekt *LUX & Konsorten* aus: Für dieses beackerten sie mit den Warnwesten, den direkten Kontakt zu den Eigentümer*Innen suchend, die verwahrlosten Gebäude in der Stadt, um gegebenenfalls einen dem jeweiligen Gebäudezustand angemessenen Mietpreis zu verhandeln und ihr Projekt somit zu realisieren. Die Idee der Absicherung gegen die Prekarität drückt sich auch in dem späteren Einsatz an Arbeit in dem genossenschaftlichen Projekt aus:

„Der Mehrwert einer Genossenschaft, in die ich Arbeit, Zeit und Leidenschaft investiere“ bedeutet zum einen „Einfluss [darauf zu haben], meine Umgebung mitzugestalten“ und zum anderen eine „soziale Sicherheit [zu haben], die meine prekäre Verletzlichkeit kompensiert“ (kommunistischer Buchhalter und später Vorstandsmitglied der *flux eG*). Diese hier deutlich werdende, offensive Art, Prekarität zu begegnen, zeigte sich also in der Kombination künstlerischer Elemente, urbaner Rundgänge, aufwendiger Rechercharbeit und taktischen Experimentierens mit wechselnden Politisierungs-Formaten, die das im folgenden Diagramm (vgl. Grafik 5) visualisierte Interventions-Repertoire der Assoziation *LUX & Konsorten* auszeichneten.



Grafik 5: LUX & Konsorten – Interventions-Repertoire (eigenes Diagramm)

Diese Mixtur aus Interventionen erwies sich als brauchbar, um einen direkten Überblick über die Eigentumsverhältnisse zu bekommen, da die Informationen seitens der Stadtpolitik vor-enthalten wurden oder, wenn überhaupt, nur durch langwierige formale parteipolitische Prozeduren zu beziehen gewesen wären. In den gewählten Mitteilungs-Formaten der offenen Briefe und Anschreiben an die Bezirkspolitik und die Investor*Innen sowie Einladungen zu den öffentlichen Aktionen dominierte, so die Analyse, eine Rhetorik des Tadelns, durch die der Dissens zwischen der Assoziation und der Stadtpolitik bzw. den Investor*Innen öffentlich markiert wurde. Eine solche politische Demonstration mag laut Rancière zwar punktuell und ihre Subjekte prekär sein, jedoch liegt ihre Kraft „in den auf Dissens beruhenden Subjektivierungsweisen, welche die Differenz der Gesellschaft zu sich selbst bekunden“ (Rancière 2008: 5). Dabei gelte es, so der Autor, den Dissens zu praktizieren gegenüber Formen des Konsenses, denn bei letzterem gehe es weniger um eine friedliche Diskussion mit dem Ziel einer vernünftigen Einigung. Im Konsens werde vielmehr Dissens für nichtig erklärt, um die soziale Ordnung wiederherzustellen, denn der Konsens ist „die Annullierung der überschüssigen Subjekte“ und trage zur „Reduktion der politischen Gemeinschaft auf die Beziehungen von Interessen“ bei (ebd.: 45). Dieser Dissenslogik folgend, bestand das offensive Moment in der Interventionspraxis von *LUX & Konsorten* gerade in der *Hervorhebung der Unmöglichkeit dialogischer Konsensbildung*, die sich auf dem schmalen Grat der Legalität bewegte.

Die Zurückweisung der angebotenen demokratischen Partizipationsverfahren der Bürger*Innenbeteiligung minderte jedoch nicht die Forderung der Konsort*Innen nach „Teilhabe statt Teilnahme“. Diese etwas zwiespältig anmutende Haltung der Assoziation *LUX & Konsorten* könnte mit dem Begriff der „postdemokratischen Wende“⁷⁶ diskutiert werden. Darunter versteht Blühdorn einen Prozess, „in dem sich demokratische Ernüchterung sowie eine Tendenz zu nichtdemokratische[n] Wert- und Handlungspräferenzen breitmachen, demokratische Ansprüche und Erwartungen sich gleichzeitig aber auch radikalieren“ (Blühdorn 2013: 44).

Wie soll jedoch mit diesem Paradox, das auch die Praxis der Konsort*Innen auszuzeichnen scheint, umgegangen werden? Zur Beantwortung dieser Frage führt der Autor den Begriff der „simulativen Politik“⁷⁷ ein, die auf den „Mechanismus zur Bewältigung dieser Spannung“

⁷⁶ Das „postdemokratische Paradox“ beschreibt Blühdorn als Ergebnis eines Prozesses, „der einerseits die Norm des autonomen und identitären Subjekts auflöst, damit das Fundament der traditionell verstandenen Demokratie zersetzt und die postdemokratische Wende einleitet; der andererseits aber [...] die Freiheits-, Selbstbestimmungs-, Selbstverwirklichungs- und Zentralitätsansprüche der Individuen immer maßloser aufbläht.“ (Blühdorn 2013: 162) Diese Überlegung impliziert die Einarbeitung der These vom „demokratischen Paradox“, welches, so der Autor, auf „die Gleichzeitigkeit von sich radikalierenden demokratischen Erwartungen und Positiveinstellungen einerseits und wachsender Desillusionierung und Distanz“ bezogen auf die Entwicklung des demokratischen Projektes andererseits verweist (ebd.: 36).

⁷⁷ Mit seinem Begriff der „simulativen“ Demokratie oder Politik verfolgt Blühdorn weniger eine „normative

verweist (ebd.). Simulation bezeichne „eine Vielzahl gesellschaftlicher Praktiken“, die „darauf zielen, an demokratischen Wertorientierungen festzuhalten, sie auszuleben, erlebbar zu machen, sich gleichzeitig aber auch von ihnen abzusetzen“ (ebd.). Im Zeichen solcher postdemokratischer Partizipationspraktiken kann die Praxis der Consort*Innen *teilweise* „New Politics 2.0“ gedeutet werden, insofern die Selbstständigen „an subjektiver Befindlichkeit“ ansetzend, also aus dem individuellen Unbehagen über nicht mehr bezahlbare Mieten heraus das „themenspezifische“, kollaborative Projekt *Günstiger Gewerberaum selbstgemacht* entwickelten, das sich „unterhaltend, spaßbetont, erlebnisartig“ (ebd.: 194) in dem Mix urbaner Interventionen artikuliert. Die postdemokratische Entfaltung einer – wie auch Blühdorn kritisch bewertet – nicht nachhaltigen „Art democracy to go“, die sich durch eine „zu nichts verpflichtende Demokratie für die fröhlichen Bürger von unterwegs“ auszeichnet (ebd.: 169, Herv. i. O.), trifft jedoch weniger auf die politische Haltung der Consort*Innen zu. Die Idee des anvisierten Gewerbehofes sollte gerade mit dem damit verknüpften Versprechen eines sozialen Überschusses (vgl. Kap. 4.5) als ein gemeinsamer, demokratisch gestalteter Austauschraum realisiert werden. Auch die vom Autor behauptete Systemkonformität in der simulativen Politik scheint die Praxis der Assoziation *LUX & Consorten* nicht angemessen zu bewerten. Das Handeln der Selbstständigen zeichnete sich vielmehr durch Züge aus, die Blühdorn eher der Form einer „symbolischen Politik“ zuschreibt: Ein „hoher persönlicher Einsatz“, im Modus des „do it yourself“, der sich darin ausdrückt „selbstgestaltend, aktiv“, über einen längeren Zeitraum „kontinuierlich“ sich „gegen die Logik der etablierten Ordnung“ zu richten (ebd.: 194). Es geht also darum, dass „eine Politik, die streng an den artikulierten Interessen der Bürger ausgerichtet ist und diese effektiv umsetzt, grundsätzlich durchaus möglich wäre, aber eben nicht den Interessen der Machthabenden entspricht.“ (ebd.: 182). Demnach würde ich die Skandalisierungspolitik der Assoziation als eine Form symbolischer Politik lesen, die sich darin äußerte, dass eine tatsächliche Partizipationsmöglichkeit seitens der Stadtpolitik verwehrt blieb. Die Aktionspraxis der Assoziation *LUX & Consorten* ergibt sich somit durch die Verschränkung beider Politikformen: Der „symbolischen Politik“ als einer alternativen Politik, die durch die herrschende politische Klasse blockiert werde und einer „simulativen“ Politikspäre, die, so Blühdorn, keine Alternative vorsehe. Bei der simulativen Politikspäre gehe es eher um einen „unausgesprochenen *neuen Gesellschaftsvertrag* zwischen den verschiedensten gesellschaftlichen Akteuren, die alle ein gemeinsames Interesse daran haben ihr fortgesetztes *commitment* zu den demokratischen Idealen unter Beweis zu stellen“ (vgl. ebd.:

Leitidee“, sondern versucht, durch eine realistische, analytische Beschreibung „zu fassen, was ist, nicht zu sagen, was sein soll“ (Blühdorn 2013: 57, Herv. i. O.).

183, Herv. i. O.). Die Gratwanderung der Assoziation zwischen den zwei Politikformen konkretisierte sich also einerseits durch die symbolisch artikulierte, permanente Anklage der Durchsetzung der Kaufinteressen der Investor*Innen, die den Regierungs-Wahlversprechen nach neuem Wohnungsbau zuvorkommt. In postdemokratischer Hinsicht wurde andererseits das Ausbleiben politischer Alternativen der Teilhabe mit der abschließenden Bilanzierung über die Bankrotterklärung der Stadtpolitik anerkannt. Durch die Ansage, eine eigene Institution zum Ausgleich ihrer Interessen zu gründen, verließ die Assoziation den Modus der traditionellen Kritik an vorhandenen Institutionen, kündigte ihren Vertretungsanspruch durch die politische Klasse und nahm sich vor, für neue gesellschaftliche Vereinbarungen einzutreten.

Im Zusammenstoß der mikropolitischen Praxis der Initiative mit der Stadtpolitik schien sich also eine konstituierende Dynamik des Ausbruchs zu entfalten. Ein Moment des „Abfallens vom Staatsapparat“ gehe, so Raunig, mit der „Erfindung einer *instituiierenden Flucht*“ einher, die ihre Kraft „im Vermögen der Veränderung“ und „der Schaffung von anderen Welten“ entfalte (Raunig 2008a, Herv. i. O.). Die Mutmaßung der Assoziation *LUX & Konsorten* als unkonventionelle und doch ernstzunehmende (Markt)Playerin aufzutreten, kündigt einen neuen Prozess am Ende des ersten Kampfzyklus urbaner Interventionen an. Ganz im Sinne von Deleuze, der hervorhebt, dass es ein großer „Irrtum“ sei „zu glauben, eine Fluchtlinie bedeute, dem Leben zu entfliehen“, denn Fliehen bedeutet für ihn gerade „Reales [zu] erschaffen, eine Waffe [zu] finden.“ (Deleuze/Parnet 1980: 56) Die Aussichtslosigkeit des Wunsches nach vermietbarem kommunalen Boden zur Realisierung einer selbstverwalteten Produktionsstätte mündet in der Aufnahme eines neuen Projektes: In gewisser Hinsicht neben der Spur bildet sich in naher Zukunft ein Fluchtpunkt mit der Gründung der Genossenschaft *flux eG*. Mit diesem Schritt wurden die alten Forderungen von *LUX & Konsorten* in eine andere Aushandlungszone übertragen. Die offene Rechnung über kommunale, günstige Flächen findet eine Übersetzung in der *Re-Kommunalisierung* von Boden durch die Rechtsform des genossenschaftlichen Eigentums. Hiermit stellt sich die Frage der Hochskalierung für die Konsort*Innen: Im demokratischen Element der selbstverantwortlichen Organisierung steht die Genossenschaft vor der ambitionierten Aufgabe, gemeinsam den Schritt von der *Selbstorganisation* hin zum Aufbau einer eigenen *Selbstverwaltung* zu gehen, welche auf die Unterschiedlichkeit der Ansammlung selbstständiger Unternehmungen achtzugeben hat. Diese organisatorische Herausforderung, die Differenz oder Freiheit in der Gleichheit aufrechtzuerhalten, birgt einen mühsamen und langwierigen Prozess im konkreten *flux eG*-Projekt, deren ersten konzeptionellen Setzungen ich im nächsten Kapitel näher nachgehen möchte.

6 Eigeninitiative Mobilisierung und Gestaltung

In diesem letzten Analysekapitel wird die „Mobilisierung von Verbündeten“ (Callon 2006a: 159ff.) *indirekt* als die in der Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT) klassisch formulierte Frage nach der Repräsentativität der Sprecher*Innen verhandelt. Die spezifischen Formen der Präsentation in der Praxis der Assoziation *LUX & Konsorten* stellen durch die unklare Funktionsteilung und das stete Unterwandern hierarchischer Strukturen meines Erachtens eher ein Ringen gegen eine repräsentative Vertretung dar. Vor diesem Hintergrund gehe ich einen Schritt zurück und möchte zunächst die Organisation der Zusammenarbeit der Selbstständigen unter die Lupe nehmen, aus der nachvollziehbar wird, wie die unterschiedlichen Konsort*Innen es präferierten, in unterschiedlichen Modi direkt für sich zu sprechen. In der ersten Phase dominierte die *Selbstorganisation* in dem Projekt *LUX & Konsorten*. Die Darstellung der dafür notwendigen Ressourcen und der auch durch informelle Machtverhältnisse durchgezogene langwierige Kampfprozess um Teilhabe erfolgt aus der Perspektive meiner Involvierung in die regelmäßigen Treffen der Assoziation (6.1). Die darin eingeübten Vorgehensweisen und damit einhergehenden Herausforderungen traten sehr deutlich in der zweiten Phase, der in der Genossenschaft eingeführten *Selbstverwaltung* hervor, die aus dem *LUX & Konsorten*-Projekt mit der fast zehnfachen Anzahl an Mitgliedern gegründet wurde. Die Implementierung der Selbstverwaltung stellt meines Erachtens einen relevanten politischen Grundstein der Genossenschaft dar und erfolgt mittels einer detaillierten kommentierten Beschreibung aus meiner partialen Sicht als Gründungs-, initiales und aktuelles Vorstandsmitglied der *flux eG* (6.2). Durch die erfolgte genaue Darstellung der selbstorganisierten und selbstverwalteten Arbeitsweise wird der Kontext ersichtlich, aus dem schließlich die Praktiken der Mehrstimmigkeit hervorgingen, die zur Mobilisierung der Forderungen von *LUX & Konsorten* und später *flux eG* führten. In diesen wurden nicht bestimmte Personen als Öffentlichkeitssprecher*Innen festgelegt, sondern je nach Aktion ein Pool an unterschiedlichen Sprecher*Innenkonstellationen, die die Belange der Selbstständigen aus erster Hand in die Öffentlichkeit trugen (6.3).

6.1 Assoziation *LUX & Konsorten* als Selbstorganisation der Selbstständigen

Die lose Verbundenheit in der Assoziation *LUX & Konsorten* wurde durch die regelmäßige Teilnahme an den wöchentlichen Treffen hergestellt. In diesen Zusammenkünften trafen die heterogenen Arbeitsweisen der in unterschiedlichen Bereichen arbeitenden Konsort*Innen

aufeinander, deren Kompatibilität auch eine Menge affektiver Arbeit erforderte, um das Austragen vielfältiger Standpunkte produktiv zu gestalten. Konkret wurde an dem Projekt *Günstiger Gewerberaum selbstgemacht* immer Dienstagabends im *buttclub*,⁷⁸ einem Ort in den ehemals besetzten Häusern in der Hafensstraße, geschmiedet. Die durch keine formelle Mitgliedschaft oder explizite Ein- und Ausschlussverfahren strukturierten Treffen erzeugten ein ungezwungenes Gefühl der Zugehörigkeit und lebten von der steten Anwesenheit der circa 15-20 Konsort*Innen. Das freiwillige Einbringen der jeweiligen Arbeitsweisen, Interessen und Wünsche zeichnete das produktive Miteinander der Assoziation aus. Die Zusammenarbeit entstand durch die Verschränkung künstlerischer sowie teils akademischer, teils handwerklicher Qualifikationen und Intuitionen aus jahrzehntelanger Involvierung der Konsort*Innen innerhalb politischer Gruppen und verschiedener Kollektive (vgl. Kap. 1). Diese Variationsbreite an Handlungsvermögen floss in die Moderationsarbeit der wöchentlichen Treffen ein, kam der Öffentlichkeitsarbeit zugute und wurde insbesondere in der konzeptionellen Planung und Vorbereitung der Aktionen eingesetzt.

Die Einbindung der Beteiligten erfolgte konkret über eine eingespielte – wenn auch stets neu zusammengesetzte – *Arbeits(ver)teilung*. Die Konsort*Innen übernahmen die anfallenden Aufgaben durch ad hoc bekundete Zusagen, je nach den ihnen verfügbaren Zeitressourcen und der notwendigen Priorisierung, um die gemeinsam beschlossenen Aktivitäten voranzubringen. Die Arbeit der wöchentlichen Dienstags-Versammlungen fing gewöhnlich mit einer Berichterstattung über die unterschiedlichen Gespräche mit der Stadt oder Feedbackrunden zu den Aktionen an. So wurden der Stand und die Bewertung der vorhandenen Informationen zusammengetragen und darüber diskutiert, was als Nächstes zu tun wäre. Auch Interventionen im öffentlichen Raum wurden gemeinsam in den Treffen konzipiert, woraufhin sich im Anschluss Einzelne für die Ausführung der dafür anstehenden Arbeiten meldeten. Für gewöhnlich übernahmen die Konsort*Innen den Part, auf den sie Lust hatten bzw. denjenigen, in den

⁷⁸ Meine erste Begegnung mit diesem Club fand Ende der 1990er, Anfang der 2000er Jahre durch meine Teilnahme an den regelmäßigen Treffen des antirassistischen Zusammenschlusses *Kanak Attak* statt. Ab 2004 floss mein Engagement in das folgende u.a. durch *Kanak Attak* initiierte Aktionsprojekt „Gesellschaft für Legalisierung“, das seine öffentliche Erklärung mit dem Satz beendete: „Der zu realisierende Gewinn ist eine andere Gesellschaft“. Der Clubraum wurde in dieser Zeit parallel durch unterschiedliche Personenkreise und Zusammenhänge bespielt und mein Verhältnis zu ihm veränderte sich je nach Konstellation. Dieses Verhältnis zu dem mir so vertraut gewordenen Club bekam einen ersten Riss, als ich bei einem Donnerstagabends-Treffen mitbekam, wie ein engagierter Teilnehmer sich über die großen karierten Kunststofftaschen echauffierte, die nach ihrem Einsatz bei Aktionen der „Gesellschaft für Legalisierung“ als popkulturelles Migrations-Symbol geradezu inflationär in den unterschiedlichen Aktionen eingesetzt wurden. In der Überlappung minoritärer Bewegungen begann der Raum sich zu segmentieren und zum Ort der (Ab)Trennung zu werden. Eine erneute Bindung entwickelte sich durch meine Involvierung bei der Organisation der Hamburger *Euromayday*-Paraden zwischen 2005-2014. Der Club wurde zum lebendigen Ort vieler auch konfliktreicher Gespräche, Basteltage, Essen, Workshops und Feiern. Die hohe Frequentierung des Clubs blieb dann auch durch meine Teilnahme an den 2010 begonnenen Aktivitäten von *LUX & Konsorten* bestehen.

sie bestimmte professionelle Fertigkeiten einfließen lassen wollten. Einige nahmen auch in Anspruch, sich an ihnen unbekanntem Arbeitsbereichen zu beteiligen und so die Möglichkeit zu nutzen, in neue Aufgaben hineinzuwachsen. Es gab Konsort*Innen, die bastelten, andere, die Termine organisierten, zu den Verhandlungsgesprächen mit Bezirkspolitiker*Innen gingen oder die Verantwortung dafür übernahmen, Veranstaltungen anzumelden. Bastel- oder Bauarbeiten für die Aktionen wurden gemeinsam mit mehreren Personen geleistet. Die Aufgabe der Textproduktion gestaltete sich ressourcenschonender, wenn eine*R vorab alleine oder mit einer weiteren Person eine Rohfassung schrieb. Die geplanten Aufgaben wurden also flexibel an den jeweiligen Aktionsorten oder verstreut, von den eigenen Büros der verschiedenen Personen aus, erledigt. Die Konsort*Innen brachten dann ihre vorläufig erarbeiteten Produkte und Ideen in die wöchentlichen Treffen ein und die Anwesenden sprachen oder stritten über diese, bis ein akzeptables Ergebnis erreicht bzw. kein Veto eingelegt wurde. Durch diese überprüfende Zusammenfügung erfolgte also auch eine *Synchronisierung* der an diversen Orten arbeitsteilig geleisteten Arbeiten. Generell lebte die Zusammenarbeit von der Freiberufler*Innen-Mentalität der Konsort*Innen, welche die Initiative ergriffen, Ideen entwickelten und diese auch in die Tat umsetzten. Bei der Verteilung der Tätigkeiten gab es kein formelles Kontrollprozedere, das überprüfte, ob Einzelne ihre Aufgaben erledigt hatten. Eine Qualitätsbewertung der absolvierten Tätigkeiten erfolgte über eine zum Ausdruck gebrachte Wertschätzung, die üblicherweise durch Lob oder (Selbst-)Kritik in den regelmäßigen Feedbackrunden formuliert wurden.

Das situative Aufeinandertreffen von implizitem Erfahrungswissen durch die unterschiedlichen handwerklichen oder akademischen Ausbildungen erforderte nicht selten eine *subtile Verständigungsarbeit*. Die Erfindung einer gemeinsamen Sprache war mit dem Aufwand der gegenseitigen Wahrnehmung der partialen Perspektiven der Beteiligten verbunden. Eine erfolgreiche Komposition der verschiedenen Sichtweisen konnte zur konzeptionellen Weiterentwicklung zunächst noch nicht ausgegorener Ideen führen. Dabei wirkten einige Konsort*Innen auf der Grundlage ihres akkumulierten soziokulturellen Kapitals, der verkörperten Erfahrung ihrer Politisierung, einer selbstverständlich raumeinnehmenden, gendersozialisierten Selbstdarstellung und durch die in informellen Unterhaltungen vorab ausgetauschten Ideen initiativ und richtungsweisend in den Zusammenkünften. Diese Asymmetrie der Beiträge fiel gerade bei den wenigen Treffen auf, in denen die meinungsbildenden Stimmen fehlten. Die Abwesenheit bestimmender Vorschläge hinterließ einerseits ein flaes Gefühl der Trägheit, solche Begegnungen führten aber andererseits auch zu einer Art erholsamen Pause, in der die

bisherige Praxis ohne Aktionsdruck reflektiert werden konnte. Diese Momente der *Entschleunigung* würde ich als produktives Vakuum codieren, in dem gerade durch die Abwesenheit dominanter Kontroversen eine genauere Reflexion ermöglicht und damit die Prozessentwicklung feiner konturiert werden konnte.

Ein erhöhtes Pensum insbesondere an affektiver Arbeit war wiederum bei einer Unvereinbarkeit der situierten Blickrichtungen gefordert, wenn unterschiedliche Ideen in Streitgesprächen unversöhnlich im Raum standen, welche durch Unmut oder Bekundungen wie „diese Idee packt mich oder affiziert mich nicht“ kommentiert wurden. Daraufhin setzten sich die Diskussionen fort, um eine Option zu finden, die von den Anwesenden angenommen werden konnte. Das Austragen der Kontroversen nahm oft den Charakter eines Schlagabtausches an, der je nach Intensität entlang eines variierenden Eskalationsrepertoires austariert wurde. Ungelöste Konflikte wurden nicht immer in den regelmäßigen Treffen ausgefochten, sondern auch ausgelagert. Diese wurden dann durch vertiefende inhaltliche Diskussionen sowie das Kundtun von emotionalem Ballast entlang diverser *Vertrauenszonen* entladen: Kleine Freundeskreise, einzelne Bürogemeinschaften sowie vorhandene Liebesbeziehungen oder Affären gestalteten sich also als Räume der Ausbalancierung, in denen neben mitgeteilten Inhalten auch Befindlichkeiten ihren Platz fanden. Das musste nicht immer klärend wirken, sondern konnte auch die jeweiligen Beziehungen auf die Probe stellen oder überlasten, denn dadurch dehnten sich die Anliegen der Assoziation auf etliche Verflechtungen zwischen den betreffenden Akteur*Innen aus. Ein produktiver Überschuss des informellen Austausches konnte jedoch entstehen, wenn die affektiven Tumulte einen erneuten Weg fanden sich in die wöchentlichen Treffen einzuspeisen und so ein Möglichkeitsraum entstand, das Persönliche politisch werden zu lassen. Unverbindlichkeit wurde wiederum oft durch Tratsch oder Gespräche, ebenfalls in den kleinen Freundes- oder Kolleg*Innenkreisen, problematisiert. Bei einer mehrfachen Vernachlässigung der übernommenen Aufgaben von Einzelnen wurde dafür Sorge getragen, der betreffenden Person keine Aufgaben mehr zu überlassen. Insofern fand eine *informelle Aussortierung* innerhalb der engen Verbindungsrunden statt, indem nicht immer explizit ausgesprochen wurde, ob jemand dies oder jenes gut könne. Die Partizipation wurde also über das (Miss-)Billigen, aber vor allem über einen Vertrauensvorschuss in ein zuverlässig eingebrachtes Engagement geregelt, der sich aus den Erfahrungen der langjährigen politischen Zusammenarbeit speiste.

Diskrete Machtzuständigkeiten

Die regelmäßige Präsenz, die Übernahme von Aufgaben, die gemeinsame konzeptionelle Arbeit als auch die angesprochenen, vertrauten Beziehungsgeflechte trugen meines Erachtens zur *Ermächtigung* der einzelnen Beteiligten bei. So entstand ein Gefühl des Sich-Trauens, sich in dem sozialpolitischen Raum der Assoziation zu bewegen, zumal die Anwesenden den Treffen nicht als Repräsentant*Innen einer Gruppe beiwohnten und sie so nicht auf die rückendeckende Sicherheit einer formalen Funktionsträgerschaft zurückgreifen konnten. Die stetige Zusammenarbeit zeichnete sich aber auch durch eine spezifische *Vormachtstellung* der konzeptuellen Tätigkeiten gegenüber den Reproduktions- und Organisationstätigkeiten aus, die zeitweise die Arbeitsteilung innerhalb der Assoziation – durch die schon oben angesprochene Häufigkeit von Redebeiträgen und das Einbringen von konzeptionellen Ideen – dominierte. Trotz oder vielleicht gerade wegen der dominanten Persönlichkeiten *vieler* Beteiligter konnten sich eindeutige Führungspositionen nicht entfalten. Performative Fehlauftritte wurden meist mit humorvoller Strenge eingeschränkt oder auch durch Streit in der Gesellschaft der regelmäßig Anwesenden zurechtgerückt. Eine damit einhergehende Politik der Fürsorge füreinander entstand eher informell in variierenden Konstellationen durch situative Solidarisierungsbekundungen, welche bedingt durch das Sensibilisierungsvermögen von einzelnen Teilnehmer*Innen gegenüber subtilen Dominanzverhältnissen entstanden.

Das Anwenden von Kommunikations- und Moderationstechniken bei spannungsgeladenen Umgangsweisen untereinander kam kontrovers bei den Beteiligten an: Einerseits wurde durch diese eine asymmetrische Beteiligung austariert und eine geeignete Atmosphäre zur Teilnahme geschaffen, in der sonst zu kurz kommende oder gar nicht geäußerte Beiträge Raum bekamen. Die moderierende Haltung hatte so den Vorteil, alle Beteiligte in den Prozess einzubeziehen. Ein zeitaufwendiges Verweilen, beispielweise beim Konzipieren einer Aktion über mehrere Versammlungstermine, konnte jedoch durchaus auch nervenraubend sein. Harsche Töne blieben in solchen Zusammenkünften nicht aus. Gerade bei Streitgesprächen oder faden Treffen zeigte sich das Ausdauervermögen der Einzelnen, das sich zwischen den folgenden Extrempositionen bewegte: Einerseits bestand der Anspruch an demokratisch transparente Kommunikationsstrukturen. Andererseits wurde die Spontanität im Handeln verteidigt, nach dem Motto „Sei dein*E eigene*R chairwo*man“, die aus dem Unbehagen gegenüber parteiförmiger Disziplinierung und Kontrolle von sozialem Verhalten resultierte. Eingebrachte Gesprächsstrukturierungen wurden auch mit der Begründung zurückgewiesen, dass sie Konflikte

frühzeitig neutralisierten.⁷⁹ Denn im konfliktorientierten Beharren auf Dissens bestehe der Vorteil darin, dass Situationen zugespitzt und dadurch das Treffen von Entscheidungen notwendig werde, zumal Meinungsunterschiede nicht einfach auf Missverständnissen beruhen müssten, sondern auf unterschiedliche Interessenslagen verweisen könnten. Der Zusammenhalt der losen Verbundenheit wurde in solchen Momenten durch die Bereitwilligkeit aktualisiert, jedes Mal von neuem die nötige Aushandlungsarbeit auf sich zu nehmen. Ein derartig offener Prozess erfordere, so ein Konsortium in einem informellen Gespräch, „soziale Neugier“ als auch die Bereitschaft Neues zu lernen, sich selbst zu verändern, immer wieder die nötige Unvoreingenommenheit aufzubringen und sich auf Konstellationen *unberechenbarer Multiperspektivität* einzulassen.

Doch welches Verständnis von Macht wohnt diesen verbindenden situativen Arrangements inne? Bruno Latour spezifiziert, dass „Macht hier und jetzt zusammengesetzt wird, indem viele Akteure in ein gegebenes politisches oder soziales Schema eingebunden werden“ (Latour 2006b: 195). Macht scheint nicht etwas zu sein, „das man besitzen kann“, sondern könne eher durch eine Handlungskette ausgelöst werden (ebd.). Diesem Machtmodell der Übersetzung zufolge „liegt die Verbreitung aller Elemente in Raum und Zeit (Ansprüche, Anordnungen, Artefakte, Güter) in den Händen von Personen“ (ebd.: 198). Die Akteur*Innen können in ihrem verschiedenartigen Handeln „den Token fallenlassen, ihn modifizieren, ablehnen oder betrügen, ihm etwas hinzufügen oder ihn sich aneignen“ (ebd.). Bei ihrer Verlagerung spiele die „Initialkraft“ keine wichtigere Rolle als andere Kräfte, denn „gleichgültig, was vorher geschehen ist, kann sie abhängig von der nächsten Person in der Kette jederzeit aufhören“ (ebd.: 199). Diese „kontinuierliche Transformation“ erfordere also eine Kette aktiver Akteur*Innen – keiner Vermittler*Innen –, die diese Elemente der Reihe nach projektbezogen umformen. So findet aus der Sicht einer „performativen“ Definition von Gesellschaft eine Verschiebung statt, indem die Frage „Was verbindet uns?“ eben nicht prinzipiell, sondern in der Praxis beantwortet wird: „[J]edes Mal, wenn jemand diese Frage stellt, wird eine neue Assoziation hergestellt, die uns tatsächlich verbindet“ (ebd.: 205). Das produktive Miteinander in *LUX & Konsorten* zeichnete sich somit durch informelle Machtverhältnisse aus, in denen Impulsivität und Kreativität mittels austarierender Taktiken⁸⁰ in den Begegnungen ausgelebt wurden. Die

⁷⁹ Das Nicht-Aufgehen der angewendeten Kommunikationstechniken kam auch zu Beginn der Genossenschaftsarbeit erneut zum Ausdruck, als in den Vorstands- und Aufsichtsratssitzungen einer Moderation, die gegen das gewohnte zeitliche Ausufern der inhaltlich überfüllten Treffen wirken sollte, mit Äußerungen wie „machst du Behörde“ begegnet wurde.

⁸⁰ Michel de Certeau versteht unter „Taktik“ ein „Kalkül“ das „nur den Ort des Anderen“ hat, in den eindringt „ohne ihn vollständig erfassen zu können und ohne ihn auf Distanz halten zu können“ (de Certeau 1988: 23) Die Taktik „ist immer darauf aus, ihren Vorteil ‚im Fluge zu erfassen‘. Was sie gewinnt, bewahrt sie nicht. Sie muß

Grenze eines solchen Umgangs mit Konflikten und Ungleichgewichten (zum Beispiel in der Frequenz und dem Einfluss von Redebeiträgen) wurde wiederum erreicht, wenn der gemeinsame Arbeitsfluss durch unterschiedliche Erfahrungskapazitäten aus kollektiven Zusammenhängen blockiert und eine ungleich verteilte Durchsetzungskraft nicht zufriedenstellend durch Mitstreiter*Innen ausgeglichen wurde. Die Teilhabe in der Assoziation charakterisierte somit eine affirmative Haltung zur Vielheit und die Erfindung von überbrückenden Schnittstellen in einem heterogenen Ensemble. Die konkreten raumzeitlichen Begegnungen erforderten zusammenfassend ein hohes Maß an Durchhaltevermögen, Konfliktbereitschaft, eine anpackende Art, Bereitschaft sich Zeit zu nehmen sowie Interesse an der Kombination unterschiedlicher Arbeitsweisen. Eine Menge verschiedener Arten von Aufregung schien konkret durch das gesellige Miteinander beim Klönen und Trinken am Tresen des Clubs vor und nach den Treffen aufgefangen zu werden. Die Verbundenheit der Consort*Innen wurde jedoch, so meine These, verstärkt über das *stete In-Aktion-Treten* hergestellt, wie auch die folgende Episode bekräftigt: Ich erinnere mich, wie an einem der wöchentlichen Treffen in der Spätphase von *LUX & Consorten* ein Consorte nach langwierigem Diskussionsprozess über die weitere Orientierung der Assoziation zunehmend nervöser wurde und schließlich meinte, dass es ihm mal wieder in den Fingern jucke, praktisch tätig zu werden. Momente der Verbindung zeichneten sich somit in der Initiative *LUX & Consorten* einerseits durch ein „Beziehungsgeflecht des Vertrauens sowie einer auch anstrengenden Nähe aus, in denen sich lustvolle wie auch angespannte Stimmungen“ zeigen konnten (Panagiotidis 2012: 176). Vor allem war es jedoch andererseits gerade auch die Lust an der Organisation und Durchführung der temporären Besetzungen im öffentlichen Raum, die zu „Unterbrechungen der öffentlichen Abläufe repräsentativer Politik“ führten, die der Assoziation der Vielen immer wieder aufs Neue ihre Konsistenz verlieh (ebd.).

6.2 Genossenschaft *flux eG* als Organisation der Selbstverwaltung

Der implizite Verweis auf die Selbstverwaltung, der schon in dem Motto der Assoziation *Günstiger Gewerberaum selbstgemacht* auftauchte, zeichnete sich zu Zeiten von *LUX & Consorten* noch durch einen appellativen, in der Zukunft einzulösenden Charakter aus. Drei Jahre später nahm er jedoch mit der Gründung der Genossenschaft *flux eG* praktische Form an. Der

andauernd mit den Ereignissen spielen, um ‚günstige Gelegenheiten‘ daraus zu machen“ (ebd.: 23).

Aspekt der Selbstverwaltung stellt meines Erachtens das Herzstück und zugleich eine produktive Herausforderung für die Genossenschaft dar. Dieser Zentralität der Selbstverwaltung widersprach jedoch ein Mitstreiter und Vorstandskollege der Genossenschaft beim letztmaligen *LUX & Konsorten*-Treffen – das längere Zeit nach der Genossenschaftsgründung stattfand –, denn für ihn hatte der Kauf des Gebäudes Vorrang. Die Entscheidung zu kaufen, bringe die Genoss*Innen in die Lage „eine eigene Agenda“ zu fahren und sich den Vorgaben der Stadt nicht zu unterwerfen. Dem stimme ich unter folgender Spezifizierung zu, da die damals priorisierte Aufgabe zu kaufen mit einer nur *bedingten* Unabhängigkeit vollzogen wurde: Die Genoss*Innen hatten, wie schon dargestellt, nach den langwierigen und zähen Auseinandersetzungen, an denen auch ich teilnahm, die als Zumutung empfundene Möglichkeit der Einmischung seitens der Kulturbehörde beim Kaufvertrag mit der dreißigjährigen Nutzungsbindung für künstlerische und kreativwirtschaftliche Zwecke (vgl. Kap. 4.4), wenn auch widerwillig, akzeptiert. Darüber hinaus hatte die parallel zu den Kaufverhandlungen begonnene Arbeit am Aufbau der Selbstverwaltung die „eigene Agenda“ gerade erst konzeptionell mit Leben gefüllt und dies kam auch den Kaufverhandlungen zugute. Der den Kauf favorisierende Blick stellt somit für mich die notwendige, jedoch nicht hinreichende Bedingung für das selbstgestaltete genossenschaftliche Projekt dar. An der Art der generierten Selbstverwaltung wird sich meiner Ansicht nach auch der politische Charakter des genossenschaftlich betriebenen Gewerbehofes der Selbstständigen messen lassen müssen, wenn dieser nicht nur ein Produktionsort mit günstigen Mieten werden soll.

Die Fusion: Gründung der Genossenschaft

Die Implementierung einer selbstverwalteten Arbeitsweise begann recht früh, zu Beginn der Fusion der Kleingewerbeinitiative *LUX & Konsorten* und des *Frappant-Vereines*, und vor dem Hintergrund der geschilderten Bewegungsgeschichte der Akteur*Innen (vgl. Kap. 1). Die Vorarbeit zur Genossenschaftsgründung begann Anfang 2013 mit einer Reihe von in der Folge regelmäßig getakteten, selbstorganisierten Arbeitstreffen. Diese Versammlungen waren offen für alle Interessierten der beiden Zusammenschlüsse, sowohl vor als auch nach der Genossenschaftsgründung. Nach der Gründung fanden sie zusätzlich zu den üblichen Gremiensitzungen statt und hatten das Ziel, den Fusionsprozess transparent zu machen und eine *direkte Teilhabe* für alle zu ermöglichen. Ein schematischer Einblick in die enorme ehrenamtlich geleistete Arbeit bis zum Vereinigungsprozess wurde in einem Dokument festgehalten, das ich im Rahmen meiner Vorstandstätigkeit in der Genossenschaft für die Kulturbehörde

anfertiigte. Darin wurde stichwortartig der Konstitutionsprozess der Genossenschaft ausgeführt, nachdem von der Kulturbehörde in einem der Kaufverhandlungsgespräche die Sorge formuliert worden war, dass der *Frappant-Verein* von der Gewerbeinitiative dominiert werde: Künstler hätten, so die Vertreter*Innen der Kulturbehörde, nicht genügend Raum in der zukünftigen Produktionsstätte bekommen. Auch wenn die Kulturbehörde eine namentlich geführte quantitative Auflistung der vorhandenen Gewerbe in der Genossenschaft zu Kontrollzwecken der Nutzungsbindung anstrebte, finde ich es nach wie vor wichtig, den qualitativen Prozess des Zusammenwachsens zu betrachten, der den Aufbau der Selbstverwaltung in die Wege leitete.

Das erste Kennenlertreffen zwischen *Frappant e.V.* und *LUX & Konsorten* fand Mitte Februar 2013 statt. Ende März stellten sich die Konsort*Innen bei der Mitgliederversammlung des *Frappant-Vereines* als möglicher Partner für den Kauf der ehemaligen Kaserne vor. Im Juni 2013 fand ein gemeinsamer Workshop zur Entwicklung des Fahrplanes für den Kauf statt. In diesem Rahmen wurden ein Konzept zur Verwaltungsstruktur und Finanzierung, Auswahlgespräche mit Banken zur Regelung der Finanzierung des Projektes sowie ein Gesprächsplan mit der Stadt erarbeitet. Schließlich wurde ein Zeitplan des Prozesses erstellt, der sich auf das Thema der Genossenschaftsgründung fokussierte. Nach langwierigen Überlegungen überwog nämlich die Option, sich zu einer Genossenschaft statt zu der im *Miethäuser Syndikat* bevorzugt gewählten Form der Gesellschaft mit *beschränkter* Haftung (GmbH) (vgl. Kap. 1.2) zusammenzuschließen. Die Präferenz wurde durch die Idee einer „demokratischen Form der Kapitalgesellschaft in einer Gesellschaft, die auf Privateigentum basiert“ begründet, so der kommunistische Buchhalter und Vorstandsmitglied.⁸¹ Darüber hinaus würde die Form der Genossenschaft eine „stabile dauerhafte Struktur mit Satzung“ schaffen, die „über die Gründergeneration hinaus Verbindlichkeit“ bei den freiheitsorientierten Selbstständigen erzeugen könne. Wichtig seien bei der Genossenschaftsform auch die „Übernahme von Verantwortung und wirtschaftlichem Risiko“ sowie „die Selbstverwaltung als Einüben sozialer Praktiken“ in dem Vorhaben der „kommunalen Re- und Neuorganisation“. Mitte August folgte schließlich ein erneuter Workshop zur Vorbereitung der Genossenschaftsgründung sowie zur Ausarbeitung eines Baumaßnahme- und Finanzierungsplanes. Darüber hinaus wurde von einer Gruppe, an der ich auch teilnahm, ein Fragebogen zur internen Bedarfsermittlung der Raumwünsche und der Bereitschaft zur Selbstverwaltungsarbeit erstellt. Dieser wurde Anfang

⁸¹ Diese und folgende Äußerungen stammen aus unveröffentlichten Vortrags-Notizen, die mir der Ex-*LUX*-Konsorte und nun Vorstandskollege zu Verfügung stellte. Er präsentierte das Genossenschaftsprojekt auf der Veranstaltung „BUEN VIVIR: „Was ist das Leben wert?“, die Juni 2015 vom Goethe-Institut in Barcelona organisiert wurde. http://www.goethe.de/ins/es/de/bar/ver.cfm?fuseaction=events.detail&event_id=20480665 [20.01.2019]

Herbst 2013 sowohl von den *Frappant*-Vereinsmitgliedern als auch von jenen Konsort*Innen, die Interesse an einen Arbeitsraum in der zukünftigen Produktionsstätte hatten, ausgefüllt. Die Auswertung dieser Mini-Wunschproduktion führte ich durch und stellte sie zwei Monate später in einem Plenum den zukünftigen Genoss*Innen vor. Anfang September holten zudem Engagierte beider Zusammenschlüsse Informationen vom Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK) ein, um die Gründung der Genossenschaft in die Wege zu leiten. In der darauffolgenden Woche fand ein Informationstreffen statt, bei dem die Ergebnisse aus der ZdK-Beratung und ein Satzungsentwurf vorgestellt wurden. Parallel zu dieser formalen Prozedur wurde eine „Soliparty“ als praktische Kennenlern- und Austauschmöglichkeit zwischen *Frappant*-Mitgliedern und *LUX*-Konsort*Innen organisiert. Anfang Oktober fand ein aufregendes und fraktionsgeladenes Treffen zur Namensfindung der Genossenschaft statt. Die Mehrheit votierte schließlich für den Kompromiss,⁸² den *Frappant-Verein* und die Assoziation *LUX & Konsorten* namentlich zur *flux eG* zusammenzuführen. Am 14.10.2013 fand schließlich die Gründungsversammlung und erste Generalversammlung der *flux eG* i.G. mit knapp über 100 Mitgliedern statt.

Aufbau der Selbstverwaltung

In dem folgenden halben Jahr fanden monatlich zwei „Aktivenplen“ statt. Dort wurden die gemeinsame Arbeitsweise besprochen und Arbeitsgruppen (AG) gegründet, die parallel zu den formalen Gremientreffen im Vorstand und Aufsichtsrat als auch den Generalversammlungen aktiv waren. Die Arbeitsgruppen erarbeiteten bestimmte Inhalte, die im größeren Mitgliederkreis in den „Aktivenplen“ eingebracht und diskutiert wurden. Das Feedback nahmen die Arbeitsgruppen mit und überarbeiteten ihre Produkte, bis diese beschlussreif zur Abstimmung in den Generalversammlungen eingebracht oder dem Vorstand vorgelegt wurden. Die

⁸² In einer ersten Versammlung der Genossenschaft in Gründung am 15.09.2013 hatten beim Meinungsbild weniger als die Hälfte der Anwesenden votiert und mir schien das Verfahren einer Abstimmung nicht richtig produktiv für eine Namensfindung zu sein. So erlaubte ich mir, alle Vorschläge für das folgende Treffen am 06.10.2013 zu gruppieren und erneut darzustellen, in der Hoffnung, dass sich ein Name für die Genossenschaft finden würde, den man gut aussprechen und der ein gutes Logo abgeben kann. Die gruppierten Vorschläge lauteten wie folgt:

- Wortspiele oder programmatische Namen:

„Platzhalter eG“ (PeG) / „deCentrale eG“ oder „deZentrale eG“ / „Raumnahme eG“ (ReG) / „Communale eG“ (CeG) / „Agentur für Ausgleich eG“ / „Platzbesetzer eG“ (PeG) / „Kommune 2.0 eG“;

- identitäre, standortbezogene Namen:

„FUXX eG“ oder „FLUX eG“ / „Viktoria eG“ (VeG) / „Viktoria und Konsorten eG“ / „Viky eG“ (VeG) / „Viktorias Komplizen eG“ / „K.L.F eG“ [d.h. Kommunale.Lux.Frappant];

- Sprüche, Fiktion-Namen:

„Hans Dampf eG“ / „Auf zur Sonne eG“ / „Haus Nomi eG“ / „Raumpatrouille eG“ (ReG) / „Raumsonde eG“ (ReG).

Arbeitsgruppen und „Aktivenplenen“ sind als *basisdemokratische Plattformen* eingeführt worden, um vielen Genoss*Innen Einfluss auf die Gestaltung der Genossenschaft zu gewähren. Diese *informellen* Arbeitsebenen sollten der durch die Genossenschaftssatzung vorgegebenen formalen Hierarchie mit einem alles entscheidenden Vorstand entgegenwirken. Die in *LUX & Konsorten* dominierende Arbeitsweise der Teilhabe durch Engagement der überschaubaren Menge an Teilnehmer*Innen setzte sich somit in einem fast zehnmal größeren Mitgliederkreis fort – nun aber innerhalb eines von der Genossenschaftsform gesetzten Rahmens –, in dem das Teilhaberecht durch die formale Mitgliedschaft, die Satzung und durch Wahlen geregelt wurde.

Einen inhaltlichen Einblick in diese Arbeitsweise verdeutlicht die folgende Grafik zu Organisations- und Arbeitsmodi der *flux eG*. Dieses fertigte ich in Rücksprache mit einigen Genoss*Innen im Dezember 2014 nach den so gut wie abgeschlossenen Kaufverhandlungen an, um an diesem Wendepunkt eine Diskussion zur Umstrukturierung der weiteren selbstverwalteten Arbeit zu initiieren.

email-Verteiler über **hostsharing eG** <https://www.hostsharing.net/>
Kontakt auf fux-website: info@fux-eg.org
Kontakt für fux eG-Mitgliedschaft: mitmachen@fux-eg.org

Ehrenamtliche und **fux^{eG}** 
 professionalisierte
 ORGANISATIONS- UND ARBEITSMODI

AG Selbstverwaltung (AG SV) agsv@fux-eg.org

- * AG Sprechstunde (ab 10/2014)
- * Raumplanung und Organisierung des Quartierbildungs-Prozesses
- * fux-“Generalsekretariat“-Organisationserhaltung
- * Entwicklung von fux Aufnahme-Kriterien und Datenvorbereitung für fuxMitglieder-Aufnahmeprozess
- * Entwicklung Mietfaktorenkalkulationsmodell
- * Vertragsentwicklung
- * Daten-Überblick (fux-Zusammensetzung etc.) und support an Behörden (bei Verhandlungen)

Jour fux (für alle fuxe)

monatliches Synchronisations-Treffen
zwischen AG_SV und AG BAU

Workshops (für alle fuxe)

(Fahrplan, Kaufprojektgründung, Namensfindung dereG, Quartier-Bildungsprozess / Raumbellegung/

Aktivenplena fux eG i. G. (10/2013-09/2014)

Regelmäßige
Versammlungen zur
Information und
Synchronisierung der
verschiedenen AG-
Aktivitäten

Quartier-Versammlungen (ab 12/2014)

* Quartierbildungsprozess.
Quartier-Vertreter*Innen,
die bei Q-Versammlungen
teilnehmen, um fux-
Informationen zu
bekommen, Anliegen zu
besprechen...

Generalversammlung fux eG
Mitbestimmung der Genoss*Innen
mitglieder@fux-eg.org

AG BAU bau@fux-eg.org

- * Gespräche mit Architekten
- * Sanierungsplan
- * Umbaumaßnahmen (auch in Zusammenarbeit mit AGSV Raumbellegung)
- * Energieträger
- * Kooperation mit Behörden (Denkmalschutz, Bauprüfamt, KB, Bezirksamt)

Vorstand fux eG vorstand@fux-eg.org

6 Mitglieder (3 frappant & 3 LUXe)
Rechtliche Verantwortungs
und Entscheidungsinstanz inkl. des
administrativen und operativen Geschäftes

- * Vertragsabschlüsse
- * Verhandlungen mit der Stadt mit anderen fuxen
- * Aufnahme-Entscheidungen

AG KOMMINTERN Kommunikationsplattform „Atrium“ (10/13-09/14)

Neue Lösung für eine fux-
Kommunikation

AG Akquise

- * anstehende Broschüre
- * fux Präsentationsevents zur Akquise
- * Werbung, Nachbarschaftsgespräche

Finanzen

- * Wirtschaftlichkeit, Liquidität, Finanzierung
- * Kreditwesen (1-1 Gespräche, Banken-Gespräche)
- * Fördertöpfe

Fux-Generalsekretariat

vom Vorstand beauftragte
administrative und operative Tätigkeiten
~ 2 halbe Stellen auf Honorarbasis (aktuell)
~ p99 (extern): Mietmanagement, lfd. Buchhaltung?

- * Genossenschaftsgründung/-prüfung
- * interne Kommunikation /Newsletter
- * Rechnungswesen / * Mietverträge
- * technische Leitungsaufgaben
- * Archivierung (Unterlagen der Geschäftstätigkeiten)

* Repräsentation

- * Berichterstattung
- * Gremienarbeit-
Dokumentation

Aufsichtsrat fux eG

aufsichtsrat@fux-eg.org
6 Mitglieder (3 frappant & 3 LUXe)

- * Konfliktmanagement
- * Beratende Unterstützung des Vorstandes (Expertise, Kontrolle)
- * Repräsentation
- * Berichterstattung
- * Gremiendokumentation

Netzwerken...

- * institutionelle Arbeit
- * Gremienarbeit
- * Projektkooperationen

- * RaS
- * Kunst & Kultur
- * Energie
- * Stadtteil

AG Design

- * logo
- * Website
- * Formular
vorlagen

In der ersten Phase der Genossenschaftsarbeit haben vor allem zwei offene Arbeitsgruppen viel Vorarbeit geleistet: Die „AG Selbstverwaltung“ (AG SV) und die Baugruppe-AG (AG BAU). Die AG SV, an der auch ich teilnahm, beschäftigte sich sowohl in Einzelgesprächen mit Mitgliedern als auch in größeren Versammlungen mit der „zukünftigen Raumplanung“. In mehreren Sitzungen und Rücksprachen mit den Aktivenplenen wurde zudem ein „Mietfaktorenmodell“ erarbeitet, welches im Folgenden näher erläutert wird. Eine weitere Aufgabe der AG SV bestand in der Entwicklung der Auswahlkriterien für die Aufnahme neuer Genossenschaftsmitglieder und einer Visualisierung der zukünftig gewünschten Zusammensetzung der Genossenschaft. Letzterer Punkt wurde in der Generalversammlung im September 2014 bis auf Weiteres vertagt, weil die Genoss*Innen sich uneinig darüber waren und erneut über den Sinn eines festgeschriebenen Mitglieder-Profiles der Genossenschaft diskutieren wollten. Die AG BAU führte diverse Gespräche mit Behörden (Bauprüfamt, Denkmalschutzamt, Bezirksamt, Kulturbehörde) und schaute sich nach verschiedenen Architekt*Innen-Büros um, die den Bauvorbescheidsantrag für das zu sanierende ehemalige Kasernengebäude erstellen sollten. Die beiden Arbeitsgruppen waren hauptsächlich bis Anfang 2015 aktiv. Wie aus dem Organigramm ersichtlich wird, gab es darüber hinaus eine „AG Design“, in der die Logos und Formulare für den Schriftverkehr der Genossenschaft entstanden. Auch eine Webseite der Genossenschaft wurde unentgeltlich von einem Genossenschaftsmitglied erarbeitet und in der AG Design weiterentwickelt. Die „AG Akquise“ erstellte eine Broschüre zur Anwerbung investierender Genoss*Innen, die private Darlehen und Kredite für den Kaufpreis und die weiteren Kosten der Genossenschaft geben würden. Aus diesem Kreis formierte sich auch eine Öffentlichkeitsgruppe, die die erste Pressekonferenz am 15.02.2015 nach dem Kauf vorbereitete. Die „AG Finanzen“ bestand anfangs überwiegend aus einem Vorstandsmitglied und einer ausgebildeten Betriebswirtin, die bis jetzt als Honorarkraft für die Genossenschaft arbeitet und die den Wirtschaftsplan erstellte. Später, während des fortgeschrittenen Sanierungsprozesses, wurde eine „BauKostenControlling“-Gruppe eingerichtet, in der zwei Vorstände, Mitglieder des Aufsichtsrates und der Baugruppe sowie die später angestellte Verwaltungskraft und eine Gebäude-Verwaltungsgesellschaft,⁸³ die Baukosten für die Sanierung regelmäßig verfolgen. Die „AG KOMINTERN“ beschäftigt sich bis heute mit der Entwicklung einer angemessenen Online-Kommunikationsplattform – zeitweilig auch beraten durch den *Chaos*

⁸³ In der *flux eG* wurde von Beginn an die Entscheidung getroffen, die Buchführung und Mitgliederverwaltung an eine externe, aber für politische Selbstverwaltungsprojekte affine Gebäude-Verwaltungsgesellschaft abzugeben.

Computer Club, der ebenfalls in der *flux eG* untergekommen ist –, um zum Beispiel anhand eines Wiki⁸⁴ eine Dokumentations- und Austauschplattform für die Mitglieder zu schaffen.

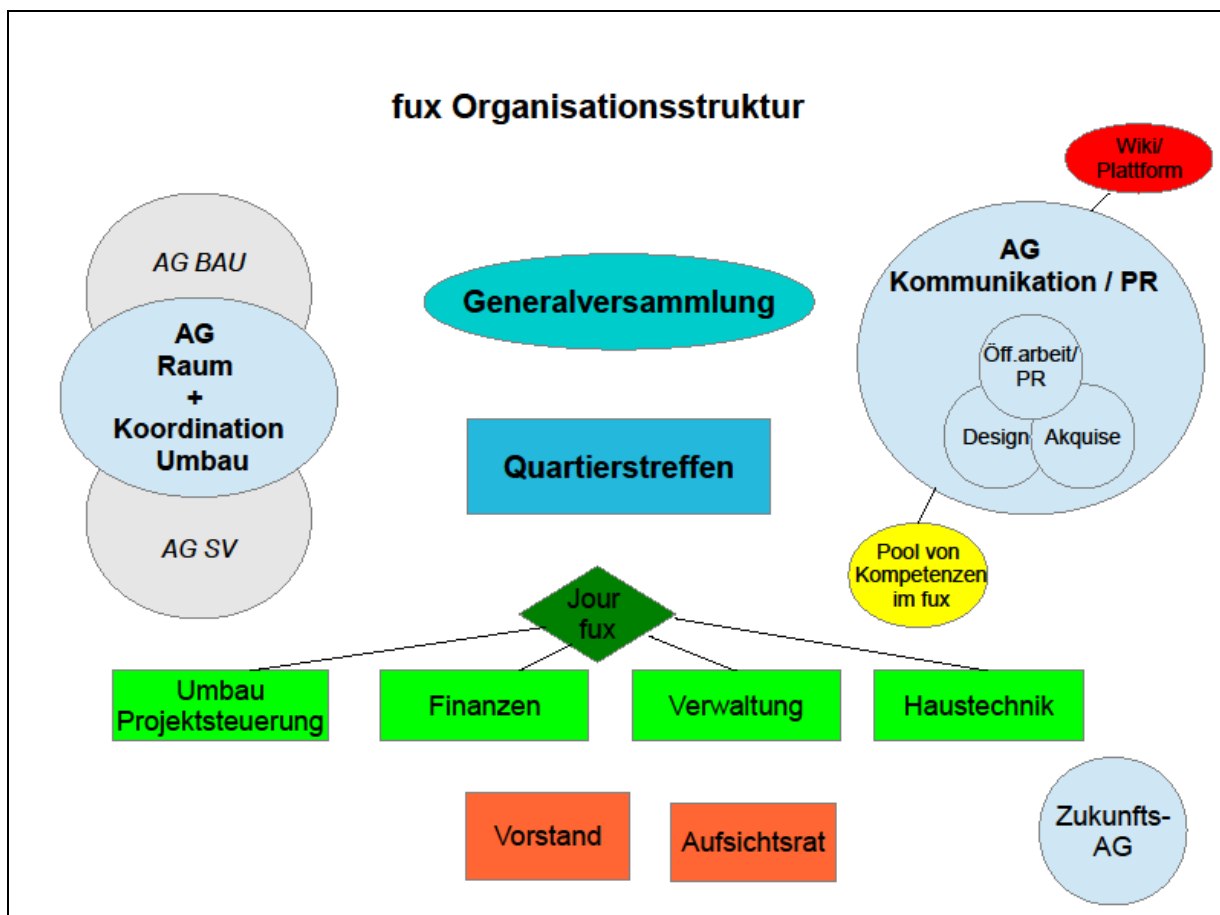
Das in die Arbeitsgruppen eingeflossene Engagement diente hauptsächlich dazu, Vorlagen und Entscheidungsgrundlagen für die Gremien vorzubereiten und vorzuschlagen. Ein sensibles Vorgehen, das, wenn das jeweilige Vorschlagsrecht nicht in der eingebrachten Form von den Gremien positiv beschieden wurde, Unmut und Kritik hervorrief. Hier zeigte sich eine Grenze zur bisherigen Arbeitsweise des losen Zusammenhanges in der Assoziation *LUX & Konsorten*, welche nun in die formalisierte Form der Genossenschaft einfluss. Solche Sackgassen kommentierte ein Konsorte mit folgender Äußerung: „Innerhalb der Organisation arbeiten wir wie in einem Netzwerk und stoßen aber auch an Grenzen des Normativen“. Während also die Arbeit in *LUX & Konsorten* durch eine freiwillige, nicht auf Gleichheit setzende Teilhabe erfolgte, musste nun in der Genossenschaft eine differenzierte Vorgehensweise, dem Grundsatz der Gleichbehandlung entsprechend, etabliert werden. Demnach müsste bei Einführung eines Verteilungsmodelles, in dem nicht jede*r gleichbehandelt wird, genau nachvollziehbar sein, nach welchen Kriterien die unterschiedliche Behandlung legitimiert wird. Die Einführung des „Mietfaktorenmodelles“ stellt ein solches explizit politisches Verteilungsmodell dar, das in der *flux eG* entwickelt wurde. Diesem zufolge wurden unterschiedliche Arbeitsräume in dem ehemaligen Kasernengebäude mit verschiedenen sogenannten „Mietfaktoren“ bewertet. Die zugrunde liegende Idee war, jeder Unternehmung ihren notwendigen Bedarfen entsprechend eine relativ günstige Miete zu gewähren: Büros mit einem Computerarbeitsplatz, die mit weniger Raum auskämen, sollten mit einem höheren Faktor berechnet werden als Gewerke, die viel Platz zum Arbeiten benötigen. Beispielweise sollten Ateliers, in denen große Bilder gemalt werden, oder Werkstätten, die eine große Werkbank brauchen, mit einem geringeren Faktor bemessen werden. Dadurch würde es sich die Genossenschaft in der Gesamtrechnung auch leisten, Solidarräumen, wie etwa Ausstellungsflächen oder einem Umsonstladen, mit deutlich geringerer Kostenmiete entgegenzukommen. Der schon in *LUX & Konsorten* formulierte soziale Anspruch der „sozialen Barrierefreiheit“ (vgl. Kap. 4.2), also die Zugänglichkeit zu günstigem, zentral gelegenem Gewerberaum, drückte sich in dem Mietfaktorenmodell der *flux eG* durch folgende Orientierungskriterien aus: Das „Solidarprinzip der Raumproduktivität“, das sich in der Frage zuspitzte: „Welche Raumgröße brauche ich, um mein Gewerbe ausführen zu können?“ Demnach entspricht ein hoher Raumbedarf einem

⁸⁴ <https://wiki.espresto.de/ueber-wikis/wiki-definition/> [20.1.2019]

niedrigeren Quadratmeterpreis und umgekehrt ein geringer Raumbedarf einem höheren Quadratmeterpreis, so dass beide Nutzungsarten in der Summe gerechnet (Quadratmeter mal Faktorpreis) mit geringen Raumausgaben kalkulieren. Die begrenzt vorhandene Nutzfläche führte zudem zum „Leitmotiv der Raumverdichtung“, wonach die Räume durch mehrere Arbeitsplätze zu verdichten sind, um den vorhandenen Raum der größtmöglichen Menge an Personen zugänglich zu machen. Gleichzeitig wurde eine Minimierung der sogenannten „unproduktiven“ Lagerflächen verfolgt, welche, versehen mit einem hohen Quadratmeterpreis, weniger attraktiv als Nutzflächen sein sollten. Die im Mietfaktorenmodell implizierte Logik der erzielten Solidarität durch unterschiedliche Mietpreise sorgte bereits bei seiner Entwicklung immer wieder für harte Definitionskämpfe unter den Genoss*Innen und musste sich oft gegen eine eingebrachte Logik der Gerechtigkeit auf Basis einer Gleichverteilung behaupten: Die mühsame und manchmal undurchsichtige Anwendung der Kriterien auf die jeweiligen Nutzungen brachte immer wieder Genoss*Innen dazu, einen gleichen Mietpreis für alle – unter Berücksichtigung von Ausnahmen für Einzelne, die sich den daraus entstehenden Mietpreis nicht leisten könnten – zu fordern. Der auch meines Erachtens zu kritisierende Punkt in dieser Logik lag jedoch genau in dem zu installierenden Überprüfungsprozedere dieser Ausnahmeregelungen. So wurde gegen die Gleichheitsmiete ein Argument eingebracht, welches ich unterstützte, dass nämlich keine bürokratische Kontrolle in der *flux eG* eingeführt werden sollte, die letztlich von jedem Mitglied regelmäßig eine Einnahme- und Vermögensauskunft einfordern müsste, um die entsprechende Mietpreismäßigung festzulegen. Ein weiterer Vorteil bei dem schließlich eingeführten Mietfaktorenmodell besteht darin, dass dadurch die Miete für etliche Mitglieder immer noch geringer ausfällt als bei einer Gleichheitsmiete. Die Diskussion über eine aktuell aufgegriffene Überarbeitung zur Verschlinkung des Mietfaktorenmodelles wird zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der vorliegenden Dissertation noch kontrovers diskutiert. Dabei steht aufgrund von Uneinigkeiten bezüglich der Reduktion der Mietfaktoren und der damit einhergehenden Neubewertung der Mietpreise für manche Genoss*Innen die Option einer Einführung einer Gleichheitsmiete erneut zur Debatte. Der Beschluss eines solchen Mietmodelles würde für mich eine politische Niederlage symbolisieren, da dadurch ein ausgefeiltes Instrument eines solidarischen Miteinanders aufgegeben werden würde.

Organisationsentwicklung

Nach der zuvor beschriebenen, intensiven und arbeitsgruppenorientierten Gründungsperiode der Genossenschaft begann ab Januar 2015 mit der Workshop-Reihe „Workshop: Organisieren, Arbeiten, Kommunizieren und Entscheiden in fux 2.0“ eine zweite Arbeitsphase. An diesen *internen Fortbildungen* nahmen in einer Runde von circa 15-20 Personen Gremienmitglieder aus Vorstand und Aufsichtsrat, Genoss*Innen aus vorhandenen Arbeitsgruppen und bezahlte Honorarkräfte teil. Die Workshops wurden von zwei Genossinnen aus dem internationalen Bildungsträger unentgeltlich moderiert. Im ersten Workshop wurde unter anderem an dem folgenden, von den Moderatorinnen erstellten Organigramm gearbeitet.



Grafik 7: „fux Organisationsstruktur“, Januar 2015

Im Unterschied zu dem vorherigen Organigramm wird hier die Zusammenlegung der AG SV und AG Bau sichtbar. Zudem wurden in dieser Version die, durch eine differenzierte Visualisierung der „AG Kommunikation“ und der anvisierten bezahlten Stellen, geplanten Veränderungen aufgenommen (grüne Felder). Diese Stellen sollten für die nächsten sechs Monate teilweise intern durch Engagierte aus den Arbeitsgruppen besetzt werden. Die angestrebte be-

zahlte Verwaltungsstelle löste eine Reibung zwischen vier Ex-LUX-Konsort*Innen und späteren Gremienmitgliedern der Genossenschaft aus. Zwei der Beteiligten, darunter ich, sprachen sich bei der Einführung bezahlter Stellen für eine Differenzierung der auf das Rechnungswesen, die Mietverträge oder technisch bezogenen Aufgaben der Verwaltungsstelle von der konzeptionell weiter zu entwickelnden Form der Selbstverwaltung aus und plädierten dafür, für die administrativen Tätigkeiten der Verwaltung eine kaufmännische Kraft im Angestelltenverhältnis einzustellen. Die anderen beiden sprachen sich dafür aus, die Bereiche nicht zu trennen, weil diese nicht klar zu trennen wären. Somit sollten alle Aufgaben der (Selbst)Verwaltung durch ein Mitglied der AG SV entgeltlich übernommen werden. Der Dissens bzw. Disput spitzte sich zu, da, wie auch ich einwarf, eine Vermengung von bezahlter und ehrenamtlicher Arbeit stattfinden würde, mit dem Risiko, eine bisher gut funktionierende Zusammenarbeit unter den bisher vollständig ehrenamtlich tätigen Mitgliedern zu vergiften. Zudem merkte ich an, dass angesichts des anfallenden immensen Pensums an Verwaltungsarbeit keine Zeit bliebe, darüber zu reflektieren, welchen Anteil die selbstverwalteten Tätigkeiten ausmachen würden. Die Argumente fielen zu dem Zeitpunkt nicht auf fruchtbaren Boden. Eine Mitstreiterin der AG SV übernahm den Werkvertrag für die Verwaltungstätigkeiten unter der Bedingung, dass während des nächsten halben Jahres Ausschau gehalten nach zwei Angestellten werde, einer für die Projektleitung und einer eventuell externen Arbeitskraft für die verwaltungstechnische Administration. Der Entwicklungsprozess zu einem Mix aus bezahlter und ehrenamtlicher Arbeit und der Aufbau der inhaltlichen „Organisationsstruktur“ fand im weiteren Verlauf durch die von dem Moderationsteam des Bildungsträgers organisierten Workshops von Januar bis Mitte Juli 2015 statt.⁸⁵ Im letzten Workshop gab es u.a. eine Neujustierung der Vorstands- und Aufsichtsratsaufgaben, die ich insofern für relevant erachte, weil auch hier eine *Entgrenzungspraxis der Formalität* verhandelt wurde: In den ersten Jahren tagten die beiden Gremien der Genossenschaft, der Vorstand und der Aufsichtsrat, häufig gemeinsam. Dies widersprach den formalen Vorgaben und der klar von der Genossenschaftsform vorgegebenen Aufgabenteilung der Gremien. Dennoch wurde es in der Anfangsphase

⁸⁵ Hier erfolgt eine genaue, zeitliche und thematische Auflistung der stattgefunden internen Workshops:

- 23.01.2015: Workshop „Organisieren, Arbeiten, Kommunizieren und Entschieden in fux 2.0“ (1)
- 04.02.2015: Workshop „Organisieren, Arbeiten, Kommunizieren und Entschieden in fux 2.0“ (2)
- 11.03.2015: Einführung bezahlter Stellen (Bau-Projektsteuerung, Verwaltungstätigkeiten), Teil 1
- 18.03.2015: Einführung bezahlter Stellen (Bau-Projektsteuerung, Verwaltungstätigkeiten), Teil 2
- 08.07.2015: Inhalte und Funktion der Generalversammlung und der Quartierstreffen & Informationsweitergabe zu Bauvorhaben und Finanzierung
- 22.05.2015: Funktionsweise der fusionierten AG RaKoUm & Aufgaben des Vorstandes und des Aufsichtsrates.

von allen Gremienmitgliedern als sehr produktiv empfunden, die Geschäfte der Genossenschaft auf einer breiten Basis zu gestalten und voranzutreiben. In der folgenden Wahlperiode, nachdem inzwischen die Kaufverhandlungen für die ehemalige Kaserne abgeschlossen waren, wurde in den Reflexionsrunden unter den Gremienteilnehmer*Innen angesichts der anstehenden Neuwahlen der Gremien der Bedarf einer schärferen Konturierung des „prüfenden“ bzw. kritischen Blickes artikuliert. Die Aktualisierung und Klärung der unterschiedlichen Aufgaben von Vorstand und Aufsichtsrat wurden dann im Workshop gemeinsam mit den Gremienmitgliedern und den Mitgliedern der AGs erarbeitet und anschließend explizit vom teilweise neu aufgestellten und ausgerichteten Aufsichtsrat – der bis auf wenige gemeinsame Termine mit dem Vorstand nun alleine tagte – gut umgesetzt. Das Umgehen formaler Vorgaben erfolgte sogar oft unter Inkaufnahme zeitintensiver fallorientierter Aushandlungsprozesse in persönlichen Gesprächen mit den einzelnen Mitgliedern. Während die Teilnahme bei der Assoziation *LUX & Konsorten* nicht über formale Ein- und Ausschlusskriterien geregelt wurde, mussten in der Genossenschaft Mitglieder beispielweise bei Versäumnis der Zahlung ihrer Genossenschaftsanteile formal ausgeschlossen werden. Doch auch dort taten sich die Gremienmitglieder mit diesem Verfahren schwer. Lieber nahmen sie die Mehrarbeit in Kauf, sich informell mit den Betreffenden in Verbindung zu setzen. Erst bei mehrfachen Versäumnissen oder wenn die Personen nicht auf E-Mail-Benachrichtigungen und mehrmalige Gesuche reagierten, wurde eine formelle Mahnung verschickt. Daraufhin erfolgte meist eine Rückmeldung, die dann auch genutzt wurde, um in mehreren Gesprächen mit den Mitgliedern nach einer gangbaren Lösung zu suchen. Der formale Ausschluss aus der Genossenschaft stellte den allerletzten, unvermeidbaren Schritt dar. Dies blieb auch später noch der Fall, als das Verfahren teilweise formalisiert worden und die verschiedenen Schritte der Anmahnungspraxis vor dem Ausschluss festgelegt waren, damit alle nach dem gleichen Ausnahmeprozedere behandelt würden. Ein sehr schönes Zeichen für die ersehnte Informalität unter den Genossenschaftsmitgliedern stellt schließlich die Bewertung des „Versäumnisses“ eines Protokolles bei einer Quartiersversammlung dar, das von einem *Frappant*-Mitglied, das in der ersten Wahlperiode als *flux*-Vorstandsmitglied tätig war, damit kommentiert wurde, dass es auch mal gut sei beisammenzusitzen, ohne dass jemand gleich alles protokolliere.

Als letzten wichtigen Aspekt der implementierten Selbstverwaltung möchte ich die schon im ersten Organigramm beinhalteten „Quartier-Versammlungen“ hervorheben. Die damit einhergehende konzeptionelle Idee bestand darin, dass sich die zukünftig über 250 Mieter*Innen in dem ungefähr 7.800 Quadratmeter großen Gebäude in mehreren kleineren Quartiere auf jeder Etage zusammenfinden und die Verwaltungsabläufe in ihren Fluren gestalten: Konkret geht es

darum, beispielweise das Weiterleiten der gesammelten Miete an die Genossenschaft selbst zu organisieren oder in Abstimmung mit dem Vorstand über die Besetzung der Nachmieter*Innen in dem eigenen Quartier mitzuentcheiden. Diese Regelung zeigt erneut, dass der Vorstand zwar formal das geschäftsführende Organ blieb, jedoch mit der Bildung der Quartiers praktisch eine *dezentrale Selbstverwaltung* eingeführt wurde. Dieser strukturelle Eingriff in die Genossenschaftsform steht exemplarisch für die Einschränkung der Vormachtstellung des Vorstandes als einer Art „Regime“ – ein von einem Vorstandsmitglied eingebrachter Ausdruck, der innerhalb der Gremienarbeit immer vehement zurückgewiesen wurde. Entgegen einer üblichen Geschäftsführer*Innen-Tätigkeit fand in der Alltagspraxis der *flux eG* ein situatives Ausloten durch einen lösungsorientierten Umgang mit Problemen statt. Diese vorläufigen, manchmal durch Ressourcenknappheit eingeschränkten oder zeitverzögerten Antworten galten so lange, bis die Problematiken erneut auf die Tagesordnung gelangten und einer neuen Aushandlung bedurften. Unstimmigkeiten unter den Beteiligten wurden, wie auch zu *LUX & Konsorten*-Zeiten, im unsichtbaren Mikrogeflecht überwiegend informell ausgehandelt. Die „Aufgabe der Quartiere und Quartiertreffen“ und generell das erwünschte „Engagement in der Selbstverwaltung“, wurden auch explizit im ersten Teil der „Gemeinschafts- und Hausordnung von *flux eG*“ unter dem Punkt „Wie wir miteinander arbeiten und zusammen im *flux* sein wollen“ festgehalten (internes Dokument der *flux eG*). Die Formulierung der Hausordnung wurde durch die hohe Anzahl der inzwischen über 230 Genoss*Innen für notwendig erachtet, dennoch orientierte sich diese auf wenige abstrakte Werte, denn laut folgendem Ausschnitt aus der Hausordnung gilt: Konkrete Streitfälle „jeglicher Art werden bei *flux* - wenn möglich - zunächst im jeweiligen Quartier gelöst. Ist dies nicht möglich, wird die *flux* Schlichtungs-AG (awareness-group, Konflikt-AG) hinzugezogen, die mit den Konfliktbeteiligten Gespräche führt und einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen entwickelt“ (ebd.).

Diese ausschnittsweise Darstellung der Zusammenarbeit in der Genossenschaft markiert in wichtigen Teilen einen in Gang gesetzten Transformationsprozess. Die in der Assoziation *LUX & Konsorten* praktizierte Selbstorganisation wandelte sich in der *flux eG* zur Selbstverwaltung, welche mit unterschiedlichen Verbindlichkeitsbekenntnissen seitens der Beteiligten einherging. Den Unterschied brachte ein ehemaliges *LUX & Konsorten*- und jetziges Genossenschaftsmitglied bei dem letztmaligen *LUX & Konsorten*-Abendessen treffend auf den Punkt: Zu den *LUX & Konsorten*-Aktionen konnten Interessierte kommen und dann auch wieder gehen. Es handelte sich um einen kurzfristigen und punktuellen Einsatz. Das Genossenschaftsprojekt erfordere dagegen eine längerfristige, intensivere und verbindliche Einbindung,

die viel mehr Zeit kostet. Die experimentelle Phase der „Komposition“ der „immer noch flüssige[n], aber überschaubaren *Assoziation*“ (Laux 2014: 163, Herv. i. O.) scheint sich, in den Worten von Henning Laux, hin zum Ordnungsmechanismus der „Institutionalisierung“ zu verfestigen, der mit folgender Definition einhergeht: „Die unscharfe, unendliche, flimmernde und umstrittene *Assoziation* formiert sich nun zu einer klar definierten, endlichen, stabilen, einheitlichen und unbestreitbaren Black Box.“ (ebd.: 166, Herv. i. O.) Die strukturierende Form sei, so Laux weiter, „nicht länger variabel und umstritten, sondern klar bestimmt“, denn diese Formationen können sich „nur dann längerfristig etablieren [...] wenn es ihnen gelingt, eine Grenzpatrouille zu installieren, die »fremde« Elemente definiert und ausschließt“ (ebd.: 167). Die netzwerkartige *Assoziation* stabilisiere sich demnach zu einem scheinbar homogenen und klar unterscheidbaren Gebilde: „Die komplexe, vielschichtige und prekäre Textur des Netzwerks verschwindet hinter Ideologien, anonymen Codes, Routinen, Automatismen und Standards.“ (ebd.) Diesen Ausführungen folgend könnte ich konstatieren, dass die dargestellte Implementierung der Selbstverwaltung eher die *konstituierende* Phase der Genossenschaft darstellt, die auf einen sozialen Organisationsprozess einer politischen Matrix hinweist (vgl. Negri 1998, 2011). Damit wäre der *konstituierte* Punkt einer „funktionierenden Langeweile“, wie es der kommunistische Buchhalter und *flux eG*-Vorstandsmitglied formuliert, in der die Geschäfte und das Arbeiten in der *flux eG* routinemäßig ablaufen, (noch) nicht erreicht. Insofern würde ich im Kontext der aktuellen Phase der Genossenschaft anstelle des Begriffes der Institutionalisierung den der „instituierenden Praxis“ (Raunig 2008b) nutzen. Letztere entziehe sich, so Raunig, „von Anfang an auch der Strukturalisierung und Verschließung“ und wirke der Entwicklung einer Institution „im Sinne von konstituierter Macht“ entgegen (ebd.: 27). Der so verstandene Prozess der *Instituierung* rückt meines Erachtens auf eine angemessene Art die immense Arbeit der intensiven politischen Auseinandersetzungen in den Fokus, die in die Entwicklung der verschiedenen Instrumente zur Selbstverwaltung einfluss. Die herausgearbeiteten Aspekte des Implementierungsprozesses der Selbstverwaltung zeigen, welche konzeptionellen Weichen gestellt wurden, die nachhaltig gegen eine Homogenisierung, Standardisierung und Zurückweisung von Hierarchien wirken sollen. Die detaillierte Darstellung der Arbeitsweise in der *flux eG* erfolgte, damit der Prozess nachvollziehbar wird, durch den immer wieder Praktiken und kleine Regelwerke eingeführt wurden, welche die Möglichkeitsbedingungen für bewegliche und offene Aushandlungszonen innerhalb der gegebenen Kräfteverhältnisse in der Genossenschaft generieren sollten.

Die wissensbasierte gesellschaftliche Unternehmung der Selbstständigen

Die Aushandlungszonen im *LUX & Konsorten*-Projekt und später in der *flux eG* zeichnen sich durch ein bewegungspolitisches Wissensvermögen aus, welches ich an dieser Stelle mit der These der „Versozialwissenschaftlichung“ von Ulrich Oevermann (1985) diskutieren will. Die These der „Versozialwissenschaftlichung“ adressiert die Veralltäglicung von Rationalisierungsansprüchen an das soziale Handeln. Letzteres wird wiederum mittels sozialwissenschaftlicher Begründungssemantiken aktiviert und kann seine praktische Relevanz auf diese Weise verallgemeinern. Zur Erläuterung seiner These definiert der Autor sein Verständnis der „Lebenspraxis“ als die individuelle sowie kollektive „Lebensführung“ innerhalb des paradoxen Bewegungskreislaufes „von Begründungs- und Entscheidungszwang“ (ebd.: 465), welcher, so Oevermann, die folgende Problematik aufwirft:

„Während auf der einen Seite fast grenzenlos die eigene Lebenspraxis unter den anspruchsvollen Rationalisierungsanspruch der modernen Sozialwissenschaften gestellt und universalisiert wird, wird auf der anderen Seite im proportionalen Verhältnis dazu die Verbindung der eigenen Lebenspraxis zur gesellschaftlichen Lebenspraxis der Gegenwart aufgekündigt und jene partikularisiert.“ (ebd.: 473)

Bezogen auf die vorhandenen Wissensvorräte in der Assoziation *LUX & Konsorten*, kann sicherlich festgehalten werden, dass die Selbstständigen über ein hohes „inkorporiertes kulturelles Kapital“ (Bourdieu 1992) durch die unterschiedlichen Berufskompetenzen und -praktiken aus den Bereichen der (Weiter)Bildung, der Design- und Kulturproduktion, der Buchhaltung, des Handwerkes etc. verfügen. Darüber hinaus gibt es auch eine hohe Akkumulation von „sozialem Kapital“ (ebd.) durch die jahrelange Involvierung der Konsort*Innen in den dargestellten politischen Netzwerken (vgl. Kap. 1), welches in die organisierte Lebens- und Arbeitspraxis im *LUX & Konsorten*-Projekt eingeflossen ist. Der Politisierungsprozess bei vielen Akteur*Innen in *LUX & Konsorten* ist geprägt durch die Berührung mit nicht orthodox begründeten marxistischen Gesellschaftstheorien, durch den Bezug zum Beispiel zu den Schriften des marxistischen Soziologen und Philosophen Henri Lefebvre im Kontext der „Recht auf Stadt“-Kämpfe (vgl. Kap. 1), und innerhalb der *Euromayday*-Bewegung insbesondere durch eine intensive Auseinandersetzung mit den in der Einleitung dargestellten postoperaistischen Debatten. Diesen Zusammenhang heben auch Oliver Marchart, Stephan Adolphs und Marion Hamm (2010) in ihrer Analyse der *Euromayday*-Bewegung hervor, mit dem Verweis, „dass soziale Bewegungen durch die Entwicklung eigenständiger ‚organischer Theorien‘ einen Erklärungshorizont aufspannen, der ihnen erlaubt, die eigene Protestpraxis mit Sinn zu versehen, der Bewegung ein Selbstbild zu geben und die spezifische Problemlage analytisch einzuordnen“ (Marchart/Adolphs/Hamm 2010: 73). Vor dem Hintergrund der prak-

tischen und verallgemeinerten Relevanz der in den politischen Bewegungskontexten produzierten „organische[n] Theorien“ scheint mir die Skepsis von Oevermann der „durch Versozialwissenschaftlichung verbräunte[n] Vermeidung der Lebenspraxis“ (Oevermann: 472) nicht der Komplexität der Praxis der Consort*Innen gerecht zu werden. Die Selbstständigen in *LUX & Consorten* und später *flux eG* nahmen unter Einsatz ihres soziokulturellen Kapitals, ihrer bisherigen Lebenserfahrungen und erprobten Praktiken in den erlebten und gelebten Kämpfen in der Stadt die Herausforderung auf sich, eine Neugestaltung ihrer politischen Netzwerke zu erfinden, mit dem Anspruch, sowohl für ihre sozioökonomischen Partikularinteressen als Selbstständige als auch für ihr gemeinsames Anliegen der Möglichkeit einer „anderen“ Gesellschaft eine Resonanz im öffentlichen Raum zu finden. Insofern scheint die Bemerkung von Oevermann, dass es entscheidend sei,

„ob die wissenschaftlichen Erkenntnisse aus der lebenspraktischen Problemsicht heraus und unter Bewahrung ihrer Eigenständigkeit angeeignet werden, oder ob unabhängig von der je individuellen Problemlage und Erfahrung eine Subsumtion unter wissenschaftliche Aussagen stattfindet und diese als praktisch richtungsweisende Deduktionsbasis für lebenspraktische Entscheidungen erhalten müssen“ (ebd. 1988: 281),

nicht den Wissenssemantiken der sozioökonomischen Unternehmungen in *LUX & Consorten* zu entsprechen. Die Consort*Innen strebten nach der ökonomischen Aufrechterhaltung ihrer Selbstständigkeit unter dem Begründungszusammenhang der Prekarisierung ihrer Existenz aufgrund der steigenden Gewerbemieten und der damit einhergehenden Ökonomisierung ihres Lebens. Dabei stellten sie sich den notwendigen Zwängen einer politischen Organisation und entschieden sich für die Einschränkung ihrer individuellen Freiheit, Ungebundenheit und Unabhängigkeit, welche mit der Selbstständigkeit verbunden ist, und gingen eine Assoziierung in dem gemeinsamen Projekt *LUX & Consorten* ein, die für alle tragbar war. Insofern floss die eigene Expertise der Consort*Innen in den Prozess der Selbstorganisation und -verwaltung ein, beispielweise fand eine künstlerische Ausrichtung und Designer-Logik Eingang in die Gestaltung der temporärer Besetzung Eingang; die internen Weiterbildungsprozesse in den Workshops wurden durch den Bildungsträger in *LUX & Consorten* methodisch angeleitet; das bei den Kauf- und den Bankgesprächen erforderliche Know-how im Rechnungswesen kam von dem kommunistischen Buchhalter und die intellektuelle Versiertheit materialisierte sich in den Einladungen und Presseerklärungen und zeigte sich auch in den Gesprächen mit den unterschiedlichsten Akteur*Innen aus der Stadtpolitik, den sozialen Bewegungsnetzwerken oder Unternehmer*Innen. Diese integrale Politik der Verschränkung von Wissen und politischer Organisation im *LUX & Consorten*-Projekt und später in der Genossenschaft *flux eG* sowie die damit verbundene soziale Sedimentierung kann meiner Ansicht nach bedingt durch

eine Relektüre des Begriffes des „organischen Intellektuellen“ erfasst werden, den Antonio Gramsci in den 1930er Jahren in seinen „Gefängnisheften“ (2012) entwickelte. Demzufolge ging es um „die Überwindung der Hierarchie zwischen geistiger und körperlicher Arbeit und zwischen intellektuellen Führern und Masse. Erst die Anbindung an die lebendigen Erfahrungen, Kämpfe und praktischen Wissensbestände der Subalternen bot den Intellektuellen die Möglichkeit, das idealistische Sein-Sollen-Denken zu überwinden [...]“ (Soltz 2009: 111). Zu Recht plädiert also der Soziologe Marchart für eine Weiterentwicklung des Konzeptes des „organischen Intellektuellen“ mittels des Konzeptes der „organischen Theorie“ für die Analytik der Prekarisierungsgesellschaft der Gegenwart:

„Erstens soll unter ‚Theorie‘ post-ideologiekritisch nicht länger Ideologie im Sinne einer Verschleierung ökonomischer Verhältnisse oder Interessen verstanden werden, die einen höheren Wirklichkeitsgehalt aufweisen als die sogenannte ökonomische Basis; aus diesem Grund sollte zweitens der Begriff der ‚Ideologie‘ diskursanalytisch aktualisiert und für konkrete Analysen operationalisierbar gemacht werden; drittens müssen speziell die Funktionen, die theorieförmige Diskurse für *soziale Bewegungen* besitzen, untersucht werden (und nicht allein die Funktion organischer Theorie für hegemoniale Formationen im allgemeinen).“ (Marchart, 2013: 163f., Herv. i. O.)

Mit seinem Verständnis von „organischer Theorie“, die keinesfalls diejenige der „organischen Intellektuellen“ ist, geht er davon aus, dass die derartig verstandene Form der Instituierung von Bewegungswissen ein Feld von gegenhegemonialen Bedeutungen etablieren kann, „wo theorieförmige Diskurse *lato sensu* zum Zwecke der Organisation, Stabilisierung und Selbstverständigung einer sozialen Bewegung artikuliert werden.“ (ebd.: 165, Herv. i. O.) In Anlehnung an Marcharts Verständnis von „organischer Theorien“ der Prekarisierungsgesellschaft verstehe ich schließlich das von mir untersuchte netzwerkförmige Terrain der *verteilten organischen Intellektualität in LUX & Konsorten* als das Terrain der biopolitischen Produktion *par excellence*. Für diese netzwerkförmig verteilte Intellektualität schlagen Hardt und Negri den Begriff des „Unternehmertums der Multitude“ vor: „Die Produktionsweise der gesellschaftlichen Arbeit, des *General Intellect* und des Kommunen ist das Feld, auf dem das Unternehmertum der Multitude in Erscheinung tritt.“ (Hardt/Negri 2018: 189, Herv. i. O.)

6.3 Die Vielfalt der Sprecher*Innenpositionen

Durch die geschilderte selbstorganisierte und später in Selbstverwaltung eingegangene Arbeitsweise entstanden auch spezifische, sich abwechselnde Darstellungsformen des eigenen Anliegens der Selbstständigen. Die Arbeit in der Assoziation *LUX & Konsorten* spielte sich zusammenfassend auf unterschiedlichen Tableaus ab: kleine Runden der Berichterstattung,

Arbeits- und Lernorte der Gestaltung, produktive Raum-Zeiten der Erholung, sanktionierende Tratschunden in vertrauten Gesellschaften, in hoher Taktung sich ereignende Spektakel, Einreihung in größere Bewegungs-Kreise. Insofern agierte die Assoziation weniger durch Ausschalten konkurrierender Unternehmungen zugunsten einer einstimmigen Repräsentation der Vielen durch Wenige, wie in der Akteur-Network-Theorie postuliert wurde (vgl. Kap. 3.3). Vielmehr wurde auf eine affizierende Einbindung potentieller Akteur*Innen in die engere Runde der regelmäßig teilnehmenden Konsort*Innen als auch durch Vernetzung und Ausdehnung des eigenen Vorhabens auf weitere Sympathisant*Innen-Kreise gesetzt. *LUX & Konsorten* zeichnete sich zum einen durch die Praxis aus, sich in andere Kämpfe der „Recht auf Stadt“-Bewegung einzureihen und den Austausch mit anderen Verbündeten beizubehalten. Zum anderen stellten die regelmäßigen temporären Besetzungen einen wichtigen Raum der Teilhabe und des Dabeibleibens dar, in dem einfache Möglichkeiten zum Mitmachen vor Ort geschaffen wurden, um andere schnell in die Aktionen einzubeziehen. Diese offene Politisierungs- und Organisations-Praxis artikuliert sich durch die Überlagerungen „transversaler“ Kampflinien⁸⁶ (Raunig 2002), in denen nicht Vertreter*Innen für Andere öffentlich sprechen oder bestimmte Sprecher*Innen-Positionen hervorgehoben werden, sondern Mehrstimmigkeit praktiziert wird (Pieper 2016), wie im Folgenden beschrieben wird.

Die Auswahlpraktik der Sprecher*Innen bestand darin, dass viele Personen, die sich freiwillig meldeten, die Möglichkeit hatten, das Projekt *LUX & Konsorten* vorzustellen. Somit sprachen nicht nur diejenigen mit der meisten Expertise bei den öffentlichen Auftritten oder Gesprächen. Die vorhandenen Vertrauensbeziehungen begünstigten, dass auch unerfahrene Teilnehmer*Innen sich in neue Aufgaben oder Sprecher*Innen-Positionen einübten. Im Unterschied also zur Professionalisierung einer (partei)politischen Arbeit mit gewählten Öffentlichkeitssprecher*Innen wurde innerhalb der Assoziation eine Art „Trainingslager“, wie es ein Konsortium formulierte, praktiziert. Eine vielleicht riskante Vorgehensweise, die aber durch die gemeinsame Besetzung durch mehr und weniger erfahrenen Konsort*Innen rückversichert

⁸⁶ „Im Gegensatz zu offen hierarchischen Netzwerken und pseudo-nichthierarchischen Netzwerken, die auch als *poly-zentrische* die Hierarchien zu verdecken suchen, entwickeln transversale Linien Gefüge, die *a-zentrisch* sind, die sich nicht auf der Grundlage von vorgegebenen Strängen und Kanälen bewegen, nie von einem Punkt zum anderen, immer zwischen den Punkten hindurch, in eine völlig andere Richtung. Transversalen sind also keineswegs Verbindungen von mehreren Zentren oder Punkten, sie sind Linien, die sich nicht einmal kreuzen müssen, Fluchtlinien, Bruchlinien, die sich den Punktsystemen und ihren Koordinaten kontinuierlich entziehen. Die Vorstellung der Verbindung von schon existenten Punkten entspricht, wenn auch versteckt, der Struktur von hierarchischen, molaren Systemen. Die azentrischen Organisationsformen und Verkettungen des transversalen Protests arbeiten dagegen mit temporären Überlappungen und Überlagerungen, die auf einer fließenden politischen Organisation mit offenem Ausgang beruhen.“ (Raunig 2002, Herv. i. O.)

wurde. So hätten geübte Sprecher*Innen in den flexiblen und offenen Rede- oder Präsentationsrunden immer noch zu unterstützenden Worten greifen können, wenn etwas schiefgelaufen wäre. Der Vorzug dieser *vielstimmigen Besetzung* bestand darin, dass viele Konsort*Innen aus erster Hand von ihren eigenen prekären Arbeitsalltagen berichteten. Die Vielheit, die *LUX & Konsorten* ausmachte, wurde auf diese Weise nicht nur durch die Formulierung abstrahierter Forderungen performiert, sondern ebenfalls durch die Erzählungen konkreter Geschichten, die in der Öffentlichkeit zirkulierten. Die taktische Abwägung bestand also darin, ein größeres Team je nach Präsentationsvorhaben so zusammensetzen, dass bestimmte Personen mit ihrem kulturellen und sozialen Kapital klug in den spezifischen Auftritten platziert waren, aber auch genug Freiraum für die individuierten Darbietungen gegeben war.

Bei den Gesprächen mit der Stadt kam es ebenfalls zu der ungewöhnlichen Praxis, dass oft sechs bis acht Konsort*Innen anwesend waren. Eine Anzahl, die die Politiker*Innen befremdete, weil sie es wahrscheinlich sonst gewohnt waren, mit wenigen Vertreter*Innen bzw. Funktionsträger*Innen zu sprechen. Dieses Auftreten wurde auch später bei den Kaufverhandlungen zwischen der Genossenschaft und dem Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) beibehalten. Die *flux eG* wurde wiederholt darauf hingewiesen, doch mit weniger Personen zu kommen, vermutlich aus der Befürchtung heraus, in anstrengende, wenig zielführende, unkoordinierte Gesprächsschleifen hineinzugeraten. Dennoch tauchten bei den Gesprächen im LIG nicht nur der ungewöhnlich große, sechsköpfige Vorstand auf, sondern auch weitere Genoss*Innen, die interessiert an den Gesprächsverhandlungen waren. Die Gesprächsdynamik in den Sitzungen nahm ich oft als freundlich angespannt und dennoch sachorientiert, die einzelnen Vertragspunkte abarbeitend, wahr. Dabei spielten sich auch „Good-Guy-Bad-Guy“-Szenen in den Kontroversen ab. So kam es in einer Sitzung mit der LIG dazu, dass ein *flux eG*-Vorstand und Ex-*LUX*-Konsorte dem in die Kaufgespräche involvierten Abteilungsleiter der Kulturbehörde schroff bei einem Verhandlungsaspekt entgegenete. Der Moderator der LIG griff mit der Zurechtweisung „so geht es hier nicht“ ein, woraufhin dann ein weiterer Konsorte erwiderte, dass es „doch genauso“ gehe. Das Gespräch setzte sich nach diesem kurzen Schlagabtausch dann auch sachlich fort. Aus den Feedbackrunden unter den Genoss*Innen über die Verhandlungen hörte ich oft heraus, dass vor allem den beteiligten Ex-*LUX*-Konsort*Innen viel daran lag, die Gespräche „auf Augenhöhe“ zu führen, welche meines Erachtens im Laufe der Verhandlungstreffen auch etabliert wurde. Bei einer detaillierten Betrachtung der Kommunikationsdynamik fiel mir jedoch eine asymmetrische Verteilung in der Ansprache der Konsort*Innen auf: Bei dem die Kaufverhandlungen betreffenden E-Mail-Verkehr war als Adresse der Genossenschaft stets das Funktionspostfach

des Vorstandes angegeben, so dass alle Vorstandsmitglieder die Korrespondenz direkt verfolgen konnten. Dennoch wurden oft zwei Genossen aus dem Vorstand explizit namentlich adressiert und gelegentlich E-Mails zunächst auch nur an diese geschickt. Dieser Akt kann auch als technisches Versäumnis, den Button „Allen antworten“ zu bedienen, interpretiert werden bzw. seitens der einzelnen Vorstandsmitglieder auf das inkonsequente Bedienen ihrer namentlichen *flux eG*-E-Mail und der allgemeinen Vorstands-E-Mail-Adresse. Laut Beobachtung wurden in den realen Treffen auch, trotz der offenen Sprecher*Innen-Konstellation der ungewohnt großen Anzahl anwesender Genoss*Innen, bestimmte Personen adressiert, die häufig sprachen, auch wenn oder vielleicht weil sie zeitweilig eine widerborstige Haltung verkörperten. Insofern zeigte der ungewöhnliche Auftritt der *flux eG* eine eingeschränkte Wirkmächtigkeit. Die Vorbereitung der Gespräche erfolgte schließlich auch durch eine kurze Vorbereitung meist seitens der beiden am häufigsten Adressierten, die sich über die Argumentationsrichtung für die anstehende Sitzung austauschten. Da es zudem unmöglich war, eine genaue Abstimmung aller möglichen Beiträge der beteiligten Genoss*Innen vorab festzulegen, zeichneten sich die Verhandlungen dadurch aus, dass je nach den unterschiedlichen sozialen und fachlichen Kompetenzen spezifische Stellungnahmen von *flux eG*-Seite eingebracht wurden. Darüber hinaus übernahmen einige die eher stille, aber wichtige Aufgabe, zu protokollieren. Diese diente nicht nur zur Dokumentation der über mehrere Sitzungen laufenden Verhandlungsgespräche, sondern ermöglichte auch den nicht anwesenden Genoss*Innen, zumindest die auszuhandelnden Inhalte nachzuvollziehen. Angesichts dieser Kommunikationsdynamik stellte sich mir jedoch die Frage nach der Notwendigkeit eines Quotierungsprozesses, der alle Beteiligten dazu zwingen würde, auch andere Personen bei Bedarf durch interne Fortbildungen zu qualifizieren und nicht nur, unter dem üblichen Zeitdruck handelnd, die öffentlichen Auftritte der Genossenschaft dem freien Spiel der Kräfte aus schon vorhandenen Kompetenzen und Vorlieben der Einzelnen zu überlassen. Diesen Aspekt diskutierte ich zum damaligen Zeitpunkt nur in einem informellen Gespräch mit einem Vorstandskollegen, da die damals priorisierte Aufgabe der Kaufverhandlung enorme Kompetenzen erforderte und wenig Spielraum für das sogenannte „Trainingslager“ vorhanden war. Also blieb es, meiner Sichtweise zufolge, bei der freiwilligen Teilhabe, die dadurch möglich wurde, dass Einzelne eigenständig ihren Ressourcen und dem Willen, sich inhaltlich in bestimmte notwendige Themen einzuarbeiten, entsprechend nach vorne traten, um notwendige Vorleistungen zu erbringen. Eine solche Vorarbeit bestand zum Beispiel darin, ein Sachverständigengutachten zur Gebäudesubstanz der ehemaligen Kaserne in die Wege zu leiten, das sich als sehr hilfreich bei dem konkreten taktischen Aushandeln strittiger Punkte im Kaufvertrag erwies.

Dennoch wurde in der genossenschaftlichen Arbeit ein produktiver Riss in der Repräsentation geschaffen, der das Potential barg, einen differenzierten Raum für mehrere Erzählungen zu eröffnen, die nicht durch die gängige Macht von Gremienpositionen vereinheitlicht wurden. Diese nicht auf Homogenität ausgerichtete Artikulation zeigte sich beispielweise auf der ersten Pressekonferenz nach Abschluss des Kaufvertrages, in der mehrere Gremienmitglieder ihre Versionen der Genossenschaftsgründung, jeweils aus der *LUX & Konsorten*- und aus der *Frappant e.V.*-Perspektive heraus, darstellten. Bei Interview- oder Filmanfragen wurde die schon in *LUX & Konsorten* praktizierte Logik ebenfalls fortgesetzt, die jeweiligen Anfragen über den *flux eG*-Verteiler zu schicken und allen Genoss*Innen die Chance zu geben, sich als Interviewpartner*Innen zur Verfügung zu stellen. Das Ergebnis solcher medialer Formate kann sicherlich nicht beeinflusst werden, da die Medienproduktion die Auswahl und Darstellung der Beiträge nach ihren eigenen Regeln selektiert und fokussiert: Erneut eine riskante Praxis mit offenem Ausgang, der mit dem Versuch begegnet wurde und wird, bei weiteren Gelegenheiten gezielt Themen zu setzen, so dass die Vielschichtigkeit der Selbstständigen ihren Ausdruck findet. Eine eher abgesicherte Form der medialen Präsentation erfolgte sowohl in der Assoziation als auch in der Genossenschaft durch die Webseiten der Projekte. Die Webseite von *LUX & Konsorten* diente zur Kommunikation mit der Öffentlichkeit, insbesondere mit dem erweiterten Sympathisant*Innen-Kreis der Assoziation, die an den temporäreren Besetzungen teilnahmen. Die Webseite wurde durch drei Konsort*Innen regelmäßig gepflegt und durch Publikation aller Einladungen, Presseerklärungen und öffentlicher Briefe zu den Aktionen mit Material befüllt. Nach den erfolgten Veranstaltungen und Aktionen fand zudem eine Online-Dokumentation durch überwiegend Bilder und Videos, aber auch Zeitungsartikel statt. Die inhaltliche Gestaltung der Webseite hatte somit einen Berichterstattungscharakter, indem der Stand der Dinge öffentlich kommuniziert wurde. Es gab auch einen Blog, der zwar spärlich genutzt wurde, aber den Besucher*Innen der Aktionen die Möglichkeit eines direkten Feedbacks bot.

Die Verschränkung der unterschiedlichen Arbeitsweisen und Themen stellte jedoch nicht nur die Herausforderung dar, eine Vielheit in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Auch unter den Konsort*Innen und später Genoss*Innen schlich sich in spezifischer Weise immer wieder die Frage der Repräsentation sowie die nach einem differierenden Verständnis der eigenen politischen Praxis ein. Im Kontext der eingeführten, wenn auch relativierten, Formalisierung durch die gegründete Rechtsform der Genossenschaft wurde auch für mich durch die Vorstandstätigkeit die Schwierigkeit deutlich, die unterschiedlichen Interessensebenen zu synchronisie-

ren. Die Diskrepanz in der veränderten Sprecher*Innen-Situierung drückte der Ex-LUX-Konsorte und Vorstandskollege in einem informellen Gespräch wie folgt aus: „Werde ich als kommunistischer Buchhalter angesprochen, dann spreche ich für mich. Wenn ich in der Genossenschaft als Vorstand angesprochen werde, werde ich als die Person angeschaut, die die Anliegen aller Mitglieder zu berücksichtigen hat.“ Mit dieser Aussage wurde die Problematik zwischen direkter Teilhabe und repräsentativer Funktionsträgerschaft auf den Punkt gebracht. In der Vorstandstätigkeit gelte es, das eigene Interesse zu verallgemeinern bzw. für mehrere, teilweise auch kontroverse, Partikularinteressen einzutreten. Darin lauert die Gefahr, (Regierungs-)Partei zu werden. Während der Zeit von *LUX & Konsorten* konnte eine klare Positionierung in der Förderung von Partikularinteressen gegenüber der Stadtpolitik bezogen werden. Nun entstand das Dilemma der Vereinbarung der Gesamtperspektive mit den partialen Sichtweisen *innerhalb* der Genossenschaft und zwar bei einer nicht-repräsentativen Bühnenlogik.

Das immer wieder auftauchende Thema der Verallgemeinerung von Partikularinteressen wurde schon zu *LUX & Konsorten*-Zeiten im Widerstreit verhandelt. Bei einigen der wöchentlichen Treffen lösten selbstkritische Stimmen Grundsatzdiskussionen über den politischen Charakter der Assoziation aus, die sich durch die damals noch hypothetische Annahme zuspitzten, dass wenn *LUX & Konsorten* eine Mietfläche für einen Gewerbehof von der Stadt bekäme, sie ihren Protest nicht mehr auf die Straße tragen würde und damit einen Verlust der eigenen Politisierungskraft durch die Realisierung der Forderung nach günstigen Mieten erleiden könnte. Beim letztmaligen *LUX & Konsorten*-Abendessen im Mai 2015, als die Genossenschaft schon längst gegründet war, machte sich eine nostalgische Stimmung breit nach den Zeiten, in denen Konsort*Innen noch auf die Straße gingen. Eine Anwesende beklagte, dass sie jetzt bei der Genossenschaft nur noch mit Umbaumaßnahmen im gekauften Gebäude für den Umzug der eigenen Unternehmung beschäftigt sei. Eine andere Konsortin spezifizierte wiederum, dass sie *LUX & Konsorten* immer als „Interimsprojekt“, das „zu etwas führt“ verstanden habe und „es klar war, dass nicht ewig protestiert wird“. Mir fiel bei der Vielfalt der Äußerungen auf, dass sich an manchen Stellen ein Politikverständnis ausbreitete, das nicht unmittelbar mit der Idee zu vereinbaren war, den Kauf durch die Genossenschaft als einen politischen Akt zu bewerten. Ein Reproduktionskampf, in dem es laut dem ehemaligen Konsorten und Vorstandskollegen darum gehe, „gewappnet durch Ressourcen, Verbündete und Freunde das Kommunale zu entwickeln und neu zu denken sowie ein Gemeinwesen aufzubauen“, schien wohl nicht die politische Ausstrahlungskraft zu besitzen wie eine Protesthaltung bzw. die spektakulären Interventionen im öffentlichen Raum. Ich konnte zudem gut

nachvollziehen, dass für manche Konsort*Innen, die nicht kontinuierlich den Verhandlungsgesprächen beiwohnten, die widerspenstige Haltung der Mitstreiter*Innen nicht immer so deutlich präsent zu sein vermochte. In einem außerparlamentarischen, linksalternativ politisch sozialisierten Umfeld, in dem es sich eigentlich – u.a. aufgrund der Gefahr der Vereinnahmung – nicht gehört, mit der Stadt bzw. dem Staat zu verhandeln, waren die Bedenken nachvollziehbar, gerade vor dem Hintergrund der oben genannten Problematik der Vereinbarung der Einzelsichtweisen mit der Gesamtperspektive in der Genossenschaft. Für mich als Anwesende bei vielen Gesprächen sowohl mit *LUX & Konsorten* als auch mit der *flux eG* zeigte sich, wie schon geschildert, gerade beim Beobachten der Feinheiten auf der mikropolitischen Ebene der Aushandlungen, wie sich die Mitstreiter*Innen in den Gesprächen mit der Stadt von den Gewohnheiten der Behördenlogik und der parlamentarischen Politik nicht haben zurückdrängen lassen. Der neuralgische Erfolgspunkt bestand meiner Ansicht nach darin, dass nicht einfach antikapitalistische Parolen geschwungen wurden, sondern es durch die Veräumlichung der sozialen Frage den Konsort*Innen gelang, ihre nicht konformen Vorstellungen vom eigenen Leben und Arbeiten anhand konkreter Forderungen zu verfolgen. Dass diese Bewertung nicht vermag, kritische Stimmen zu überzeugen, bietet vielleicht angesichts des nun realisierten Gewerbehofes genau die notwendige Ausgangslage, um durch den Dissens eine lebendige Aushandlungszone über das Politische aufrechtzuerhalten und zwar gerade hinsichtlich der für mich als zentral bewerteten Ausarbeitung weiterer Beteiligungsformen der Selbstverwaltung. Denn mit einer durch partiale Sichtweisen gestemmen Selbstverwaltung könnte auch eine wirkmächtige Öffentlichkeitspraxis weiter ausgereift implementiert werden, die immer wieder differenzierte Bilder auch für die Welt außerhalb der Kasernenmauern in Umlauf bringt.

IV. SCHLUSS

Der Organisationsprozess der Initiative *LUX & Konsorten* und der anschließende Prozess derstituierung im genossenschaftlichen Projekt *flux eG* zeugt von einer produktiven Aufregung, die auch beim Abenteuer- und Knobelspiel *Monument Valley*⁸⁷ zum Erlebnis wird. Die kleine stumme Prinzessin Ida durchläuft die wundersamen architektonischen Bauten, die in isometrischer Perspektive an die künstlerischen Werke des Grafikers M. C. Escher erinnern. Dabei lauern auf manchen Pfaden Krähen, die ihr entgegenkommen und ihr den Weg versperren. Durch Drehung einzelner Baukomponenten ändert sich der Betrachtungswinkel und wie in einem Möbiusband eröffnen sich neue Wege im Problemraum, welche Ida ermöglichen, die kniffligen Rätsel zu lösen und so ihre Suche auf dem nächsten Level fortzusetzen.

Den innerhalb meiner Arbeit nachgezeichneten vier reformulierten Übersetzungsprozessen der untersuchten Assoziation folgend, entstand zunächst die *Problematisierung* der Selbstständigen durch den Druck, der aus den steigenden Mietpreisen in dem aufgewerteten Stadtviertel Altona resultierte. Diese existenzielle Bedrohung der einzelnen Gewerbe artikulierte sich in den unterschiedlichsten Facetten: Sollten die Selbstständigen in die städtischen Randgebiete mit bezahlbaren Mieten wegziehen müssen, würde die mit der Verankerung im Stadtzentrum aufgebaute Kundschaft wegbrechen. Die im Falle der Vertreibung aus dem Stadtzentrum hinzunehmenden Distanzen würden das Auseinanderfallen einer gewachsenen sozialen Infrastruktur bedeuten, in der die Vereinbarkeit von Familie, Arbeit, Freundschaften und sozialpolitischen Engagements in der bis dahin praktizierten „Stadt der kurzen Wege“⁸⁸ organisiert wurde. Die Alternative, die Preise der Arbeits- bzw. Dienstleistungen zu heben, um den Mieterhöhungen zu begegnen, würde eine unerwünschte Exklusivität im Zugang zu den Produkten erzeugen und somit das Selbstverständnis der Selbstständigen untergraben, indem beispielweise Bildung oder seltene Musikinstrumente als überteuerte Waren in der Folge nur noch einer bestimmten wohlhabenden Zielgruppe zugänglich wären. Als Gegenentwurf zu dieser Ökonomisierung des gesamten Lebens durch ein einzig an Profit orientiertes Spekulationsgewerbe bot die Option eines selbstorganisierten Gewerbehofes die ansprechende Strahlkraft, die in unterschiedlichen Bereichen tätigen Selbstständigen unter dem Motto *Günstige Gewerberäume selbstgemacht* einzubinden. Das Übersetzungsmoment der *Einbindung* der

⁸⁷ <https://www.monumentvalleygame.com/mv1> [20.01.2019]

⁸⁸ Zitat der Konsort*Innen, welches das Leitbild „Stadt der kurzen Wege“ aufgreift, das auf die Diskussion um eine nachhaltige Stadtentwicklung in den 1990er-Jahren zurückgeht. (vgl. <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/461/publikationen/4151.pdf> [20.01.2019]).

spezifischen Problematisierungsdimensionen erfolgte also durch eine *Verräumlichung der sozialen Frage*.

Die Rückschau auf die bewegungspolitische Situierung der Assoziation *LUX & Konsorten* machte deutlich, dass das Vertrauen der einzelnen Konsort*Innen in diese netzwerkartigen Verbindungen auf ihren eigenen, dargestellten Politisierungsprozessen basierte. Die meisten waren in antirassistischen, feministischen, antifaschistischen und anderen selbstorganisierten Zusammenhängen sozialisiert und fanden sich in den Jahren zuvor in vernetzten Politikkontexten wie etwa der *Gesellschaft für Legalisierung*, der *Euromayday*- oder der „Recht auf Stadt“-Bewegung, zusammen. In diesen Netzwerken problematisierten sie Aspekte der illegalisierten bzw. undokumentierten migrantischen Arbeit. Sie thematisierten die Ausbreitung prekarierteter Arbeits- und Lebensverhältnisse über den Niedriglohnsektor hinaus und kritisierten die Politik einer neoliberal orientierten Stadtentwicklung. Dabei nahmen sie weniger eine ideologiekritische Position ein, die sich oftmals damit begnügt, Missstände aufgrund von Ausbeutung oder Ausgrenzung lediglich zu skandalisieren. In Rückgriff auf einen Mix aus Politik, künstlerischer Praxis und Theorie beanspruchten sie hingegen aktiv das Recht auf Legalisierung des Aufenthaltsstatus, setzten sich für ein Recht auf bedingungsloses Einkommen als eine konkrete Antwort auf die Entgrenzung von Arbeit und Leben ein – und zwar, indem sie an der Wirkmächtigkeit individueller und kollektiver Kämpfe im Alltag ansetzten. Diese mikropolitischen Erfahrungen von gegenseitiger Unterstützung – sowohl im alltäglichen Ringen um Vereinbarkeit von Familie, Arbeit und sozialpolitischem Engagement als auch in gemeinsam organisierten Aktionsprojekten, innerhalb derer offensiv nach Wegen aus den Engpässen innerhalb einer neoliberalisierten Stadtpolitik gesucht wurde – verkörperten sich in der Haltung der Konsort*Innen.

Das vor diesem Hintergrund erfolgte Vorantasten der Assoziation von Selbstständigen spezifizierte sich in der dritten Übersetzungsphase der „dynamisierten *Aushandlungszonen*“ (vgl. Kap. 5) durch Provokationen an der Grenze der Legalität, welche dazu führten, die Privatisierung von städtischem Eigentum und die damit einhergehende Funktionalisierung von Bürger*Innenbeteiligungsverfahren in der Stadtentwicklungspolitik sichtbar werden zu lassen. Die eigenwillige und fordernde Haltung der Initiative wurde in den parallel gestalteten Verhandlungstableaus zwischen spektakulären Aktionen und der Bereitschaft, mit der Stadt ins Gespräch zu gehen, iterativ zum Ausdruck gebracht. Die Bereitschaft, eine entideologisierte Haltung in den unterschiedlichen Gesprächssituationen und Aktionsmomenten einzunehmen, eröffnete stets neue Perspektiven, die wiederum Handlungsoptionen boten, das eigene politi-

sche Anliegen weiterzuverfolgen. Die *temporären Besetzungen* beförderten somit die im Verlauf des Interventionsprozesses stagnierenden Gespräche mit der Stadtpolitik. Auf der anderen Seite wurde durch die urbanen Interventionen eine Öffnung im politischen Diskurs erzielt. Die Problematisierung der Vertreibung von Kleingewerbe aus der Innenstadt und die erfolgreiche Politisierung dieser Problematisierung in der städtischen Öffentlichkeit stellte somit die Bühne der öffentlichen Aufmerksamkeit für den Missstand her. Die von *LUX & Konsorten* praktizierte Politik der Sichtbarmachung von Eigentumsverhältnissen und die Skandalisierung der Handelsgeschäfte zwischen Stadt und Wirtschaft erreichte schließlich ihre Grenze an der städtischen Politik des Ausverkaufs von kommunalem Boden. Und genau an diesem Punkt angekommen, zeigte sich in aller Deutlichkeit die Gratwanderung zwischen Wunsch und Instituierung, die die Assoziation beständig vollzogen hatte. Sie zeigte sich trotz formulierter ideologischer Vorbehalte bereit, sich der Frage des Eigentums und dem Risiko neoliberaler Vereinnahmungspraktiken in den Kaufverhandlungen mit der Stadt zu stellen. Mit dem notwendigen Beharrungsvermögen und der partizipativen Umdeutung von Kapitalinvestition stieg die sozioökonomische Unternehmung in das Geschäft der Bodenfrage ein. An der punktuellen Niederlage ihres Reproduktionskampfes um günstige Gewerbemieten angekommen, holte sie das Bestmögliche für die prekären Selbstständigen heraus. Das Ziel günstiger Vermietung kommunalen Bodens wurde zwar nicht erreicht, jedoch eröffnete sich ein neuer Weg, um das Verschwinden von bezahlbaren Arbeitsorten aus der Innenstadt in Schranken zu halten. Das „wilhelminische Backstein-Ungetüm“⁸⁹ wurde schließlich durch den Kauf der Genossenschaft *flux eG* in „ein Haus als Gegengewicht“ verwandelt.

In dem Konstituierungsprozess der Genossenschaft setzte sich meines Erachtens die schon mit *LUX & Konsorten* eingeführte lebendige Aushandlungszone innerhalb einer heterogenen Menge von Selbstständigen fort, die durch direkte Teilhabe ständig erklügelt und neu justiert wurde. Es geht also, um mit Hardt und Negri zu sprechen, um einen „Prozess der Bildung und der Einübung“, bei dem die Teilhabenden „damit beschäftigt sind, das gesellschaftliche Leben zu konstituieren und die demokratische Regierung in die Tat umzusetzen“ (Hardt/Negri 2010: 383). Dieser Lernprozess zeichne sich „durch praktisches Handeln“ aus, in dem die „Fähigkeiten zu demokratischer Entscheidungsfindung“ entwickelt werden, welche zu einer Form der „Selbstregierung“ ermächtigen (ebd.: 384). Diese Art der Selbstregierung impliziere eine „materialistische Teleologie“, die „keinen finalen Endpunkt kennt“, sondern „alleine durch die Wünsche“ und die eigenen „Kämpfe beseelt“ werde (vgl. ebd.: 385). Dass diese Kämpfe

⁸⁹ <https://www.flux-eg.org/blog/allgemein/ein-haus-als-gegengewicht/> [20.01.2019]

sich durch Kontroversen und Dissens auch in der Bewegungspraxis der Selbstständigen auszeichneten, zeigte der Deutungskampf der in unterschiedlichen Räumen thematisierten Partikularinteressen. So waren die Verhandlungen mit den städtischen Behörden laufend von deren Angst vor Partikularinteressen geprägt, welche ihnen befremdlich erschienen, denn das Vertreten einer explizit partialen Perspektive durch *LUX & Konsorten* folgte nicht der Logik der Stadtpolitik, die bemüht ist, eine Generalperspektive zum Allgemeinwohl der Bevölkerung einzunehmen – dabei allerdings oft für Kapitalinteressen eintritt, die jedoch unsichtbar bleiben. Dieser vermeintlichen Vertretung einer Allgemeinwohl-Perspektive gegenüber standen die Konsort*Innen mit ihrer Forderung nach realer „Teilhabe statt Teilnahme“ an den Prozessen der Stadtentwicklung. Auch in den eigenen Reihen von *LUX & Konsorten* sorgte das verfolgte Interesse an dem Kauf eines Gewerbehofes für Selbstständige zeitweilig für Aufregung, da mit der Realisierung des Kaufes ein Verlassen der Protesthaltung auf der Straße und ein Sich-Einrichten in der eigenen „Komfortzone“ befürchtet wurde. Eine Sorge, die ich in meiner Arbeit bis zurück zur Marx’schen Ablehnung gegenüber der genossenschaftlich organisierten Parzellierung der nationalen Bodenfrage zurückverfolgen konnte. Die Genossenschaft stellte für ihn eine eigennützige Organisationsform dar, die per Definition den Interessen ihrer Mitglieder verpflichtet bleibt, auch, wenn diese gemeinwohlorientiert sind (vgl. Kap. 5). Unsichtbar bleibt innerhalb dieser Kritik jedoch, dass die Genossenschaft immer auch die Idee der gegenseitigen Hilfe beinhaltet. Auch im konkreten Fall der *flux eG* haben sich Menschen zusammengefunden, da sie allein weder über die zeitlichen Ressourcen, so ein großes Projekt selbst zu organisieren noch über das ökonomische Kapital, das Gebäude zu kaufen, verfügten. Nur aus dem genossenschaftlichen Zusammenschluss konnten sie die Kraft beziehen, vor dem Hintergrund einer neoliberalen Politik durch die sie nicht vertreten wurden, für sich selbst sorgen. Am Beispiel des Mietfaktorenmodelles erfolgte exemplarisch eine interessante Abstrahierung der Partikularinteressen der *flux eG*-Mitglieder, indem das Gleichheitsverständnis eingeführt wurde, das im Sinne eines Ausgleichs zwischen den unterschiedlich zahlungskräftigen Genoss*Innen fungierte. Die jedoch bis heute andauernde Auseinandersetzung über dieses politische Instrument innerhalb der *flux eG* spricht gegen das entpolitisierende Haltung, die sich in der genossenschaftlichen Selbstfürsorge der ökonomischen Absicherung erschöpft. Die schon zu *LUX & Konsorten*-Zeiten formulierte Anforderung an die Beteiligten, sich in stadtpolitische Belange einzumischen, fand schließlich ihren Ausdruck in folgendem Präambel-Ausschnitt der genossenschaftlichen Satzung:

„Das vorrangige Ziel der Genossenschaft ist die Bereitstellung von Infrastrukturen, die solche Voraussetzungen für kommunale Gemeinwesen ermöglichen und gewährleisten. Im Besonderen ist es das Interesse

der Genossenschaft, spekulationsbefreiten Grund und Boden sowie Gebäude bei dauerhafter Mietsicherheit vorzuhalten und weitere Flächen und Gebäude aus dem Immobilienmarkt herauszunehmen und für diese Zwecke nutzbar zu machen.“ (<http://www.fux-eg.org/satzung/>)

Der Anspruch, den kommunalen, selbstverwalteten Gewerbe-, Kultur- und Wissensproduktionsort in eine genossenschaftliche Unternehmensform zu gießen, stellte meines Erachtens die angemessene Entscheidung dar. Darin können nicht nur direkt demokratische Praktiken der Teilhabe Anwendung finden, sondern die genossenschaftliche Selbstverwaltung – welche konkret durch die sogenannten „Quartiere“ (Genoss*Innen, die einen gemeinsamen Abschnitt nutzen) und deren Versammlungen sowie die Arbeitsgruppen getragen werden – wird zudem durch interne Fortbildungsmodule vorangetrieben. Diese dezentralisierte Form der Selbstverwaltung stellt den Motor für einen lebendigen Austausch dar und wirkt der durch die Genossenschaftsform gegebenen Vormachtstellung der geschäftsführenden Tätigkeit des Vorstandes entgegen, indem mittels der prinzipiellen Interventionsmöglichkeit der Mitglieder an den jeweiligen Entscheidungsprozessen in den geöffneten, erweiterten Vorstandssitzungen oder Quartiersversammlungen, in denen Themen vorab besprochen wurden, die abschließenden Beschlüsse vorbereitet werden.

Die Instituierung der *fux eG* legte also das Potential einer „konstituierenden Macht“ frei, die nach Negri „die organisierende Dynamik der Multitude, ihr Werden“ ausmacht (Negri 2004: 25). Dieses Aufrechterhalten eines Pluralismus an Subjektivitäten in der Multitude geht mit der Entstehung des „Communen als Merkmal eines konstituierenden Vermögens“ (ebd.: 24) einher, das wie folgt spezifiziert wird:

„Es geht mir insbesondere darum, mit einigen traditionellen Lesarten des Communen zu brechen, die es mit Identität und/ oder Konsens verknüpfen. [...] Beginnen wir damit, dass mit der Multitude weder eine Rückkehr zur Identität noch die Verherrlichung der Differenz um ihrer selbst willen verbunden ist, sondern dass es vor allem um die Anerkennung der Tatsache geht, jenseits von Identitäten und Differenzen die Möglichkeit der Existenz einer Gemeinsamkeit anzunehmen, das heißt ‚ein Gemeinsames‘, falls darunter verstanden wird, kreative Tätigkeiten, Beziehungen und unterschiedliche Formen der Assoziation zu verallgemeinern. [...] Das Commune (in der Multitude) ist niemals das Identische, es ist nicht ‚die Gemeinschaft‘, noch ist es ‚die Gesellschaft‘ (der diversen Besitzindividuen). [...] Auf diesem Feld ist auch die Kritik der traditionellen Form von Konsens anzusiedeln. Konsens ist mit Volk und Repräsentation liiert, Konsens bedeutet Zustimmung und Entfremdung, die Identifikation mit einem Repräsentanten.“ (ebd.: 19f.)

Das Gemeinsame wurde in *LUX & Konsorten* stets durch das In-Aktion-Treten in den temporären Besetzungen der Assoziation geschaffen und nicht abstrakt über eine Vereinheitlichung von Identitätspositionen hergestellt. Die Stärke in diesen öffentlichen Interventionen lag da-

rin, dass diese performativen Akte weder als Kunstprojekte noch das Tun einer kategorisierbaren politischen Gruppe eindeutig identifiziert werden konnten. Gerade in der Bewegung durch identifizierbare Zuschreibungen *hindurch* bestand die erfolgreiche Praxis der Konsort*Innen: Im Falle einer dominanten Rezeption als künstlerische Praxis entfiel bei den Auftritten von *LUX & Consorten* die stigmatisierende Klassifizierung als eine sogenannte linksradikale Gruppe. Die Markierung durch die orangen Warnwesten steigerte wiederum die politische Ausstrahlung, welche dazu führte, dass die Konsort*Innen von explizit als politisch markierten Gruppierungen als auf Augenhöhe zu respektierende politische Akteur*Innen wahrgenommen wurden, die nicht zu umgehen waren. Die Anziehungskraft der nicht eintönig codierten temporären Besetzungen trug schließlich auch zur Erweiterung der beteiligten Kreise bei. Somit erfolgte durch die auf Ausdehnung über die eigenen Gruppengrenzen hinaus angelegte Aktionspraxis im vierten Übersetzungsakt der *Mobilisierung* eine Zurückweisung der klassischen Repräsentationspolitik, die dem Prinzip der wenigen Delegierten zur Verkündung der politischen Botschaft folgt. In *LUX & Consorten* wurden die politischen Forderungen nicht von einer festen Sprecher*Innengruppe, sondern *durch eine synchronisierte Polyphonie in rotierender Besetzung* verbreitet, indem viele Konsort*Innen ihre jeweils spezifischen Geschichten aus der eigenen prekären Selbstständigkeit in den unterschiedlichen Anlässen direkt präsentierten. So drückten sich die Stimmen der Vielen – und oft auch der Dissens – in der Folge in der *flux eG* aus, die Freiraum für die partialen Sicht- und Erzählweisen bot und bietet. Ein Moment der Vervielfältigung des *LUX & Consorten*-Projektes bildete der Umzug eines Consorten, für dessen Motorradwerkstatt es keinen Platz in der ehemaligen Kaserne der *flux eG* gab. Er gründete mit anderen Kolleg*Innen aus den sogenannten „schmutzigen Gewerken“ einen Verein und schließlich eine Genossenschaft für einen weiteren Gewerbehof für Selbstständige im Stadtviertel Altona. In Zusammenspiel mit alten Bekannten aus den *LUX*-Auseinandersetzungen, der kommunalen Politik, einer massiven Öffentlichkeits- und Pressearbeit als auch mithilfe von Lobbyismus gelang es ihnen, den Bau einer großen Werkhalle zu günstigen Konditionen im Rahmen eines neuen Bauloses auf dem Gelände durchzusetzen. Dabei wurde ein kommunaler Ausgleich vereinbart, demnach die Immobiliensparte eines großen Rüstungskonzerns unter anderem den Bau der Werkhalle unternehmen und vorfinanzieren muss, damit sie ihre eigenen Projekte dort realisieren darf.

Ausgehend von dem gelungenen Organisationsprozess der assoziierten prekären Selbstständigen und den daraus entstehenden Genossenschaftsprojekten ist es interessant zu verfolgen, ob eine Assoziation wie *LUX & Consorten* eine temporäre Erscheinung bleibt, oder ob damit eine Praxis der Produktion des Gemeinsamen für weitere Reproduktionskämpfe in Bezug auf

die Fragen nach einer Gesundheitsversorgung oder einer Rentenabsicherung bei Selbstständigen dauerhaft in Gang gesetzt wurde. Das Projekt *LUX & Konsorten* bzw. die Genossenschaft *fix eG* stellt ein Exempel dafür dar, ein *Recht auf Stadt* möglich zu machen, bei dem sowohl partikulare als auch Gemeinwohlinteressen eine tragfähige politische Artikulation fanden. Die theoriepolitische Auseinandersetzung über neue instituierende Praxen wird noch geschrieben.

Literaturverzeichnis

- ak (2006): Die Putzfrau war präsent, aber wie sieht sie aus? Interview mit den OrganisatorInnen des Hamburger Euromaydays 2006. In: *ak Analyse & Kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis*, Nr. 504 / 17.3.2006. https://www.akweb.de/ak_s/ak504/18.htm [20.01.2019].
- Alscher, Mareike (2011): *Genossenschaften – Akteure des Markts und der Zivilgesellschaft*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat.
- Archiv labournet (2012): *Aktionen der Prekären*. <http://archiv.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/pre-kaer/aktionen.html> [20.01.2019].
- Balestrini, Nanni/Moroni, Primo (1994): *Die goldene Horde*. Berlin/Göttingen.
- Balke, Friedrich (1998): *Gilles Deleuze*. Frankfurt/Main; New York.
- Barad, Karen (2012): *Agentieller Realismus. Über die Bedeutung materiell-diskursiver Praktiken*. Berlin.
- Barad, Karen (2013): Diffraktionen: Differenzen, Kontingenzen und Verschränkungen von Gewicht. In: Bath, Corinna/Meißner, Hanna/Trinkhaus, Stephan/Völker, Susanne (Hg.): *Geschlechter Interferenzen. Wissensformen – Subjektivierungsweisen – Materialisierungen*. Berlin/Münster, 27-68.
- Bark, Sascha (2015): Übersetzung und Konflikt: Die Akteur-Netzwerk-Theorie als Methode einer praxissoziologischen Konfliktforschung. In: Schäfer, Franka/Daniel, Anna/Hillebrandt, Frank (Hg.): *Methoden einer Soziologie der Praxis*. Bielefeld, 145-176.
- Bath, Corinna/Meißner, Hanna/Trinkhaus, Stephan/Völker, Susanne (Hg.): Einleitung. In: ders.: *Geschlechter Interferenzen. Wissensformen – Subjektivierungsweisen – Materialisierungen*. Berlin/Münster, 7-25.
- Belliger, Andréa/Krieger, David J. (2006): Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie. In: ders.: *ANThology*. Bielefeld, 13-50.
- Berenberg, Sigrid (2009): Was Frappant und Gängeviertel uns lehren. Eine Replik auf den Gastbeitrag des „Recht auf Stadt“-Aktivisten Christoph Twickel (HA vom 19. Dezember). In: *Hamburger Abendblatt*, 28.12.2009. <https://www.abendblatt.de/hamburg/article112393376/Was-Frappant-und-Gaengeviertel-uns-lehren.html> [20.01.2019].
- Bethmann, Stephanie/Niermann, Debora (2015): Crossing Boundaries in Qualitative Research – Entwurf einer empirischen Reflexivität der qualitativen Sozialforschung in Deutschland und den USA [42 Absätze]. *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, 16(2), Art. 19. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs1502191>. [20.01.2019].
- Birkner, Martin /Foltin, Robert (2006): *(Post-) Operaismus. Von der Arbeiterautonomie zur Multitude. Geschichte und Gegenwart, Theorie und Praxis*. Stuttgart, 1. Auflage.
- Blome-Drees, J. et al. (2015): *Potenziale und Hemmnisse von unternehmerischen Aktivitäten in der Rechtsform der Genossenschaft*, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. https://wiso-typo3.uni-koeln.de/sites/genosem/Sonstiges/Studie_Potenziale-Hemmnisse-Genossenschaften.pdf [20.01.2019].
- Blome-Drees, Johannes (2012): Wirtschaftliche Nachhaltigkeit statt Shareholder Value. In: *WISO direkt*, o. Jg, Ausgabe 3, Bonn. <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08964.pdf> [20.01.2019].
- Blühdorn, Ingolfur (2013): *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*. Berlin.

- Bluhm, Harald (2011): Bewegungen, Assoziationen und Partei – Elemente einer Theoriekollektiver Akteure bei Karl Marx. In: *Marx Engels Jahresbuch 2010*. Berlin, 7-27. <http://mega.bbaw.de/begleitende-publikationen/mejb/mejb-2010.pdf> [20.01.2019].
- Bock, Gisela/Glökler, Mona (1978): Lohn für Hausarbeit - Frauenkämpfe und feministische Strategie. In: Dokumentationsgruppe der Sommeruniversität e.V. (Hrsg.): *Frauen als bezahlte und unbezahlte Arbeitskräfte. Beiträge zur 2. Sommeruniversität für Frauen Oktober 1977*. Berlin, 206-218.
- Bögenhold, Dieter/Fachinger, Uwe (2012): *Neue Selbstständigkeit: Wandel und Differenzierung der Erwerbstätigkeit*. In: *WISO Diskurs*, Bonn. <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09377.pdf> [20.01.2019].
- Böhm, Birgit, Büsching, Christoph (2013). Wie kann Bürgerbeteiligung inklusiv sein? Antworten am Beispiel des Verfahrens Planungszelle/Bürgergutachten. *Beitrag für Weiterdenken - Heinrich Böll Stiftung Sachsen*. http://www.weiterdenken.de/sites/default/files/downloads/Boehm_Buesching_Beitrag_Planungszellen.pdf [20.01.2019].
- Bollig, Sabine (2010): „Ja, ist das jetzt mehr ein Praktikum, oder was?“ Feldzugang als situatives Management von Differenzen. In: Heinzel, Friederike/Thole, Werner/Closs, Peter/ Köngeter, Stefan (Hrsg.): *„Auf unsicherem Terrain“*. *Ethnographische Forschung im Kontext des Bildungs- und Sozialwesens*. Wiesbaden, 107-116.
- Bologna, Sergio (2006): *Die Zerstörung der Mittelschichten. Thesen zur neuen Selbstständigkeit*. Gratz-Wien.
- Bolsinger, Harald J. (2011): Genossenschaftliche Netzwerke auf symbiotischer Basis. Erweiterung der Spielräume im Mittelstand. In: Allgeier Michaela (Hrsg.): *Solidarität, Flexibilität, Selbsthilfe. Zur Modernität der Genossenschaftsidee*. Wiesbaden, 39-52.
- Bourdieu, Pierre (1992): *Die verborgenen Mechanismen der Macht*. Hamburg.
- Breckner, Ingrid/Ziehl, Michael et al. (2011): *Temporär & prekär - Akteure des Gängeviertels im Spannungsfeld von Nutzerinteressen und Stadtentwicklungspolitik in Hamburg : Projektbericht*. HafenCity Universität Hamburg, Department Stadtplanung Stadt- und Regionalsoziologie. http://das-gaengeviertel.info/P4_Bericht_Temporaer_und_Prekaer.pdf [20.01.2019].
- Brinkmann, Ulrich/Dörre, Klaus u. a. (2006): *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse*. Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung, Wirtschafts- und sozialpolitischen Forschungs- und Beratungszentrum. <http://library.fes.de/pdf-files/asfo/03514.pdf> [20.01.2019].
- Bude, Heinz (1993): Die soziologische Erzählung. In: Jung, Thomas/Müller-Doohm, Stefan (Hg.): *„Wirklichkeit“ im Deutungsprozeß: Verstehen und Methoden in den Kultur- und Sozialwissenschaften*. Frankfurt am Main: 409-429. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-19274> [20.01.2019].
- Bührmann, Andrea D. (2012): Unternehmertum jenseits des Normalunternehmertums: Für eine praxistheoretisch inspirierte Erforschung unternehmerischer Aktivitäten. In: *Berliner Journal für Soziologie*, Heft 1, 129-156.
- Butler, Judith (2009): In Prozesse von Prekarisierung eingreifen. In: *Das Argument 281, Elemente eines neuen linken Feminismus*, Heft 3/2009, 430-436.
- Callon, Michel (2006a): Einige Elemente einer Soziologie der Übersetzung: Die Domestikation der Kammmuscheln und der Fischer der St. Brieuc-Bucht. In: Belliger, Andréa/Krieger, David J. (Hrsg.): *ANThology*. Bielefeld, 135-174.
- Callon, Michel (2006b): Techno-ökonomische Netzwerke und Irreversibilität. In: Belliger, Andréa/Krieger, David J. (Hrsg.): *ANThology*. Bielefeld, 309-342.

- Candeias, Mario (2008): Die neuen Solo-Selbständigen zwischen Unternehmergeist und Prekarität. In: *Prokla* 150, Heft 1, 65-81.
- Castel, Robert (2000): *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz.
- Celikates, Robin (2008): *Communitas - Immunitas - Bíos: Roberto Espositos Politik der Gemeinschaft*. In: Böckelmann, Janine/ Morgenroth, Claas (Hrsg.), *Politik der Gemeinschaft. Zur Konstitution des Politischen in der Gegenwart*. Bielefeld, 49-67.
- Certeau, Michel de (1988): *Kunst des Handelns*. Berlin.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt am Main.
- D&K drost consult GmbH (2011): *Planungswerkstatt Suttnerpark*. http://www.lux-net.de/wp-content/uploads/2011/01/110117_Suttnerpark_Broschuere.pdf [20.01.2019]
- Dalla Costa, Mariarosa/James, Selma (1973): *Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft*. Berlin.
- Deleuze, Gilles (1993): Postskriptum über die Kontrollgesellschaften. In: Ders.: *Unterhandlungen. 1972–1980*. Frankfurt am Main, 254–262.
- Deleuze, Gilles/Guattari, Félix (1992): *Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie*. Berlin.
- Deleuze, Gilles/Parnet, Claire (1980): *Dialoge*. Frankfurt am Main.
- Despret, Vinciane/Haraway, Donna (2011): Stay where the trouble is. Gespräch mit Karin Harrasser und Katrin Solhdju. In: *Zeitschrift für Medienwissenschaft* 3(2011), 1: Menschen & Andere, 92–102. <http://e-text.diaphanes.net/doi/10.4472/zfmw.2011.0009> [20.01.2019].
- Deuber-Mankowsky, Astrid (2011): Diffraktion statt Reflexion. Zu Donna Haraways Konzept des Situiereten Wissens. In: *Zeitschrift für Medienwissenschaft* 1/2011, 83-92. <http://e-text.diaphanes.net/doi/10.4472/zfmw.2011.0008> [20.01.2019].
- Dribbusch, Heiner (2008): Organizing in der Fläche: Die ver.di/SEIU-Kampagne im Hamburger Bewachungsgewerbe. In: *WSI Mitteilungen* 1/2008. http://www.boeckler.de/pdf/wsimit_2008_01_dribbusch.pdf [20.01.2019].
- Eckmann, Eleonore (1978): Die Forderung Lohn für Hausarbeit im Kontext der italienischen Frauenbewegung. In: Dokumentationsgruppe der Sommeruniversität e.V. (Hrsg.): *Frauen als bezahlte und unbezahlte Arbeitskräfte. Beiträge zur 2. Sommeruniversität für Frauen - Oktober 1977*. Berlin, 232-242.
- Elbe Wochenblatt-Beitrag (2012): „Bürgerplenum Neue Mitte Altona entscheidet sich mit großer Mehrheit für ein Moratorium“. In: *Elbe Wochenblatt-Beitrag*, 06.02.2012 <http://www.elbe-wochenblatt.de/altona/lokales/buergerplenum-neue-mitte-altona-entscheidet-sich-mit-grosser-mehrheit-fuer-ein-moratorium-d5766.html> [20.01.2019].
- Ellis, Carolyn/Adams, Tony E./Bochner, Arthur P. (2010): Autoethnography: An Overview [40 paragraphs]. *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, 12(1), Art. 10. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs1101108>. [20.01.2019].
- Enquete-Kommission (2002): „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. http://kulturrat.de/wp-content/uploads/altdocs/dokumente/studien/enquete_be.pdf [20.01.2019].
- Euromayday Hamburg (2005): Laboratoriumsparade. Der Euromayday als Suchprozess im Terrain der Prekarität. In: *ak - Zeitung für linke Debatte und Praxis*, Nr. 495 / 20.5.2005. URL.: <http://archiv.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/prekaer/hh05ak.pdf> [20.01.2019].
- Eusterhus, Eva (2010): Betreutes Schrauben im Herzen von Altona. In: *Die Welt*, 03.05.2010. <http://www.welt.de/7443068> [20.01.2019].
- Federici, Silvia (1977): *Lohn gegen Hausarbeit*, Berlin.

- Folkers, Andreas (2013): Was ist neu am neuen Materialismus? Von der Praxis zum Ereignis. In: Goll, Tobias/Keil, Daniel/Telios, Thomas (Hg.): *Critical Matter. Diskussionen eines neuen Materialismus*. Münster, 16-33.
- Foucault, Michel (1983): *Der Wille zum Wissen*. Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel (1994[1976]): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel (1999): Die Geburt des Rassismus, Vorlesung vom 17. März 1976. In: ders.: *Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975-1976)*. Frankfurt/Main.
- Frahm, Ole (2002): Wem gehört die Stadt? In: *Jungle World*, 49, 04.12.2002. <https://jungle.world/artikel/2002/49/wem-gehört-die-stadt> [20.01.2019].
- Frauen in der Offensive (1974): *Lohn für Hausarbeit oder: Auch Berufstätigkeit macht auch nicht frei*. München.
- Freie und Hansestadt Hamburg (2002): *Leitbild: Metropole Hamburg - Wachsende Stadt*. https://wachsender-widerstand.archivierte-seite.de/wachsende_stadt.pdf [20.01.2019].
- Freie und Hansestadt Hamburg. Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (2013): *Hamburg gemeinsam gestalten. Bürgerbeteiligung und -information in der Stadtentwicklung*. <http://www.hamburg.de/contentblob/4126596/data/broschuere-buergerbeteiligung.pdf> [20.01.2019].
- Freie und Hansestadt Hamburg. Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (2014): *Perspektiven der Stadtentwicklung*. <http://www.hamburg.de/contentblob/4388464/1c6718acb9bc4b27eeffd5ee63cd5cf5/data/d-6-dialog-broschuere.pdf> [20.01.2019].
- Fullner, Jonas (2016): Aktivistische Stadtforschung. In: Belina, Bernd/Naumann, Matthias/Strüver, Anke: *Handbuch kritische Geographie*. Münster, 2. korrigierte Auflage, 86-91.
- Füllner, Jonas/Templin, David (2011): Stadtplanung von unten. Die „Recht auf Stadt“-Bewegung in Hamburg. In: Holm, Andrej/Dirk Gebhardt (Hrsg.): *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung*. Hamburg, 79-104.
- Gängeviertel e.V. (2012): Besuch von der älteren Verwandtschaft. Gespräch mit Aktiven aus der Hafenstrasse, der Roten Flora und dem Centro Sociale. In: ders.: *Mehr als ein Viertel. Ansichten und Absichten aus dem Hamburger Gängeviertel*. Berlin/Hamburg, 175-184.
- Gienke, Eckart (2014): Erste Ikea-Innenstadtiliale in Hamburg eröffnet. In: *sh:z*, 30.Jun.2014. <http://www.shz.de/regionales/hamburg/meldungen/erste-ikea-innenstadtiliale-in-hamburg-eroeffnet-id7006691.html> [20.01.2019].
- Gottschall, Karin/Henninger, Annette (2005): Freelancer in den Kultur- und Medienberufen: freiberuflich, aber nicht frei schwebend. In: Mayer-Ahuja, Nicole und Harald Wolf (Hg.): *Entfesselte Arbeit – neue Bindungen. Grenzen der Entgrenzung in den Neuen Medien und der Kulturindustrie*. Berlin, 153-183.
- Gramsci, Antonio (2012): *Gefängnishefte*, herausgegeben von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug. Hamburg.
- Hamburger Abendblatt (2011): „Neuer Baustreit in Altona“. Demonstranten sprengen „Planungswerkstatt“ zum Electrolux-Gebäude an der Max-Brauer-Allee. In *Hamburger Abendblatt*, 05.02.2011. <http://www.abendblatt.de/hamburg/article107949314/Neuer-Baustreit-in-Altona.html> [20.01.2019].
- Hamburger Abendblatt (2018): Behörden-Besuch zum Gängeviertel-Geburtstag: In: *Hamburger Abendblatt*, 24.08.18. <https://www.abendblatt.de/kultur-live/article215163319/Behoerden-Besuch-zum-Gaengeviertel-Geburtstag.html> [20.01.2019].

- Hamburger Morgenpost (2009): PRO - KONTRA Ikea spaltet Altona, 29.08.2009. <https://www.mopo.de/pro--kontra-ikea-spaltet-altona-19574732> [20.01.2019].
- Hamm, Marion (2007): EuroMayDay. Die Rebellion der Prekären als fortgesetzte Aneignung. In: *Bildpunkt*, 12.06.2007. <https://www.linksnet.de/artikel/20602> [20.01.2019].
- Hamm, Marion (2013): Engagierte Wissenschaft zwischen partizipativer Forschung und reflexiver Ethnographie. In: Binder, Beate/von Bose, Friedrich/Ebell, Katrin/Hess, Sabine/Keinz, Annika (Hg.): *Eingreifen, Kritisieren, Verändern!? Interventionen ethnographisch und gendertheoretisch*. Münster, 55-72.
- Hamm, Marion/Sutter, Ove (2010): „ICH STRESS. ICH PAUSE. ICH STREIK.“ Widerständige Subjektivierungen auf den EuroMayDay-Paraden der Prekären. In: *transversal (multilingual webjournal)*. http://eipcp.net/policies/hamm-sutter_de/de [20.01.2019].
- Haraway, Donna (1995a): Situiertes Wissen. Die Wissenschaftsfrage im Feminismus und das Privileg der partia- len Perspektive. In: ders.: *Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen*. Frankfurt Main/New York, 73-97.
- Haraway, Donna (1995b): *Monströse Versprechen. Die Gender- und Technologie-Essays*. Hamburg.
- Hardt, Michael (2002): Affektive Arbeit. Immaterielle Produktion, Biomacht und Potenziale der Befreiung. In: *Jungle World 2*, 2.1.2002, Subtropen, 1-4.
- Hardt, Michael (2003): „Affektive Arbeit“. In: Marion von Osten (Hg.): *Norm der Abweichung*. Zü- rich/Wien/New York, 211-224.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2002): *Empire. Die neue Weltordnung*. Frankfurt/New York.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2004): *Multitude. Krieg und Demokratie im Empire*. Frankfurt/New York.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2010): *Common Wealth. Das Ende des Eigentums*. Frankfurt/New York.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2018): *Assembly. Die neue demokratische Ordnung*. Frankfurt/New York.
- Hegner, Victoria (2013): Vom Feld verführt. Methodische Gratwanderungen in der Ethnografie. In: *Forum Qua- litative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, 14(3), Art. 19, [http://nbn-resol- ving.de/urn:nbn:de:0114-fqs1303197](http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs1303197) [20.01.2019].
- Hennig, Eike (2012): Chicago School. In: Eckardt, Frank (Hrsg.): *Handbuch Stadtsoziologie*. Wiesbaden, 95- 124.
- Hess, Sabine/Lebuhn, Henrik (2014): Politiken der Bürgerschaft. Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und citizenship. In: *Sub\Urban. Zeitschrift für Kritische Stadtforschung*, 2(3), 11-34. [http://zeitschrift-sub- urban.de/sys/index.php/suburban/article/view/153/248](http://zeitschrift-sub-urban.de/sys/index.php/suburban/article/view/153/248) [20.01.2019].
- Hildenbrand, Bruno (1984): *Methodik der Einzelfallstudien. Beobachtungen. Kurseinheit 3, Studienbrief*. Fern- universität Hagen.
- Hill, Sebastian/Doluschitz, Reiner (2014): Genossenschaftliche Werte - Kern der genossenschaftlichen Identität? In: *Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen*, Bd. 64, 1/2014, 19-30. [https://www.degruy- ter.com/downloadpdf/j/zfgg.2014.64.issue-1/zfgg-2014-0103/zfgg-2014-0103.xml](https://www.degruy-ter.com/downloadpdf/j/zfgg.2014.64.issue-1/zfgg-2014-0103/zfgg-2014-0103.xml) [20.01.2019].
- Hine, Christine (2007): Multi-sited ethnography as a middle range methodology for contemporary STS. In: *Sci- ence, Technology, & Human Values*, Volume 32 Number 6, 652–671.
- Hitzler Ronald/Gothe Miriam (Hrsg.) (2015): Zur Einleitung: Methodologisch-methodische Aspekte ethnogra- phischer Forschungsprojekte. In: ders.: *Ethnographische Erkundungen. Methodische Aspekte aktueller For- schungsprojekte*. Wiesbaden, 9-16.
- Hitzler, Ronald (2007): Ethnographie. In: Buber, Renate/Holzmüller, Hartmut H. (Hrsg.): *Qualitative Marktfor- schung*. Wiesbaden, 207-218.

- Holm, Andrej/Dirk Gebhardt (Hrsg.) (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt. In: ders.: *Initiativen für ein Recht auf Stadt: Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*. Hamburg, 7-23.
- In: Engin F. (2009): Citizenship in flux: the figure of the activist citizen. In: *Subjectivity*, 29, 367–388.
- John, Frank (2010): Hamburg High Heels. Städtische Raumproduktion voll Widerstand und Selbstverwaltung. In: *ak - Analyse & Kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis*, Nr. 548 / 19.3.2010. https://www.akweb.de/ak_s/ak548/31.htm [20.01.2019].
- Jørgensen, Kenneth Mølberg/Thomassen, Anja Overgaard (2015): Maps of Organizational Learning in Regional Development Projects : Stories, Objects and Places. In: *Tamara - Journal for Critical Organization Inquiry*, Vol. 13, Issue 3, 57-69.
- Kaiser, Lena (2011): Streit um den Abriss des Electrolux-Gebäudes. Wohnen konkurriert mit Arbeit. In: *die taz*, 13.03.2011. <http://www.taz.de/!5124880/> [20.01.2019].
- Keller, Berndt/Seifert, Hartmut (2002): Flexicurity – Wie lassen sich Flexibilität und soziale Sicherheit vereinbaren? In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 1, 90-106. http://doku.iab.de/mit-tab/2002/2002_1_MittAB_Keller_Seifert.pdf [20.01.2019].
- Keller, Berndt/Seifert, Hartmut (2008): *Flexicurity: Ein europäisches Konzept und seine nationale Umsetzung*. In: *WISO Diskurs*, Bonn. <https://library.fes.de/pdf-files/wiso/05317.pdf> [20.01.2019].
- Keller, Christine (2015): Freundschaftliche Forschung? Annäherung und Distanzierung beim Betreiben von Ethnographie. In: Hitzler, Ronald/Gothe, Miriam (Hrsg.): *Ethnographische Erkundungen. Methodische Aspekte aktueller Forschungsprojekte*. Wiesbaden, 255-273.
- Klemisch, Herbert/ Vogt, Walter (2012): *Genossenschaften und ihre Potenziale für eine sozial gerechte und nachhaltige Wirtschaftsweise*. In: *WISO Diskurs*, Bonn. <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09500-20121204.pdf> [20.01.2019].
- Klenner, Christina (2011): Prekarisierung der Arbeit – Prekarisierung im Lebenszusammenhang. In: *WSI Mitteilungen* 8/2011, 378. https://www.boeckler.de/wsimit_2011_08_editorial.pdf [20.01.2019].
- Krasmann, Susanne (2010): Jacques Rancière: Polizei und Politik im Unvernehmen. In: Bröckling, Ulrich/Feustel, Robert (Hrsg.): *Das politische Denken*. Bielefeld, 77-98.
- Krause, Ralf/Röllli, Marc (2010): *Mikropolitik. Eine Einführung in die politische Philosophie von Deleuze und Guattari*. Wien.
- Kronauer, Martin/Linne, Gudrun (Hg.) (2005): *Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität*. Berlin.
- Kuster, Brigitta/Lorey, Isabell/Diefenbach, Katja/von Osten, Marion (2006): Prekarisierung von KulturproduzentInnen und das ausbleibende „gute Leben“. Ein kleines postfordistisches Drama. In: *Prekäre Perspektiven ...in der neuen Gesellschaft*. Berlin, 12-21.
- Latour, Bruno (2006a). Gebt mir ein Laboratorium und ich werde die Welt aus den Angeln heben. In: Belliger, Andréa/Krieger, David J. (Hrsg.): *ANThology*. Bielefeld, 103-134.
- Latour, Bruno (2006b): Die Macht der Assoziation. In: Belliger, Andréa/Krieger, David J. (Hrsg.): *ANThology*. Bielefeld, 195-212.
- Latour, Bruno (2007): *Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft*. Frankfurt am Main.
- Latour, Bruno (2010): Ein Versuch, das „Kompositionistische Manifest“ zu schreiben. In: *Telepolis*. <http://www.heise.de/tp/artikel/32/32069/1.html> [20.01.2019].
- Latour, Bruno/Lépinay, Vincent (2010): *Die Ökonomie als Wissenschaft der leidenschaftlichen Interessen*. Berlin.

- Law, John (2006): Notizen zur Akteur-Netzwerk-Theorie: Ordnung, Strategie und Heterogenität. In: Belliger, Andréa/Krieger, David J. (Hrsg.): *ANThology*. Bielefeld, 429-446.
- Law, John (2011): Akteur-Netzwerk-Theorie und materiale Semiotik. In: Conradi, Tobias /Derwanz, Heike/Muhle, Florian (Hg.): *Strukturentstehung durch Verflechtung. Akteur-Netzwerk-Theorie(n) und Automatismen*. München, 21-48.
- Lazzarato, Maurizio (1998a): Immaterielle Arbeit. Gesellschaftliche Tätigkeit unter Bedingungen des Postfordismus. In: Negri, Toni/Lazzarato, Maurizio/Virno, Paolo: *Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion*. Berlin, 39-52.
- Lazzarato, Maurizio (1998b): Verwertung und Kommunikation. Der Zyklus immaterieller Produktion. In: Negri, Toni/Lazzarato, Maurizio /Virno, Paolo: *Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion*. Berlin, 53-66.
- Lefebvre, Henri (1972): *Das Alltagsleben in der modernen Welt*. Frankfurt/Main.
- Lefebvre, Henri (2016[1968]): *Das Recht auf Stadt*. Hamburg.
- Lemke, Claudia. (2011): *Ethnographie nach der „Krise der Repräsentation“: Versuche in Anlehnung an Paul Rabinow und Bruno Latour; Skizzen einer Pädagogischen Anthropologie des Zeitgenössischen*. Bielefeld.
- Lindner, Rolf (2004): *Walks on the Wild Side. Eine Geschichte der Stadtforschung*. Frankfurt am Main.
- Lohr, Karin/Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.) (2005): *Subjektivierung von Arbeit – Riskante Chancen*. Münster.
- Lorey, Isabell (2010): Gemeinsam Werden. Prekarisierung als politische Konstituierung. In: *Grundrisse 35, Zeitschrift für Linke Theorie*. Wien, 19-25.
- Lorey, Isabell (2012): *Die Regierung der Prekären*. Turia + Kant, Wien.
- Löw, Martina (2001): Gemeindestudien heute : Sozialforschung in der Tradition der Chicagoer Schule?. In: *Zeitschrift für qualitative Bildungs-, Beratungs- und Sozialforschung*, Heft 1, 111-131. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-280441> [20.01.2019].
- Marchart, Oliver (2013): *Die Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Proteste. Politik und Ökonomie in Zeiten der Prekarisierung*. Bielefeld.
- Marchart, Oliver/Adolphs, Stephan/Hamm, Marion (2010): Bewegungspraxis und „organische Theorie“ – Zur Rezeption und Produktion theorieförmiger Diskurse durch soziale Bewegungen am Beispiel der Prekarisierungsbewegung, In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 1, 73-88.
- Marcus, George E. (1995): Ethnography in/of the World System: The Emergence of Multi-Sited Ethnography. In: *Annual Review of Anthropology*, Vol. 24., 95-117.
- Marshall, Thomas H. (1950): *Citizenship and Social Class and Other Essays*. Cambridge.
- Marx, Karl (1867): Das Kapital, Bd. I. In: *MEW*, Band 23, Berlin 1968.
- Marx, Karl (1868): Über die Nationalisierung des Grund und Bodens. In: *MEW*, Band 23, Berlin 1973. http://www.mlwerke.de/me/me18/me18_059.htm [20.01.2019].
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1846): Die deutsche Ideologie. In: *MEW*, Band 3, 1969. http://www.mlwerke.de/me/me03/me03_009.htm [20.01.2019].
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1848): Manifest der Kommunistischen Partei. In: *MEW*, Band 4, 1972. http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm [20.01.2019].
- Massumi, Brian (2010): *Ontomacht: Kunst, Affekt und das Ereignis des Politischen*. Berlin.
- Matthies, Robert/Schuhmacher, Nils (2018): Hamburger Wetter. Die lokalgeschichtliche Kontextualisierung des Protests. https://g20.protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2018/09/Satellit_Lokalgeschichte.pdf [20.01.2019].

- Mazzei, Lisa A. (2014): Beyond an Easy Sense: A Diffractive Analysis. In: *Qualitative Inquiry*, Vol. 20(6), 742-746.
- Meir, Nicola (2014): Billy zieht zu mir. In: *Die Zeit*, 12. Juni 2014. https://netzwerkrecherche.org/wp-content/uploads/2014/06/Billy_zieht_zu_mir-Nicola_Meier.pdf [20.01.2019].
- Mezzadra, Sandro (2010): Autonomie der Migration - Kritik und Ausblick. In: *Grundrisse 34, Zeitschrift für Linke Theorie*. Wien, 22-29.
- Minh-ha, Trinh T. (1987): She, the Inappropriate/d Other (Introduction). In: *Discourse* 8, 3-9.
- Moldaschl, Manfred/Voß, G. Günter (Hg.) (2002): *Subjektivierung von Arbeit*. München.
- Morgenroth, Claas (2008): Einleitung. Zur Politik der Gemeinschaft. In: Böckelmann, Janine/ Morgenroth, Claas (Hrsg.), *Politik der Gemeinschaft. Zur Konstitution des Politischen in der Gegenwart*. Bielefeld, 9-27.
- Motakef, Mona (2015): *Prekarisierung*. Bielefeld.
- Moulier Boutang, Yann (2003): Neue Grenzziehungen in der politischen Ökonomie. In: Marion von Osten (Hg.): *Norm der Abweichung*. Zürich/Wien/New York, 251-280.
- Müller, Martin (2012): Mittendrin statt nur dabei: Ethnographie als Methodologie in der Humangeographie. In: *Special issue of Geographica Helvetica* 67(4), 179-184. http://www.zora.uzh.ch/78841/2/2012_M%C3%BCllerM_gh-67-179-2012.pdf [20.01.2019].
- Mullis, Daniel (2013): Recht auf die Stadt Facetten und Möglichkeiten einer Parole. In: *Emanzipation*, Jg.3, Nr. 2, 57-70. http://www.emanzipation.org/articles/em_3-2/e_3-2_mullis.pdf [20.01.2019].
- Mulot, Tobias (2011): Coyotismus. Die konstituierende Kraft der Flucht. Anmerkungen zu Escape Routes. In: *Sozial.Geschichte Online* 6 (2011), 98-134. https://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-28998/06_Mulot_Coyotismus.pdf [20.01.2019].
- Münkner, Hans-H. (2014): *Organisiert Euch in Genossenschaften! Anders Wirtschaften für eine bessere Welt*. Berlin.
- Neckel, Sighard (2002): Der Paternalismus der Postmoderne. In: Blum, Elisabeth/Neitzke, Peter (Hrsg.): *Boulevard Ecke Dschungel. StadtProtokolle*. Hamburg, 100-114.
- Necker, Sylvia (2014): Fachbeitrag: Das „frappant“. In: *moderneREGIONAL. Online-Magazin für Kulturlandschaften der Nachkriegsmoderne*, Heft 14/2. <https://www.moderne-regional.de/fachbeitrag-frappant-hamburg/> [20.01.2019].
- Negri, Antonio (1998): Repubblica Costituente. Umriss einer konstituierenden Macht. In: Atzert, Thomas (Hg.): *Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion*. Berlin, 67-82.
- Negri, Antonio (2003): Logik und Theorie der Befragung. Die militante Praxis als Subjekt und als Episteme. In: *transversal (multilingual webjournal), Militante Untersuchung*. <http://eipcp.net/transversal/0406/negri/de> [20.01.2019].
- Negri, Antonio (2004): Politische Subjekte. Multitude und konstituierende Macht. In: Atzert, Thomas/Müller, Jost (Hg.): *Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität*. Münster, 14-28.
- Negri, Antonio (2011): Konstituierende Macht. In: Pieper, Marianne/Atzert, Thomas/Karakayali, Serhat/Tsianos, Vassilis (Hrsg.): *Biopolitik - in der Debatte*. Wiesbaden, 29-61.
- New York City Organizing Support Center (2010): Building a base for community organizing. With a Focus on one-on-one meetings. <http://www.econnet.eu/media/Listening%20and%20recruitment/One%20on%20One%20Packet%20-%20NYC%20Organizing%20Support%20Center.pdf> [20.01.2019].

- Oevermann, Ulrich (1985): Versozialwissenschaftlichung der Identitätsformation und Verweigerung von Lebenspraxis. Eine aktuelle Variante der Dialektik der Aufklärung. In: Deutsche Gesellschaft für Soziologie (Hrsg.): *Soziologie und gesellschaftliche Entwicklung. Verhandlungen des 22. Deutschen Soziologentages in Dortmund 1984*. Frankfurt am Main/New York, 463-474.
- Panagiotidis, Efthimia (2004): „Lohn für Hausarbeit“ revisited! : Die Aufbereitung einer Kampagne für das Recht auf Mobilität. In: Roß, Bettina (Hg.): *Migration, Geschlecht und Staatsbürgerschaft: Perspektiven für eine antirassistische und feministische Politik und Politikwissenschaft*. Wiesbaden, 189-203.
- Panagiotidis, Efthimia (2006a): Prekarisierung auf hohem Niveau. Ein Ringen mit der Zeit. In: Burbaum, Claudia/Kasböck, Karin/Kriegerowski, Christine u.a.(Hg.): *Prekäre Perspektiven ... in der neuen Gesellschaft*. NGBK Neue Gesellschaft für Bildende Kunst, 154-159.
- Panagiotidis, Efthimia (2006b): Fluchtlinien eines politischen Projekts in der Prekarisierung. Eine eklektische Aneignung des gewerkschaftlichen „Organizing“. In: *Kulturrisse* 04/2006.
- Panagiotidis, Efthimia (2007): Die „gute Botschaft“ der Prekarisierung. Zur Symbolik von SuperheldInnen in Zeiten der postfordistischen Zeichenflut. In: *transversal (multilingual webjournal), Praxen der Zeichentransmutation*. <http://eicpc.net/transversal/0307/panagiotidis/de> [20.01.2019].
- Panagiotidis, Efthimia (2012): Infrapolitik der Affektivität oder Der Ort der maßlosen Differenz. In: Lorey, Isabella/Nigro, Roberto/Raunig, Gerald (Hg.): *Inventionen 2*. Berlin Diaphanes, 174-184.
- Panagiotidis, Efthimia (2013): Passionate Undertakings: New Collectives, Indeterminate Spaces of Mobility, and the Politics of Affect. In: *Rethinking Marxism*, Volume 25, Issue 3, 404-420.
- Papadopoulos, Dimitris/Stephenson, Niamh/Tsianos, Vassilis (2008): *Escape Routes: Control and Subversion in the 21st Century*. London / Ann Arbor.
- Pieper, Marianne (2007): Biopolitik – die Umwendung eines Machtparadigmas. Immaterielle Arbeit und Prekarisierung. In: Dies./Atzert, Thomas/Karakayli, Serhat/Tsianos, Vassilis (Hrsg.): *Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri*. Frankfurt a. M./New York, 213-243.
- Pieper, Marianne (2013): Prekarität in postoperaistischer Perspektive. In: Oliver Marchert (Hg.) *Facetten der Prekarisierungsgesellschaft: Prekäre Verhältnisse. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Prekarisierung von Arbeit und Leben*. Bielefeld: 109-135.
- Pieper, Marianne (2016): Assemblagen von Rassismus und Ableism. Selektive Inklusion und die Fluchtlinien affektiver Politiken in emergenten Assoziationen. In: *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 2 (1), 91-116. <http://movements-journal.org/issues/03.rassismus/05.pieper--assemblagen.von.rassismus.und.ableism.html> [20.01.2019].
- Pieper, Marianne/Haji Mohammadi, Jamal (2014): Partizipation mehrfach diskriminierter Menschen am Arbeitsmarkt. Ableism und Rassismus – Barrieren des Zugangs. In: Gudrun Wansing/Manuela Westphal (Hg.): *Behinderung und Migration. Erkundungen in einem neuen Forschungsfeld*. Wiesbaden, 221-251.
- Pieper, Marianne/Kuster, Brigitta/Tsianos, Vassilis S. (2014): Transnationale Akteur_innen der Migration: Gender – Netzwerke – Assemblagen: Methodologische und methodische Überlegungen im Zeichen einer neuen Ontologie. In: Grulich, Julia/ Riefgraf, Birgit (Hg.): *Geschlecht und transnationale Räume. Feministische Perspektiven auf neue Ein- und Ausschlüsse*. Münster, 227-249.
- Pieper, Marianne/Panagiotidis, Efthimia/Tsianos, Vassilis (2009): Regime der Prekarität und verkörperte Subjektivierung. In: Herrlyn, Gerrit/ Müske, Johannes/ Schönberger, Klaus/ Sutte, Ove (Hrsg.): *Arbeit und*

- Nicht-Arbeit. Entgrenzungen und Begrenzungen von Lebensbereichen und Praxen.* München/Mehring, 341-357.
- Pieper, Marianne/Panagiotidis, Efthimia/Tsianos, Vassilis (2011): Postliberaler Rassismus und der Einsatz verkörperter postnationaler Subjektivitäten im Kontext von Prekarisierung und Migration. In: Pieper, Marianne/Atzert, Thomas/Karakayali, Serhat/Tsianos, Vassilis (Hrsg.): *Biopolitik in der Debatte.* Wiesbaden. 193–226.
- Pongratz, Hans J./ Voß, G. Günter (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der „Ware Arbeitskraft“? In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50 (1), S. 131-158.
- Precarias a la deriva (2004): Streifzüge durch die Kreisläufe feminisierter prekärer Arbeit. In: *transversal (multilingual webjournal)*, *Precariat*. <http://www.eipcp.net/transversal/0704/precarias1/de> [20.01.2019].
- Precarias a la deriva (2007): „Projekt und Methode einer ‚militanten Untersuchung‘. Das Reflektieren der Multitude in actu“. In: Marianne Pieper/Thomas Atzert/Serhat Karakayali/Vassilis Tsianos (Hg.): *Empire und die biopolitische Wende. Die Internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri.* Frankfurt a. M./New York, 85-108.
- Prescod-Roberts, Margaret (1978): Schwarze Frauen, Sozialhilfe und Dritte Welt. In: Dokumentationsgruppe der Sommeruniversität e.V. (Hrsg.): *Frauen als bezahlte und unbezahlte Arbeitskräfte. Beiträge zur 2. Sommeruniversität für Frauen - Oktober 1977.* Berlin, 179-189.
- Pressemitteilung vom Euromayday 2010 in Hamburg (2010) In: *Feuerloescher TV Networx*. <https://feuerloescher-tv2.blogspot.com/2010/04/> [20.01.2019].
- Rancière, Jacques (2002): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie.* Frankfurt am Main.
- Rancière, Jacques (2008): *Zehn Thesen zur Politik.* Zürich/Berlin.
- Rauer, Valentin (2012): Interobjektivität: Sicherheitskultur aus Sicht der Akteur-Netzwerk-Theorie. In: Daase, Christopher/Offermann, Philipp/Rauer, Valentin (Hrsg.): *Sicherheitskultur. Gesellschaftliche und politische Praktiken der Gefahrenabwehr.* Frankfurt/M: Campus, 69-81. <http://www.sicherheitskultur.org/fileadmin/files/WorkingPapers/14-Rauer.pdf> [20.01.2019].
- Raunig, Gerald (2002): Transversale Multituden. In: *transversal (multilingual webjournal)*, *mundial*. <http://eipcp.net/transversal/0303/raunig/de> [20.01.2019].
- Raunig, Gerald (2008a): Nomadische Linien der Erfindung. In: *transversal (multilingual webjournal)*, *Praxen der Zeichentransmutation*. <http://eipcp.net/transversal/0307/raunig/de> [20.01.2019].
- Raunig, Gerald (2008b): Instituierende Praxen, No. 1. Fliehen, Instituieren, Transformieren. In: Nowotny, Stefan/Raunig, Gerald: *Instituierende Praxen. Bruchlinien der Institutionskritik.* Wien, 21-34.
- Raunig, Gerald (2010): Etwas mehr als das Commune. Dividuum und Condividualität. In: *Grundrisse 35, Zeitschrift für Linke Theorie.* Wien, 26-34.
- Reichel, Richard (2012): Sind Genossenschaften die besseren Kapitalisten? Inwiefern ist genossenschaftliches Wirtschaften „anderes Wirtschaften“?. <https://docplayer.org/38881165-Sind-genossenschaften-die-besseren-kapitalisten-inwiefern-ist-genossenschaftliches-wirtschaften-anderes-wirtschaften.html> [20.01.2019].
- Reißmann, Ole (2010): Klares Votum in Hamburg–Altona 77 Prozent der Bürger wollen City-Ikea. In: *Spiegel Online*, 21.01.2010. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/klares-votum-in-hamburg-altona-77-prozent-der-buerger-wollen-city-ikea-a-673299.html> [20.01.2019].
- Richard Reichel (2011): Sicherheit und Freiheit im Rahmen marktwirtschaftlichen Wettbewerbs. In: Allgeier, Michaela (Hrsg.): *Solidarität, Flexibilität, Selbsthilfe. Zur Modernität der Genossenschaftsidee.* Wiesbaden, 75-86.

- Ringle, Günther (2010): Der genossenschaftliche Förderauftrag. Deutungsversuche – praktische Umsetzung – Fördererfolgsausweis. In: *Wismarer Diskussionspapiere*, Heft 04/2010. Wismar, 6 - 29. <https://www.econs-tor.eu/bitstream/10419/45820/1/661898466.pdf> [20.01.2019].
- Ritzi, Claudia (2014): *Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit*. Wiesbaden.
- Rosa, Hartmut et al. (2010): *Theorien der Gemeinschaft zur Einführung*. Hamburg.
- Savigny, Ch.V. (2011): Mieten-Mahner in Warnwesten. In: *Elbe Wochenblatt*, Nr. 14, 06.04.2011.
- Savills Research (2016): Investment Market. monthly Deutschland: Die Mischnutzung wird salonfähig, Juni 2016. <http://pdf.euro.savills.co.uk/germany-research/ger-ger-2016/investment-market-monthly-2016-06-deu.pdf> [20.01.2019].
- Schadler, Cornelia (2013): *Vater, Mutter, Kind werden. Eine posthumanistische Ethnographie der Schwangerschaft*. Bielefeld.
- Schäfer, Christoph (2001): „Der Garten des Bescheidenen Politikers“. <http://park-fiction.net/der-garten-des-bescheidenen-politikers/> [20.01.2019].
- Scheffer, Thomas (2002): Das Beobachten als sozialwissenschaftliche Methode – Von den Grenzen der Beobachtbarkeit und ihrer methodischen Bearbeitung. In: Schaeffer, Doris/Müller-Mundt, Gabriele (Hrsg.): *Qualitative Forschung in den Gesundheits- und Pflegewissenschaften*. Bern, 351-374. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-5093> [20.01.2019].
- Schmid, Christian (2011): Henri Lefebvre und das Recht auf die Stadt. In: Holm, Andrej/Dirk Gebhardt (Hrsg.): *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung*. Hamburg, 23-51.
- Schönberger, Klaus/Springer, Stefanie (Hg.) (2003): *Subjektivierete Arbeit. Mensch, Organisation und Technik in einer entgrenzten Arbeitswelt*. Frankfurt/New York.
- Schröpfer, Sandra (2012): „Neue Mitte Altona“. Altonaer demonstrieren für mehr Beteiligung. In: *Hamburger Abendblatt*, 02.09.2012. <http://www.abendblatt.de/hamburg/altona/article108926147/Altonaer-demonstrieren-fuer-mehr-Beteiligung.html#modal> [20.01.2019].
- Schubert, Hans-Joachim (2007): The Chicago School of Sociology. Theorie, Empirie und Methode. In: Klingemann, Carsten (Hg.): *Jahrbuch für Soziologiegeschichte*. Wiesbaden, 119-166.
- Situationistische Internationale (1995): *Der Beginn einer Epoche. Texte des Situationisten*. Hamburg, 2. Auflage 2008, 80-82.
- Solty, Ingar (2009): Trägt Gramscis Begriff des organischen Intellektuellen noch? In: *Das Argument*, Nr. 280, 110-115.
- Spinoza, Baruch de (1999[1677]): *Ethik in geometrischer Ordnung dargestellt*, Lateinisch-Deutsch. Hamburg.
- Steiner, Gustav/Schütt, Asmus (2011): „Vertrauen in Deutschland“ und genossenschaftliche Werte. In: *Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen* 61,3, 201-216.
- Stiekele, Annette (2011): Shuttlebus an die Leine. In: *Hamburger Abendblatt*, 24.01.2011.
- Strauss, Anselm L./Corbin, Juliet (1996): *Grounded Theory: Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. Weinheim, Beltz.
- Stütze, Ingo (2009): Realistisch ist, wofür man kämpft. Ein Gespräch zehn Jahre nach dem Existenzgeld-Kongress. Interview von Ingo mit Jörg Nowak, Meike Bergmann, Harald Rein und Mag Wompel. In: *ak - Zeitung für linke Debatte und Praxis*, Nr. 538 / 17.4.2009. http://archiv.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/linkskritik_ak.html [20.01.2019].
- Sudmann, Heike (2014): BürgerInnenbeteiligung in Hamburg – Bestandsaufnahme und Kritik. In: Fraktion Die LINKEN: „Mehr als schöne Worte? BürgerInnenbeteiligung in Hamburg“. Hamburg, 5-9.

- Teuwsen, Peer (2014): Transparenzgesetz: Ein durchsichtiger Plan. Schluss mit Geheimniskrämerei: Wie zwei Hamburger den Beamten der Stadt Offenheit beibringen. In: *Die Zeit*, Nr.28, 03.07.2014.
<http://www.zeit.de/2014/28/transparenzgesetz-hamburg> [20.01.2019].
- Thrift, Nigel (1997): Resistance, expressive embodiment and dance. In: *Geographies of resistance*. Ed. S. Pile and M. Keith. London, 124-151.
- Tichy, Gunther (2014): Flexicurity – Ein an seiner Umsetzung scheiterndes Konzept. In: *Monatsberichte* 87(8), 537-553. https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=47424&mime_type=application/pdf [20.01.2019].
- Tiedemann, Axel (2017): Gängeviertel – warum die Sanierung nicht weitergeht, 02.12.2017. <https://www.abendblatt.de/hamburg/article212716295/Gaengeviertel-warum-die-Sanierung-nicht-weitergeht.html> [20.01.2019].
- Tiedemann, Axel/ Rebaschus, Matthias (2010): Der Stadtplan des Widerstands der Bürger. In: *Hamburger Abendblatt*, 19.01.10. <https://www.abendblatt.de/hamburg/article107630860/Der-Stadtplan-des-Widerstands-der-Buerger.html> [20.01.2019].
- Tiedemann, Axel/Rebaschus, Matthias (2010): Der Stadtplan des Widerstands der Bürger. In: *Hamburger Abendblatt*, 19.01.2010. <https://www.abendblatt.de/hamburg/article107630860/Der-Stadtplan-des-Widerstands-der-Buerger.html> [20.01.2019].
- Trinkhaus, Stephan (2013): Diffraktion als subalterne Handlungsmacht. Einige Überlegungen zu Relationalität und Reflexivität. In: Bath, Corinna/Meißner, Hanna/Trinkhaus, Stephan/Völker, Susanne (Hg.): *Geschlechter Interferenzen. Wissensformen – Subjektivierungsweisen – Materialisierungen*. Berlin/Münster, 117-162.
- Tsianos, Vassilis S. (2015): Feldforschung in den „mobile commons“. Im Gespräch mit Peter Ott und Ute Holl. In: *Zeitschrift für Medienwissenschaft* 12 (1/2015) – Medien / Architekturen. <http://e-text.diaphanes.net/doi/10.4472/9783037345856.0009> [20.01.2019].
- Twickel, Christoph (2010): *Gentrifidingsbums - oder eine Stadt für alle*. Edition Nautilus.
- van Loon, Joost (2014): Reassembling Ethnographie : Bruno Latours Neugestaltung der Soziologie. In: Lengersdorf, Diana/Wieser, Michael (Hrsg.): *Schlüsselwerke der Science and Technology Studies*. Wiesbaden, 319-329.
- Virno, Paolo (2005): *Grammatik der Multitude. Untersuchungen zu gegenwärtigen Lebensformen*. Berlin.
- Vogt, Walter (2011): Wir eG statt Ich AG. Solidarische Ökonomie hat Zukunft! In: *WISO direkt*, Bonn.
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08088.pdf> [20.01.2019].
- Völker, Susanne (2013): Prekäre Leben (be-)schreiben: Klassifikationen, Affekte, Interferenzen. In: Bath, Corinna/Meißner, Hanna/Trinkhaus, Stephan/Völker, Susanne (Hg.): *Geschlechter Interferenzen. Wissensformen – Subjektivierungsweisen – Materialisierungen*. Berlin/Münster, 209-253.
- von Dohnanyi, Klaus (1983): „Unternehmen Hamburg“, Rede im Übersee-Club. URL.:
<http://uebersee-club.de/resources/Server/pdf-Dateien/1980-1984/vortrag-1983-11-29Dr.%20Klaus%20von%20Dohnanyi.pdf> [20.01.2019].
- Von Osten, Marion (2004): Solche Ansichten verfehlen das Entscheidende. Das Dilemma der wissensbasierten Ökonomie und ihrer Gegenspieler. In: *W:E:R:K:L:E:I:T:Z: :B:I:E:N:A:L:E: :2:0:0:4:*, 2-6.
http://www.iplugin.ch/uploads/media/werkleitz_texte_u_links.pdf.pdf [20.01.2019].
- von Unger, Hella (2014): *Partizipative Forschung. Einführung in die Forschungspraxis*. Wiesbaden.

- Voß, G. Günter (1998): Die Entgrenzung von Arbeit und Arbeitskraft Eine subjektorientierte Interpretation des Wandels. Eine subjektorientierte Interpretation des Wandels der Arbeit. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 3/98. http://doku.iab.de/mittab/1998/1998_3_MittAB_Voss.pdf [20.01.2019].
- Voß, G. Günter/Weiß, Cornelia (2005): Ist der Arbeitskraftunternehmer weiblich? In: Lohr, Karin /Nickel, Hildegard Maria (Hg.): *Subjektivierung von Arbeit. Riskante Chancen*. Münster, 65-91.
- Wacquant, Loïc (2003): *Leben für den Ring: Boxen im amerikanischen Ghetto*. Konstanz.
- Weber, Jutta (1999): Leviathan oder Trickster? Erzählstrategien in aktueller Wissenschaftsforschung. In: Anke Jobmann, Bernd Spindler (Hg.): *Tagungsdokumentation „Theorien über Theorien über Theorien“*. Universität Bielefeld, 1. - 2. Juli 1999, 91-96. http://juttaweber.eu/wordpress/wp-content/uploads/2015/01/Weber_Leviathan-oder-Trickster.pdf [20.01.2019].
- Weber, Jutta (2001): Umkämpfte Bedeutungen - Naturkonzepte im Zeitalter der Technoscience. http://elib.suub.uni-bremen.de/diss/docs/E-Diss228_webersec.pdf [20.01.2019].
- Wolff, Stephan (2000): Wege ins Feld - Varianten und ihre Folgen für die Beteiligten und die Forschung. In: Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Steinke, Ines (Hg.): *Qualitative Forschung: Ein Handbuch*. Reinbek, 334-349.
- Wolf-Graaf, Anke (1981): *Frauenarbeit im Abseits. Frauenbewegung und weibliches Arbeitsvermögen*. München.
- Wright, Steve (2005): *Den Himmel stürmen. Eine Theoriegeschichte des Operaismus*. Berlin, Hamburg.

Datenverzeichnis

1. Statements der Konsort*Innen. <https://www.lux-und-konsorten.de/about.html> [20.01.2019].
2. Pressemitteilung 01.12.2010: ‚Strike!‘ – Pressemitteilung zur Aktion am 01.12.2010 **„Lux & Konsorten“ verhüllen Leerstand in Altona! Erstes Türchen des Leerstandsmelder-Adventskalenders geöffnet!** Anschreiben und Mietvertrag mit Quantum AG“. <http://www.lux-und-konsorten.de/archives/65> [20.01.2019].
3. Anschreiben und der Mietvertrag für günstigen Gewerberaum 01.12.2010. http://www.lux-und-konsorten.de/wp-content/uploads/2011/01/LuxUndKonsorten_AnschreibenPlusMietvertrag-V2_A3fuerWeb.pdf [20.01.2019].
4. utopieTV 22.01.2011: **Auftritt auf der Gala „Kir Loyal“**. <https://vimeo.com/video/cP71B3g5Eno/kir%20loyal%20-%20eine%20besetzung,%20schauspielhaus-gala%20teil%201> [20.01.2019]
5. Aktion 23.02.2011: **„LUX & Konsorten legen nach: Riesenweste am Electrolux-Gebäude“** <http://www.lux-net.de/archives/202.html> [20.01.2019].
6. Aufruf 01.02.2011: **„Jetzt arrondieren wir! – Einladung und offener Brief zur Planungswerkstatt am 4. Febr. (Haubachschule in Altona.)“**. <http://www.lux-und-konsorten.de/archives/219> [20.01.2019].
7. Offener Brief 01.02.2011. http://www.lux-und-konsorten.de/wp-content/uploads/2011/02/lux_plangswerkstatt_offenerBrief_febr11.pdf [20.01.2019]
8. Pressemitteilung zur ‚Planungswerkstatt Suttnerpark‘, 03.02.2011: **Beteiligungsstreik – Zurück auf Los bei den Planungswerkstätten!** <http://www.lux-und-konsorten.de/archives/234> [20.01.2019].
9. Einladung 31.03.2011: **„Ring frei zur nächsten Runde“**. <http://www.lux-und-konsorten.de/page/4> [20.01.2019].
10. LUX-Materialien 07.04.2011: **„Planungs-KulTour durch Altona am 02.04.2011“**. <http://www.lux-net.de/archives/313.html> [20.01.2019].
11. Offener Brief 31.03.2011. http://www.lux-und-konsorten.de/wp-content/uploads/2011/03/LUX_02.pdf [20.01.2019].
12. utopieTV 07.05.2011: **„Euromayday go! Hamburg 1.Mai 2011 (utopieTV-doku-video)“**, 5:32-6:15min. <https://www.youtube.com/watch?v=tyd90OJAww8&list=PLAA294253B2F55CD0> [20.01.2019].
13. Altona.info-Radio-Podcast 22.05.2011: **„Lux und Konsorten besetzten eh. Gewürzmühle in Ottensen“ (20.05.2011)**, (Gesamtlänge:04:23). https://www.youtube.com/watch?v=Md74M5PA_Ys&t=234s [20.01.2019].
14. Einladung **„Einladung zur Wem-gehört-das-hier?-Party“**, 20.05.2011. <http://www.LUX-und-konsorten.de/archives/438> [20.01.2019].
15. Offener Brief 14.09.2011: **„Offener Brief zum ‚Bürgerforum: Vorstellung der gesammelten Bürgerempfehlungen‘ zur ‚Neuen Mitte Altona‘ (15.9.2011)“**. <http://www.lux-und-konsorten.de/archives/474> [20.01.2019].
16. Einladung 12.12.2011: **„Von wegen Neue Mitte – Gegenplanung Altona“**. <http://www.lux-und-konsorten.de/archives/495> [20.01.2019].
17. utopieTV 25.01.2012: **„LUX & Konsorten: Von wegen Neue Mitte - Gegenplanung Altona Hamburg 20.12.2011“**. <https://www.youtube.com/watch?v=q3Lh50pz1DA&t=339s> [20.01.2019].

18. Altopia/Koordinierungsgremium Mitte Altona/Lebendiges Altona e.V./Lux & Konsorten (2012): **MORATORIUM. Neun Gründe für eine bessere Planung Moratorium**, 02.02.2012. <https://www.lux-und-konsorten.de/archives/509.html> [20.01.2019].
19. Diskussion zwischen dem Koordinierungsgremium und Vertreterinnen der Hamburger SPD - Gabi Dobusch und Andy Grote vom 01.03.2012: <https://www.youtube.com/watch?v=OTMk7pg2nIA> [20.01.2019].
20. Kommentar 21.12.2011 zur Veranstaltung „Von wegen Neue Mitte – Gegenplanung Altona“. <http://www.lux-und-konsorten.de/archives/495> [20.01.2019].
21. Workshop-Einladung 03.06.2011: „**Etwas Besseres als Beteiligung?**“ (am 04.06.11 beim Recht-auf-Stadt-Kongress)“. <http://www.lux-und-konsorten.de/archives/464> [20.01.2019].
22. Einladung 22.08.2012: „**Einsteigen! Mitgehen! Erhöhen!**“. <http://www.lux-und-konsorten.de/archives/567> [20.01.2019].
23. Statement 31.08.2012: „**Beteiligung war gestern – der Zaun muß weg**“. <http://www.lux-und-konsorten.de/archives/598> [20.01.2019].
24. Brief 26.9.2012: „**Wir kaufen unsere Stadt zurück.**“. unter <http://www.lux-und-konsorten.de/archives/615> [20.01.2019].

Eidesstattliche Versicherung

Hiermit erkläre ich, Efthimia Panagiotidis, an Eides statt, dass ich die hier vorgelegte Dissertation selbständig und ohne fremde Hilfe abgefasst habe. Ich habe keine anderen Quellen und Hilfsmittel als die angegebenen benutzt. Diesen Werken wörtlich oder sinngemäß entnommene Stellen habe ich als solche gekennzeichnet.

Efthimia Panagiotidis